

KONGRESS

„DIE SOZIALE STADT –
ZUSAMMENHALT
SICHERHEIT, ZUKUNFT“

DOKUMENTATION

Arbeitspapiere
zum Programm
Soziale Stadt

KONGRESS

„DIE SOZIALE STADT – ZUSAMMENHALT,
SICHERHEIT, ZUKUNFT“

Dokumentation der Veranstaltung
am 7. und 8. Mai 2002 in Berlin

Im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW),
vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), finanziert aus Mitteln
des „Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus“ (ExWoSt).

Arbeitspapiere
zum Programm Soziale Stadt

Band 8

Berlin, November 2002

Deutsches Institut für Urbanistik



Straße des 17. Juni 112 • 10623 Berlin

Inhalt

Vorbemerkungen	5
1. Begrüßung und Einführungsreferate	7
2. Podiumsdiskussion Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft – Chancen für einen gesellschaftlichen Wandel	45
3. Podiumsdiskussion Die soziale Stadt – Vielfalt und Zukunft	71
4. Referate des zweiten Tages	103
5. Podiumsdiskussion Stärken und Potenziale der Stadtteile: Lokale Ökonomie	121
6. Podiumsdiskussion Stärken und Potenziale der Stadtteile: Aktive Bewohnerschaft	139
7. Schlusswort	161

Vorbemerkungen

Am 7. und 8. Mai 2002 wurde im Rahmen des Kongresses „Die Soziale Stadt – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“ in Berlin eine erste Bilanz zum Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ gezogen. Der Kongress fand in der imposanten Veranstaltungshalle „Arena“ im Berliner Bezirk Treptow statt; 1927 als Omnibushauptwerkstatt gebaut (Architekt: Franz Ahrens) war sie die zu dieser Zeit größte freitragende Halle Europas. Die Teilnahme von mehr als 1 200 Menschen am Kongress zeigt die große Aufmerksamkeit für die Situation in den benachteiligten städtischen Quartieren und für Erfahrungen mit dem Ende 1999 aufgelegten Programm, an dem inzwischen bereits 300 Stadtteile beteiligt sind.

Zum Kongress erschien das vom Difu herausgegebene Begleitbuch „Die Soziale Stadt“¹ mit Kurzberichten über Erfahrungen mit der Programmumsetzung in den von den Bundesländern ausgewählten 16 Modellgebieten der Sozialen Stadt, dem Querschnittsbeitrag „Drei Jahre Programm Soziale Stadt – eine ermutigende Zwischenbilanz“, dem sogenannten Transferpapier mit europäischen und amerikanischen Erfahrungen zur integrierten Stadtteilentwicklung sowie einem Beitrag zur Situation in den Vereinigten Staaten von Amerika. Außerdem wurden im Rahmen des Kongresses mehrere Videos über Aktivitäten in Modellgebieten der Sozialen Stadt gezeigt; diese waren eigens für den Kongress (von *Daylight*, Berlin) hergestellt worden².

Die existenzielle Bedeutung einer positiven Entwicklung in den benachteiligten Stadtteilen für die Zukunft der Städte insgesamt wurde von vielen Seiten herausgestellt. Die Städte seien „Laboratorien für neue Formen der sozialen Integration“ – so der Bundeskanzler – und müssten deshalb bei dieser „schwierigen und für unsere Gesellschaft so wichtigen Integrationsarbeit“ unterstützt werden. Deshalb werde die Bundesregierung ihre Unterstützung für die Städte fortsetzen, wobei neben einer Verstetigung des Programms Soziale Stadt auch die Reform der Gemeindefinanzierung eine bedeutende Rolle spielen solle.

Auch aus kommunaler Sicht wurde der große Handlungsbedarf in den Quartieren der Sozialen Stadt hervorgehoben. Die politischen Spitzen dreier Großstädte erläuterten die teilweise erschwerten Ausgangsbedingungen: zum Ersten die besondere Situation der ostdeutschen Städte mit dramatischen Leerständen und massivem Bevölkerungsrückgang, zum Zweiten die prekäre Haushaltslage der Kommunen, vor deren Hintergrund sich eine umfassende Gemeindefinanzreform sowie eine Reform der Gewerbesteuer als unverzichtbar darstellten. Zum Dritten wurde die Notwendigkeit betont, sozialen Zuspitzungen direkter vorzubeugen.

Diskussionen im Rahmen von vier Podiumsgesprächen zeigten die enorme Bandbreite von inhaltlichen Aspekten, die mit der Sozialen Stadt und der integrierten Stadtteilentwicklung verknüpft sind. Inwieweit mit „Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft“ Chancen

¹ Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Die Soziale Stadt. Eine erste Bilanz des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Berlin 2002. Das Buch ist vergriffen, die Publikation ist aber im Internet unter www.sozialestadt.de/ zugänglich.

² Der Zusammchnitt dieser Filmberichte liegt beim Deutschen Institut für Urbanistik noch in einigen Exemplaren vor und kann dort bestellt oder ausgeliehen werden.

für einen gesellschaftlichen Wandel verbunden sind, stand im Zentrum der ersten Podiumsdiskussion. Wesentliche Diskussionspunkte betrafen dabei die massiven Auswirkungen des demographischen Wandels auf die sozialen Sicherungssysteme und die herausragende Rolle der Schulen. Bei der zweiten Podiumsdiskussion hatten Praktikerinnen und Praktiker aus verschiedenen Handlungsfeldern das Wort. Besonderen Beifall erhielt hier die Forderung, mehr als bisher gesamtstaatlich an den Ursachen anzusetzen und weiterreichende Politikansätze wie Arbeitsmarktpolitik, Veränderungen des Grundsteuersystems und der Eigenheimzulage stärker einzubeziehen.

Bei den letzten zwei Podiumsdiskussionen standen die Modellgebiete der Sozialen Stadt im Mittelpunkt. Um die inhaltlichen Schwerpunkte der Podien anschaulich werden zu lassen, wurden fünfminütige Videos als Illustration eingespielt. Die erste Podiumsrunde beschäftigte sich mit der Stärkung der Lokalen Ökonomie. Aus den Beiträgen wurde die zentrale Rolle einer funktionierenden Lokalen Ökonomie für die langfristig tragfähige Entwicklung in den Quartieren deutlich. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit Trägern der Arbeitsmarktpolitik und mit Unternehmen wurde ebenso gefordert wie ein größeres gebietsorientiertes Engagement der Wirtschaftsförderung und Rückendeckung durch die Politik. Bei der zweiten Podiumsrunde zur Ressource Aktive Bürgerschaft standen die großen Anforderungen (bis hin zu Überforderungen) an Bewohnerschaft und Professionelle, die wichtige Rolle der Schulen als Stadtteilschulen sowie die Notwendigkeit, frühzeitig das Kennenlernen und die Zusammenarbeit in den Gebieten der Sozialen Stadt zu organisieren, im Mittelpunkt. Unter längerfristiger Perspektive, der Sicherung des Bestands von Projekten und des Engagements aller Akteure sei es erforderlich, Verfügungsmöglichkeiten über Ressourcen und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen sowie das ressortübergreifende und gebietsorientierte Verwaltungshandeln zu stärken.

Difu-Projektgruppe Soziale Stadt

Berlin, November 2002



Alle Fotos in diesem Band: Hajo Zylla, Berlin

1

Erster Tag

Kurt Bodewig,
Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen 9

Gerhard Schröder,
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland 13

Bärbel Wartenberg-Potter,
Landesbischöfin, Nordelbische Evangelisch-lutherische Landeskirche, Lübeck 21

Klaus WieseHügel,
Bundesvorsitzender der IG Bauen – Agrar – Umwelt 29

Wolfgang Tiefensee,
Oberbürgermeister der Stadt Leipzig 33

Petra Roth,
Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main 37

Christian Ude,
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München 41



Kurt Bodewig

Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen



Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Gäste, meine Damen und Herren, die junge Frau, die wir gerade in dem Film gehört haben, stellt die richtigen Fragen. Warum funktioniert das Zusammenleben in der Stadt eigentlich? Funktioniert es? Wer arbeitet daran mit? Wie kann sichergestellt werden, dass bei allem, was neu kommt, Lebensqualität, Prosperität und sozialer Zusammenhalt auch zukünftig erhalten bleiben.

Im Grunde sind dies die Kernfragen der Sozialen Stadt. Wir haben Sie zu unserem Kongress eingeladen, weil wir mit Ihnen bilanzieren wollen, weil wir mit Ihnen über das weitere Vorgehen sprechen wollen. Ich freue mich umso mehr, dass Sie so zahlreich zu diesem Kongress gekommen sind. Mir zeigt dies: die Frage, wie es in unseren Städten weitergeht, treibt die Menschen um,

aber sie treibt auch die Menschen an. Ich glaube, Sie sind dafür der sichtbare Ausdruck.

Die Frage betrifft aus meiner Sicht alle Gebietskörperschaften. Sie ist für uns als Bundesregierung eine Kernfrage der aktiven politischen Gestaltung. Anders ausgedrückt: wir wollen und wir werden unsere Gesellschaft nicht dem Laisser-faire überlassen. Unsere Städte müssen sich stattdessen zu einem Chancenpool entwickeln, müssen wirklich gleiche Chancen für alle Menschen ermöglichen. Faktisch geht es darum, unsere öffentliche Verantwortung zu definieren. Aber es geht auch darum, die Weichen so zu stellen, dass privates Engagement auch in Zukunft möglich ist und auch sinnvoll eingesetzt wird.

Die Ziele sind schnell formuliert: Wir brauchen in den Städten bezahlbaren Wohnraum, ausreichend Raum für Bildung, Sport und Kultur. Wir brauchen für unsere Städte die Wirtschaftskraft der privaten Unternehmen, wir brauchen die Lebensqualität in den Stadtteilen und wir brauchen Verkehrswege für städtische Mobilität. Wenn dies alles zusammenkommt und vor allem zusammenhält, dann wird die Stadt zur sozialen Stadt. Und deswegen ist auch die Frage der Lebensqualität der Städte nur die eine Seite der Medaille; auf der anderen Seite steht dann die Frage der Standortqualität.

Ich will heute hier drei Grundsätze ansprechen, für die die Bundesregierung besondere Verantwortung trägt.

Erstens: Bezahlbarer Wohnraum ist keine Frage, die wir dem freien Spiel der Kräfte überlassen wollen. Nicht jede Familie kann mit eigenem Einkommen die Kosten für die Wohnung aufbringen. Dies gilt insbesondere für städtische Ballungszentren. Hier war über zehn Jahre nicht gehandelt worden. In der Folge entstand in einzelnen Teilen unseres Landes eine neue Wohnungsarmut. Deswegen haben wir gehandelt und haben in einem ersten Schritt das Wohngeld deutlich erhöht. Im zweiten Schritt haben wir die seit langem anstehende Reform des sozialen Wohnungsbaus vorangebracht. Die neue Form

der sozialen Wohnraumförderung ist effizient, und sie ist im Interesse der Länder und Kommunen.

Zweitens: Wir wollen die Städte wirtschaftlich mit gezielter Strukturförderung unterstützen. Hierzu gehört die Städtebauförderung, aber auch etwas, das in den neuen Bundesländern für ganz besondere Herausforderungen gesorgt hat. Wir geben jetzt die Antwort mit dem Stadtumbauprogramm Ost und mit einer massiven finanziellen Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs. In der Bilanz können wir festhalten: Unsere Investitionen für die Städte haben sich seit 1998 verdoppelt, eine nicht eben einfache Anstrengung angesichts der Haushaltskonsolidierung, aber eine überaus sinnvolle. Wir haben die Mittel für den ÖPNV in vier Jahren um 600 Millionen Euro angehoben – zurecht, denn täglich nutzen 26 Millionen Menschen Busse und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr. Andernfalls würden 18,5 Millionen motorisierte Wege täglich in den Städten zusätzlich anfallen. Wir wollen uns dies nicht vorstellen; deswegen wird auch zukünftig der ÖPNV dauerhaft weiter gefördert.

Drittens: Es gibt in den Städten sozial gefährdete Stadtteile und Nachbarschaften, denen wir helfen wollen, von der Rutschbahn nach unten wegzukommen und sich wieder zu stabilisieren. Dies ist der Kern unseres Programms Soziale Stadt. 249 Maßnahmen in 184 Städten und Gemeinden werden durch dieses Programm gefördert, und die Wirkungen zeigen sich schon mit dem Beginn der Maßnahme. Hieran werden wir weiter konkret arbeiten. Wir wollen damit erreichen, dass sozialer Zusammenhalt in unseren Städten auch zukünftig möglich bleibt.

Zusammenhalt heißt auch, Verantwortung zu übernehmen für jeden Einzelnen und durch jeden Einzelnen. Ich meine, die Ereignisse in Erfurt sind auch in diesem Kontext zu sehen und sie sind ein warnendes Signal. Keiner kann seine Verantwortung abgeben oder delegieren. Ich möchte ganz deutlich unterstreichen: wo es nicht gelingt, Zusammenhalt zu sichern, hat dies erhebliche negative Rückwirkungen. In den Kontext einer Politik, die auf die Menschen zugeht, gehört auch, dass wir das existenzielle Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit ernst nehmen. Dies ist auch ein Grund, warum die Bundesregierung, insbesondere mein Kollege Otto Schily, hier klare Kante zeigt.

Und ich will auch in diesem Zusammenhang der Sozialen Stadt eine Politik, in der wir mit aller Entschiedenheit die Zuwanderungsfrage regeln, indem wir begrenzen und steuern, denn ungesteuerte Zuwanderung zerstört den Zusammenhalt. Wir bleiben in dieser Frage konsequent, und das heißt: Begrenzung, Steuerung, aber auch Integration mit allen Folgewirkungen.

Viele von Ihnen wirken konkret und sehr aktiv an der Politik für die Soziale Stadt mit. Ohne Ihre Mitarbeit, ohne Ihr Engagement und das Engagement der Gebietskörperschaften, der Kommunen und Länder, aber auch der Unternehmen, der Verbände und Vereine wäre eine solche Stadtpolitik, eine soziale Stadtpolitik nicht möglich. Wir wollen diese Politik mit Ihnen fortführen. Deswegen bin ich auch sehr froh über den Investitionsbericht Infrastruktur, den wir im Kabinett vor wenigen Wochen beschlossen haben. Wir haben damit deutlich gemacht, dass wir das Engagement zur Stärkung der städtischen Infrastruktur auch zukünftig fortsetzen wollen. Dies gilt ebenso für unsere Politik, mit der wir die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum fördern wollen. Das bedeutet Verlässlichkeit und Plansicherheit. Denn eins ist sicher: öffentliche Armut bei priva-

tem Reichtum kann sich nur der wirklich Reiche erlauben. Die soziale Stadt gäbe es dann nicht, Ghettoisierung und Verfall von Infrastruktur wären die Folge.

Deswegen gilt: so wie wir als Bundesregierung unsere Investitionen fortführen wollen, so muss dies auch für die Kommunen gelten. Und auch hier ist eine klare Aussage getroffen worden. In der nächsten Legislaturperiode steht die Reform der Gemeindefinanzen auf der Tagesordnung. Ziel ist es, den Kommunen wieder eine verfassungskonforme und wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle zu schaffen, eine wichtige Voraussetzung auch, um als Kommunen investiv tätig zu werden. Vor diesem Hintergrund geht es auf diesem Kongress tatsächlich nicht nur um das Bilanzieren. Wir werden auch Schlussfolgerungen ziehen und über konkrete weitere Schritte gemeinsam beraten.

Ich bin Ihnen, Herr Bundeskanzler, sehr dankbar, dass Sie diese Politik für die Soziale Stadt auch durch Ihr ganz persönliches Engagement ermöglichen, immer wieder gefördert und unterstützt haben. Ich weiß, dass Sie heute unter großem Zeitdruck sind. Umso mehr freue ich mich, dass Sie trotz Ihrer nachfolgenden Gespräche mit der Europäischen Kommission heute auf diesem Kongress zu uns sprechen. Ich danke Ihnen dafür ganz herzlich.

Gerhard Schröder,
Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland



Verehrter Herr Minister, meine Damen und Herren, verehrte Gäste, unsere moderne Welt wäre nicht vorstellbar – dies ist in den Ausführungen des Ministers deutlich geworden – ohne attraktive, gesunde und das heißt lebenswerte Städte. Städte, das sind Zentren wirtschaftlicher, aber eben auch gesellschaftlicher Entwicklung. Aber sie sind auch Brennpunkte der ökonomischen, der sozialen, auch der ökologischen Probleme unserer Zeit.

Über einen Großteil der Chancen einer Gesellschaft im internationalen Wettbewerb, also auch unserer Gesellschaft, wird ohne jeden Zweifel in den Städten entschieden. Aber Städte sind ebenso Testgelände, wenn ich das so sagen darf, für verschiedene, nach vorne gerichtete Entwicklungen im Ökonomischen wie im Ökologischen, aber vor allem auch im Sozialen. Ob die Integration

aller Bürgerinnen und Bürger in einem Gemeinwesen wirklich gelingt, ob die Teilhabe von Menschen auch und nicht zuletzt an den Entscheidungen in einer Gesellschaft gelingt, ob dies gewährleistet werden kann, auch darüber wird vor allem in den Städten entschieden.

Städte leben nicht von einer Funktion allein, sie müssen auch weiterhin Orte vielfältiger Interaktion bleiben, Orte mithin, in denen Handwerk, Gewerbe, Wissenschaft, Wohnen und Kultur nebeneinander bestehen und voneinander profitieren – die Stadt also als eine Lebensform, in der sich Individuum und Gesellschaft nur miteinander entwickeln können. Dies verlangt von jedem einzelnen ebenso Gemeinsinn wie auch Toleranz vor allem gegenüber Andersdenkenden und Menschen, die anders sind.

Ziel einer sozialen Stadtpolitik war und ist es, die Lebensform Stadt und deren Entwicklungschancen zu fördern. Und das heißt zunächst, wirksam darauf hinzuarbeiten, Gefahren der Ausgrenzung und des Zurückbleibens ganzer Stadtteile und der Menschen, die in diesen Stadtteilen leben, entgegenzuwirken. Dazu braucht es natürlich eine Basis, eine politische Basis. Und wir meinen schon: die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland ist die bewährte institutionelle Grundlage für eine solche Politik. Sie hat den Stadtgemeinden die Möglichkeit gegeben, eine eigene Sozialpolitik, eine eigene Wohnungsbaupolitik zu betreiben. Dabei haben die Städte, das ist ja deutlich geworden, sehr unterschiedliche Konzepte und Konzeptionen entwickelt. Aber all diese unterschiedlichen Konzepte und Konzeptionen waren von dem Gedanken getragen, dass die Stadt eben Gemeinwesen ist, gebildet von den Bürgerinnen und Bürgern, und dass diese zuallererst über die Geschicke der Stadt entscheiden.

Für den Erhalt und die Entwicklung lebenswerter, dynamischer Städte brauchen wir also mehr als nur den Willen zu einer solchen Politik, die Ausgrenzung verhindert. Wir brauchen breite Koalitionen in den Städten gegen eine solche Ausgrenzung und für eine nachhaltige Entwicklung. Wir haben, auch das ist angeklungen, eine sehr gute Tradition

sozialer Stadtpolitik. In unseren Städten in Europa, zumal in Deutschland, haben sich nie Slums entwickeln können, wie wir sie von vielen anderen Städten in der Welt kennen. Insofern war die europäische Stadt immer eine soziale Stadt, und das gilt ganz besonders für die deutschen Städte. Und das hat nicht nur mit dem Vergleich zu anderem relativ großem Wohlstand zu tun, sondern – davon bin ich überzeugt – das hat auch damit zu tun, dass wir kommunale Selbstverwaltung haben und dass wegen dieser kommunalen Selbstverwaltung die Städte gleichsam mehr Acht auf sich geben, als dies anders der Fall wäre.

Die Bundesregierung will diesen Traditionen gerecht werden. Sie ist sich also der Verpflichtungen, die damit verbunden sind, auch sehr bewusst. Wir haben dafür Initiativen ergriffen – das ist auch schon angeklungen. Wir haben die klassische Städtebauförderung um das Programm Soziale Stadt und um den Stadtumbau Ost ergänzt sowie alle drei Instrumente zu einem Gesamtkonzept verknüpft. Heute investieren wir mit 640 Millionen Euro doppelt so viel wie noch 1998. Bis 2009 werden Bund, Länder und Gemeinden insgesamt 2,6 Milliarden Euro für den Stadtumbau Ost aufwenden. Wir haben mit der Wohngeldnovelle und der Reform des sozialen Wohnungsbaus mehr Gerechtigkeit in der Wohnungspolitik geschaffen. Erstmals seit zehn Jahren ist das Wohngeld wieder deutlich gestiegen. Auch der soziale Wohnungsbau wurde endlich grundlegend reformiert und wirksam auf die schwächeren Haushalte konzentriert. Dadurch sind ohne jeden Zweifel neue Akzente für eine soziale Stadt gesetzt worden.

Der Übergang von der Industrie- zur wissensbasierten Dienstleistungsgesellschaft macht sich längst auf den Arbeitsmärkten bemerkbar. Zwar hat die Industrie nach wie vor große Bedeutung für die städtische Ökonomie, aber in den Städten nimmt die Zahl der Arbeitsplätze in der Fertigung stärker ab als irgendwo anders. Über viele Jahrzehnte hatten die großen Städte immer die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Heute dagegen sind die Arbeitslosenzahlen gerade in den alten, traditionellen Industriezentren und Städten häufig besonders hoch. Das hat zu tun mit dem rasanten Strukturwandel, und daraus folgt natürlich, dass es gewaltige Anpassungsprobleme insbesondere in den Städten gibt. Die Konsequenz ist, dass man die Städte damit nicht allein lassen kann. Deswegen können sich die Städte auch weiterhin auf unsere Unterstützung verlassen.

Es ist schon erwähnt worden: was wir brauchen – und wie werden das in der nächsten Legislaturperiode anpacken –, ist eine neue Finanzbeziehung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden schlicht deshalb, damit die Städte ihre Investitionsnotwendigkeiten erfüllen und auf diese Weise mit dazu beitragen können, dass der Strukturwandel, von dem ich gesprochen habe, auch wirklich gelingt.

Übrigens, zu diesem Vorhaben gehört die Verzahnung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Aber natürlich kann das nur geleistet werden im Rahmen der Neuordnung der Finanzbeziehung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Es wäre alles andere als fair, wenn man Aufgaben verteilte, ohne die finanziellen Ressourcen mitzuliefern. Das werden wir nicht tun, weil das nicht verantwortbar wäre.

Dabei bleibt klar: neue Arbeitsmöglichkeiten in den Städten entstehen heute vor allem im Bereich der Dienstleistungen. Dabei geht es um eine wachsende Zahl von hochqualifizierten Tätigkeiten. Gerade auf diesem Sektor gibt es gewaltige Zukunftsaussichten. Gleichzeitig entstehen in den Städten aber immer mehr Arbeitsplätze, bei denen die

durchschnittlichen Verdienste geringer sind als in der traditionellen Industrie. Mir ist wichtig, dass man diese Entwicklung nicht einfach laufen lässt nach dem Motto: na ja, wenn es mit einem Job nicht reicht, ein auskömmliches Leben zu führen, dann können es ja auch drei sein. Das hätte Konsequenzen, die man, ohne mit dem Finger darauf zu zeigen, in anderen Gesellschaften studieren kann, und das wären keine besonders erfreulichen Konsequenzen, wenn ich z.B. über notwendige Erziehungsarbeit nachdenke. Es bleibt deswegen eine wichtige Aufgabe, Einkommen und Auskommen möglichst so zu gestalten, dass Auskommen auch wirklich möglich ist für diejenigen, die eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit wollen und brauchen. Darüber hinaus haben wir mit dem Mainzer Modell, das wir auf das ganze Bundesgebiet ausdehnen wollen, verantwortbare Formen der Förderung niedrig bezahlter Arbeit geschaffen.

Zur Veränderung der Wirklichkeit gehört auch, dass in unseren Städten, wer wüsste das besser als Sie, immer mehr Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft leben. Die Städte machen in dieser Hinsicht einen Modernisierungsprozess durch. Ethnisch homogene Städte sind in allen ökonomisch entwickelten Ländern ein Phänomen, das vergangen ist. Das übrigens sollte der eigentliche Kern der Debatte um die Steuerung von Zuwanderung sein, dass nämlich unsere wirtschaftliche Zukunft nur durch eine Öffnung für diejenigen Spitzenleute und Fachkräfte zu sichern ist, die bereit sind, ihr Wissen, ihre Arbeitskraft in Deutschland, in unseren Unternehmen, in den Städten zu investieren. Dies ist die eine Seite dessen, was wir zu leisten haben und mit dem Zuwanderungsrecht, das wir verändert haben, leisten wollen. Die andere Seite ist, dass wir genauso selbstverständlich unseren humanen Verpflichtungen, die sich aus dem Grundgesetz entwickeln, nachkommen. Beides, das Akzeptieren der humanen Verpflichtung, Menschen, die an Leib und Leben verfolgt sind, Schutz zu gewähren, und mehr Internationalität auch und nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen, beides zusammengekommen bestimmt den Inhalt des neuen Zuwanderungsrechts. Die Gestaltung der pluralen Stadt, einer Stadt ohne Diskriminierung und ohne Ausgrenzung, dies ist eine der ganz wesentlichen politischen Herausforderungen des beginnenden 21. Jahrhunderts.

Die Bundesregierung ist bereit, die Städte bei ihrer schwierigen und für unsere Gesellschaft so wichtigen Integrationsarbeit zu unterstützen. Aber natürlich wissen wir – deswegen die Neuordnung der Finanzbeziehungen –, dass dies vor allem Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung ist und auch bleiben soll. Wir wollen diese stärken und Hilfe soll hier ergänzen, keineswegs ersetzen. Aber wo die Hilfe benötigt wird, wollen wir sie auch gewähren.

Die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt ist dafür ein, wie ich finde, guter Beweis. Sie zeigt auch, dass wir gemeinsam daran arbeiten, die soziale, kulturelle und ökologische Modernisierung unserer Städte zu ermöglichen. Wenn es stimmt, dass die Städte Laboratorien für neue Formen der sozialen Integration sind, dann muss dieser Integration unsere ganze Aufmerksamkeit gelten. In vielen Städten müssen wir leider beobachten, dass sich soziale Problemlagen in bestimmten Quartieren konzentrieren; die Gefahr besteht, dass Stadtviertel von der allgemeinen Entwicklung der Stadt abgekoppelt werden. Erfahrungen aus anderen Ländern lehren uns, dass man schon den ersten Anzeichen einer solchen sozialräumlichen Polarisierung entschieden entgegenzutreten muss. Das Wohnen etwa in einem benachteiligten Viertel kann rasch zu weiteren Benachteiligungen für die dort lebenden Menschen führen. Genau dem wollen wir mit dem Programm Soziale

Stadt entgegenwirken. Indem wir Investitionen fördern, den Arbeitsmarkt unterstützen und indem wir sozial- und jugendpolitische Instrumente gezielt einsetzen, wollen wir dieser möglicherweise beginnenden Verelendung ganzer Stadtviertel entgegenwirken.

Dabei geht es natürlich um Geld, aber eben nicht nur. Es geht allemal auch um die Stärkung von sozialen Zusammenhängen, es geht um soziale und kulturelle Integration in den Stadtteilen und damit um die Integration in die Stadt und in die Gesellschaft insgesamt. Natürlich hat das auch zu tun mit der Verbesserung des alltäglichen Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen und Lebensstile in den städtischen Nachbarschaften. Wir wollen und wir müssen gemeinsam verhindern, dass eine wachsende Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern von der Teilhabe am Wohlstand, also am Haben in unserer Gesellschaft, aber auch von den Entscheidungen, dem Sagen in der Gesellschaft ausgeschlossen werden.

Eine große Gefahr des sozialen Auseinanderfallens in den Städten liegt ganz offensichtlich bei den allgemeinbildenden Schulen. In Zeiten eines dynamischen, sozialen und ökonomischen Wandels machen sich Eltern zu Recht Sorgen um die Zukunftschancen ihrer Kinder. Wenn Eltern den Eindruck haben, dass das Leistungsniveau nicht ausreicht, um die Fähigkeiten der Schüler zu entfalten, melden sie ihre Kinder in einer anderen Schule an oder verlassen entsprechende Stadtviertel gleich ganz. Das ist besonders auffällig dort der Fall, wo die Anteile von Schülern mit einer nicht-deutschen Herkunftssprache sehr hoch sind. So entsteht die Gefahr, dass sich die Chancen für eine gute Schulbildung innerhalb ein und derselben Stadt stark ausdifferenzieren. Länder und Kommunen tragen eine besondere Verantwortung, dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Die Schulen müssen für ihre Aufgaben in einer pluralen Stadt noch besser vorbereitet werden. Ihnen kommt eine zentrale Bedeutung für die Integration in unserer Gesellschaft zu. Unsere Schulen sind die wichtigsten Agenturen für die Integration und für eine gerechte Gesellschaftspolitik, in der die Fähigkeit eines jeden Einzelnen zur Geltung kommen kann. Wir wissen natürlich um die verfassungsrechtlich verbürgten Zuständigkeiten, die bei den Ländern liegen und, so weit es um die sachliche Ausstattung geht, bei den Kommunen. Und wir wissen um die Empfindlichkeiten, die sich daraus ergeben, jedenfalls ergeben können. Und wir wollen diese verfassungsrechtlich verbürgten Zuständigkeiten überhaupt nicht infrage stellen. Aber ich meine, das, worüber ich eben gesprochen habe, ist wirklich eine gesamtgesellschaftliche Frage. Und deswegen soll es ungeachtet der formalen Zuständigkeiten ein bundesweites Programm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ mit einem Investitionsvolumen von vier Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren geben.

Wir wollen damit die Länder und auch die Kommunen unterstützen, die Betreuungs- und Bildungsangebote zu verbessern. Ein Beispiel: Nach überschlägigen Berechnungen könnten, wenn man die Mittel darauf konzentrierte, mit einem solchen Programm bis 2007 in Deutschland 10 000 zusätzliche Ganztagschulen geschaffen werden. Das wäre ein wirklicher Durchbruch, was die Ganztagsbetreuung angeht. Wir sollten uns gemeinsam vornehmen, dies auch zu schaffen, aus den Gründen, über die wir, besser gesagt: Sie heute reden, aber auch aus einem ganz anderen zentralen Grund: Es ist wenig sinnvoll, sich über mangelnde Emanzipationsmöglichkeiten von Frauen, gut ausgebildeten Frauen, in unserer Gesellschaft auszulassen, wenn man nicht erkennt, dass angesichts der Verteilung der Familienlasten – ob es einem gefällt oder nicht – die geforderten

Emanzipationsschritte objektiv nur dann möglich sind, wenn ausreichend Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder vorhanden sind.

Unser Programm Soziale Stadt eröffnet neue Ansätze und Perspektiven einer modernen und sozialen Politik in den Stadtteilen. Dies ist, wie wir meinen, der richtige Weg. In einer solchen Initiative müssen verschiedene Politikfelder und damit auch verschiedene Bedürfnisse zusammengeführt werden. Deswegen braucht sie eine größtmögliche Bürgerbeteiligung, denn die Bewohnerinnen und Bewohner wissen am besten, welche Probleme in ihrem jeweiligen Viertel dringlich sind. Zur Mitarbeit gewinnen wir sie nur, wenn wir ihnen auch die Möglichkeit geben, nicht nur mitzureden, sondern auch mit zu entscheiden. Dies ist in einigen Städten unmittelbar dadurch der Fall, dass ein Fonds bereitgestellt wird, über den die Bürgerinnen und Bürger in Zusammenarbeit mit der Verwaltung entscheiden können. Berlin beispielsweise hat damit gute Erfahrungen gemacht.

Zu einer städtischen Koalition gegen Ausgrenzung gehört auch – das möchte ich an dieser Stelle unterstreichen – das Engagement der Wirtschaft. Viele Defizite, etwa im Bereich der beruflichen Bildung oder bei der Nutzung neuer Technologien, können am besten durch eine Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft beseitigt werden. Dafür gibt es gute Beispiele. Aber auf diesem Gebiet kann und muss noch mehr getan werden. Auch die produzierende und die Dienstleistungen produzierende Wirtschaft hat ein elementares Interesse an einer funktionierenden Stadtkultur. Die Unternehmen müssen davon überzeugt werden, dass sich ihr Image nicht nur durch das Sponsoring von Kunst- und Kulturprojekten verändert, und das heißt verbessern lässt, sondern auch durch Engagement in sozial-integrativen Projekten.

Gerade im Hinblick auf die Zukunftsaussichten der zweiten Generation von Zuwanderern ist das für diese Menschen, aber vor allem auch für die Stadt von herausragender Bedeutung. Wenn junge Menschen erfahren, dass sie erwünscht sind und gebraucht werden, dann reagieren sie anders, als wenn das Gegenteil der Fall ist, dann ist Integration möglich, während sie auf andere Weise verunmöglicht wird.

Wie die Bürgerinnen und Bürger miteinander umgehen, ob und wie sie sich gegenseitig unterstützen, ob sie eine wirkliche Gemeinschaft bilden, all dies kann Politik nicht verordnen. Hier ist Bürgersinn gefragt, zwischenmenschliche Solidarität und die Identifikation mit dem eigenen Lebensumfeld in der Nachbarschaft. Gewiss, es ist nicht genug. Menschen, die sich in sozialer Notlage befinden, bloß zur Selbsthilfe aufzufordern. Das tut von uns ja auch keiner. Aber auf der anderen Seite leben die Stadtteile auch vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger, und dieses muss gefördert, aber auch gefordert werden. Es gibt viele gelungene Beispiele für ein derartiges stadtteilbezogenes Engagement. Deswegen bin ich den Initiatoren des Wettbewerbs Soziale Stadt 2000 dankbar, dass sie solche Beispiele durch eine Auszeichnung nicht nur ermutigt haben, sondern ausdrücklich zur Nachahmung anregen. Die Projekte im Programm Soziale Stadt zeugen von einer großen Vielfalt, was die Art der Stadtteile, die Problemorientierung, auch was die Träger anbetrifft. Die prämierten Projekte zeichnen sich vor allem durch das kooperative Engagement von Vereinen, Genossenschaften, Bewohnerinitiativen, Wohlfahrtsverbänden, Wohnungsbaugesellschaften, kommunalen Behörden und natürlich auch der Kirchen aus.

Die Resonanz auf unser Programm Soziale Stadt zeigt, dass das zivilgesellschaftliche Engagement blüht, und dass auch die Viertel, die bisher eher im Schatten der Entwicklung gelegen haben, auf die Solidarität der Stadtbewohnerschaft rechnen können.

Da gibt es das soziale Management einer Wohnungsbaugesellschaft in Lünen, „Wohnen plus“ genannt, die es geschafft hat, ein weit verzweigtes Netzwerk von öffentlichen Trägern, Wirtschaftsunternehmen und bürgerschaftlichen Vereinigungen aufzubauen.

Die Vermietergenossenschaft Ludwig Frank in Mannheim hat in einem Stadtteil, für den die Stadtverwaltung kaum mehr eine Perspektive gesehen hatte, mit viel persönlichem Engagement die Initiative ergriffen und die bauliche Erneuerung mit dem Aufbau der sozialen Netzwerkstruktur verbunden. Dadurch konnten sich die Bewohnerinnen und Bewohner wieder mit dem Quartier identifizieren. Die Folge kann man an einem solchen Projekt studieren: Die Gewaltbereitschaft hat abgenommen, und die soziale Integration der jüngeren Generation konnte entscheidend verbessert werden. Besonders hervorzuheben ist, dass es dabei gelungen ist, die ausländischen Bewohnerinnen und Bewohner in die Genossenschaft zu integrieren. Das ist gewiss kein leichtes Unterfangen.

In Dortmund hat der Projektverbund Nordstadt ein Praxisnetzwerk für eine bewohnerorientierte Erneuerung von Quartieren in der Nordstadt entwickelt, in dem auch Initiativen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger eine wichtige und gewichtige Stimme haben.

Ein besonders originelles Projekt ist die Kunstplatte in Stendhal. Dort wurden leerstehende Ladenlokale in einem Plattenbaugebiet genutzt, um soziokulturelle Projekte anzustoßen, Projekte, die nicht nur das Image, sondern auch die Identifikation mit dem Wohngebiet erheblich gestärkt haben.

Wir wollen in den kommenden Jahren in drei Bereichen neue Akzente für mehr Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt in den Städten leisten, indem wir

- bezahlbaren Wohnraum auch und gerade in den Großstädten sicherstellen,
- innovative Konzepte für eine soziale Stadtentwicklung umsetzen und
- einen bezahlbaren öffentlichen Personenverkehr gewährleisten.

Ich will Letzteres ausdrücklich unterstreichen, weil wir in den Städten, aber auch in der Mobilitätsfrage insgesamt überhaupt nur weiterkommen, wenn wir uns mehr als in der Vergangenheit bewusst sind, dass die unterschiedlichen Verkehrsträger nicht einzeln für sich selbst genommen ausgebaut und weiterentwickelt werden können. Wir haben vielmehr die wirklich große Chance, Mobilität in all ihrer differenzierten Form zu gewährleisten, wenn wir zu einer Vernetzung der unterschiedlichen Verkehrsträger kommen. Selbstverständlich hat dabei der öffentliche Personennahverkehr für die Städte eine herausragende Bedeutung – dies wird niemand bestreiten, auch nicht jemand, der gelegentlich als „Automann“ apostrophiert wird.

Nicht zuletzt wollen wir unsere Städte für die Bürgerinnen und Bürger sicherer machen. Und auch das müssen wir. Ich will das sehr deutlich sagen: Sicherheit vor Kriminalität für Bürgerinnen und Bürger ist ein Grundrecht, ist ein Bürgerrecht. Und insbesondere für diejenigen, die nicht in der Lage sind, für ihre eigene Sicherheit zu bezahlen, wird das

ein Grundrecht von herausragender Bedeutung. Deswegen ist es so wichtig, dass insbesondere diejenigen, die sich Gedanken über lebenswerte Städte machen, diesen Aspekt der Gewährleistung von Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger – neben all den Notwendigkeiten zur sozialen Integration – nicht unterschätzen. Die Menschen und gerade die Familien brauchen zuverlässigen Schutz vor Kriminalität und Gewalt. Und dazu ist eine ausreichende Präsenz auch der Sicherheitskräfte nötig.

Wir wissen auch, dass das allein nicht genügt. Wir brauchen die attraktive Belebung der Innenstädte und eine gut ausgebaute Infrastruktur mit sicheren öffentlichen Verkehrswegen. Besonders die Kommunen sind gefordert, im Zusammenwirken mit privater Initiative geeignete Konzepte für eine soziale Stadtentwicklung zu entwickeln. Politik für eine soziale Stadt wird in dem Maße erfolgreich sein, wie es gelingt, eine breite Solidarität unter den Stadtbürgerinnen und -bürgern und mit öffentlichen wie mit privatwirtschaftlichen Institutionen zu erreichen. Ich denke, wir haben wichtige Anstöße gegeben, und wir wollen diesen Prozess nach Kräften weiterhin unterstützen. Das allein kann unsere Aufgabe sein, der Rest muss, wie man so schön sagt, vor Ort geleistet werden.

Städte haben die europäische Kultur geprägt, in einem wirklich guten Sinne. Sie sind zentrale Orte der Teilhabe von Menschen. In unseren Städten wird die aktive Bürgergesellschaft fassbar und erfahrbar. Unsere Politik für eine soziale Stadt ist und bleibt diesen europäischen, zumal deutschen Traditionen verpflichtet. Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Ihr Verständnis, dass ich meinen Termin mit dem Landwirtschaftskommissar der Europäischen Kommission wahrnehmen muss. Ich wünsche Ihrem Kongress recht viel Erfolg.

Bärbel Wartenberg-Potter,
Landesbischöfin, Nordelbische Evangelisch-lutherische Landeskirche, Lübeck



Sehr geehrte Damen und Herren, „Suchet der Stadt Bestes“, dieser Satz der Bibel, vor 2600 Jahren gesprochen, hat mich ermutigt, hier und heute mit Ihnen über die Zukunft unserer Städte nachzudenken, genauer über die soziale Stadt, die heute in Zeiten neuer Arbeitsteilung und akuter Finanznöte der Kommunen nicht auf der Strecke bleiben darf, sondern gezielt gefördert werden muss.

Suchet der Stadt Bestes! Zum Besten unserer Städte hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen diese vielstimmige Suche heute hier organisiert, an der ich mich als Frau der Kirche gerne beteilige, weil die Kirchen in der Tat zum Wohlergehen der Menschen in den Städten beitragen wollen.

Denn wer wagt es, in der pluralistischen Gesellschaft postmoderner Zeit noch, eindeutig festzulegen, was das Beste sei. Verständigung ist nötig darüber: Was sind die Werte, an denen wir unsere sozialen Maßnahmen orientieren? Was ist noch gesellschaftlicher Konsens im Blick auf die soziale Dimension der Städte? Wer ist in der City überhaupt präsent? Macht die Stadtluft noch immer frei? Suchen wir also gemeinsam.

Ich spreche zu Ihnen nicht als Expertin in Städtefragen. Ich würde mich allerdings selbst als einen Stadtmenschen bezeichnen. Ich bin vom Land in die Stadt übergesiedelt, weil mich die Freiheit, die Vielfalt, die Lebendigkeit der Stadt angezogen hat. Ich habe als Frau mit einem langen Engagement in Fragen der Dritten Welt, oder wie wir heute richtiger sagen, der Einen Welt alle Arten von Städten in Nord und Süd, Ost und West kennen gelernt, die einen das Fürchten lehren: Städte,

- in denen man nirgendwo einen sauberen Tropfen Wasser findet,
- in denen die Luft nur noch durch Filter geatmet werden kann,
- in denen die Isolation der Menschen grauenhafte soziale Probleme und Verbrechen produziert,
- in denen die Fragen des Transports schlicht nicht mehr menschenwürdig gelöst werden können,
- in denen Kinder und Jugendliche in Betonlabyrinthen keinen Baum und Strauch zu sehen bekommen oder im Elend der vermüllten Slums verkommen.

Als Christin interessieren mich die Fragen des menschlichen Zusammenlebens in den Umbrüchen der heutigen Lebenswelt außerordentlich; mich interessiert die Globalisierungsdynamik, weil nach meinem Verständnis christlicher Glaube von Anfang an eine urbane Religion gewesen ist. Sie hat im ersten Jahrhundert in den Städten des Römischen Reiches von Antiochien über Ephesus, Korinth bis nach Rom schnell Fuß gefasst

und Menschen in den Umbrüchen der damaligen Zeit neuen Sinn und eine neue Identität gegeben. Das Christentum war die Religion der „oikumene“, das heißt der ganzen bewohnten Erde und hatte von Anfang an jene Art von Globalisierung im Blick, in der nicht zählen soll, ob man Jude oder Grieche, Herr oder Sklave, Frau oder Mann ist (Gal. 3: 28). So jedenfalls charakterisierte der Apostel Paulus den neuen Glauben.

Ich gehöre zu den Kirchenmenschen, für die Glaube damit zu tun hat, Gerechtigkeit „innerhalb der Tore“ der Stadt zu errichten und die diesen Glauben auf dem „Marktplatz“ mitten in die Komplexitäten des sozialen, ökonomischen und politischen Lebens hinein einbringen.

In meinem Beitrag werde ich die Sprache benutzen, die ich gelernt habe, die Bilder- und Metaphernsprache der Bibel, die im Blick auf die Stadt erstaunlich reich ist und die es ermöglicht, uns für einen Augenblick über den Pragmatismus des tagespolitischen Diskurses zu erheben. Sie versorgt uns nicht mit moralischen Imperativen, die uns ermüden und an denen wir scheitern, sondern führt uns Visionen vor Augen, die Kraft und Inspiration ausströmen. Ich möchte vier Schritte tun: einen kurzen Schritt der Diagnose, einen zweiten Schritt über das Ethos des menschlichen Zusammenlebens und Stadterfahrungen in der Bibel, einen dritten über die Vision einer zukünftigen Stadt und schließlich einen vierten Schritt mit einigen konkreten Schlussfolgerungen als Diskussionsgrundlage.

1. Schritt: Diagnose

Die Diagnose scheint klar:

Im Rahmen der strukturellen Veränderungen, die die neue Welt der Kommunikation und Ökonomie, der Europäisierung und der Globalisierung mit sich bringt, haben wir es mit dramatisch veränderten Bedingungen des Alltags zu tun. Es verdichten sich die sozialen Probleme, besonders in den Wohnquartieren, in denen Arbeitslose, Migrantinnen und Migranten, alleinerziehende Frauen und Kinder, viele von denen, die im ersten Armutsbericht der Bundesregierung genannt werden, zusammenleben. Binnenmigration verändert das Gesicht der Innenstädte. Als Kirchen sind wir davon elementar betroffen. Jugendliche, die keine Räume und keine Zuwendung haben, werden gewaltbereit. Einsamkeit, Anonymität und Isolation nehmen zu, das soziale Desinteresse ebenso. Die im Klima neoliberalen Wirtschaftens propagierte Mentalität – „Jeder ist sich selbst der/die Nächste und muss sich selbst aus dem Sumpf ziehen“ – verdrängt genuine Erfahrungen sozialer Einbindung, aktive Zusammenarbeit, positive Gemeinschaftserfahrung und Nachbarschaftshilfe. Ethnische Stadtviertel sind entstanden infolge fehlender Einwanderungspolitik und mangelnder Integrationsbemühungen. Von den so genannten Schläfern bis zu den Amokläufern haben wir genügend Anlässe, uns zu fragen: Wieso merkt da niemand etwas? Zugleich gibt es beachtliches zivilgesellschaftliches Engagement und intensive Stadtteilarbeit.

Städtebauliche Planungen und Infrastrukturpläne allein genügen nicht, um die soziale Stadt zu schaffen. Unsere Städte und Wohnquartiere sind angewiesen auf das soziale Gewissen ihrer Planerinnen und Planer, ihrer Geldgeberinnen und Geldgeber, ihrer Er-

bauerinnen und Erbauer, ihrer Verwalterinnen und Verwalter und besonders ihrer Bewohnerinnen und Bewohner, auch ihrer Kirchen.

2. Schritt: Ethos des menschlichen Zusammenlebens/ Stadterfahrungen in der Bibel

Am Beginn der Bibel wird die Geschichte des ersten missglückten Städtebaus der Menschheitsgeschichte berichtet, die Geschichte des Turmbaus zu Babel. Dort heisst es: „Die Menschen sprachen: Wohlauf, lasst uns eine Stadt und einen Turm bauen, dessen Spitze bis an den Himmel reiche, damit wir uns einen Namen machen“ (1. Mose 11, 4). Interessant ist das Motiv dieser Stadtplanung. Es sollten nicht bessere Lebensbedingungen für die Menschen geschaffen oder der menschliche Zusammenhalt und Schutz erhöht werden, sondern der Wunsch nach Ruhm und Selbsterhöhung stand im Vordergrund. Diese Fehlplanung fand, so die Geschichte, ihr Ende dadurch, dass „Gott herniederfuhr und die Sprachen der Menschen verwirrte“. (1. Mose 11,7).

Um solche misslingenden Menschheitsprojekte zu verhindern, berichtet die Bibel, dass Gott dem nomadisierenden Volk auf seinem Weg zur Sesshaftwerdung Wegweisungen für das menschliche Miteinander gegeben hat. Ihr Ziel ist, das Leben der Menschen richtig, das heißt im biblischen Verständnis gerecht zu gestalten, sodass Gott, Mensch und Schöpfung einander gerecht werden und so leben, dass das Leben aller im Schalom, im friedlichen Ausgleich von Geben und Nehmen, ermöglicht wird. Zu diesen Wegweisungen gehören auch die zehn Gebote.

Wenn die Stadtforscher Recht haben, dann entstanden die ersten Städte dort, wo sich Wege kreuzten und dadurch Begegnung, Tausch und Handel möglich wurden. Sie entstanden auch dort, wo man die Toten begraben hat, die man, nomadisierend, zurückließ. Dort wurden Kultstätten errichtet, an denen die Lebenden Orientierung, Sinn und das, was über das irdische Leben hinausging, die Transzendenz, suchten (vgl. Lewis Mumford, *The City in History*, London 1966).

Die meisten Städte in biblischer Zeit waren mit Schutzmauern umgeben. Man betrat sie durch „das Tor“, das auf einen größeren Versammlungsplatz führte. Dort wurde im alten Israel öffentlich Recht gesprochen, sodass die Gemeinschaft immer wieder an das gemeinsame Ethos und die die Gemeinschaft verbindenden Rechtsnormen erinnert wurde. Die spätere städtebauliche Triade von Markt, Kirche und Rathaus wird hier schon sichtbar. Heute verändert sich das Konzept der Städte, und es muss uns zu denken geben, wenn wir diese Triade bewusst oder unbewusst verändern.

Der Beginn der Rechtsprechung ist im jüdisch-christlichen Erbe religiös verankert. An ihrem Anfang steht die Gottesverehrung. Sie ist die Grundlage jeglicher Rechtsnorm. Das Recht gerade der Schwachen, die sich nicht selbst helfen können, wird durch die Autorität Gottes geschützt, die der Richter oder der rechtsprechende König verkörpern und vollziehen soll.

Für unsere Frage nach der sozialen Stadt sind folgende Rechtsnormen besonders interessant:

- Geschützt werden insbesondere die **Armen**: man darf ihnen z.B. nicht den Mantel, mit dem sie sich zudecken, wegnehmen (*Worin soll er sonst schlafen? 2. Mose 22, 25*).
- Besonderen Schutz erfahren die **Fremden**, ja, sie erhalten gleiche Rechte wie die Einheimischen, nicht nur Gnadenrechte oder Sonderrechte (*2. Mose 12: 49: Ein und dasselbe Gesetz gelte für den Einheimischen und den Fremdling, der unter euch wohnt. Siehe auch 4. Mose 15, 15*).
- Die **Witwen** und **Waisen** sind besonders schutzbedürftig, weil sie sich Recht nicht selbst verschaffen können und weil sie ökonomisch nicht versorgt sind.
- Interessant sind auch die Ansätze zur Humanisierung des **Umgangs mit dem Feind**: *Wenn du dem Rind oder Esel deines Feindes begegnest, die sich verirrt haben, so sollst du sie wieder zu ihm führen. 2. Mose 23: 4*).
- Vor allem aber wird der ehrliche und wahrhaftige Umgang miteinander in den Mittelpunkt gestellt: *Du sollst kein falsches Gerücht verbreiten; du sollst nicht einem Schuldigen Beistand leisten und kein falscher Zeuge sein (2. Mose 23: 1)*.

Auf diesem Ethos des Miteinander und des Schutzes der Schwachen wird das Zusammenleben begründet.

Vom Misslingen menschlichen Zusammenlebens in den Städten wird ebenfalls berichtet. Sodom und Gomorrha scheitern an der Brutalität und Gewalttätigkeit ihrer Bürger. Ninive entgeht dem verdienten Untergang durch die Fürbitte des Propheten Jona.

In einer säkularisierten Gesellschaft lassen sich das Recht und die Normen menschlichen Zusammenlebens nicht mehr auf religiöse Weise begründen. Wie aber begründen wir sie? Das biblische Ethos weiß, dass langfristig nur die Lösungen haltbar sind, die am Wohlergehen der gesamten Gemeinschaft der globalisierten Welt orientiert sind. Dieses Ethos hat sich auch entscheidend in den Menschenrechten, im deutschen Grundgesetz und der Sozialgesetzgebung niedergeschlagen. Es bleibt mir nichts anderes, als für die Plausibilität und Zukunftsfähigkeit dieser an einer Welt-Gemeinschaft orientierten Ethik zu werben.

3. Schritt: Visionen der zukünftigen Stadt

Erstaunlicherweise stehen am Ende der Bibel, in der Offenbarung des Johannes, als Hoffnung der endlich ans Ziel der Geschichte gekommenen Menschheit kein Naturidyll, keine ewigen Jagdgründe, sondern das Bild einer visionären Stadt: des himmlischen Jerusalem. Wie schmerzlich ist es, diese Vision angesichts der Lage im heutigen Jerusalem zu lesen.

Das neue Jerusalem ist das Gegenbild zu der von Gewalt, sozialer Missachtung, Größenwahn und Repräsentationssucht geprägten Stadt Babylon, die in der Johannesapokalypse gleichbedeutend ist mit dem damaligen Rom, dem Imperium Romanum. Aus dieser Vision habe ich einige Verse ausgewählt.

Das Licht der Stadt war gleich dem alleredelsten Stein klar wie Kristall. Sie hatte eine große und hohe Mauer und hatte zwölf Tore, nach Osten drei, nach Norden drei, nach Süden drei, von Westen drei. Aus zwölf Perlen waren die Tore... Die Stadt bedarf keiner Sonne noch des Mondes, denn die Herrlichkeit Gottes erleuchtet sie. Die Völker werden wandeln in ihrem Licht; und die Könige auf Erden werden ihre Herrlichkeit in sie bringen. Und ihre Tore werden nicht verschlossen sein am Tage, denn da wird keine Nacht sein. Man wird die Pracht und den Reichtum der Völker in sie bringen. Und nichts Unreines wird in sie kommen und keiner der Greuel tut und Lüge... und er zeigte mir einen Strom lebendigen Wassers, klar wie Kristall mitten auf dem Platz und auf beiden Seiten des Stromes Bäume des Lebens, die tragen zwölf Mal Früchte, und die Blätter der Bäume dienen zur Heilung der Völker, (Offenb. 21, 10 – 22, 2 in Auswahl)

Das zentrierende Prinzip dieser Stadt ist freilich die Anwesenheit Gottes, der der Inbegriff der Gerechtigkeit ist, der richtigen, einander gerecht werdenden Beziehungen, die den Schutz des Lebens und der Schwachen gewährleisten.

Was sind die Orientierungspunkte, die diese Vision für unseren Diskurs über die soziale Stadt liefert?

- In dieser visionären Stadt ist alles klar, durchscheinend, das heißt transparent. Nichts muss das Licht des Tages scheuen. Alles kann sich sehen lassen, es gibt keine dunklen Machenschaften zum Ausschluss oder Vorteil einiger weniger. Transparenz, Offenheit ist eines der leuchtenden Charakteristika.
- Die Tore der Stadt sind offen, und Menschen aus allen Himmelsrichtungen können ein- und ausgehen.
- Die Völker und ihre Herrscher bringen das Beste, was sie haben, in diese Stadt, um es mit allen zu teilen.
- Ökologisch gesund ist die Stadt, denn es gibt in ihr lebendiges, sauberes Wasser, und in ihr wachsen Bäume, die jeden Monat Frucht tragen.
- Die Blätter dieser Bäume heilen die Wunden, die sich die Nationen gegenseitig aus Habgier, Eroberungssucht und kriegerischem Streit geschlagen haben.
- Das Unreine, die Gräuelt und Lügen werden nicht in die Stadt kommen, sie scheuen die Transparenz, die in der Stadt herrscht, und schließen sich selbst aus.

So weit einige Aussagen über die Stadt der Zukunft und Hoffnung, die endzeitliche Vision urbanen Zusammenlebens.

4. Schritt: Schlussfolgerungen für heute

Auch die Städte des 21. Jahrhunderts können Gesamtkunstwerke menschlichen Zusammenlebens sein. Viele verschiedene Interessen sind in ihnen am Werk. Sie sind der Testfall unserer Menschlichkeit und Zukunftsfähigkeit.

„Die Stadt kann der Idealfall für die Realisierung der menschlichen Gemeinschaft sein, weil sie das konkrete Leben, dem Wesen der menschlichen Natur entsprechend, aus der

gegenseitigen Abhängigkeit (Interdependenz) heraus gestaltet...Im Individualismus ist jede Person unabhängig, selbstverantwortlich, sie/er tut alles für sich selbst. In der Stadt sind die Arbeitsaufgaben geteilt, jeder tut einen Teil, und die Schönheit des Lebens ist keine Solo-Präsentation, sondern eine Symphonie. Eine Gemeinde, eine Stadt, das sind nicht Straßen und Häuser, es sind die Menschen." (M. Eugene Boring, Revelation, A Bible Commentary S. 219, eigene Übersetzung).

Aus dem bisher Gesagten und aus meiner begrenzten Einsicht in die Lebenswelt der modernen Städte möchte ich einige Sätze für die Zukunftsfähigkeit der Städte und ihrer sozialen Ausrichtung zur Diskussion stellen.

- Die Menschen müssen gemeinsam über die Grundwerte und Ziele ihres Zusammenlebens sprechen, diese einüben und miteinander abstimmen. Dazu können Stadtteilforen und Runde Tische dienen.
- Die Kommunikation untereinander muss ermöglicht und gestärkt werden z.B. durch Stadtteilzeitungen, -Radio und Informationsveranstaltungen.
- Über alle Vorgänge muss Transparenz geschaffen werden. Alle, die Entscheidungskompetenzen haben, sollten Rechenschaft ablegen über ihr Tun. Das stärkt das Vertrauen in die Politik.
- Die Beteiligung an den Entscheidungen, die das eigene Leben betreffen, sollte näher bei den Betroffenen liegen; gleichzeitig muss die Einbindung in die Gesamtverantwortung für das größere Ganze sichergestellt sein.
- Man soll bitte die Kirche im Dorf, umso mehr in der Stadt lassen. Die Kirchen beteiligen sich an vielen Gemeinschaftsaufgaben durch diakonische Projekte, Jugend- und Seniorenarbeit, Bildungsangebote und Förderung des Gemeinschaftsgefühls. Die Kirchen sind auch Orte, die „Gedächtnis, Gewissen und Hoffnung beherbergen“ (Grünberg) und der Heimatlosigkeit der modernen Großstädter entgegenwirken. Sie bieten den Menschen Sinnfindung und Orientierung in der unübersichtlich gewordenen Multiple-choice-Gesellschaft an. Sie beteiligen sich aktiv an der ökumenischen Dekade zur Überwindung von Gewalt, wovon es in unseren Städten genug gibt.
- Die Freizeitmöglichkeiten könnten wieder näher an die Wohnquartiere heranrücken. Dadurch würden die Mobilität und der Ressourcenverbrauch umweltgerecht begrenzt; damit würde auch dem Umweltgedanken im Agenda 21-Prozess Rechnung getragen.
- Überschaubarkeit ist ein Stichwort, sie stärkt das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen.
- Viel ist heute die Rede von Public Private Partnership. Dadurch werden lokale Ressourcen erschlossen und die Dominanz der öffentlichen Hand vermindert. Gleichzeitig ist dabei im Auge zu behalten, dass durch solche Projekte die Schwachen in der Gesellschaft nicht benachteiligt werden (z.B. in reichen Stadtvierteln gibt es gute Schulen, in armen dagegen schlechte Schulen). Diese Partnerschaften müssten eingebunden bleiben in ein Gesamtkonzept, das bei der Ermutigung aktiver Eigeninitiative nicht die Entmutigung von Solidarität befördert. Meiner Meinung nach wird in

einem Modell, das vom Eigennutz als der Hauptantriebskraft gesellschaftlicher Entwicklungen ausgeht, die Solidarität zu einem Abfallprodukt.

- Das Wohlergehen von Kindern, Jugendlichen, alten und behinderten Menschen sollte ein zentraler Maßstab sozialer Stadtentwicklung sein. Auch die Fürsorge für die Armen gehört dazu.
- Die Vielsprachigkeit und Schaffung kultureller Freiräume sind für die zukunftsfähige Stadt elementar. Ohne eine gelingende Integrationspolitik werden neue und gefährliche Spannungsherde in den Städten entstehen.
- Offenheit ist ein Kennzeichen der sozialen Stadt. Als Gegenmodell stehen hier die Wohn- und Schlafstädte, in die sich die Menschen zurückziehen und um die herum sie aus Sicherheitsgründen auch noch hohe Zäune ziehen. Jede Stadt ist heute als ein Bestandteil der globalen Welt zu verstehen, und die Interessen der Gesamtheit müssen mit eingebunden sein.
- Für alle diese Aufgaben braucht es Ressourcen, besonders aber Menschen, die sie durchführen. Einer der wichtigsten Ansatzpunkte ist in meinen Augen die Gemeindefinanzstruktur, die entscheidend zu verbessern ist, damit die Städte in der Lage sind, diese hohen Ziele auch umzusetzen. Die Finanznot der Städte hat bereits drastische Einschnitte in die Lebensqualität bewirkt. Ohne ein deutliches Umdenken an dieser Stelle wird wenig zu bewirken sein.

Das Programm Soziale Stadt des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat sich vorgenommen, die Menschen in der Stadt zu aktivieren und aktiv an der Gestaltung der Stadt zu beteiligen.

Lewis Mumford, ein englischer Städteforscher, beschrieb die Zukunftsaufgabe so:

„Wir müssen die Städte nicht in erster Linie als Geschäftszentren und Regierungsviertel konzipieren, sondern als wesentliche Orte, an denen sich eine neue menschliche Persönlichkeit entfalten kann: ein Mensch, der in der Einen Welt lebt... Die alte Trennung von Mensch und Natur, Stadt- und Landmensch, Gebildeten und Ungebildeten, Einheimischen und Ausländern kann nicht länger aufrechterhalten werden. Denn durch die Kommunikation ist der ganze Planet ein Dorf geworden. Deshalb muss auch die kleinste Wohneinheit als ein Modell der größeren Welt geplant werden. Der individuelle und korporative Wille seiner Bürger/innen, die nach Selbsterkenntnis, Selbstregierung und Selbstaktualisierung streben, muss in der Stadt verkörpert sein.“ (S. 653)

Ich möchte hinzufügen: Gerade auch in der Stadt muss Gemeinschaft und Solidarität erfahrbar sein, wenn die Städte nicht zu Monstren fragmentierten Lebens werden sollen.

Schließen möchte ich mit dem Wunsch aus einem der Psalmen, in dem der Stadt jene urbane Lebensqualität gewünscht wird, die aus ihr einen Ort der Zukunft macht: *Dennoch soll die Stadt Gottes fein lustig bleiben mit ihren Brunnlein*" (Ps. 46,5). Es ist erstaunlich, dass schon vor zweieinhalb Jahrtausenden den Menschen die Heiterkeit der Stadt wichtig war, ein Wunsch, der die vorgetragenen Perspektiven noch einmal zurechtrückt und der sozialen Stadt jene Freudigkeit verleiht, die sie haben soll und an der wir uns alle freuen werden.

Klaus Wiesehügel

Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen – Agrar – Umwelt



Sehr geehrte Damen und Herren, allenfalls ein Prozent der Deutschen kann mit dem Begriff „Nachhaltigkeit“ etwas anfangen. Zehn Jahre nach dem UN-Gipfel von Rio, der alle Staaten zu einer dauerhaften, sozialen und umweltgerechten Entwicklung aufgerufen hat, ist dies nicht unbedingt eine Erfolgsstory. Und ich befürchte, eine Umfrage zum Kenntnisstand über die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt würde ähnliche, zumindest keine besseren Ergebnisse ermitteln. Dies trotz des in

Rio eingeforderten Prozesses der Lokalen Agenda 21, auf die sich europäische Städte 1995 in der Charta von Aalborg verpflichtet haben. Immerhin hat sich eine ganze Reihe von Städten aufgemacht, zu Vorreitern der gesellschaftlichen Modernisierung zu werden, sich für eine ausgewogene Mischung von Arbeiten, Wohnen und Freizeit in den vielfältigen sozialen Strukturen einzusetzen, um der Entstehung von Ghettos und der Zersiedelung der Landschaft entgegenzuwirken.

Es ist wichtig, dass die Stadt als öffentlicher Raum beiträgt zur Sicherung von Lebensqualität, Chancengleichheit, bezahlbarem Wohnraum, erreichbaren sozialen Einrichtungen sowie Entfaltung und Kommunikationsspielräumen über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg und quer vor allem durch alle Generationen. Das Programm Soziale Stadt nimmt auf dieses Ziel Bezug.

Ressortübergreifende, integrative und partizipatorische Ansätze sollen gleichzeitig verfolgt werden. In dieser Allgemeinheit können wir als Industriegewerkschaft Bauen – Agrar – Umwelt dem Programm durchaus zustimmen, zumal wir bereits 1987 in unserem Programm „Arbeiten, wohnen und leben in sozialer und ökologischer Perspektive“ einen ähnlichen Rahmen abgesteckt haben. Doch im Vergleich zu unserem Programm gibt es einige wesentliche Unterschiede. In der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit möchte ich dazu drei Thesen aufstellen:

1. Bürgerschaftliches Engagement kann den Rückzug des Staates nicht ersetzen.
2. Die der Kommune zugewiesene Rolle als Sozialstaat in Reserve ist ohne gesicherte kommunale Finanzen nicht ausfüllbar.
3. Die öffentliche Vergabe muss sich der beschäftigungspolitischen Verantwortung stellen, sie muss den lokalen Arbeitsmarkt, den Mittelstand und das Handwerk stärken.

Zu 1: Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger sind ein wesentliches Element demokratischer Entwicklung, sie können aber keinesfalls Investitionen ersetzen. Bürgerschaftliches Engagement ohne gesichertes Investitionsfundament bei einem gleichzeitigen Rückzug des Staates aus dem sozialen Wohnungsbau fügt sich leider bruchlos ein in eine neoliberale Auffassung von Eigenverantwortlichkeit, bei der die Schwachen immer wieder die Verlierer sind. Ob so Sozialmilieus zu festigen und nachbarschaftliche Netzwerke zu organisieren sind, ist durchaus zweifelhaft. Eine

von Professor Häußermann vorgelegte Untersuchung zum Thema Stadterneuerung, die auf einer aufwendigen Bewohnerbefragung in zwei Gebieten im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg beruht, kommt zu einem anderen Ergebnis. Obwohl ausreichende Instrumente gegen Luxussanierung und unkontrollierte Mieterhöhung zur Verfügung stehen, müssen sie von den Mietern erst einmal gegen die Eigentümer durchgesetzt werden. In der Untersuchung heißt es, die Mieter seien als Laien mit Eigentümern konfrontiert, die mit der ganzen Kraft des professionellen Akteurs ihre Ziele verfolgen. Ob und unter welchen Bedingungen die Mieter in ihren Wohnungen bleiben, hängt von der sozialen und kulturellen Fähigkeit ab, die sie mobilisieren können. Auf den Punkt gebracht: Studenten und Hochschulabsolventen tun sich in den verhandlungsorientierten Sanierungsverfahren erheblich leichter, ihre Interessen durchzusetzen, andere werden dafür verdrängt. Dieser Prozess wird gerade dann verstärkt, wenn der Wohnungsneubau an Bedeutung verliert. Wenn Selbsthilfe so zum Selbstzweck wird, wird der sozialen Stadt ein Bärendienst erwiesen.

Zu 2: Der Rückzug des Bundes aus seiner wirtschaftlichen und sozialpolitischen Verantwortung zwingt die Kommunen in die Rolle des Sozialstaates in der Reserve, jedoch ohne die dafür gesicherten finanziellen Spielräume zu haben. Ein Blick auf die Entwicklung der kommunalen Investitionstätigkeit zeigt, dass in den letzten zehn Jahren die kommunale Investition um ein Drittel auf 22,6 Milliarden Euro gefallen ist. In Ostdeutschland ist dies noch gravierender, hier haben sich die kommunalen Investitionen halbiert. Im Vergleich zum Westen liegt das Steueraufkommen bei 40 bis 60 Prozent bei gleichzeitig erheblichem Nachholbedarf in der Infrastruktur. Insofern ist es unverzichtbar, über den Solidarpakt 2 in den neuen Ländern einen entsprechend gesicherten Investitionsrahmen abzustecken. Wenn schon Leistungen auf die kommunale Ebene verlagert werden, was im Interesse von Bürgernähe durchaus sinnvoll sein kann, dann muss dafür auch das Geld bereitgestellt werden. Politische Mitbestimmung muss mit einer Reform der Gemeindefinanzen Hand in Hand gehen. Dies ist, wie wir gehört haben, ja auch angekündigt.

Zu 3: Beteiligungsprozesse werden auch auf einer anderen Perspektive konterkariert, nämlich dann, wenn auf der kommunalen Ebene wirtschaftliche Interessen in Korruption münden. Neben dem Verlust der politischen Glaubwürdigkeit kommt es so zur Fehlleitung knapper finanzieller Ressourcen und zu einer dramatischen Verzerrung des Wettbewerbs auf den lokalen Märkten. Sicherlich ist die Liberalisierung auf dem europäischen Binnenmarkt nicht umkehrbar, doch sie braucht eindeutig Regeln. Dies gilt z.B. für den europaweiten Verkehrsmarkt, auf dem nicht nur die Preise, sondern auch Qualität und Tariflöhne eine Rolle spielen müssen. Der Wettbewerb darf hier nicht dazu führen, dass das Gemeinwohl und die sozialen Kriterien auf der Strecke bleiben. Die Kommunen müssen auch in Zukunft in der Lage sein, ihren öffentlichen Auftrag wahrzunehmen, und frei darüber entscheiden können, ob sie mit eigenen Unternehmen antreten, private Anbieter einschalten oder nach Formen gemeinsamer Beteiligung suchen.

Dies gilt natürlich auch für die Bauwirtschaft. Die Wettbewerbsverzerrung hat für die Unternehmen und vor allem für die Arbeitnehmer mittlerweile dramatische Konsequenzen. Natürlich will ich nicht verkennen, dass viele Bauunternehmer selbst ihren aktiven Part bei Lohndumping, illegaler Beschäftigung und Korruption gespielt haben und immer noch spielen. Aber wenn gleichzeitig die Investitionshaushalte beschnitten werden,

die Baunachfrage z.B. im sozialen Wohnungsbau drastisch sinkt, wird die gegenwärtige Praxis der Vergabe sowohl sozial als auch wirtschaftlich zum Sprengsatz. Derjenige, der die Baupreise bei der Vergabe radikal drückt, fühlt sich nicht verantwortlich für die auskömmlichen Preise, die in Form von unendlichen Subunternehmerketten und als Sozialdumping an die Arbeitnehmer weitergegeben werden. Er fühlt sich nicht verantwortlich für die mangelhafte Qualität, die oft zu erheblichen Auseinandersetzungen in der Gewährleistungsphase und darüber hinaus führt und sich zudem in hohen Betriebskosten niederschlägt. Es fühlt sich auch keiner verantwortlich für den im Umfeld von Sozialdumping entstehenden illegalen Sumpf, dessen Austrocknung schließlich als Aufgabe von Polizei und Staatsgewalt gesehen wird. Es fühlt sich ebenso niemand verantwortlich für die vernichteten Arbeitsplätze: Dies sei schließlich Aufgabe des Arbeitsamtes. Und die ganz Dreisten sehen das Ganze natürlich auch noch als Schuld der Gewerkschaft an.

„Meine“ Organisation, die IG Bauen – Agrar – Umwelt, kämpft seit mehr als zehn Jahren gegen diesen Prozess der organisierten Verantwortungslosigkeit. Ich bin froh, dass wir nun endlich im Bundestag ein Gesetz gemacht haben, und ich hoffe, dass die Mehrheit der Länder dies auch so sieht. Es ist schon eine Irrationalität ohnegleichen, wenn durch die Vergabep Praxis der Arbeitsplatzvernichtung am Bau im großen Stil Vorschub geleistet wird und an anderer Stelle in kleinen Sozialprojekten versucht wird, mühsam einige Arbeitsplätze in Nischenbereichen zu initiieren, während gleichzeitig Hunderttausende von Arbeitsplätzen wegfallen. Deshalb sage ich klipp und klar: Die soziale Stadt braucht Regeln, denn sonst hat jede Arbeitsbeschaffungsmaßnahme lediglich Alibicharakter und jedes Langzeitarbeitslosenprojekt kommt zum Erliegen.

Mein Fazit: Wir sagen ja zum Programm Soziale Stadt, wenn soziale Milieus gefestigt werden, wenn Bürgerbeteiligung nicht zur Verdrängung führt, wenn für den sozialen Auftrag die Investitionsmittel der Kommunen gesichert werden und wenn Investitionsentscheidungen auch unter dem Gesichtspunkt der beschäftigungspolitischen Verantwortung getroffen werden.

Wolfgang Tiefensee
Oberbürgermeister der Stadt Leipzig



Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit es die europäische Stadt gibt, seit Hunderten von Jahren, ist sie Trägerin kultureller Entwicklung, ist sie Wiege der Demokratie, befördert sie wirtschaftliche Entwicklungen, treibt sie die Infrastruktur voran. Seit es die europäische Stadt gibt, existiert es aber auch ein Auf und Ab von Prosperität und Krise. Seit es die Stadt gibt, wird über deren Bedeutung philosophiert. Und ich bin sicher, wir teilen die Überzeugung, dass nicht zuletzt durch die weitere Integration von Staaten in die Europäische Union der Stadt eine ganz besondere Bedeutung zufällt. Die Stadt ist längst nicht mehr ein hinten angehängter Waggon am Zug. Städte entwickeln sich zu den Lokomotiven gesellschaftlicher Entwicklung. Diese Erkenntnis ist noch nicht bei allen Politikerinnen und Politikern der verschiedenen Hierarchieebenen angekommen. Daher darf ich Ihnen, Herr Bundesminister, für die Initiative dan-

ken, auf diesem Kongress einmal mehr die Bedeutung der Städte zu unterstreichen, ihre Sorgen und Chancen in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion zu stellen.

Der bereits angesprochene Professor Häußermann hat in den 80er-Jahren von einer doppelten Spaltung gesprochen, zunächst einer Spaltung in Städte, die sich aufwärts entwickeln, und von solchen, die abgehängt werden, sodann einer Spaltung, die innerhalb der Stadtgesellschaft stattfindet. Wir umschreiben dies mit dem eigentlich etwas Falsches suggerierenden Begriff der „Entmischung“. Vielleicht sollte man angesichts der Entwicklung nach 1989 von einer dritten Spaltung sprechen, der Entwicklung in Ostdeutschland und jener in Westdeutschland.

Lassen Sie mich zunächst ganz kurz die Situation charakterisieren, dann möchte ich einige wenige Gedanken zu der Frage äußern, wie wir mit dieser Situation umgehen können.

Ich brauche die Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland nicht weiter zu thematisieren. Städte, die wie Leuchttürme herausragen – ich rechne die Stadt Leipzig hierzu –, zählen allenfalls zur Ausnahme. Sie liegen in einem Umfeld, das nicht prosperiert, während die Städte, denen es in Westdeutschland schlecht geht – und derer gibt es einige, Stichwort schwierige Haushaltssituation usw. –, eher in einem prosperierenden Umfeld liegen. Ich lade Sie ein zu einem Spaziergang durch die Innenstadt Leipzigs, wo man besichtigen kann, wie Aufschwung funktioniert. Und ich führe Sie in eine Kleinstadt mit blinden Fenstern, wo man flaniert und allsonntäglich feststellt, dass wieder ein Laden dicht gemacht hat, ein Haus mehr verfallen ist.

Aber auch die Spaltung innerhalb der Städte hat zugenommen. Dies kann man an Leipzig deutlich machen. Da gibt es eben neben dem Waldstraßenviertel mit seinen stolzen Bürgerhäusern, neben der Innenstadt, die Ihresgleichen sucht, drei besondere Problemzonen: erstens die Plattenbausiedlung, und hier der Wohnkomplex 7 und 8, zweitens

Plagwitz und Leutzsch im Westen, ein altes Industriegebiet, und drittens den Leipziger Osten, charakterisiert durch einen extrem hohen Leerstand. Leipzig besitzt ungefähr 300 000 Wohnungen, davon stehen 60 000 leer, 300 000 zu 60 000. Der Leipziger Osten beispielsweise beklagt einen Leerstand von 40 bis 50 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Anzahl der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger explodiert, die Fragen der Sicherheit spielen eine Rolle, und das Image dieser Stadtteile entwickelt sich wie in einer Spiralbewegung nach unten. Es beginnt ein Prozess der Segregation, der schon oft beschrieben worden ist.

Wie kann man auf diese schwierigen Prozesse reagieren? Albert Einstein, ein Intellektueller, war auch ein sehr verstreuter Professor. Jeden Montag gab er seinen Studenten ein Blatt Papier mit Fragen, die zu beantworten waren. Eines Morgens kam eine Studentin zu Einstein und sagte: „Herr Professor, Sie haben uns den gleichen Zettel wie vor einer Woche gegeben, Sie haben sich geirrt.“ „Nein“, sagte Einstein nach kurzem Überlegen, „ich habe Ihnen zwar die gleichen Fragen gegeben, aber ich verlange andere Antworten.“ Dies ist der Punkt, um den es jetzt geht. Die Probleme ziehen sich über Jahrhunderte hin, wir müssen andere Antworten finden.

Wir brauchen eine solide Analyse. Trauen sie niemandem, der von einem homogenen Deutschland, von einer homogenen Situation in den Städten spricht. Man muss sich schon die Mühe machen, mit der Lupe hinzuschauen. Man muss sich mit detaillierten Analysen, wie beispielsweise in Leipzig mit einem „Lebenslagenreport“, beschäftigen, um auf solider Faktenbasis zu arbeiten.

Die Entwicklung in der Stadt bedarf der Vernetzung aller stadtpolitischen Bereiche. Auch dies ist bereits angesprochen worden. Da geht es nicht nur um Wohnungsbau insgesamt, nicht nur um Stadtentwicklung im klassischen Sinn oder wie er vor zehn, 15 Jahren verstanden wurde. Da sind vielmehr die kulturelle, die soziale, die infrastrukturelle, aber auch die demokratische Entwicklung, die Entwicklung des politischen Systems einer Stadt, die finanziellen Auswirkungen und die Vernetzung zu den benachbarten Städten, zu den Regionen mit zu bedenken. Das Programm Soziale Stadt ist nach meinem Kenntnisstand das erste Programm, das diese Vernetzungen schaffen will, das erste, mit dem es möglich wird, dass unterschiedliche Bereiche gefördert werden und so auch ein Zusammenklang von finanzieller Unterstützung in diesen unterschiedlichen stadtpolitischen Bereichen erreicht wird. Ich möchte mich an dieser Stelle für diesen hervorragenden Ansatz bedanken.

Wir müssen die Programme, die existieren, zusammenführen: Stadtumbau Ost, Soziale Stadt, Städtebauförderung, und es gibt vieles andere, denken Sie an die europäische Ebene und Urban 2. All dies gehört vernetzt, miteinander verzahnt, um noch mehr Synergien zu erreichen, wie es heutzutage heißt. Auch hier bietet das Programm Soziale Stadt eine Plattform, auf der wir aufsetzen können.

Wir brauchen das Engagement von vielen. In Leipzig versuchen wir dies, indem wir im Leipziger Osten ein Stadtentwicklungsprogramm „Stadterneuerung und Wohnungsbau“ aufgelegt haben – zusammen mit einem Forum „Soziale Stadt – Leipziger Osten“ unter Beteiligung aller, die an diesem Stadtteil Interesse haben. Schließlich haben wir Gelder hinein gegeben und ein Quartiermanagement eingerichtet. Wir brauchen die Beteiligung von Wohnungsgenossenschaften, von Eigentümern. Es gibt in Leipzig einen Pakt

der Vernunft, in dessen Rahmen versucht wird, die verschiedenen Interessen zu bündeln; so kommt es beispielsweise nicht dazu, dass eine Wohnungsbaugesellschaft wartet, dass die andere „in die Knie“ geht, damit sie dessen Mieter in den eigenen Häusern begrüßen kann.

Wir brauchen solide finanzielle Unterstützung. Wir anerkennen sehr, dass es einen deutlichen Sprung in der Unterstützung der Städte durch Programme der Bundesregierung gibt. Dies ist einmalig und schafft uns den Freiraum, den wir brauchen.

Es geht darum, diese Leistung auch über den Solidarpakt 2 zu verstetigen – ein Instrument, das erstaunlicherweise in der Versenkung verschwunden ist und derzeit nicht mehr im öffentlichen Bewusstsein vorkommt. Wir haben dann Sicherheit in Ostdeutschland bis zum Jahr 2020. Dies ist eine Plattform, auf der wir mit den Millionen- und Milliardenbeträgen arbeiten können, die notwendig sind, um wirtschaftliche Entwicklung, Forschungsentwicklung, infrastrukturelle und ökologische Entwicklung in diesen Städten voranzutreiben.

Wir werden neben den so genannten Leuchttürmen, die wir in oder mit einigen Städten errichten, auch innerhalb der Problemstadtbezirke Cluster bilden müssen, die in ihrer Summe funktionieren und mit einer richtigen Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Geschäften, Ökologie, Freizeit in die Viertel ausstrahlen. Davon konnte ich mich auf einer Reise durch die USA überzeugen, die mich auch in ehemalige Elendsviertel wie die New Yorker Bronx und Harlem führte.

Wir brauchen – und damit möchte ich zum Ende kommen – die richtigen Vergleiche und die richtigen Zeitmaßstäbe, wenn es um die Entwicklung unserer Städte geht. Wir brauchen finanzielle Sicherheit. Meine Frankfurter Kollegin Petra Roth wird sicherlich noch einmal die Gemeindefinanzreform ansprechen. Aber wir brauchen auch den vernünftigen Blick nach Osten. Als jemand, der aus Leipzig kommt, weiß ich: Ich stünde nicht hier, wenn es nicht die Runden Tische in Gdansk, die Aktivitäten in Prag, in Budapest, in Moskau gegeben hätte. Und so schließe ich mit der hoffnungsfrohen Aussage, dass es doch gelingen müsste, in der größer werdenden Europäischen Union bei der Entwicklung der Städte nicht nur auf die eigenen Probleme zu schauen: Wir wollen diejenigen, die zu uns kommen sollen und wollen, begrüßen und nicht vergessen, dass es ihnen in vielerlei Hinsicht noch wesentlich schlechter geht als uns.

Petra Roth

Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main



Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Oberbürgermeisterin der ehemals selbständigen Stadt Frankfurt am Main habe ich die Worte des Bundeskanzlers zur Eröffnung dieses Kongresses außerordentlich gern vernommen. Ich habe mich gefreut, dass er der kommunalen Selbstverwaltung das Wort geredet hat. Ich habe mich gefreut, dass er das Steuerfindungsrecht mit Hebesatzrecht der Kommunen, das im Grundgesetz verankert ist, bestätigt hat. Ich habe mich gefreut, dass er vom „Testgelände Stadt“ gesprochen hat.

Oberbürgermeister aus der Bundesrepublik Deutschland werden bei Weltkongressen, an denen Großstädte aus aller Welt beteiligt sind – ich nahm zum Beispiel für die Bundesrepublik Deutschland am „World Open Economic Development Congress“ der Weltbank teil –, gerne gefragt, wie man mit der kommunalen Selbstverwaltung zurecht gekommen sei. Für diese Städte, von deren Größe und Problemen wir uns kaum eine Vorstellung machen können, geht es beispielsweise darum, wie man gesundheitsfördernde Programme umsetzt, wie klares Wasser, ausreichende Ernährung, Abwasser und überhaupt Gewinnung von Wasser zu erreichen ist. Angesichts dessen ist es mehr als erfreulich, dass Sie mit diesem Kongress zunächst einmal auf all das verweisen, was wir hier in der Bundesrepublik schon erreicht haben. Dies gehört zur Standortqualität der Bundesrepublik Deutschland in der globalisierten Welt, im Wettbewerb mit den anderen Städten in Europa und in der Welt.

Die Städte, über die ich eben im Zusammenhang mit der Weltbank gesprochen habe, stehen vor anderen Problemen, als wir sie haben. Und das Bild zwischen West- und Ostdeutschland ist auf der Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung nicht sehr unterschiedlich. Denn wir können nur das Programm Soziale Stadt mit der Kompensation der Ausgabemittel finanzieren, wenn die eigene Finanzhoheit, das Generieren lokaler Steuermittel, erhalten bleiben und wenn vor allem das Wegbrechen der Gewerbesteuer demnächst kompensiert wird. Mich erfreut in diesem Zusammenhang, dass sich die Kommission zur Gemeindefinanzreform in den nächsten Wochen konstituieren soll.

Wir haben gestern Wahlprogramme der großen demokratischen Parteien zur Kenntnis genommen. In diesen ist auch einiges zur kommunalen Selbständigkeit der Gebietskörperschaften zu finden. Es ist wichtig, dass das Hebesatzrecht nicht auf die Körperschaftsteuer und nicht auf die Einkommensteuer bezogen wird. Denn die Einkommensteuer ist eine Pro-Kopf-Steuer, durch die Großstädte im Vergleich mit den Umlandgemeinden nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

Ich bitte Sie auch zu verstehen, dass wir, die wir hier die Großstädte vertreten, natürlich für unsere Bürgerinnen und Bürger sprechen. Diese wollen nicht nur in einer sozialen – sozial jetzt klein geschrieben – Stadt leben, sondern sie müssen dort arbeiten und mit dem Arbeitsplatz ihr Umfeld finanzieren können unter Einbindung des sozialen Woh-

nungsbaus, der Wohnungsbauförderung, der Bildungspolitik. Wir brauchen in den Städten solche Mittel. Man darf nicht durch eine Umverteilung der Steuermittel, die den Unternehmen abzufordern sind, die Städte zugunsten des Umlands benachteiligen.

Aber die Finanzierung ist nur das eine. Das andere ist die soziale Kompetenz, die den Inhalten von kommunaler Selbstverwaltung eigen ist. Sie gilt es, in die Köpfe unserer Bürgerinnen und Bürger zu transportieren. Und was zeichnet diese soziale Kompetenz aus? Sie umfasst Toleranz und Liberalität, das heißt die Akzeptanz und das Aufnehmen des Fremden, des Andersartigen. Sie spüren, dass ich aus Frankfurt komme und dieses natürlich mit den philosophischen Grundsätzen einer Stadt so formuliere, die sich seit Jahrhunderten unter diesen Freiheitsbegriffen zu der internationalen Stadt entwickelt hat. Ist es denn vor diesem Hintergrund erstaunlich, dass Frankfurt mit 30 Prozent Nichtdeutschen eine Stadt ist, in der wir gewaltfrei mit anderen Kulturen zusammenleben, in der wir das Fremde als bereichernd empfinden, in der Integration stattfindet, ohne dass wir darüber seit 30 Jahren reden, in der wir zusätzlich zu den Programmen, die in der Sozialen Stadt beschrieben sind, demnächst weitere Integrationsmaßnahmen in Form von Einrichtungen für die Jugend, von kirchlichen Einrichtungen, von Stadtplanungsbüros fördern und dies auch gelebt wird? Und deshalb ist es richtig, dass wir uns mit der Kompensation lokaler Mittel in das Programm Soziale Stadt einbringen.

Aber an dieser Stelle ist genauso zu erwähnen, dass wir – und jetzt spreche ich für alle Städte in diesen Maßnahmen – natürlich auch die Genehmigung bekommen müssen, investieren zu dürfen. Die Kommunalaufsicht untersagt uns nämlich das Investieren mit dem Argument, die Haushalte seien im Moment nicht ausgeglichen und die Folgekosten nicht mehr kontrollierbar. Wir haben für den Deutschen Städtetag beim Bundesfinanzminister den Wunsch geäußert, er möge aus dem Erlös der UMTS-Mobilfunklizenzen zehn Prozent für Direktinvestitionen der Städte in das Programm Soziale Stadt zur Verfügung stellen. Das würde bedeuten, dass der Bund die Maßnahmen direkt investiv finanziert. Damit könnten wir in den Städten die Verweigerung der Kommunalaufsicht, der Regierungspräsidien oder auch der Innenminister legal umgehen. Als Oberbürgermeister sind wir überzeugt, dass wir in den Städten soziale Einrichtungen, die auch Stadtentwicklung umfassen, brauchen. Nur dann können wir das Testfeld erfolgreich bewältigen und als Standort Bundesrepublik Deutschland in Europa vom hinteren Drittel in den mittleren und dann wieder in den vorderen Bereich vorrücken. Die Standortfrage ist in der Bundesrepublik Deutschland elementar eine kommunalpolitische Frage. Denn der Bund – nicht als Bundesverwaltung, sondern als Staat – generiert keine Arbeitsplätze. Aber die Politik gibt die Eckwerte vor und entwickelt Strukturen, in denen Unternehmen produzieren können und damit Arbeit geben.

Es ist hochinteressant, sich einmal den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland und seit 1989 dann des demokratischen Rechtsstaats in den neuen Bundesländern vor Augen zu führen. Die ersten Entscheidungen nach 1945 sind in den Städten und dann in den Ländern gefallen, bis der Bundestag gewählt wurde. Genauso hat sich der Demokratieprozess in den neuen Bundesländern von den Städten her entwickelt. Was besagt denn das? Es heißt, dass Sie alle als Bürgerinnen und Bürger hier Institutionen schaffen über das Grundgesetz, die Länderverfassungen, die kommunale Selbstverwaltung – weil Sie wissen, was Sie brauchen. Sie wissen, wo der Kindergarten hin gehört, welche Fortbil-

ungsmaßnahmen gebraucht werden. *Sie* wissen, wie künftig die Integration der jetzt alt werdenden Singlehaushalte durch neue Altenpolitik aussehen muss.

Die Vielfalt der Gesellschaft: das ist jeder Einzelne. Und das wird wirksam über die kommunale Selbstverwaltung. Dort sind die Gremien angesiedelt, die dann die Soziale Stadt – sozial jetzt groß geschrieben – umsetzen. Wir werden uns als Städte daran beteiligen. Aber bitte, Herr Bundesminister, sorgen auch Sie dafür auf all den Ebenen, auf denen es entsprechende Entscheidungsmöglichkeiten gibt. Ich denke hier an die Gemeindefinanzreform, an das Konnexitätsprinzip – es besagt, salopp gesprochen: wer bestellt, der zahlt – und an die Forderung nach kommunaler Entscheidungskompetenz in einem eigenständigen Gesetz für Behinderte. Beispielsweise ist es, was Letzteres betrifft, nach dem Bundessozialhilfegesetz so, dass wir als Städte die sozialpolitischen Ausgaben in der Folge des Gleichstellungsgesetzes für Behinderte selbst bezahlen müssen. Wir sollen nach dem Grundgesetz eine gleiche Lebensform in der gesamten Republik ermöglichen. Ich bin der Ansicht, dass die entsprechenden Kosten dann der Bund bezahlen muss. Dies sind nur ein paar Beispiele; ich könnte die Reihe fortsetzen.

Wir Städte sind die „Testgelände“ der Gesellschaft. Wir sind Testgelände, auf denen das Miteinander im höchsten Maße herausgefordert wird. Wir müssen darauf achten, dass wir den Dialog um unsere Zukunft in den Städten nicht im Gegeneinander, sondern auf der Grundlage von Führung – Führung im Sinne von Wissen, wie es gehen könnte – zusammen mit den anderen Institutionen der Bundesrepublik führen.

Erhalten Sie uns bitte die Selbstverwaltung. Wir wissen, dass dies nicht einfach ist und wir die Unterstützung der Bundesregierung auf europäischer Ebene brauchen. Denn kommunale Selbstverwaltung ist in den anderen großen europäischen Städten in dieser Form nicht vorhanden. Wir möchten unsere Gesellschaft weiterentwickeln mit all den Ressourcen und Potenzialen, die in den Städten vorhanden sind.

Wenn ich auf die Teilnehmerliste des Kongresses schaue, weiß ich, dass hier heute im Grunde genommen die „Umsetzer“ versammelt sind. Nehmen Sie dieses Statement mit: Die Politik steht an Ihrer Seite. Setzen Sie die Verbesserung des gesellschaftlichen Miteinanders in den Städten, aus denen sie hierher gekommen sind, weiter um!

Christian Ude
Oberbürgermeister München



Meine Damen und Herren, Sie werden sich vielleicht wundern, wieso München sich am Programm Soziale Stadt beteiligt. Ist das überhaupt notwendig? Oder anders gefragt: Ist das nicht eine Fehlleitung von Ressourcen, wenn eine Boomtown mit weniger als fünf Prozent Arbeitslosigkeit, mit weniger als zwei Prozent Leerstandsrate bei Gewerberäumen, mit einem ständigen Rückgang der Sozialhilfeempfänger, mit einem eklatanten Fachkräftemangel, eine Stadt, in der Auszubildende mit dem Lasso eingefangen oder per Inserat in anderen Landesteilen gesucht werden und die im vergangenen Jahr vor allem die Greencard-Debatte geführt hat, wer am schnellsten fehlende Linder her bringt, wenn eine solche Stadt soziale Probleme benennt und Mittel für die Lösung anfordert.

Ich denke, dass es zur differenzierenden Betrachtung, die Wolfgang Tiefensee eingefordert hat, gehört, nicht bei der Betrachtung einer Glitzerfassade stehen zu bleiben, sondern genauer hinzuschauen. Alle Fakten, die ich eben aufgeführt habe, stimmen zwar, sind aber nur die eine Seite der Medaille. Die andere lautet, dass die Boomtown natürlich unter Wohnungsmangel, unter Mietenexplosion, unter erschreckend zunehmender Wohnungslosigkeit leidet, dass die Zahl der Obdachlosen wöchentlich um 40 bis 60 steigt, dass alle Bevölkerungsgruppen mit stagnierendem Einkommen unter dem Anstieg der Lebenshaltungskosten leiden, dass es eine zunehmende Armut vor allem kinderreicher Familien gibt.

Boomtown ist als oberflächlicher Befund richtig, ändert aber nichts daran, dass es die Kehrseite, nämlich eine wachsende neue Armut und natürlich auch problembeladene Viertel gibt – wobei ich unmittelbar anschließen kann an meine Frankfurter Kollegin Petra Roth, dass nicht die Zuwanderung das Problem ist. Wir haben ein Viertel direkt hinter der weltberühmten Bavaria mit dem höchsten Ausländeranteil in München, in Grundschulklassen weit über zwei Drittel. Dort sind weder besondere Konflikte, noch besondere Problemlagen festzustellen, sondern im Gegenteil, hier besteht tatsächlich eine reizvolle multikulturelle Szene.

Problemgebiete, die wir für das Projekt Soziale Städte vorgeschlagen haben, schauen ganz anders aus: Es sind Sozialbaureviere der 60er-Jahre, in denen im Wesentlichen heute noch die damals eingezogenen Parteien leben, also eine weit überalterte Bevölkerung. Es handelt sich um ein Viertel ohne lebendige Infrastruktur, weil es sich nicht rechnet, dort Filialen zu eröffnen; auch soziale Angebote sind spärlich, und Jugendliche, wenn es sie gibt, stehen ohne entsprechende Betreuungsangebote auf der Straße. Dort verstärkt jede frei werdende Wohnung das Problem des Minderwertigkeitskomplexes oder des schlechten Images des Viertels. Denn natürlich wird jede frei werdende Wohnung vom Wohnungsamt für die dringlichsten Fälle in Anspruch genommen. Und dies sind nun einmal Ausländerhaushalte mit vielen Kindern oder Personen mit mehreren

Handikaps, die auch entsprechend sozial auffällig in Erscheinung treten. Als das größte Problem nennt die ortsansässige Bevölkerung die Wohnungsvergabe, eben weil diese an die dringlichsten Fälle erfolgt und nicht an aufstrebende Mittelschichten, die man lieber im eigenen Viertel hätte.

So ist das Revier noch nicht gekippt, wie Stadtsoziologen sagen würden, aber man sieht eine Abwärtsbewegung, eine Verschlechterung des Ansehens, eine Weigerung von potenziellen Erwerbern, dort durchaus attraktive und preisgünstige Eigentumswohnungen zu kaufen. Diese müssen wie Sauerbier angeboten werden, während ansonsten in der gesamten Stadt eine wahnsinnige Nachfrage fast ohne rationale Preiskontrolle herrscht. Diese Reviere haben wir auch. Und deshalb hat sich die Stadt München schon 1999, als hier in Berlin das Programm vorgestellt wurde, um Projekte beworben, und davon will ich auch erzählen.

Aber vorweg doch einige Klarstellungen, damit wir nicht den Blickwinkel verengen auf einige Nischen, wie Klaus Wiese­hügel hier treffend gesagt hat. Diese Verengung darf nicht stattfinden. Deswegen möchte ich gerne vorweg sagen: Eine soziale Stadt – wenn damit die gesamte Stadt gemeint ist und nicht ein Projekt in einem Viertel – muss eine leistungsfähige Stadt sein. Nur die finanziell leistungsfähige Stadt, die auch in den kommenden Jahren alle vorhandenen Kultur- und Sozialeinrichtungen sowie Schulen finanzieren und neue Kinderbetreuungseinrichtungen dazu bauen und mit Personal ausstatten kann, ist eine soziale Stadt. Wenn uns die finanzielle Leistungsfähigkeit verloren geht, weil die Gewerbesteuer weg bricht, weil wir trotz sinkender Gewerbesteuer­einnahmen auch noch eine erhöhte Umlage an Bund und Länder zahlen müssen, weil uns Aufgaben aufs Auge gedrückt werden, wie es jetzt mit der Grundsicherung geschieht und mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe geschehen soll, dann legt dies die Axt an die Leistungsfähigkeit der Kommunen. Dann werden die Kommunen insgesamt im gesamten Stadtgebiet den europäischen Standard an sozialer, kultureller und schulischer Infrastruktur, den wir gewohnt sind, nicht aufrechterhalten können – das muss in aller Dramatik hier gesagt werden, wenn wir uns unter dem Anspruch der sozialen Stadt treffen.

Genauso wichtig ist es, die Proportionen zu sehen. Ich stimme Klaus Wiese­hügel ausdrücklich zu, wenn er sagt, es sei zwar richtig, eine Handvoll, einige Dutzend arbeitslose Jugendliche oder Frauen in der Familienphase oder spät vermittelbare Arbeitskräfte mit längerer Arbeitslosigkeit in Beschäftigungsprogrammen, in Stadtteilläden oder sonst wo zu beschäftigen, aber es seien doch in der Relation nur Tropfen auf dem heißen Stein, wenn wir gleichzeitig miterleben müssen, dass ganze Gruppen von Erwerbstätigen einem Sozialdumping erliegen. Dies ist für die Bauwirtschaft sehr eindrucksvoll geschildert worden. Wir erleben es sogar als Arbeitgeber bei den eigenen Busfahrern, dass wir sie drücken sollen, damit sie im Preiswettbewerb mit privaten Anbietern konkurrenzfähig sind. Eine widersinnige Politik, denn wir treiben hier Familienväter auf dem sündteuren Pflaster München in ihren Einkommen herunter, bis sie irgendwann als Bedürftige beim Projekt Soziale Stadt wieder vor der Tür stehen. Soziale Stadt muss also auch eine weitsichtige Arbeits- und Sozialpolitik beinhalten.

Das Problem der Relationen müssen wir auch auf dem Wohnungsmarkt im Auge behalten, wobei mir klar ist, dass ich hier über eine Sondersituation spreche, die es vielleicht in Frankfurt, Stuttgart und Hamburg gibt, aber die beispielsweise in den von Wolfgang

Tiefensee dargestellten Städten so nicht vorhanden ist. Die Wohnungsnot – sie ist die Kehrseite der Arbeitsmarktsituation, das ist in mehreren Wachstumsregionen so. Wir müssen, hier in der Tat genau hinschauen und differenzieren. Aber ich habe es satt, mir erzählen zu lassen, dass der Wohnungsmarkt in Deutschland ausgeglichen ist, weil ich keinem einzigen Wohnungssuchenden in München eine leer stehende Wohnung in Halle anbieten kann. Die Bundespolitik ist demnach gehalten, genau hinzusehen und auf die vollkommen unterschiedlichen Problemlagen jeweils örtlich richtige Antworten zu geben. Das heißt aber, dass es in Wachstumsregionen mit Wohnungsbedarf Wohnungsbauprogramme geben muss. Wir als Kommune strengen uns mit 100 Mio. Euro jährlich an, wir wollen 1 800 Wohnungen jährlich öffentlich fördern, 150 davon direkt für Obdachlose und über 1000 für Durchschnittsverdiener mit Kindern.

Trotz dieser großen Probleme, die nur mit großen Lösungen angegangen werden können, gibt es aber das Problem der Viertel mit besonderen Defiziten. Und hier halte ich das Programm Soziale Stadt für sehr wichtig. Diese Ergänzung zur traditionellen Wohnungsbaupolitik haben wir dringend gebraucht.

Ich möchte jetzt die Stufen schildern, die ich nicht gleichermaßen ernst nehmen kann. Die erste Stufe ist die sprachliche Beschönigung der Probleme. Diese ist scheinbar unvermeidbar, wenn Sozialarbeiter, Sozialtherapeuten, Gemeinderäte, Architekten und Stadtplaner zusammenwirken. Aber die Sprachflut, die hier über einen herumpurzelt, kommt mir manchmal schon recht komisch vor. „Mama“, heult der Bua, „warum müssen wir in einem Glasscherbenviertel leben, wo dauernd Zoff ist?“ Nach einem Jahr Zukunftswerkstatt würde die Mutter dem Buben links und rechts eine runterhauen: „Das heißt nicht ‚Glasscherbenviertel‘, das heißt ‚infrastrukturell defizitäres Wohnquartier mit sozialräumlicher Polarisierung‘.“ Etwas weniger Sprachgeklüngel und mehr Verständlichkeit im Hinblick auf die Bevölkerungsgruppen, um die es geht, täte auch Sozialplanern, Stadtplanern, Architektenteams gut.

Zweite Feststellung: Ein grandioser Ansatz ist der ganzheitliche Ansatz, die ressortübergreifende Zusammenarbeit, die interdisziplinäre Kooperation. Aber auch hier sehe ich aus der etwas spöttischen Beobachtung durchaus markante Probleme. Die Vernetzung mehrerer Sozialarbeiter miteinander und deren Vernetzung mit Sozialtherapeuten und Pfarrgemeinderäten und Stadtplanungsbüros ist eine so umfassende Aufgabe, dass bei der Vernetzung Kommunikationsprobleme entstehen, deren Bewältigung viele Workshops erfordert. Und es soll Fälle gegeben haben – ich nenne keine Stadtnamen –, in denen die Vernetzungsarbeit ein so befriedigendes Betätigungsfeld ergeben hat, dass gar nicht mehr auffiel, dass die Wohnbevölkerung nicht mehr dabei war.

Die Vernetzung ist aber unbestritten der richtige Ansatz, sie muss nur eng mit der Bürgerbeteiligung gekoppelt sein. Die Bürgerbeteiligung, die professionell angeregt, stimuliert, unterstützt und abgefragt wird, kann aber vollkommen unterschiedlich ausgehen. Um die Extreme zu nennen: im Glücksfall wird erreicht, dass erstmals die Sprachlosen Stimme erhalten, dass erstmals Berufsschüler und Lehrlinge sich so äußern wie sonst nur Gymnasiasten und Studentenvertreter, dass auch mal Rentnerehepaare sich äußern und nicht nur rechtsschutzversicherte Lehrerehepaare – das ist der Glücksfall, den Sprachlosen Stimme geben. Aber es gibt immer wieder auch den Unglücksfall der Professionalisierung bewährten Querulantentums – und dafür sollten wir nicht Steuergelder verpulvern, diese Aufgabe erfordert Sensibilität.

Was geschieht konkret? Ich denke, psychologisch enorm Wichtiges, real hält es sich aber in Grenzen. Wir haben in dem genannten Quartier Hasenberg alle Aktivitäten mit den Akteuren vor Ort gebündelt, um eine Imageverbesserung zu erreichen. Das geschieht schon durch die Medienberichterstattung und das Engagement aller Akteure, allen voran der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände. Wir haben bei der Bürgerbeteiligung noch nicht die Schweigenden erreicht. Aber wir haben mehr einbezogen, als es im politischen Alltagsbetrieb der Bezirksausschüsse, der Stadtteilvertretungen oder der sattem bekannten Bürgerinitiativen der Fall gewesen wäre. Wir haben für die Jugendlichen in diesem Viertel wirklich grandiose Angebote. „Junge Arbeit“ heißt das Projekt gemeinsam mit der Bürgerbeteiligung mit einem privaten Bauträger und dem Arbeitsamt. Hier können dauerarbeitslose Jugendliche –, das gibt es ja auch schon – die Berufe des Malers, des Siebdruckers, des Schreiners, des Betonbauers erlernen und sich gleichzeitig bei Projekten im Viertel für die Verbesserung des Quartiers einsetzen – zum Beispiel bei der Platzgestaltung, bei der Fassadengestaltung, bei der Innenausstattung eines Kaufhauses, bei der Einrichtung eines Stadtteilladens. Ich halte das jetzt für wirklich gelungen, dass Jugendliche nicht nur von der Straße wegkommen, sondern eine qualifizierende Tätigkeit erlernen und sie so anwenden, dass sie sich im Viertel bei den Platten auf dem Platz oder an der Fassade des Kaufhauses oder in der Inneneinrichtung des Stadtteilcafés in ihren Werken wieder finden. Eine solche Identifikation gerade etwas entwurzelter Jugendlicher mit dem Viertel ist das Beste, was man sich beispielsweise gegen Vandalismus oder zur Verbesserung der Sicherheitssituation vorstellen kann.

Ich komme zur Bewertung:

1. Soziale Stadt als Projekt und auch als Projektbündel kann die Leistungsfähigkeit, also die ausreichende Finanzausstattung der Städte, nicht ersetzen.
2. Das Programm ist nicht Ersatz, aber unerlässliche Ergänzung für die Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Wohnungsbaumaßnahmen, die in den Städten vorrangig gelöst werden müssen.
3. Das Programm hilft uns tatsächlich, vorbeugend soziale Zuspitzungen zu vermeiden und soziale Brennpunkte zu entschärfen, wenn die Mittel dauerhaft und damit planbar sind. Wenn es sich nur um Anschubfinanzierungen gehandelt haben sollte mit der Folge, dass die Städte dann ein paar Probleme mehr haben, wenn die Anschubfinanzierung aussetzt, wäre der Erfolg nur sehr vorübergehend gewesen. Ich wünsche mir den anhaltenden Erfolg.

2. ■

Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft – Chancen
für einen gesellschaftlichen Wandel

Podiumsdiskussion

Moderation:

Brigitte Bastgen,
ZDF, Mainz

Auf dem Podium:

Prof. Dr. John Friedmann,
University of British Columbia, Vancouver

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin,
Staatsminister beim Bundeskanzler, Beauftragter der Bundesregierung
für Angelegenheiten der Kultur und der Medien, Berlin

Werner A. Perger,
DIE ZEIT, Hamburg

Prof. Dr. Christian Pfeiffer,
Minister für Justiz des Landes Niedersachsen, Hannover





Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft – Chancen für einen gesellschaftlichen Wandel

Podiumsdiskussion

Brigitte Bastgen



Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie sehr herzlich zur ersten Podiumsdiskussion des Kongresses begrüßen. Ich habe die sehr schöne Aufgabe, die Diskussionsrunde zu moderieren. Zunächst möchte ich meine äußerst unterschiedlichen, sehr interessanten Gäste begrüßen.

Ich beginne rechts von mir und heiße Herrn Dr. Werner Perger sehr herzlich willkommen. Herr Perger ist politischer Redakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“, und wir als Ihre Leser, Herr Perger, verstehen Sie als einen Anwalt des Wandels, als jemand, der sich in hohem Maße mit kritischem geschärftem Blick dem Thema „Veränderung und Wandel“ in unserer Gesellschaft quer durch alle Strukturen widmet.

Ich begrüße sodann Herrn Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin. Herr Nida-Rümelin hat mir vorhin den „Rattenschwanz“ von staatstragender Bezeichnung seines Amtes quasi aus der Hand geschlagen: er ist schlicht unser Kulturstatsminister.

Links neben mir begrüße ich Herrn Prof. Dr. Christian Pfeiffer, den Justizminister des Landes Niedersachsen. Er ist darüber hinaus für unser heutiges Thema „Sicherheit“ höchst kompetent, denn er ist von Hause aus Kriminologe und hat lange das Kriminologische Forschungsinstitut in Hannover geleitet. Überdies haben Sie, Herr Pfeiffer, vor vier Jahren die erste deutsche Bürgerstiftung gegründet, eine Vereinigung ... – aber das sagen Sie besser selbst.

Prof. Dr. Christian Pfeiffer

In aller Kürze: Wir versuchen, die Zeitreichen, die Ideenreichen und die Geldreichen einer Kommune unter ein Dach zu bringen und ein Innovationszentrum für Kultur-, Jugend- und Sozialprojekte zu schaffen.

Brigitte Bastgen

Ich freue mich ganz besonders, Prof. Dr. John Friedmann von der University of British Columbia, Vancouver, in unserer Runde begrüßen zu dürfen. Prof. Friedmann ist Raumplaner, Entwicklungsforscher und ist – in unserem Zusammenhang vielleicht auch von Bedeutung –, in Wien geboren, hat im Laufe seines Lebens auf allen Kontinenten dieser Welt, wohlgerne in den jeweils entscheidenden Städten, gelebt. Herr Friedmann, herzlich willkommen.

Es spricht ja mit Sicherheit für die Reputation von Wissenschaftlern, wenn sie auf einem Kongress innerhalb von drei Stunden gleich dreimal zitiert werden. Und so möchte auch ich noch einmal Hartmut Häußermann, diesmal allerdings in Ko-Autorenschaft mit Walter Siebel, zitieren. Beide befanden 1987 sinngemäß: Stadt – was für ein knappes Wort für eine solche Vielfalt von Wirklichkeiten: das sündige Babel, das heilige Jerusalem, Venedig, die Lagunenstadt, Sparta und Athen, Paris, das Erotische, der Siedlungsbrei des Ruhrgebietes, Bos-Wash, dieses Städteband, das sich von Boston nach Washington zieht. Macht es Sinn, da von der Stadt zu sprechen?

Ich denke, diese Überlegung wird sich ein wenig auch durch die heutige Reflexion hier oben auf der Bühne ziehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den Reden heute Morgen ist deutlich geworden, dass der Umbruch in unserer Gesellschaft, der sich unstrittig gerade vollzieht, sich vor allem in unseren Städten vollzieht. Er vollzieht sich eben nicht in den kleinen, idyllischen Dörfern in der Eifel, in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in den Metropolen. Diese sind Motor des gesellschaftlichen Wandels.

Wir wollen hier versuchen, diese Software Stadt gemeinsam „anzufassen“. Was ist Stadt im Jahre 2002? Und gleich die Frage an Sie, Herr Professor Friedmann: Warum sind die europäischen Städte so ganz anders als die amerikanischen und die asiatischen? Sie kennen Sie ja alle.

Prof. Dr. John Friedmann



Ich weiß nicht, ob ich diesem Diktum beipflichten würde. Historisch gesehen ist es bestimmt so, wie Sie gesagt haben. Aber ich meine, dass eine ganz große Änderung im Gang ist. Heutzutage sprechen wir als Planer eher von einer Stadtregion als von einer ummauerten Stadt. Zu Zeiten meines Vaters oder meines Großvaters war ja Wien noch eine ummauerte Stadt. Und für Max Weber bedeutet die Mauer die Abgrenzung des Städtischen vom Ländlichen. Wir sagen

immer, wir ziehen in die Stadt, um in Freiheit zu leben. Stadt macht frei, Stadtluft macht frei, das war das Leitmotiv.

Aber heute finde ich – und das kommt vielleicht aus meiner Erfahrung, 27 Jahre lang in Los Angeles gelebt zu haben, aber nicht nur dort –, dass das Städtische, das Urbane, dass der ganze Raum sich mit dem Urbanen aufgefüllt hat. Die Grenze ist nicht mehr so leicht zu finden. Selbst die großen Ballungsräume, die wir jetzt in Asien sehen, zum Beispiel im Pearl-River-Delta im südlichen China mit seinen 30 Millionen Menschen, sind neue Gebilde, mit denen wir zu Recht kommen müssen. Europa wird aber auch von dieser Änderungswelle „mitgerissen“; man kann ihr nicht wirklich entkommen.

Brigitte Bastgen

Stichwort Änderung – Herr Dr. Perger, ich spreche Sie als unseren „Wandlungsexperten“ an: Wenn wir Stadt – unter Einbeziehung der Erkenntnis, dass es Stadt als homogene Struktur nicht gibt – dennoch als den Nukleus von Veränderung akzeptieren, was sind dann Ihrer Meinung nach die größten Veränderungen, die härtesten Erscheinungen des Wandels, die jetzt auf uns zukommen?

Dr. Werner A. Perger



Frau Bastgen, die Stadt, da stimme ich Ihnen zu, ist natürlich in der Geschichte Motor von Veränderung und von Entwicklung gewesen. Aber was wir jetzt beobachten, ist natürlich in erster Linie, dass sie Schauplatz von Veränderungen ist. Die Städte können diese Veränderungen so wenig direkt beeinflussen, wie heute nationale Regierungen dies tun können. Wir kennen alle den Spruch: „All politics is local.“ Und wir kennen auch den Satz: „Man

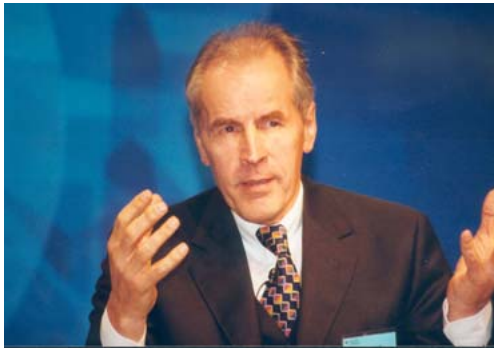
muss global denken, aber lokal handeln“, weil die Politik eben vor Ort stattfindet. Aber es gilt heute auch die Einsicht: „All economics is global“, und wir sprechen deshalb von der Globalisierung. Die Auswirkungen der Globalisierung spürt man heute am stärksten in den Städten.

In Ihrer ersten Bemerkung sprachen Sie, Frau Bastgen, auch von dem Gegensatz und von der Bedeutung der Städte. Ich habe in diesem Zusammenhang das Bild der Idylle draußen auf dem Land mit dem Wald assoziiert, wo man die Vögel hört. Manche haben das Glück, dies vielleicht einmal im Urlaub zu erleben, andere, wenn sie in den Vorstädten wohnen; die in den Städten erleben das jedoch nicht mehr. In den Städten bleibt die Zeit nicht stehen, das Gegenteil ist der Fall. Die Städte sind der Schauplatz der Beschleunigung und der Veränderung in der Welt. Wenn wir über die Probleme von Wandel und die mit Wandel einhergehenden Probleme reden, reden wir nicht unbedingt von den Veränderungen selbst, sondern von der Beschleunigung dieser Veränderung. Die Menschen erfahren vor allem die Beschleunigung als Belastung – und damit müssen wir uns in den Städten als Schauplatz der Veränderung am meisten beschäftigen. So spannend der Wandel ist und so wichtig Reformen sind, so groß sind die Probleme, die damit einhergehen und die einen Druck, auch einen seelischen Druck, ausüben.

Brigitte Bastgen

Sie heben auf Beschleunigung ab. Städte waren ja ursprünglich – von ihrer Gründungs-idee her – Orte, in denen man verharnte, Orte zum Verharren. Beschleunigung bedeutet auch Reibungsverlust. Herr Prof. Pfeiffer, wo sehen Sie Reibungsverluste in unseren modernen Städten?

Prof. Dr. Christian Pfeiffer



Für mich liegt die Herausforderung für die Städte insbesondere darin, mit einigen Zahlen und Daten umgehen zu müssen:

Hundert Deutsche haben gegenwärtig noch 63 Kinder und können bei Konstanzhaltung der gegenwärtigen Geburtenrate mit 39 Enkeln rechnen. Das heißt, entweder müssen wir die Städte zu Orten machen, in denen es nicht nur um „Wortblasen“ zur neuen Familienpolitik

geht, sondern sich die Verhältnisse real so verändern, dass Frauen angstfrei und mehr als gegenwärtig Kinder in die Welt setzen. Oder wir müssten wirklich Ernst machen mit dem Zuwanderungsland Deutschland und dann ganz andere Rahmenbedingungen schaffen. Ich will noch eins sagen, worin für mich Hoffnung steckt: Dieses Verhältnis 163 zu 39 bedeutet natürlich, dass die Generation der Enkel sozusagen trichterförmig erben wird von allen Seiten, von Onkeln und Tanten und Anverwandten, die keine Kinder mehr haben. Das verheißt den Stiftungen der Zukunft gute Perspektiven, auch den Bürgerstiftungen.

Es gibt die Ansicht, „multikulti“ sei ganz problemlos: Diese Behauptung kann ich überhaupt nicht bestätigen. Als Kriminologe gehöre ich zu jenen, die die „Fieberkurve“ der Gesellschaft messen. Und da fiebert es gewaltig. Wenn wir nur ein Datum nehmen, das uns entsetzen muss: Wir haben 30 000 Jugendliche, 15-, 16-Jährige, von Leipzig über München, Hannover, Hamburg, Stuttgart usw., gefragt, wie es bei ihnen zu Hause zugeht. Da sagt uns jeder dritte Türke, im letzten Jahr habe er gesehen, wie der Vater die Mutter prügelt, ganz selten auch einmal die Mutter den Vater. Bei den Deutschen war das bei acht Prozent der Fall. Dies zeigt: „multikulti“ ist nicht so problemlos, denn wir importieren Machokulturen, mit denen wir erst einmal leben lernen müssen – und die mit uns. Ich habe vor vier Wochen in einer vollbesetzten Moschee in Göttingen über dieses Problem gesprochen und habe erfahren, dass der türkische Begriff für das, was sich da abspielt, „Pascha-Kültür“ lautet. Das muss doch erörtert werden, hiermit dürfen wir nicht schweigend umgehen, weil wir in den Schulen die Probleme doch mit Händen greifen können. Die Verhältnisse sind sicherlich regional unterschiedlich. Wenn Herr Ude hier das Bild seiner Stadt zeichnet und sagt, „multikulti“ funktioniere in München, dann übertreibt er noch nicht einmal: für München stimmt es, dort sind nur 7,9 Prozent der türkischen Eltern arbeitslos oder Sozialhilfeempfänger. In Hamburg sind es 24 Prozent. In München sind 17, 18 Prozent der jungen Türken im Gymnasium, in Hamburg sind es nur neun Prozent. In München sind acht Prozent der jungen Türken Mehrfachtäter der Jugendgewalt, in Hamburg dagegen 15 Prozent. Die Städte müssen aus diesen Daten lernen, dass Integration nicht einfach nur so herbeigeredet werden kann. Mich stört nicht nur die öffentliche Armut, auch die öffentliche Ideenlosigkeit, die herrscht, wenn es darum geht, auf solche Daten zu reagieren. Bürgerstiftungen sind der Versuch, dem etwas entgegenzusetzen, weil wir ungeduldig sind, dass „die da oben“ – jetzt bin ich einmal nicht Minister, sondern Bürger –, sich so wenig einfallen lassen, was wir tun müssen, damit in Hamburg z.B. für junge Türken andere Lebensbedingungen herrschen als zurzeit.

Brigitte Bastgen

Jetzt haben Sie, Herr Prof. Pfeifer, einen Riesenknoten geschlagen, angefangen bei der demographischen Entwicklung über die Sicherheit in unseren Städten bis zur Ideenlosigkeit von „denen da oben“. Bei Letzterem musste ich sofort an meine Jugendzeit denken, an Milovan Djilas, an „Ihr da oben, wir hier unten“. Diese Form der politischen Diskussion wollen wir Ihnen hier und heute nicht zumuten, meine Damen und Herren. Dennoch: „die da oben“, da spreche ich natürlich sofort Sie an, verehrter Herr Staatsminister, diese Bürde lastet jetzt auf Ihren Schultern, denn der Bundeskanzler ist schon gegangen. Wie gehen Sie damit um?

Staatsminister Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin



Wir sollten da anknüpfen, wo Herr Friedmann aufgehört hat. Herr Friedmann hatte gesagt, die behaupteten Unterschiede zwischen Europa, Asien und Amerika seien Vergangenheit. Ich spitze es etwas zu: Wir haben es mit einer globalen Stadtentwicklung zu tun. Die Unterschiede werden sich nivellieren. Vor wenigen Jahrzehnten haben Stadtplaner befunden: Spaziergänger brauchen wir nicht in der Stadt. Wir brauchen auch keine Bürgersteige. Wer spazieren gehen will, der soll in den Stadtpark gehen. Vor wenigen Jahrzehnten haben Stadtplaner auch gefordert, wir sollten sorgfältig unterscheiden zwischen erstens Regionen, in denen gearbeitet wird, in denen „Dreck“ entsteht, zweitens Regionen, in denen gewohnt wird und wo es ruhig sein muss, weil die Menschen schlafen müssen, und drittens Regionen, in denen Unterhaltung stattfindet. Ich denke, es ist gut, dass diese Visionen der Stadtplaner nicht vollständig umgesetzt wurden, sie haben genug Schaden angerichtet.

Ich habe in der Tat die Hoffnung – auch wenn es gute empirische Gründe geben mag, daran zu zweifeln, dass diese Hoffnung realistisch ist –, es werde uns gelingen, ein besonderes Merkmal jedenfalls eines Gutteils der deutschen Städte bei allen Warnsignalen auch aus vielen europäischen Städten zu bewahren: nämlich dass diese Stadtgesellschaften insgesamt relativ zivil verfasst sind. Sicher, ich könnte auch von meiner Heimatstadt München diesbezüglich Abstriche machen von dem schönen Bild, das hier gezeichnet wurde. Aber ich denke, in den meisten Städten Europas, auch Millionenstädten, kann man nach Einbruch der Dunkelheit noch ziemlich ohne Bedenken auf die Straße gehen. Deutschland weist in diesem Zusammenhang international sehr gute Daten auf. Es ist doch eine interessante Frage, womit dies zusammenhängt, es ist ja nicht so, dass wir keine sozialen Probleme hätten. Meine These lautet: Es liegt an der im Kern europäischen Idee der Stadt, und diese Idee sollten wir bewahren gegen globale Trends. Diese Idee besteht darin, dass es eine gemeinsame Öffentlichkeit und eine gemeinsame Verantwortung gibt; dass es eine in der Stadt organisierte Solidarität geben sollte, die Ausgrenzungen entgegentritt oder diese jedenfalls möglichst gering zu halten versucht; dass die Menschen einen politischen Gestaltungsanspruch gegenüber der Stadt haben;

und schließlich dass nicht Investoren alleine über die Zukunftsentwicklung der Stadt entscheiden. Nur in diesem Rahmen lässt sich eine zivile Stadtkultur bewahren.

Dr. Werner A. Perger

Bei dem Wandel geht es immer auch darum, wie das europäische Modell des Sozialstaates bewahrt werden kann. Es herrscht ziemlich Einvernehmen darüber, dass dieses Modell nur durch Veränderungen bewahrt werden kann. In ähnlichem Sinne gilt das für die Stadtpolitik oder für die Städte als soziales Phänomen, als Siedlungsraum, als öffentlichen Raum. Es gibt einen Unterschied zwischen Städten in den hoch entwickelten Staaten, vor allem den Vereinigten Staaten, auch den boomenden Schwellenländern einerseits und Europa andererseits. Der Unterschied ist am deutlichsten zu machen bei einem Vergleich der Lebensbedingungen von Menschen mit niedrigem Einkommen dort und Menschen mit niedrigem Einkommen hier. Dabei meine ich noch nicht einmal die Abhängigkeit von Sozialleistungen – Letztere gibt es dort gar nicht, die gibt es nur in Europa. Wer hier ein niedriges Einkommen hat, ist natürlich, wie überall, nicht zu beneiden um die Art der Lebensführung, zu der er gezwungen ist. Aber er kann sich in den Städten mit einem öffentlichen Verkehrsmittelsystem bewegen, er hat ein öffentliches Schul- und – wenn es eine einigermaßen gut organisierte Stadt ist – auch ein öffentliches Kinderbetreuungssystem. All dies hat er, mit Ausnahme einiger weniger Städte, in Amerika nicht, das heißt, er muss sich sein Fortbewegen zu seinem Arbeitsplatz, zu seinen Billigjobs auch noch mit einem Auto selbst finanzieren. Bei uns muss man kein Auto haben. Das ist eigentlich eine sehr triviale Feststellung, ein sehr trivialer Vergleich, aber ich bin darauf gestoßen worden in einem überhaupt nicht trivialen, sondern sehr klugen Buch eines englischen Autors, das jetzt gerade auf den Markt kommt: Will Hutton, „The world we are in“, eine Fortsetzung seines früheren Buches „The state we are in“, in dem er Amerika und Europa vergleicht. Der Autor kommt bei allen Nachteilen und Klagen, die wir haben, z.B. die Unbeweglichkeit unserer Gesellschaft, den Reformstau und Reformbedarf betreffend, zu dem Schluss, dass wir im Prinzip das richtige Modell haben, wenn es darum geht, größtmögliche Zufriedenheit und größtmögliche Lebenschancen für die Bürgerinnen und Bürger herzustellen. Die Frage, wie wir mit den Städten umgehen, ist eine der Kernfragen der Politik im 21. Jahrhundert, weil sie im nächsten Schritt zu der Frage führt, wie es überhaupt mit unserer Demokratie weitergeht.

Brigitte Bastgen

Dies ist ein ganz wichtiger Ansatz, Herr Dr. Perger. Gehen wir einmal zurück auf den schönen alten Begriff der Polis, Stadt als Zentrifuge, aber auch als Leuchtturm politischer Signale. Nutzt Stadt heute noch im Sinne der nationalen Demokratie? Nutzt Stadt heute noch diese politische Urkraft, die sie einmal hatte, oder versandet das im Brei der Zuständigkeiten der Stadträte?

Prof. Dr. Christian Pfeiffer

In meinen Augen zerfällt dieses Potenzial schon deswegen, weil wir Regionen haben, in denen die Bürgerinnen und Bürger sich gar nicht an Kommunalwahlen beteiligen, sei es, dass sie keine Deutschen sind, sei es, dass sie keine Hoffnung haben, dass sich irgend-etwas ändert. Und Regionen, die sich an Wahlen nicht beteiligen, werden von den Politikern auch gerne missachtet. Hier liegt eine Riesengefahr. Deshalb heißt „Polis aktiv erhalten“ für mich, den Bürgerinnen und Bürgern erst einmal deutlich zu machen, dass die Menschen in den Stadträten für sie relevant sind; dass ein Dialog stattfinden muss; dass Politik in Auseinandersetzung mit den Menschen, die in den Stadträten sitzen, mit Bezirksräten, kommunalen Verantwortlichen, Bürgermeister*innen und anderen stattfinden muss. Der Dialog stirbt immer mehr ab, wenn wir es nicht schaffen, alle Einwanderer zu Deutschen zu machen, wenn wir sie nicht zu Bürgern machen, sondern lediglich als Gäste in unserem Land behandeln. Das Zuwanderungsgesetz, das gerade debattiert wird, ist dringend nötig für die Städte, damit Perspektiven und Strukturen wachsen können für aktive kommunale Demokratie. Daran mangelt es im Augenblick, wir haben Städte und Regionen, in denen weniger als 30 Prozent der Bevölkerung wählen. Das darf uns nicht kalt lassen.

Ich will ein Zweites ergänzen. Wir müssen die Stadträte attraktiv machen für kompetente Leute. Gegenwärtig haben die Stadträte zu wenig Kompetenzen, die wirklich spannend sind. Ich würde die Schulen vom Gängelband der Kultusbürokratien befreien und alle zu kommunalen Schulen machen, damit die Stadträte ein Gebiet haben, über das sie reden können, mit kommunaler Aufsicht über die Schulen. Jede Schule hätte einen Aufsichtsrat, und die Schulleitung hätte natürlich Personalhoheit über alle Menschen, die sie anstellt und die sie feuert. Es muss beides sein. Mit Blick auf die PISA-Studie müssen wir fragen: Warum sind denn die Finnen so gut? Weil dort die Leitung der Schule heuern und feuern kann. Beides muss in den Händen von Direktoren und ihren Mitverantwortlichen in der Schulleitung liegen, diese müssen kommunal beaufsichtigt werden, und die Stadträte müssen kommunal verantwortlich sein. Derzeit ist vieles zu weit oben angesiedelt, müsste dichter an die Menschen herangeführt werden, damit ein Gefühl für Verantwortung entsteht. Ich würde die Städte dicht an die Menschen „heranbringen“.

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Von der Zielrichtung her sehe ich das ganz ähnlich wie Sie. Die Kommunen sind nahe an der Zivilgesellschaft dran, näher als die Länder und erst recht als der Bund. Und deswegen – manche werden sich wundern, dass ich das sage – bin ich der Auffassung, dass natürlich auch die Gestaltung der Stadtkultur in der Stadt stattfinden soll und nirgendwo sonst. Das heißt, wir müssen auf Länderebene und auf Bundesebene darauf achten, dass die Rahmenbedingungen stimmen und die Finanzströme richtig verteilt werden. Wenn die Kommunen nicht ihre Verantwortung wahrnehmen – die ja offiziell nur eine freiwillige Aufgabe ist –, nämlich die kulturelle Infrastruktur zu schaffen, dann wäre das, was gegenwärtig den Reichtum der Städte ausmacht, aufs höchste bedroht. Hier müssen wir in der Tat etwas ändern.

Ich will zum Stichwort Bildung allerdings eine kritische Anmerkung machen. Wir müssen aufpassen, dass nicht passiert, was man unter anderem in den USA, wo ich mal ein Jahr gelebt habe, beobachten kann: dass Schulen in guten Vierteln mit dem ganzen Engagement der Eltern, mit den school-families, die dort entstehen, in guter Verfassung sind, während Schulen in Problemvierteln sich auch weitgehend selbst überlassen bleiben, sodass der Wohnort am Ende über die Lebenschancen noch mehr entscheidet, als er es ohnehin tut. Man braucht beides, mehr Eigenverantwortung an den Schulen und in den Kommunen, aber auch gleiche Standards und gleiche Ausstattung in der ganzen Bundesrepublik.

Prof. Dr. Christian Pfeiffer

Deswegen meine ich, die Leistungsstandards müssen von der Kultusbürokratie normiert und überprüft werden. Es ist ihre wichtige Funktion, die Gleichheit zu wahren, darüber Aufsicht zu führen. Aber an die Stadträte muss ohne Zweifel mehr Verantwortung gehen.

Dr. Werner A. Perger

Neben den Schulen ist sicherlich auch das Thema Multikultur sehr wichtig. Es ist richtig, dass die Beschäftigung damit in den Städten stattfinden muss, dass die Initiativen dazu aus den Städten kommen müssen und dass das Modell der Stiftung, das Sie, Herr Pfeiffer, so leidenschaftlich vorgetragen haben, dabei eine große Hilfe ist. Und trotzdem: es war ja kein Zufall, dass einer der Redner heute Morgen der Bundeskanzler war. Es kommt dabei auch sehr auf die so genannte große Politik an, es kommt darauf an, dass die Politik, die politische Klasse, auch die Meinungsführer in der Wirtschaft, den Verbänden, den Medien, auch die Wahrheit sagen – so, wie Herr Pfeiffer das mit seinen Erfahrungen, Umfrageergebnissen und seinen Diskussionen aus der Moschee gemacht hat. Es kommt darauf an, dass man sich nichts vormacht und vor allem die Brisanz des Themas nicht verschweigt, denn sonst passiert, was wir in mehreren europäischen Demokratien jetzt beobachtet haben: dass andere die Themen besetzen, die die Menschen wirklich beschäftigen und die sie nicht bei den etablierten Parteien vorfinden. Dann gewinnen plötzlich Gestalten wie Haider, Bossi, der ermordete Pim Fortuyn, Le Pen und Schill Einfluss. Man muss sich einmal vorstellen, wozu es führt, ein solches Thema lange zu tabuisieren, wie es in Hamburg, wie es in Holland der Fall war: In Rotterdam bedeutete es das Ende der sozusagen Jahrhunderte langen sozialdemokratischen Alleinherrschaft. Umgekehrt gelingt es da, wo die Debatte – wie beispielsweise in Wien – auch innerhalb der etablierten Parteien relativ offen geführt wird, die Rechtspopulisten einzudämmen. In manchen Fällen hilft es einfach, die Wahrheit zu sagen, das Problem zu benennen und dann auch zu sagen: Wir haben dafür keine idealen Lösungen, aber dies und das schlagen wir vor.

Brigitte Bastgen

Prof. Friedmann, Sie arbeiten neben anderem viele Jahre schon an der Theorie, dass eine Stadt als Mikrokosmos von Gesellschaft die Bedürfnisse der Menschen an der Ba-

sis – „human needs“ – erkennen muss, um unter anderem jene Verhältnisse zu verhindern, die Sie gerade sehr aktuell geschildert haben. Sind unsere modernen europäischen Städte dazu in der Lage? Erkennen wir in unseren Stadtstrukturen menschliche Grundbedürfnisse?

Prof. Dr. John Friedmann

Ich weiß nicht, ob ich Ihre Frage direkt beantworten kann. Aber ich möchte ein Problem aufwerfen, das die politische Beteiligung angeht, nämlich die Größenskala des Städtischen. Ich habe z.B. gestern hier in Berlin im Kreuzberger Zentrum eine Grundschule besucht, die mich sehr beeindruckt hat. Am meisten beeindruckt hat mich, dass sich die Leute alle kannten, dass das ganze Zentrum eigentlich wie ein Dorf gestaltet war und die Bewohner sich gegenseitig unterstützten. Nicht nur an der Schule, sondern im ganzen Zentrum herrschte eine gute Atmosphäre. Dies hängt, meine ich, zum großen Teil damit zusammen, dass wir es hier mit der Skala Dorf zu tun haben, Dorf natürlich innerhalb des Städtischen, denn Kreuzberg ist ja auch städtisches Zentrum. Dahin kommen Leute aus allen Stadtteilen und von dort aus gehen sie quasi strahlenförmig wieder hinaus. Also es handelt sich hier um eine Art Kleinstadt innerhalb der Großstadt. Dort fühlt man auch direkt die Beteiligung der Mitbürger. Wenn man aber von Berlin als Großstadt spricht oder an eine noch größere Skala denkt, etwa die von Berlin-Brandenburg, ist das natürlich etwas ganz anderes. Die Menschen kennen sich dann nicht mehr, sie kennen nur ihr eigenes Viertel. Genau das ist es, was mir so imponiert hat an dem Begriff und dem Projekt Soziale Stadt: es ist kleinräumig, „kleingebietisch“ gedacht – Sie haben derzeit 249 solcher Quartiermanagement-Zentren. Das bringt auch das Politische hinein, ebenso wie die Mitarbeit der lokalen Bürgerinnen und Bürger. Irgendwie müssen wir eine Modalität finden, um Groß und Klein zusammenzufassen.

Brigitte Bastgen

Damit geben Sie das entscheidende Stichwort und schlagen einen Bogen zu einem der großen Begriffe dieses Kongresses, Zusammenhalt. Zusammenhalt in Städten, ist das ein Mythos? Gibt es Zusammenhalt eben nicht doch nur in „Dörfern“ wie Kreuzberg?

Prof. Dr. Christian Pfeiffer

Ich habe die Erfahrung gemacht, dass der Bedarf da ist und dass die Menschen neue Formen der Kooperation und der Partizipation entwickeln. Dies lässt sich an vielen Beispielen zeigen, etwa den „Tafeln“, die überall als eine Form der Bürgerbeteiligung entstanden sind und Essen, Lebensmittel aus Restaurants und Supermärkten an Bedürftige verteilen, oder nehmen Sie die Spendenparlamente. Hamburg hat etwas ganz Eindrucksvolles auf die Beine gestellt.

Ein weiteres Beispiel ist die erwähnte Bürgerstiftung. Wir haben zu viert in einem Wohnzimmer angefangen. Ich habe gesagt: Jeder bringt einen mit, dann sind wir acht. Das hat geklappt. Dann waren wir 16, bald 32, haben gegründet. Unser Vorbild dabei ist das britische Newcastle. Was in dieser Stadt auf die Beine gestellt wurde, ist faszinie-

rend. Dort wurde mit 150 000 Pfund vor 14 Jahren angefangen, und heute sind auf den Konten der Bürgerstiftung etwa 30 Millionen Pfund, also etwa 90 Millionen D-Mark. Dort ist es in einem ungeheuren Maße gelungen, Bürger zu Aktivbürgern zu machen, die zu vielen Projekten Teilfinanzierungen leisten, der Rest kommt dann immer von der Stadt, dem Bezirk, von anderen Kräften. Alleine sollte man das nie machen, immer andere mit „ins Boot holen“. Es ist ungeheuer ermutigend, zu sehen, wie Bürgerinnen und Bürger nach neuen Formen der Bürgerbeteiligung gieren, weil sie mit den alten – in den Parteien beispielsweise – nicht mehr zufrieden sind. Da hilft es nichts zu jammern: Die jungen Menschen gehen nicht mehr so sehr in die Parteien. Aber in Strukturen, in denen sich Sachkompetenz bündelt und dieses Gefühl vorhanden ist, mit dem eigenen Geld eine Chance zu eröffnen, Dinge zu realisieren, da wächst das Bürgerengagement. Angesichts von jetzt schon über 40 Bürgerstiftungen in Deutschland bin ich optimistisch, dass dies wirklich eine Partnerschaft der Zukunft werden könnte – nicht nur im finanziellen Sektor. Denn die Menschen wissen, wenn wir uns alle nur emsig um uns selbst im Kreise drehen, „denen da oben“ die Politik überlassen und sagen, für die Probleme sind Sozialarbeit und Polizei zuständig, dann „läuft es“ nicht mehr.

Es hängt entscheidend davon ab, dass die jungen Heranwachsenden der Zivilgesellschaft tolle Projekte initiieren, die den Bürgern sofort deutlich machen: die haben das Problem erkannt, die machen das Richtige. Dies ist in einigen Städten wunderbar gelungen, etwa Konfliktlotsen ausbilden oder einen Jugendpreis stiften gegen den Strom oder einen Zirkus für behinderte Kinder an Schulen organisieren. In Dortmund läuft das ganz großartig. Wir müssen das nur vernünftig organisieren und eine gute Partnerschaft mit der Stadt auf der Basis der Stadtteile hinkommen. Dabei sind mir übrigens die amerikanischen Städte Vorbild. Die Community Foundation in New York verfügt heute über 1,5 Milliarden Dollar und hat vor 70 Jahren auch einmal mit 150 000 Dollar angefangen.

Dr. Werner A. Perger

Als Begriff halte ich den Zusammenhalt für die zentrale Kategorie der Demokratie und vor allem dessen, was ich in Anlehnung an die Debatte gerne das europäische Modell nenne. Zusammenhalt ist allerdings ein sehr schillernder Begriff. Zunächst stimmt die Vorstellung, dass man Zusammenhalt vor allem in der dörflichen Gemeinschaft findet, in kleinen Gruppen, in einem kleinen Dorf wie Lech im alpinen Österreich, einem schönen Ort. Ich nenne Lech deshalb, weil es ein Buch über Lech gibt, sehr schön, auch optisch sehr anspruchsvoll, von einem österreichischen Schriftsteller, Michael Köhlmeier, zusammen mit dem Fotografen Konrad Müller, der einigen bekannt sein dürfte. Es handelt sich um ein unheimliches Buch. Es beschreibt die dörfliche Gemeinschaft in ihrer Intensität. Das Buch ist sehr unbeliebt in Lech, wird in den dortigen Geschäften nicht verkauft. Wenn man es genau liest, stoßen einem die ganzen Hassstrukturen, Neidstrukturen, die Enge, die so ein Dorf wie auch die Familien dort prägen, doch unangenehm auf. Das ist die Kehrseite des Dorfes, das natürlich einen Zusammenhalt hat: Wir Lecher gegen die St. Antoner und wie die Dörfer in der Gegend alle heißen. Das ist nicht jener Zusammenhalt, den ich an den Städten spannend finde: Da gibt es den Zusammenhalt in einem Viertel, natürlich. Man trifft sich in der Kneipe, auf der Straße, in der Bürgerversammlung. Aber das ist dann schon ein etwas abstrakterer Zusammenhalt,

ohne die emotionalen Verwerfungen, die man in dörflichen Strukturen häufig vorfindet, weil da die Nachteile der Nähe spürbar werden.

Prof. Dr. Christian Pfeiffer

Darf ich etwas fragen? Sollten wir den Zusammenhalt fördern in dem Sinne, dass wir ethnische Segregation fördern etwa nach dem Motto: wir fühlen einen Zusammenhalt in Kreuzberg?

Dr. Werner A. Perger

Nein, ich dachte bei Kreuzberg nicht an die Türken, sondern eher an die Szene, die sich mischt mit den Türken und die zumindest glaubt, dass es in Kreuzberg einen multikulturellen Zusammenhalt gibt – Letzterem traue ich ja nicht so ganz. Aber nein, ich meine den abstrakteren Zusammenhalt, der einem die Gewissheit gibt: hier bin ich zu Hause, hier wird mir geholfen, wenn ich ein Problem habe, nicht nur vom Nachbarn, sondern auch von dem System.

Ich möchte noch ein wenig weiter ausholen und zu einem Thema kommen, das uns auch in der großen politischen Auseinandersetzung dieses Jahres, dem Bundestagswahlkampf, beschäftigt, der zwar kein Kommunalwahlkampf ist, aber dennoch in den Städten entschieden wird.

In einer Untersuchung des Sozialforschers Ulrich Becker wurden repräsentativ zusammengesetzte Fokusgruppen ziemlich umfangreich in intensiven Interviews über den Wandel in unserer Zeit und ihre Hoffnungen und Befürchtungen befragt. Interessanterweise kam heraus, dass der Verlust des Zusammenhalts aufgrund der Globalisierung und aufgrund der Beschleunigung der Veränderungen die Sorge ist, die sowohl die potenziellen Gewinner wie die Verlierer des Wandels gemeinsam haben – aus unterschiedlichen Motiven. Natürlich haben die Verlierer alles zu verlieren, so zum Beispiel die Zukunft ihrer Kinder, wenn sie sich die Bildung nicht mehr leisten können, weil alles privatisiert wird und künftig das Studium zu teuer wird. Die Gewinner haben aber auch etwas zu verlieren, nämlich Lebensqualität. In Europa ist es noch nicht so weit, dass man es selbstverständlich findet, in einer Gated Community zu leben, wie man sie in Amerika und vor allem in den reichen Vierteln Südamerikas findet, mit bewaffneten Wächtern an der Einfahrt zu einer umzäunten Villengegend. Das ist auch ein Verlust an Qualität. Es ist zwar absurd, dass sich die beiden Gruppen in dieser Sorge treffen. Und trotzdem sind sie sich einig darin, den Zusammenhalt, der solche Erscheinungen verhindert, behalten zu wollen, weil sie spüren: wenn der verloren geht, verlieren wir alle auch an Demokratie.

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Die Differenzierungen, die Sie jetzt begonnen haben, sind ganz wichtig. Wenn ich es einmal ganz abstrakt sagen darf, muss man zwischen drei Idealtypen unterscheiden. Erstens gibt es die kulturell verfasste Gemeinschaft, die unter anderem dadurch gestiftet wird, dass die Menschen gemeinsame Werte, gemeinsame Lebensformen, vielleicht eine

gemeinsame Geschichte, eventuell sogar familiäre Verbindungen wie in kleinen Dörfern, in denen ja jeder irgendwie mit jedem verwandt ist, aufweisen.

Zweitens gibt es die Bürgerschaft in dem Sinne, dass man sich mitverantwortlich fühlt für die politische Angelegenheiten, nennen wir es ruhig: für die politische Gemeinschaft, und dass man bereit ist, mit anderen zu kooperieren. Diese darf aber nicht verwechselt werden mit der alten Art von Gemeinschaft, in der Bürgerinnen und Bürger ihre Autonomie, ihre eigene Lebensform, ihre Differenz, auch die kulturelle Differenz zum Opfer bringen müssen. Bürgerschaft, wohlverstandene moderne Bürgerschaft, muss vereinbar sein mit einem breiten Spektrum von Wertorientierungen, Weltanschauungen, Lebensformen – das ist die große Herausforderung auch für die moderne Stadt.

Die dritte Form – wenn man so will – der Gesellung findet im Markt statt. Hier treffen Bürger, die auf dem Markt Güter nachfragen, auf Unternehmer, die Güter anbieten. Was wir gegenwärtig in den Städten erleben, ist nun – etwas dramatisiert gesprochen – eine Art Zangenbewegung, nämlich dass die erste und die dritte Form überhand nehmen. Wir haben also einerseits immer mehr Privatisierung der öffentlichen Räume, immer weniger Öffentlichkeit, die nicht kommerziell besetzt, nicht von individuellen ökonomischen Interessen geprägt ist. Andererseits haben wir den Rückzug aus der immer unübersichtlicheren modernen Stadt auf die Gemeinschaft, auf das fast Dörfliche, das Sich-zu-Hause-Fühlen in möglichst kulturell homogenen Gruppen. Es ist auch eine Herausforderung an die Kulturpolitik der Städte, eben nicht primär Letzteres zu fördern, sondern eher das Bürgerschaftliche, das, was Differenz aushält, was modern ist, was mit der modernen Stadt und ihren Herausforderungen kompatibel ist.

Brigitte Bastgen

Ich erlaube mir einen kritischen Zwischenruf. Wir fordern sicher zu Recht, wenn wir auf die Zukunft schauen, die solidarische Staatsgemeinschaft ein. Jetzt könnte ich böseartig sagen, dies sei ein Romantizismus, eine Verklärung am Reißbrett, eine Vision.

Mit Blick auf den 11. September und auch auf die aktuellen Ereignisse in Erfurt frage ich Sie ganz kritisch: Zusammenhalt, wann schreien wir nach Zusammenhalt? Wann wird uns bewusst, dass wir Zusammenhalt brauchen, um zu überleben? Doch eigentlich immer nur in Zeiten radikaler Bedrohung. Ist das zu überspitzt?

Prof. Dr. John Friedmann

Der Bundeskanzler hat heute Morgen einen Ausdruck gebraucht, der mich sehr angesprochen hat: zwischenmenschliche Solidarität. Was mich beeindruckte, ist eben dieses Zwischenmenschliche, denn man kann solidarisch in verschiedenem Sinne sein, wie z.B. mit einer Ideologie oder selbst dem Patriotismus. Im Zusammenhang mit der Sozialen Stadt spricht man besser von Zusammenhalten. Zusammenhalten ist nicht dasselbe wie Solidarität. Um auf das Zwischenmenschliche zurückzukommen: Das Zwischenmenschliche ist das Prinzip des Dialogs, es ist das Prinzip der gemeinsamen Arbeit, des Mitarbeitens an einer Sache. Das Zwischenmenschliche bringt eine gewisse reziproke Solidarität mit sich. Und in diesem Zusammenhang komme ich auch auf das Thema der Größenskala zurück. Das Zwischenmenschliche bringt z.B. im Kreuzberger Zentrum die

Leute an einer gemeinsamen Sache zusammen. Dabei lernen sie sich gegenseitig kennen, auch in ihren Differenzen, in ihren Verschiedenheiten. Und das tolerieren sie, weil sie sich an einem gemeinsamen Werk beteiligen. Ich möchte auf die Frage zurückkommen, wie man die Stadt so strukturieren kann, dass das Zwischenmenschliche gestärkt wird, dass wir uns gegenseitig ansprechen, nicht gegeneinander sprechen oder aneinander vorbei sprechen.

Dr. Werner A. Perger

Der Zusammenhalt oder das Gefühl des Zusammengehörens, das sich aus dem Schock nährt, ist natürlich noch nicht jene politische Kategorie, die Herr Nida-Rümelin eben so plastisch beschrieben hat. Wir haben ja das Beispiel des 11. September. New York ist nun wirklich eine Gesellschaft der vielen kleinen Zusammenhalte und Gesellschaften, alle sind „proud to be a New Yorker“, aber sie bilden keine Kommune im eigentlichen Sinn. Wer im Süden von Manhattan wohnt, geht nie nach Midtown. Nach dem 11. September gab es natürlich ein Gemeinschaftsgefühl. Ich war vor kurzem da. In den Gesprächen, die ich dort hatte, wurde immer wieder betont, dass das wieder aufhört; man guckt wieder aneinander vorbei, man rennt aneinander vorbei, man schubst sich weg und hat es wieder eilig. Die Familien halten jetzt vielleicht mehr zusammen, als sie es vorher getan haben, aber das wird nicht vorhalten. Ich fürchte, das wird auch in Erfurt nicht anders sein.

Prof. Dr. Christian Pfeiffer

Es gibt bei den beiden Schocks einen entscheidenden Unterschied. Am 11. September kam das „Böse“ von außen. Man hat sich dann in Solidarität, in Hilfsbereitschaft zusammengeschlossen, um diesen Schock zu verdauen. Bei uns in Erfurt kommt das „Böse“ von innen. Man wird gewahr, dass die Schule ihre Funktion, Krisen frühzeitig zu erkennen, gar nicht gerecht geworden ist, dass sie hilflos war, das Richtige in den Phasen vorher zu tun. Und man wird gewahr, dass wir da in unserem Land mehr tun müssen. Wenn daraus mehr werden soll als Trauerarbeit und die Artikulation von Betroffenheit, wie es in den letzten zehn Tagen der Fall war, dann wäre das wirklich toll. Wir müssen die Chance ergreifen und die Schulen so stärken, dass sie diese Aufgabe erfüllen können. Die Schulen sind darauf nicht vorbereitet. Sie sind Stätten der Wissensvermittlung, und neuerdings sollen sie auch noch soziales Lernen ermöglichen, aber sie wissen gar nicht so recht wie. Dabei gibt es durchaus Potenziale, die man an Schule „andocken“ muss. Wir brauchen eine andere „Erziehungskompetenz“ der Schule, die sie nicht aus sich heraus leisten kann, weil Mathematik- und Biologielehrer so etwas an der Uni oder sonst wo nicht gelernt haben. Daraus können wir viele Folgerungen ableiten, was geschehen sollte. Weiter: Wir müssen unsere Kindergärten zu Orten machen, an denen, wie in Australien, Elternschulen stattfinden, Elternschulen, spannend aufgezogen mit Filmen, die Spaß machen, mit Dialogen über ganz konkrete Alltagsprobleme mit Kindern, die über ein Elternjahr fortgesetzt werden. Und welchen Zeitpunkt nimmt man in Australien? Wenn die Kinder drei Jahre alt sind, weil da die Eltern am meisten Fragen stellen; dann hat man sie „im Boot“ und kann mit ihnen reden. Schulen brauchen Früherkennungsstärkung. Und wie macht man das in Schweden? Dort wird ein ganz anderes Modell praktiziert: die Jugendhilfe, der schwedische Kinderschutzbund RÄTTA BAR-

NEN, stellt sich einmal im Jahr in jeder Schule vor und macht den Kindern bewusst: Wenn ihr Probleme zu Hause habt, Lieblosigkeit, zerfallende Familienstrukturen oder Gewalt: wir sind für euch da, und eines müsst ihr wissen, wenn ihr zu uns kommt, reden wir garantiert mit niemandem darüber, es sei denn, ihr erlaubt uns das. In Deutschland finden nur fünf Prozent der misshandelten Kinder den Weg zum Kinderschutzbund, kam bei einer großen Befragung heraus. Warum? Weil die Kinder Angst haben, dass sofort ihre Eltern verständigt werden, wenn sie zum Jugendamt gehen. Was wir grundsätzlich falsch machen: wir beantworten die Probleme nicht so, dass der Adressat merkt, dass er Subjekt des Geschehens und nicht Objekt von Hilfsbereitschaft ist. Nötig ist also eine Verzahnung von Schule und Jugendhilfe, von Schule mit anderen Kräften, die außen sind und die Schule dabei stärken können, diesen erweiterten Erziehungsauftrag wahrzunehmen. Und Eltern brauchen Unterstützung, wenn sie alleine nicht klar kommen.

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Wir sollten vielleicht die Diskussion stärker mit dem Thema Stadt in Verbindung bringen. Es gibt Verbindungslinien, nicht nur die kommunale Verantwortung für Schulen. Zunächst ist es wichtig, dass Erfurt aufrüttelt und die Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen lenkt. Typisch für Gewaltakte dieser Art, für Amokläufe – die übrigens bislang nur in den USA vorkamen, man muss sich auch überlegen, woran das liegt – ist, dass sie als Startpunkt nicht das Verbrechen haben, sondern erst einmal die Verzweiflung und den Entschluss, sich selbst umzubringen. Am Beginn steht die Selbsttötungsabsicht, dann kommt eine – davon bin ich überzeugt – durch Medien angeleitete Orientierung an bestimmten Modellen, wie man aus dieser Welt „abtritt“. Das war bei Goethes Werther mit einem großen Anstieg der Selbstmordquote so. Das ist bei diesem japanischen Dichter so, der jedes Jahr immer noch viele Liebespaare animiert, den Liebestod zu sterben, und in diesen Zusammenhang gehören eben auch und vor allem Brutalisierungen in den Medien, Computerspiele usw. Aber erst einmal muss man sich überlegen, wie es denn kommt, dass wir gerade in diesem Alter eine so hohe Selbstmordrate bei den Jungen haben, etwa dreimal so hoch bei den Jungen wie bei den Mädchen. Um welche Verzweiflungen geht es da? Welche Rolle spielen Vereinzelung, Vereinsamung und Rückzug aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang?

Ich weiß nicht, wie das in Erfurt war. Aber in meinen Augen gibt es einen engen Zusammenhang zum Fehlen von Orten der Begegnung. Übrigens ist auch Schule ein Begegnungsort. Das Thema Ganztagschule hat auch eine tiefe soziale und kulturelle Bedeutung. Es fehlt einfach an Orten der Begegnung in der Stadt, in dem Stadtviertel, um die Ecke. Wenn wir zulassen, dass die Freizeitangebote immer stärker kommerzialisiert und immer stärker konzentriert werden an bestimmten Orten wie etwa Multiplexkinos oder dem Fußballstadion draußen auf der grünen Wiese – und eben nicht mehr hier gleich um die Ecke –, dann wird es für Jugendliche schwer, ein soziales Netzwerk aufrechtzuerhalten und dann befördern wir einen Prozess der Vereinzelung und vor dem Hintergrund der medialen Verrohung auch einen Prozess stärkerer Gewalttätigkeit.

Brigitte Bastgen

Dieses Podium ventiliert die drei Begriffe „Zusammenhalt“, „Sicherheit“, „Zukunft“ vor dem Hintergrund „Wandel in unserer Gesellschaft“. Wandel eben in unserer Gesellschaft – dazu gehört natürlich auch die sehr aktuelle Zäsur, diese schmerzliche Zäsur durch das Ereignis in Erfurt, die wir hier auch mit der Stoßrichtung Stadt behandelt haben. Um das Fazit zu ziehen: Einen solch singulären, eruptiven Anfall von fürchterlicher tödlicher Gewalt kann man sicher nicht kausal an das Prinzip Stadt binden. Ich denke, soweit sind wir uns hier zu diesem Falle doch einig.

Ich möchte Sie einmal sehr banal fragen: Leben wir oder wohnen wir eigentlich in Städten? Sie, ganz persönlich, leben oder wohnen Sie in einer Stadt, Herr Perger?

Dr. Werner A. Perger

Ich wohne in Hamburg und gehe von da aus auf Reisen. Meine Stadterfahrung findet meistens anderswo statt. Aber ich bin ein Stadtkind, bin in Wien aufgewachsen und weiß, was eine große Stadt ist. Wien ist anders, natürlich, und das ist gut so. Aber Wien ist eine Stadt, wirklich.

Brigitte Bastgen

Herr Professor Nida-Rümelin, jetzt sind Sie ein Weiß-Blauer im besten Sinne. Sie sind, glaube ich, auch in München geboren, haben dort ein humanistisches Studium absolviert. Jetzt hat Sie die politische Karriere nach Berlin verschlagen. Wo leben Sie, wo wohnen Sie?

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Ich lebe jetzt in Berlin und bin nur noch sehr selten in München, weil sich das mit den Terminen nicht vereinbaren lässt. Das Merkwürdige bei bestimmten politischen Ämtern ist: man verliert weitgehend die Möglichkeit, am kulturellen Leben einer Stadt teilzunehmen, und das ist ein Verlust an Lebensqualität. Es ist paradox: man ist zuständig für Kulturpolitik, aber hat nicht mehr die Zeit, seinen kulturellen Interessen nachzugehen. Ich weiß auch nicht, ob das der Politik so gut tut. Obwohl ich jetzt bald anderthalb Jahre in Berlin lebe, habe ich den Eindruck, dass meine Frau, die seit der gleichen Zeit in Berlin wohnt, viel eher hier lebt als ich, weil ich doch im Wesentlichen nur zwischen Büro und Wohnung hin und her fahre und relativ wenig vom alltäglichen Leben mitkomme.

Brigitte Bastgen

Mal von dieser sehr individuellen Bindung abgesehen, was müssen wir denn erreichen, wenn wir den Wert „Stadt“ ansprechen, der ja als Ferment extrem wichtig ist für unser Verständnis von Lebensgefühl? Was müssen Bürgerinnen und Bürger denn empfinden, damit sie in der Stadt wohnen und leben wollen?

Prof. Dr. Christian Pfeiffer

Für mich ist das Leben in der Stadt richtig lebendig geworden über meine beiden relativ jungen Kinder. Das ist der Schlüssel, man merkt, hier braucht es Lebensqualität. Wenn ich an die Pfadfindergruppe meines Sohnes denke – zu sechst haben sie angefangen, jetzt sind sie 70 Jugendliche und Kinder in dieser Organisation –, was die an Leben gestalten! Oder wenn ich an die Sportvernetzungen denke, an meine eigene Vernetzung in die Bürgerstiftung, die ganz stark von Jugendprojekten lebt. Lebensqualität ist die Vernetzung mit Bürgern, mit denen man gemeinsame Interessen hat, Lebensqualität ist, dass Dinge sich ändern, dass sie gut werden, dass sie in Nachbarschaft mit anderen gestaltet werden. Freilich, ein Leben ohne Kinder wäre arm, da hätte ich dann diese ganzen Vernetzungen gar nicht so erfahren und vielleicht auch nicht den Bedarf gesehen, mich einzumischen. Ich kann nur jedem diese Erfahrungen wünschen, weil sie gewahr machen, wie sehr die junge Generation auf Spielräume nachmittags angewiesen ist. Und dann bleibt das nichts Leeres, über das man halt so redet; man merkt vielmehr: das Jugendzentrum ist ja miserabel, da stehen nur eine wacklige Tischtennisplatte, ein altes Flippergerät und ein langweiliger Sozialarbeiter rum, na ja, da rührt sich nix.

Dann gründet man eine Bürgerinitiative, damit sich das ändert. Und auf einmal entsteht über diesen Bedarf, den Kinder artikulieren, Leben. Für mich sind Kinder die Chance, reinzuwachsen, zu erfahren, dass das mehr ist, als nur zu wohnen und Gast zu sein in einem Stadtteil, von dem man hofft, dass er einigermaßen sicher ist.

Brigitte Bastgen

Wir entschuldigen uns vorab bei allen Sozialarbeitern.

Prof. Dr. Christian Pfeiffer

Der kann ja toll sein, ich muss das ergänzen. Ich habe wunderbare Sozialarbeiter erlebt. Aber wir haben doch die Jugendlichen – das ist jetzt auch Forschungserfahrung – gefragt, wenn sie eine Bande waren: Wo habt ihr euch denn kennen gelernt? Uns hat richtig entsetzt, wie viele sich in solchen Jugendzentren kennen gelernt haben und dass diese Zentren manchmal regelrecht Brutstätten der Jugendgewalt sind und eben nicht Prävention. Dann haben wir unterschieden und festgestellt, es gibt wunderbare Prävention in der Jugendarbeit, aber da muss dann mehr laufen, als das Karikaturbild, das ich eben gezeichnet habe. Es gibt sie, die Sozialarbeiter, die ein Sportgeschäft „ins Boot“ holen und sagen: ihr verdient doch euer Geld mit den Jugendlichen, nun stellt hier mal ein paar Inliner zur Verfügung für die, die es nicht finanzieren können. Dann tun die das. Auf einmal wird eine Vernetzung von Sportverein und Jugendzentrum geschaffen, dann wird es lebendig, dann mischt es sich dort. Es sind nicht nur bestimmte Randgruppen, die das dann usurpieren. Es hängt sehr an tollen, motivierten Sozialarbeitern. Aus meiner Sicht ist ganz entscheidend, dass die Bürger sich einmischen und nicht sagen, das ist Sache der Polizei, der Sozialarbeit, mit denen klar zu kommen. Die Bürger müssen selber in die Jugendzentren hineingehen und ihre Ideen einbringen!

Brigitte Bastgen

Partizipation auch hier wieder, Herr Perger.

Dr. Werner A. Perger

Es liegt eben auch sehr daran, dass wir der Politik auch in der sozialen Verantwortung ihren Platz geben. Natürlich, je besser die Zivilgesellschaften, die privaten Initiativen funktionieren, desto mehr Chancen hat die Politik und desto mehr Chancen hat eine Stadt. Was für ein Irrsinn war doch die Propaganda der letzten anderthalb Jahrzehnte, die besagte: der Staat muss sich zurückziehen, er greift viel zu viel in das Leben der Bürger ein. Ein berühmtes Argument gegen die Ganztagsbetreuung von Kindern in Schulen lautet: der Staat soll mehr Freiraum geben. Wenn es Freiraum ist, dass die Kinder verwahrlosen dürfen, dann kann ich darauf verzichten.

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Ich will gerne noch ein Beispiel anführen, das genau zu dem passt. Wir haben in München kulturelle Stadtteilzentren. Die „Philosophie“ – in jeder Stadt gibt es eine eigene Philosophie, wie solche Kulturarbeit in den Stadtteilen gemacht werden sollte – war und ist, dass nicht die Stadt z.B. in einem Neubaugebiet eine bestimmte Räumlichkeit schafft, um ein Bürgerhaus einzurichten, sondern dass wir möglichst an Orten mit historischer Patina, die von den Bürgerinnen und Bürgern selbst angenommen, ja besetzt werden, anknüpfen. Oftmals ist es ja so, dass die Stadt zunächst nicht weiß, was sie mit einem Areal machen soll. Dann vergehen ein paar Jahre, und in der Zwischenzeit kommen Bürger, Jugendliche, Jugendkulturen, die sagen, diese Halle brauchen wir jetzt für unsere Zwecke. Aus solchen ganz unterschiedlichen lokalen Initiativen sind kleine kulturelle Stadtzentren entstanden. Es gab parallel dazu immer die sozialdemokratische, aus Skandinavien geliehene Idee, größere Bürgerhäuser, 30 Millionen Mark oder mehr schwer, zu bauen. Ich habe erstens vorgeschlagen bis auf eine Ausnahme keine Bürgerhäuser des skandinavischen Typs mehr in Angriff zu nehmen, weil sich die Stadt damit übernimmt und weil diese nicht die nötige Flexibilität haben, die tatsächlichen kulturellen Bedürfnisse decken zu können. Zweitens dürfen wir aber bei den kleinen dezentralen Lösungen nicht der Illusion anhängen, dass mit privaten Trägervereinen und bürgerschaftlichem Engagement alleine eine solche lebendige Stadtteilkultur auf Dauer stabil bleiben kann. Zwar ist die Bereitschaft, sich zu engagieren, in der Bevölkerung nicht zurückgegangen, sie hat, auch in Deutschland, eher zugenommen. Aber die Bereitschaft, sich auf Dauer mit einem Projekt – wie früher über Jahre und Jahrzehnte – zu identifizieren, ja zum Teil seines Lebensinhalts zu machen, ist dramatisch zurückgegangen. Das heißt, die Vorstellung, dass wir eine stabile, dauerhafte, nur auf bürgerschaftlichem Engagement beruhende Struktur auf diese Weise bekommen, ist illusorisch geworden. Deswegen bestand dann das „Programm“ bei uns in einer Teilprofessionalisierung, klein, überschaubar, anknüpfend an dem, was vor Ort geschieht, aber mit städtischer Hilfe, z.B. der Einstellung eines Geschäftsführers., um dann dem bürgerschaftlichen Engagement erst das Rückgrat zu geben, an das es sich sozusagen angliedern kann.

Brigitte Bastgen

Der Bundeskanzler betonte heute Morgen, das Recht auf Sicherheit sei ein Grundrecht. Herr Pfeiffer, ich möchte Sie in diesem Zusammenhang aufgrund Ihrer Profession fragen ob Sicherheit in Städten nicht ein Mythos ist. Haben wir Sicherheit nicht nur in den Speckgürteln?

Prof. Dr. Christian Pfeiffer

Es ist richtig, Sicherheit ist eine Geldfrage geworden. Wenn wir fragen, wer sind denn die Opfer – auch das haben wir systematisch untersucht –, dann ist das Risiko von Menschen, die in sozialen Randlagen unserer Städte wohnen, am höchsten, Opfer irgendwelcher Straftaten zu werden, die wirklich weh tun, also von Körperverletzungsdelikten, Raub, Einbruch. Die wohlhabenden Menschen haben absolut einbruchsichere Häuser und Fenster, brauchen wenig Angst zu haben, denn in ihren Gebieten passiert auch wenig. Auch die Drogenabhängigkeit ist primär bei den Armen verortet und hängt eng mit den Alkoholexzessen in solchen Gebieten zusammen. Wenn wir nach Frankreich blicken mit seinen banlieux, wird es noch viel kritischer. Dort leben die ethnischen Minderheiten in Vororten mit katastrophalen Zuständen, sodass schon mal in den Schulen das Militär gerufen wird, um die Sicherheit auf den Schulhöfen zu garantieren. So schlimm ist es bei uns nicht. Aber wir müssen schon aufpassen, dass die Sicherheit kein käufliches Gut wird.

Ich empfinde es als einen wirklichen Fortschritt in Deutschland, was sich über die so genannten kommunalen Präventionsräte in den letzten zehn Jahren auf kommunaler Ebene getan hat, z.B. Runde Tische, zu denen man alle einlädt, die sich in irgendeiner Weise beteiligen wollen. Die Kirchen mit ihrer Jugendarbeit sind wichtig, auch mit ihrer Randgruppenarbeit. Die Unternehmen sind wichtig, weil sie Geld mit einbringen können, und die Polizei ist natürlich wichtig, weil sie die Fieberkurve in Gestalt von Kriminalitätsmessungen genau kennt. In den USA ist es perfektioniert. Da gibt die Polizei monatlich Stadtkarten heraus, aus denen immer deutlich hervorgeht, wo die Opfer wohnen, wo die Täter wohnen, wo die Tatorte liegen. Anhand dieser Informationen weiß man genau, wo es brennt, wo man einschreiten muss, wo man die Kräfte bündeln und konzentrieren sollte. Aber ich möchte daran erinnern: Prävention ist keine Angelegenheit, die man allein den Profis übertragen darf. Wir müssen die Bürger mit „ins Boot“ nehmen, nicht aus Angst, sondern weil sie Lebensqualität haben wollen. Und wir müssen uns Gedanken machen, was die Rahmenbedingungen von Courage sind, von Bürgern, die sich zivil engagieren. Auch da gibt es ja Biographieforschung, nicht nur zu Gewalt. Es wird hierzulande gerne übersehen, dass es auch einer Kultur der Anerkennung für das Richtige bedarf. Hier müssen wir noch sehr viel lernen in Deutschland, andere sind uns weit voraus, wenn es gilt, Menschen zu preisen und öffentlich zu ehren, die etwas Tolles machen.

Wir müssen uns in diesem Zusammenhang schließlich über die Krise der Männlichkeit Gedanken machen. Denn Gewalt ist männlich, die Courage dagegen, die Barmherzigkeit, das Sich-Einmischen liegen viel stärker bei den Frauen. Wer mischt sich denn in der U-Bahn ein, wenn es kritisch wird? Das sind fast immer Frauen, und wer zuschlägt, das sind fast immer Männer. Diese Krise der Männlichkeit entsteht in den Vororten, dort

brauchen wir Antworten, die den jungen Männern andere Idole, andere Perspektiven, andere Freizeit Chancen vermitteln als das, was wir gegenwärtig anbieten. Wir brauchen dort, wo Randgruppen sich bündeln, ein ganz anderes Engagement der Sportvereine, und dazu müssen diese gestärkt werden. Wir brauchen dort wirklich Ganztagschulen, weil die Eltern nachmittags oft nicht zu Hause sind und sich nicht kümmern können; dort brauchen wir auch eine Bündelung von ehrenamtlichen Engagements, sonst wird die Teilung in Sachen Sicherheit in der Tat immer stärker, hier die Fluchtburgen der reichen Bürger, die von privaten Sicherheitsdiensten bewacht werden, dort die Unsicherheitszonen, wie es sie früher in New York gegeben hat, wo man mir sagte: Da musst du dann aber aus der U-Bahn aussteigen, darüber hinaus darfst du nicht, das ist ganz gefährlich. Das hat sich heute verändert. Aber wir könnten in diese Richtung rutschen und müssen dafür, dass es nicht geschieht, etwas tun.

Dr. Werner A. Perger

Im Grunde haben Sie alles gesagt. Ich will mich nur in einem Punkt selbst wiederholen, weil es zum Thema gehört: Sicherheit ist eines der schwierigsten Themen für die politische Auseinandersetzung. Es ist explosiv. Es birgt die größte Versuchung, damit demagogisch umzugehen. Und es ist leider eine große Versuchung, damit feige umzugehen. Was die Rede des Bundeskanzlers angeht, hatte man das Gefühl, da könnte die Balance gehalten worden sein: das Bürgerrecht auf Sicherheit massiv zu vertreten, ohne sich auf rechte Parolen einzulassen.

Brigitte Bastgen

Nun sind ja die Bürgerinnen und Bürger nicht mit Hoheitsrechten ausgestattet. Und „neighbourhood watch“ wie in den USA wollen wir nicht. Die Bronx in New York galt viele Jahre als gefährlich, ich denke, niemand von Ihnen wäre noch vor wenigen Jahren freiwillig in die Bronx gefahren, auch nicht am helllichten Tag. Die Bronx in New York gilt heute als einer der sicheren Stadtteile, revitalisiert ausschließlich durch Bürgerinitiativen, durch integratives Verhalten von Bürgern, die sich gegen die erheblichen Sicherheitsmängel zur Wehr gesetzt haben.

Prof. Dr. Christian Pfeiffer

Die Revitalisierung der Bronx wurde auch von der Wirtschaft massiv unterstützt, die ihr eigenes Interesse daran entdeckt hat. Ihre Gewinne sind dort am besten, wo auch die Gesellschaft gesund ist. Ich war gerade in New York und habe mit den Verantwortlichen geredet. Es war ganz stark die Wirtschaft, die dort investiert hat, weil sie gesehen hat, es ist in ihrem eigenen Interesse.

Brigitte Bastgen

Sicherheit in den Städten, harmlose Frage: wer trägt die Verantwortung?

Prof. Dr. John Friedmann

Was Herr Pfeiffer über das Männliche und die Kultur des Männlichen gesagt hat, hat mir gefallen. Ich komme nämlich aus einem Land, aus den Vereinigten Staaten, in dem wir eine Kultur der Gewalt haben. Eine Statistik besagt, wenn ich mich recht erinnere, dass die Gewaltrate in den USA zwanzigfach höher ist als in Deutschland. Woher kommt das? Es ist ein kultureller Unterschied, nicht so sehr ein Unterschied zwischen Städten wie etwa Los Angeles und Berlin. Es ist eine gewisse Art, Konflikte auszutragen, die sich in Deutschland eingebürgert hat und die nicht sogleich zu Gewalttätigkeiten führt. Wie könnte man das fördern, frage ich mich. Ich habe keine Antwort darauf. Aber irgendwie muss doch eine Kultur der Nonviolence, des nicht gewalttätigen Vorgehens gefördert werden als Modell des persönlichen Vorgehens.

Brigitte Bastgen

Wenn wir über Sicherheit in unseren Städten sprechen, meinen wir nicht nur Kriminalstatistiken. Ich möchte Sie einfach mal fragen: Wann beginnt denn Gewalt in Städten? Kennen Sie die Theory of the Broken Windows, diese uralte Theorie, dass das zerbrochene Fenster, das eben nicht ersetzt wird, das man monatelang zerbrochen in einem Haus belässt, den nächsten Steinwurf erst evoziert? Es gibt eine interessante Studie der Essener Polizei, die ich hier ganz kurz zur Diskussion stellen möchte. Gefragt wurden Essener Bürger, was ihnen in ihrer Stadt Angst macht. Das erstaunliche Ergebnis: es war nicht die Angst vor dem spektakulären Verbrechen, es war vielmehr diese schwelende Dauerangst vor Vandalismus, vor einer Atmosphäre von Verwahrlosung. Davor haben die Menschen in unseren Städten Angst. Sehen Sie das auch so?

Dr. Werner A. Perger

Die Theorie in dem Buch über die Broken Windows, dass nämlich das zerbrochene Fenster der Anfang der Verwahrlosung ist, transportiert die ganz wichtige Erkenntnis, dass man den Anfängen der Verwahrlosung wehren muss; nur dann erhöhen sich die Chancen, andere Versuchungen in den Griff zu bekommen. Allerdings ist es natürlich kein Allheilmittel, und es braucht schon eine gewisse Struktur. Diejenigen, die die Fenster zerschlagen, haben auch eine gewisse Hartnäckigkeit. Und wir kennen es aus dem Graffitibereich, der zur Zeit des Herrn Naegeli in Zürich auch Kunst war. Da haben doch viele von uns gesagt: ach, das ist doch mal nett, etwas gegen die grauen Städte. Wir sehen heute, wie grässlich das sein kann. Kaum hat man irgendwo etwas übermalt, ist schon wieder was drauf.

Man muss klar sagen: die Schwester der Theorie von den Broken Windows war die Strategie der Zero Tolerance, das heißt der Ansatz, mit Null Toleranz vorzugehen und die Vergehen gnadenlos zu verfolgen. Das war ein populäres New Yorker Konzept und wurde zum Teil in Europa, vor allem in Großbritannien, imitiert. Das bedeutete auch: Wer in der U-Bahn schwarzfährt, ist ein potenzieller Straftäter. Statistisch ließ es sich sogar belegen, weil einige, die beim Schwarzfahren aufgegriffen wurden, auch ein Messer dabei hatten. Die Grenze zur Intoleranz ist dabei sehr schnell erreicht. Komischerweise sind es in gemischten Vierteln immer wieder diejenigen, die dunkle Hautfarbe

haben oder sonst irgendwie anders aussehen, die im Zuge der Zero Tolerance als erste aufgegriffen werden.

Brigitte Bastgen

Wo beginnt Unsicherheit in Städten, wo beginnt latente Verunsicherung? Sie sprechen im Zusammenhang mit Kriminalitätsbereitschaft das Schwarzfahren an. Darauf möchte ich noch einmal eingehen, funktionierender ÖPNV und Sicherheit. Ich kaufte mir gestern hier in Berlin ein Tagesticket und sagte zu der Verkäuferin, dass das aber teuer sei. Sie sagte dann: „Na klar, seitdem fahren ja och 40 Prozent mehr schwarz.“ So, frage ich mich, haben die alle ein Messer dabei? Ich denke, da ist ein permanenter Zusammenhang im städtischen Gefüge, das ist ja auch das Faszinierende, Stadt lebt, Stadt verändert sich, Stadt bedingt sich selbst. Darf ich Sie zum Schluss fragen: Ist dieses Jahrhundert, mit so vielen Bürden aus der Taufe gehoben, ein Jahrhundert der Städte oder wird es eher ein Jahrhundert der Reflexion über Städte?

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Die empirischen Daten sind eindeutig, Herr Friedmann wird das sofort bestätigen: Die Verstädterung nimmt zu. Wir haben das merkwürdige Phänomen, dass wir insgesamt weltweit weitere Verstädterung haben, die großen Metropolen, die großen Ballungszentren werden einen noch größeren Prozentsatz der Bevölkerung umfassen – mit all den Problemen, auch sozialen Problemen, die damit zusammenhängen. Allerdings sieht man jetzt auch zum Teil klarer, warum die Menschen in die Städte ziehen. Früher wurde manchmal so getan, als sei es völlig irrational, beispielsweise aus funktionierenden dörflichen Sozialstrukturen in die Slums von Rio de Janeiro zu ziehen. Inzwischen hat ein genauerer Blick gezeigt: es gibt gute Gründe dafür, z.B. ist in diesen Slums oder Favelas die Lebensqualität, über das ganze Jahr betrachtet, deutlich besser als draußen in den Dörfern. Es gibt z.B. eine gewisse medizinische Grundversorgung. Es ist überhaupt faszinierend, sich genauer mit den Sozialstrukturen in solchen Favelas, die uns immer als ein Schreckgespenst dargestellt werden, auseinander zu setzen. Ich war öfters in Rio und habe mir ein eigenes Bild zu machen versucht.

Auf der einen Seite haben wir sicher eine Verstädterung weltweit, auf der anderen Seite haben wir, z.B. in Europa, besonders in Ostdeutschland, das Phänomen der Schrumpfstädte, der Städte, die durch starken Bevölkerungsverlust geprägt sind. So hat Halle seit der deutsch-deutschen Vereinigung ein Drittel seiner Bevölkerung verloren. Aber ich warne davor, zu sehr zu dramatisieren. So, wie wir den Aufwuchs verkraftet haben, werden wir vielleicht den Abwuchs verkraften. Sicher, da gibt es viel zu diskutieren. Ich finde es ganz wesentlich, dass wir an einem integrativen Stadtmodell festhalten, an der Vision einer integrierten zivilen Stadt mit öffentlichen Räumen, mit Begegnungsorten, staatlicherseits mitverantwortet und von der Bürgerschaft mitgestaltet, und dass wir dieses Modell der Tendenz zur Kommerzialisierung, Desintegration, zum Kontrollverlust über diese Entwicklung entgegensetzen.

Prof. Dr. Christian Pfeiffer

Die Vision ist wunderschön. Aber für unser Land sehe ich eine Riesenaufgabe, die wir bisher nicht ansatzweise bewältigt haben: Wie bewältigen wir die angesichts des Geburtenrückgangs nötige kommende Einwanderungswelle besser als bisher? Sie wird keine Riesewelle sein, aber sie wird permanent sein. Für mich ist die kritische Frage, wie wir wegkommen von dem Modell der 90-Jahre. Da haben wir eine Zuwanderung von drei Millionen Menschen gehabt, und nur eine Million ist im Arbeitsmarkt gelandet. So darf das nicht bleiben. Zuwanderung primär in den Sozialstaat halten wir nicht aus, halten auch die Menschen nicht aus, die hierher kommen; das schafft Riesenkonflikte auch um Armut und Reichtum. Denn um ein Ausgangsbild zu nehmen: dieses trichterförmige Erben betrifft nur die Deutschen, die hier was zu erben haben, die Ausländer, die hierher kommen, haben nichts zu erben.

Vor uns steht also ein riesiges Wachstum der sozialen Gegensätze. Das müssen wir überbrücken durch perfekte Zurichtung unserer Schulen, unseres ganzen Bildungssystems auch auf die Menschen, die zu uns kommen. Wir müssen ihnen die Möglichkeit eröffnen, dass sie über Bildung in diese Gesellschaft hineinwachsen. Genau das schaffen wir bisher nicht annähernd, denn ich sehe im Durchschnitt 8,5 Prozent der jungen Türken in Gymnasien, dagegen 44 Prozent der jungen Deutschen. Hier ist für mich der Schlüssel. Und hier müssen die Bürger selber drängen, dass die soziale Integration der Einwanderer einigermaßen gut geht. Das ist für mich das zentrale Problem der Großstädte. Dafür müssen wir beispielsweise die Dienstleistungsberufe ganz anders öffnen als bisher. Die Konflikte, um die es hier geht, werden beispielsweise nicht mit einer primär deutschen Polizei bewältigt. In der Polizei müssen die Zuwanderer ihrem Anteil entsprechend repräsentiert sein, damit die Konflikte kommunikativ bewältigt werden können.

Ich habe freilich eine Hoffnung. Das Zauberwort heißt Mediation auf allen Ebenen. Wir brauchen eine andere Streit- und Auseinandersetzungskultur. Die Schulen begreifen das immer mehr. Wir haben eine wachsende Zahl von Schulen, die Schulmediation zu einem Inhalt ihrer Schulausbildung machen; Kinder lernen, mit Konflikten umzugehen, und zwar verbal, indem man beide Seiten hört, indem man Kompromisse sucht. Auch in der Justiz haben wir plötzlich Mediation; das versuche ich selber in großen Modellversuchen in der Justiz einzuführen. Ähnliches gilt im Hinblick auf andere gesellschaftliche Auseinandersetzungen. In Deutschland sind wir sehr am Dazulernen, was eine kommunikative Konfliktbearbeitung betrifft, gerade auf der Ebene der Städte. Wenn uns beides gelingt, die Streitkultur, die Kommunikationskultur zu verbessern und die Integration ins Bildungswesen auf der kommunalen Ebene zu erreichen, dann bin ich ganz optimistisch, dass die Vision von Herrn Nida-Rümelin auch stimmen kann.

Dr. Werner A. Perger

Es ist ja nicht meine Aufgabe, Politiker zu loben, aber ich muss schon sagen, dass mir Ihre beiden Visionen doch eine gewisse Hoffnung machen. Denn eigentlich lässt mich das Gegenbild, eine Art Alptraum nicht mehr los, seit ich Ralf Dahrendorf gelesen habe. In einem Diskurs über die Auswirkungen der Globalisierung auf unsere Gesellschaft, unsere städtische Gesellschaft, meint Dahrendorf, es sei nicht die unwahrscheinlichste

Option, dass das 21. Jahrhundert ein autoritäres Jahrhundert wird – unter den Leitmotiven „Demokratie“, „Sicherheit“, „Schutz vor Bedrohungen“, mit etwas mehr als nur ein paar Kameras an öffentlichen Orten, mit etwas mehr als nur ein paar mehr Kompetenzen für die Sicherheitsbehörden zum Schutz der Bürger, weil sich die Bedrohung erhöht und Selbstmordattentäter nicht mehr nur im Nahen Osten, sondern überall herumlaufen und Durchgeknallte plötzlich zu einer allgemeinen Bedrohung werden. Aber das muss nicht so sein. Dahrendorf sagt bewusst, es ist nicht die unwahrscheinlichste Option, aber sie ist nicht zwingend.

Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

Die Entwicklung geht nicht in Richtung Diktatur, sondern eher in Richtung Oligarchie im Sinne von Herrschaft der Reichen.

Dr. Werner A. Perger

Die Diktatur, wie wir sie aus der Geschichte kennen, bleibt voraussichtlich Geschichte. Aber die Demokratie, die dann kommt, ist nicht mehr die Demokratie, die wir jetzt haben, die wir ziemlich gut finden, in der wir streiten und für die wir streiten. Aber da es auch diese Visionen gibt, bin ich doch optimistisch. Jedenfalls – um noch einmal zum Thema zurückzukommen – entscheidet sich die Zukunft in den Städten.

Brigitte Bastgen

In den Städten entscheidet sich die Zukunft. Herr Prof. Friedmann, macht Ihnen das Angst oder ist es eine Chance, die wir nutzen können?

Prof. Dr. John Friedmann

Die Chance zum Wandel ist immer da, denn es ist uns nicht gegeben, uns dem Wandel nicht auszusetzen. Der Wandel ist das Stetige, und die Statik ist eigentlich die Ausnahme. Es kommt also mehr darauf an, in welche Richtung wir uns wandeln wollen. Das ist eine richtige Frage und zum großen Teil eine Frage der Werte. Es ist überdies eine persönliche wie auch soziale Frage. Und deswegen meine ich, dass die Soziale Stadt Anhaltspunkte liefert für eine Überlegung hinsichtlich der sozialen Werte im Leben.

Brigitte Bastgen

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir konnten hier oben auf diesem Podium den Auftrag, den wir übernehmen sollten, natürlich nur partiell erfüllen. Natürlich wird der eine oder die andere von Ihnen jetzt sagen, über dies und jenes hätte man unbedingt auch noch reden müssen. Natürlich, ich kann Ihnen nur sagen: Sie werden dazu viel Zeit haben, auch noch über ihre Themen zu reden, z.B. in der anschließenden Kaffeepause. Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine Bemerkung. Ich denke, meine Herren, dass Sie unter diesen drei sehr, sehr starken Begriffen – Zusammenhalt, Sicherheit, Zukunft – eines auf jeden Fall überaus deutlich gemacht haben: ganz gleich, wie man zur

Stadt steht, ob negativ, ob positiv, deutlich wurde, dass Städte schon zu Beginn unserer Zivilisation die Kernzentren waren und dass sie Kraftzentren bleiben werden, ganz gleich, wie die Stadt im Jahre 2025, wenn 80 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben werden, aussehen wird. Sie haben hier auch sehr deutlich gemacht, dass Menschen in den Städten Hilfe suchen und Menschen in den Städten Hilfe geben. Eigentlich wird in den Städten über unsere *conditio humana* entschieden. Und der Kampf gegen Fremdenhass, gegen Segregation, gegen Negativismen wird in den Städten entschieden – oder eben gar nicht.

3

Die soziale Stadt - Vielfalt und Zukunft

Podiumsdiskussion

Moderation:

Uwe Rada,
taz, Berlin

Auf dem Podium:

Ralf Elsässer,
doppelspitze, Agentur für kooperative Planung, Beratung und Moderation, Leipzig

Ercan Idik,
EG DU Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH

Gertrud Hautum,
Stadtdirektorin im Planungsreferat der Landeshauptstadt München

Bodo Menze,
Nachwuchsmanager Schalke 04

Klaus Pfitzenreuther,
Geschäftsführer Glückauf Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Lünen

Dr. Manfred Ragati,
Bundesvorsitzender der AWO, Bonn

Prof. Dr. Klaus Selle,
RWTH Aachen



Die soziale Stadt – Vielfalt und Zukunft

Podiumsdiskussion

Uwe Rada



Unser Thema heute soll „Soziale Stadt – Vielfalt und Zukunft“ sein. Das Thema ist, wie Sie dem Titel entnehmen können, ein recht ambitioniertes Unterfangen. Ich hoffe, dass wir uns anhand der einzelnen Programmgebiete diesem Thema nähern können.

Ich darf Ihnen zunächst das Podium vorstellen: Zu meiner Linken sitzt Gertrud Hautum, sie ist Stadtdirektorin in München und für die drei Münchner Programmgebiete zuständig. Klaus Pfitzenreuther ist Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft Glückauf in Lünen, einer Gesellschaft, die im Jahr 2000 zu den Preisträgern des Wettbewerbs Soziale Stadt gehörte. Daneben Manfred Ragati, der Bundesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt (AWO); er war

Mit-Auslober dieses Wettbewerbes und ist auch sehr an good practice-Beispielen der Sozialen Stadt interessiert. Klaus Selle, Professor für Stadtplanung und Planungsgeschichte an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen, ist in Hannover selbst vor Ort in der Sozialen Stadt engagiert. Ercan Idik kommt aus Duisburg, ist dort bei der Entwicklungsgesellschaft Duisburg tätig und kümmert sich in Duisburg-Marxloh vor allem um die Wirtschaftsförderung. Bodo Menze ist Nachwuchsmannager von Schalke 04, kommt aus dem Programmgebiet Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord und ist dort vor allem mit der Jugendarbeit befasst. Und zu guter Letzt Ralf Elsässer aus Leipzig; er arbeitet im Programmgebiet Leipziger Osten.

Wir reden heute Nachmittag über soziale Stadtvietelfalt und Zukunft. Der Begriff „Soziale Stadt“ hat in den vergangenen Jahren – nicht zuletzt dank des Bund-Länder-Programms – eine neue Konjunktur erfahren. Dabei ist die Ausgangslage in vielen Quartieren alles andere als sozial, im Gegenteil: Die vielfach hohe Konzentration von Armut, Arbeitslosigkeit, Leerständen, Kriminalität und Gewalt ist auch ein Hinweis darauf, dass die umgebende Stadt und ihre Bewohner oft alles andere als sozial sind, dass gegen das alte städtebauliche Leitbild der sozialen Mischung oftmals mit den Füßen abgestimmt wird. Vielerorts ist nicht die soziale Mischung der Normalfall, sondern die Segregation. Damit stehen aber nicht nur viele Quartiere auf dem Prüfstand, sondern auch die Stadt selbst. Wir haben es gehört, die europäische Stadt ist eigentlich auch historisch gesehen eine soziale Stadt. Das ist der Hintergrund, von dem ich glaube, dass er auch in einer Zwischenbilanz zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt immer im Hinterkopf sein müsste.

Lassen Sie uns aber in einer ersten Runde zunächst auf die einzelnen Quartiere kommen. Ich bitte Sie, Frau Hautum, mit München anzufangen. München stellt man sich doch eher als eine reichere Stadt vor, was sind Ihre Problemquartiere in München, was war Ihre Ausgangssituation 1999 und was hat sich seitdem verändert?

Gertrud Hautum,



Zunächst möchte ich festhalten, dass die Stadt München schon seit vielen Jahren in der normalen Städtebauförderung einen sehr integrativen Ansatz pflegt. Nicht zuletzt ist dies auch der Grund dafür, dass Herr Oberbürgermeister Ude in seiner Rede heute das Westend so hat herausstreichen können. Dort gibt es nämlich bereits seit 20 Jahren Stadtsanierung. Dadurch ist dort ein relativ friedliches Zusammenleben der unterschiedlichsten ethnischen Gruppierungen und eine sehr große Vielfalt der Nutzungen eingetreten.

Wir sind jetzt dennoch sehr froh um das neue Programm, weil uns das neue Programm durch die vielfältigen Förderungsmöglichkeiten und den größeren Auftrieb, in Netzwerken zu denken und in Kooperationsformen einzutreten, ganz andere Möglichkeiten eröffnet. Mit diesem Programm bearbeiten wir im Moment zwei Gebiete im Münchner Norden. Eines ist ein Stadtrandgebiet, das monostrukturell in den 50er- und 60er-Jahren entstanden ist, und eines ist ein Gebiet, das sich in der Nähe eines großen Industrieunternehmens etwas dispers entwickelt hat. In beiden Gebieten überwiegen die Fremdgruppen in einem viel stärkeren Maße als in allen anderen Stadtgebieten. Wir haben in dem einen 33 Prozent fremde Gruppierungen und in dem anderen 26 Prozent. Ebenso sind Anteile an Sozialhilfeempfängern und an Armen in beiden Gebieten deutlich größer. In beiden Gebieten ist auch die Zahl an Sozialmietwohnungen sehr hoch, und weil die Stadt München als einzige Förderung den ersten Förderweg hat finanzieren können, kulminieren in diesen Gebieten die üblichen Probleme.

Ich möchte aber gar nicht auf den gesamtintegrativen Ansatz in den beiden Gebieten im Detail zu sprechen kommen. Was mich besonders berührt und uns sehr wichtig erscheint, sind zwei Aspekte: einmal für beschäftigungslose Jugendliche Perspektiven zu schaffen – wenn es nicht anders geht, dann mit Beschäftigungsinitiativen. Dabei geht es nicht nur um ein spezielles Zusammenwirken von staatlichen und städtischen Ebenen, sondern insbesondere auch um ein Wohnungsunternehmen im Hasenberg, das kolossal kooperativ und initiativ ist und auch bei verschiedenen Kulturprojekten im Stadtteil mitwirkt. Damit komme ich gleich zum zweiten wichtigen Aspekt: als Plattform verschiedene Lebensmodelle, verschiedene Lebensweisen, verschiedene Lebensgeschichten zum Ausdruck zu bringen. Das sind Kulturprojekte im eigentlichen Sinn. In beiden Stadtteilen arbeiten wir gerade auch auf dieser Ebene, wieder unterstützt in einem Stadtteil durch das glückliche Zusammenwirken mit dieser Wohnungsbaugesellschaft und mit einer Beschäftigungsinitiative, die geleitet wird von einem Menschen, der selber sehr viel Kunstverständnis und auch sehr viele Beziehungen zu Künstlern hat.

Wichtig für uns ist die große Vielfalt an Beteiligungsmöglichkeiten. Gerade in einer großen Stadt ist es sehr wichtig, auf den verschiedensten Ebenen und zu den verschiedensten Leuten vielfältige Ansprechmöglichkeiten zu schaffen und dann konsequent alles so zusammenzuführen, dass man dies mit einem relativ knappen Verwaltungsaufwand am Leben halten kann. Das ist unser Wunsch.

Uwe Rada

Herr Menze, was ist Gelsenkirchen-Schalke mehr als Fußball?

Bodo Menze



Fußball bedeutet viel in Gelsenkirchen. Fußball ist für viele ein zentraler Lebensmittelpunkt. Aber natürlich ist Fußball in Gelsenkirchen nicht alles. Nur, mich bewegt natürlich der Fußball in meiner Funktion. Dadurch, dass ich tagtäglich rund um die Uhr mit dem Thema Nachwuchsförderung verbunden bin, geht es auch um Vernetzung, ein Stichwort, was heute Morgen oft gefallen ist. Wir haben im Laufe der letzten Jahre ein Kooperationsmodell mit Partnerclubs und Partnerschulen in Gelsenkirchen geschaffen. Ich bin der Auffassung, dass es ganz wichtig ist, diese Dinge zu vernetzen, sie miteinander in Einklang zu bringen. Man muss das Potenzial der Schule nutzen und die Verbindung dazu herstellen, auch die Verbindung zwischen dem Club und dem Stadtgebiet. Ich finde im Zusammenhang mit dem Kongress, dass Fußball wie fast nichts anderes für die Jungen bei uns soziales Lernen bedeutet, soziales Lernen in Mannschaften, soziale Integration.

Uwe Rada

Ihre Schule liegt in einem benachteiligten Quartier, Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord, wenn Sie dazu vielleicht noch zwei Sätze sagen.

Bodo Menze

Richtig. Wir haben in Gelsenkirchen das Forum 2000, in Bismarck/Schalke-Nord, auch ein wichtiges Thema der Sozialen Stadt. Wir müssen viele Probleme lösen. Wenn das auf vielen Ebenen geschieht, dann ist es umso besser. Diese Ebenen müssen irgendwo zusammenkommen. Daran arbeiten wir. Es ist ein Prozess, der sicherlich noch nicht zu Ende gekommen ist und der wahrscheinlich auch nie zu Ende kommen wird, aber wichtig ist in meinen Augen, dass man diese Vernetzung herstellt und dadurch Verbindungen schafft, dass man klar macht, dass nicht ein einzelnes Projekt irgendwo im luftleeren Raum hängt.

Uwe Rada

Herr Idik, ich stelle Ihnen mal eine provokante Frage. Ist Lokale Ökonomie, sind endogene Potenziale nicht immer etwas, auf das man kommt, wenn alles andere nicht mehr hilft?

Ercan Idik



Sie könnten Recht haben, aber das sollte zunächst nicht im Vordergrund stehen. Ich bin der Auffassung, dass in jedem Stadtteil, so benachteiligt er auch sein mag, endogene Potenziale vorhanden sind. Die Kunst besteht darin – und die methodischen Ansätze der Lokalen Ökonomie haben diese Zielsetzung –, die Potenziale zu finden. Überall dort, wo die Möglichkeit besteht, durch Vernetzungen oder besser durch Kooperation – weil das auch einen dynamischen Aspekt hat – eine gewisse Kooperationskultur zu etablieren, können dann zusätzlich die vorhandenen endogenen Potenziale ihre Wirkungen entfalten. Was die praktische Anwendung der unterschiedlichen, auch theoretischen Modelle der Lokalen Ökonomie anbelangt, ist Deutschland im Gegensatz zu Großbritannien oder auch zu den USA ein

bisschen im Verzug, sodass man, was die praktische Anwendung anbetrifft, ziemlich viele Möglichkeiten hat. Man muss nicht unbedingt so theoriebezogen verhaftet bleiben, man kann sehr wohl mit ganz normalen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen und Kombinationen einiges erreichen. Wir haben in Duisburg ohnehin schon Anfang der 90er-Jahre den integrierten Handlungsansatz durchgeführt. Und letzten Endes meine ich, dass wir recht erfolgreich damit gewesen sind.

Uwe Rada

Was heißt das konkret: Wirtschaftsförderung in einem Quartier wie Duisburg-Marxloh? Ist es der Versuch, sozial Benachteiligte in die Selbständigkeit zu bringen, Stichwort auch ethnische Ökonomie, türkische Ökonomie?

Ercan Idik

Eine der schwerpunktmäßigen Tätigkeiten bislang ist immer gewesen, auch unabhängig von der Ethnie Selbständigkeit in dem Stadtteil zu fördern. Das heißt, wir bieten auch eine längerfristig angelegte begleitende Beratung von Existenzgründungswilligen an, unabhängig von ihrem Status. Die individuellen Voraussetzungen sind bei jedem unterschiedlich. Wir haben den Vorteil, dass ich türkischer Herkunft bin und daher auch die kulturellen Hintergründe bei Migranten kenne und dann auch zusätzlich von der Sprache her die Existenzgründer wesentlich besser unterstützen kann als meine deutschen Kollegen. Aber wir haben keine 1:1-Aufgabenteilung, bei der ich mich nur um türkische Gründer kümmere. Das ist nur ein Aspekt in der Lokalen Ökonomie. Die Besonderheiten der Migranten sind ebenfalls nur ein Aspekt.

Ich denke, wenn man Lokale Ökonomie als die Gesamtheit wirtschaftsbezogener Aktivitäten definiert, dann hat man in der Tat einen großen Bereich. Letzten Endes ist die Zielsetzung schon die Schaffung von Arbeitsplätzen. Im Gegensatz vielleicht zu den stadtteil- oder regionaloperierenden Institutionen wie Industrie- und Handelskammer oder Gesellschafts- und Wirtschaftsförderung, die nach einem ungeschriebenen Gesetz sich um Unternehmen mit mindestens etwa zehn Beschäftigten kümmern, hat für uns auch der Trinkhallenbesitzer seine Bedeutung in der lokalen Wirtschaftsverflechtung. Um die

kümmern wir uns mit der gleichen Intensität wie etwa um eine Großansiedlung. Da die gängigen Methoden bislang eher quantitativ orientiert sind und bei der klassischen Geschäftsförderung die Anzahl von Unternehmen und die Anzahl von Arbeitsplätzen in der Regel als Erfolgsmesser dient, kann ich für unsere Arbeit sagen, dass wir in dem Zeitraum von Anfang 1996 bis Ende 1999 100 Ansiedlungen hatten mit dem Arbeitsplatzeffekt von 800, ohne die Gewerbegebiete mit einzubeziehen. Und das ist wirklich nur ein Teilbereich der Lokalen Ökonomie.

Uwe Rada

Herr Elsässer, davon können Sie nur träumen. In Leipzig – Boomtown auf der einen Seite, die Schattenseiten sind aber auch bekannt: Abwanderung – geht es nicht um Ansiedlung, da geht es darum, möglichst noch viele Leute zu halten.

Ralf Elsässer



Ja, die Situation in Leipzig ist wie in vielen ostdeutschen Städten durch einen großen Wohnungsleerstand geprägt. Das hat Herr Tiefensee in seiner Rede heute auch schon in Zahlen gesagt, 60 000 leere Wohnungen bei 300 000 Wohnungen, macht 20 Prozent Leerstand. Das heißt, die Mietpreise haben sich sehr stark nach unten nivelliert. Und es gibt ein sehr großes Angebot, das heißt jeder, der einigermaßen Ansprüche an sein Wohnumfeld hat, kann sich diese weitgehend auch befriedigen. Dies führt zu einer unglaublichen Mobilität. Ich selber bin in den letzten acht Jahren viermal umgezogen. Das mag über dem Durchschnitt liegen, aber die Mehrheit der Haushalte, die Mehrheit der Leipziger sind in den letzten zehn Jahren mindestens einmal umgezogen. Man sucht sich den Ort, wo die Lebensqualität im Verhältnis zum Einkommen am besten ist. Die, die in den benachteiligten Stadtteilen wohnen, sind Menschen, die andere Ansprüche an ihr Umfeld haben und denen die Verwurzelung noch wichtiger ist als bestimmte Fragen der öffentlichen Sauberkeit oder Ähnliches. Es sind auch Leute, die von außen herziehen und die aufgrund der Lage im Stadtteil mal schauen, aha, das ist zentrumsnah, das sieht ganz gut aus hier, da ziehe ich hin, und die dann erstaunt reagieren, wenn ihre Arbeitskollegen sie fragen, wieso sie in diesem Gebiet wohnen. Solche Leute wohnen dann oft nicht lange in dem Stadtteil.

Das hat Auswirkungen auf die Arbeit mit den Leuten vor Ort. Wir versuchen natürlich, wie in anderen Gebieten auch, Netzwerke aufzubauen, Menschen zu aktivieren, sich für ihren Stadtteil einzusetzen. Das gelingt teilweise. Aber wir erleben dabei auch immer wieder, dass Menschen sagen, gut, wir engagieren uns hier noch ein halbes Jahr, aber wir ziehen eigentlich hier weg. Und nach einem halben Jahr sind die dann auch weg, und man muss dieses Netzwerk, dieses Potenzial an aktiven Leuten ständig erneuern. Das heißt, das ist ein ständiger Aufbauprozess. Bei den Unternehmen ist das natürlich nicht viel anders. Wir haben gerade einen Branchenführer für einen Teil dieses Gebietes der Sozialen Stadt erstellt mit 700 Firmen, die dort ihren Sitz haben. Schon zum Zeit-

punkt, als das Buch aus der Druckerei kam, war es nicht mehr aktuell, weil bereits einige Firmen gar nicht mehr existierten. So viel als Blitzlicht zur Situation.

Uwe Rada

Herr Pfitzenreuther, Sie sind Geschäftsführer einer Wohnungsbaugesellschaft, die sich seit jeher in Gemeinwesenarbeit engagiert. Sie haben einen Nachbarschaftsverein gegründet. Die Frage an Sie als Vertreter der Wohnungswirtschaft: was ist Ihnen eigentlich Soziale Stadt wert? Und warum ist sie Ihnen so viel wert?

Klaus Pfitzenreuther



Soziale Stadt ist für uns ein sehr wichtiger Bereich. Wir stellen aufgrund der demographischen Entwicklung fest, dass an verschiedenen Stellen, auch in verschiedenen Quartieren, ob das jetzt im Ruhrgebiet ist oder in anderen großen Städten hier in Nordrhein-Westfalen oder in der Bundesrepublik, schon nicht mehr so viel Mieter da sind, wie wir das früher gewohnt waren. Früher gab es eine Wohnungsverteilung, heute muss man sich intensiver auch um die Mieter kümmern. Wir haben Erfahrungen gemacht mit Aktionen, wie – der Bundeskanzler erwähnte das vorhin – „Wohnen plus“, mit denen wir versuchen, uns im Markt als ein Unternehmen zu etablieren, wo man sagen kann: „sicher wohnen ein Leben lang“. Wir geben den Mietern das Gefühl, bei uns alt werden zu können mit einer

komfortablen Betreuung im Hintergrund. Deswegen bedeutet uns der Bereich der sozialen Stadt ausgesprochen viel. Wir kommen nachher auch noch zu anderen Themen wie was bringt es uns, Kosten-Nutzen usw. Aber ich finde auch den emotionalen Bereich wichtig, eben die Sicherheit des Wohnens.

Wir sind in diesem Feld jetzt seit ungefähr 14 Jahren tätig. Das war mehr ein Zufall; am Anfang stand nicht ein Ideenkonzept, eine Ideologie, das hat sich durch Gespräche mit verschiedenen Mietern ergeben. Wir haben im Ruhrgebiet den Strukturwandel, Bergbau, Montanindustrie, Stahl. Und da haben wir dann von Frührentnern erfahren, ach, können wir nicht irgendwie was machen. Mein Geschäftsführerkollege hatte dann die Idee, weil Ältere sich in den Siedlungsbereichen auch sehr viel um Kinder kümmerten, lass uns mal eine Fahrradreparaturwerkstatt einrichten, ganz primitiv, in einer Fertiggarage. Da wurde Material vom Wohnungsunternehmen bereitgestellt, sodass die älteren Mieter sich dann auch um die Jugendlichen kümmern konnten. Dann wurde ein Frühjahrscheck für Fahrräder gemacht, Kontrolle und Sicherheit. Das war der Anfang 1987/88.

Aus weiteren Gesprächen mit den Mietern ergaben sich dann weitere Interessen. Man stellte fest, dass auch der Wunsch nach gemeinsamen kleineren Kommunikationsflächen besteht. Da hatten wir dann überlegt, was man machen kann. Wir leben in einem ländlichen Gebiet, Lünen ist Unterzentrum von Dortmund, Tor zum Münsterland. Da lag nahe, irgendetwas mit Gewächshäusern zu machen. Wir haben dann in großen Siedlungsbereichen Gewächshäuser errichtet und aus der Mieterschaft auch Leute gefunden,

die nachgefragt haben, ob sie nicht auch so ein Gewächshaus bekommen können. Und dann hat sich dort ein kleines Tauschgeschäft entwickelt. Später hatten wir eine sehr große Modernisierungsmaßnahme; da haben wir dann festgestellt, dass ältere Mieter auch den Wunsch nach einer intensiveren Betreuung haben. Das ist mittlerweile so weit ausgedehnt worden, dass in Abhängigkeit von den Jahreszeiten Nahrungsmittellieferungen in kleinem Umfang in die zentralen kleinen Küchen der betreuten Wohnanlagen hineingingen.

1994 waren wir dann so weit, dass wir einen gemeinnützigen Verein ins Leben rufen konnten, den „Glückauf gemeinnützigen Nachbarschaftshilfeverein“, der inzwischen über 800 Mitglieder hat und der anfangs das Laufen lernte durch Maßnahmen, die auch von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen unterstützt wurden. Wir kennen diese Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Wir haben natürlich auch auf diese Programme zurückgegriffen und haben damit auch Bedarfe geweckt. Dann sind die Programme später zurückgefahren worden. Wir konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die wir dort beschäftigt hatten, nicht übernehmen und haben dann allerdings schon recht früh angefangen, einen umfangreichen ehrenamtlichen Helferkreis aus der Mieterschaft aufzubauen, der inzwischen 60 Personen umfasst. Lünen-Brambauer hat ungefähr 25 000 Einwohner, wir haben 800 Mitglieder und die 60 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Da vollzieht sich schon nachbarschaftliches Leben. Das bringt dann auch zwischenmenschliche Beziehungen, zwischenmenschliche Kontaktaufnahmen.

Uwe Rada

Können Sie in etwa beziffern, was an diesen Projekten anteilig ehrenamtlich ist, was von Ihnen selbst als Wohnungsbaugesellschaft finanziert wird und in welchem Umfang Sie in etwa auf Programmmittel zurückgreifen? Ich frage das deshalb, weil im Zusammenhang mit Sozialer Stadt immer viel von Kosten die Rede ist, aber sehr wenig davon, dass man damit auch Kosten sparen kann, indem man nämlich soziale Folgekosten mindert.

Klaus Pfitzenreuther

Dazu kann ich wohl etwas sagen, weil wir gegenüber den Gesellschaftern und den Eigentümern Rechenschaft ablegen müssen. Die Aufwendungen, die wir im Rahmen unserer mittelfristigen Finanzplanung abgedeckt haben, belaufen sich auf ungefähr 150 DM je Wohnung. Wir haben 5 000 Verwaltungseinheiten, da können Sie ausrechnen, wie viel wir als Unternehmen aus eigener Tasche dazu tun. Das ist ein erheblicher Betrag. Wir haben das losgelöst von den Zuwendungen der öffentlichen Hand gemacht. Als es die Programme gab, haben wir selbstverständlich auch mit Mitteln des Arbeitsministeriums experimentiert, mit Mitteln des Städtebauministeriums und haben sowohl Erfolge als auch Misserfolge gehabt. Aber da ist jetzt eine gute Basis verblieben. Das finanzieren wir eben mit eigenen finanziellen Mitteln, ohne dass wir bei der Stadt die Hand aufhalten, wobei das sicherlich ab und zu auch wünschenswert wäre.

Uwe Rada

Herr Ragati, ist die Wohnungsbaugesellschaft Glückauf damit eine Ausnahme? Wie viele Wohnungsbaugesellschaften hatten Sie damals denn im Wettbewerb Soziale Stadt 2000 zur Auswahl?

Dr. Manfred Ragati



Das war eine große Zahl von Teilnehmern. Der Wettbewerb ist so angelegt, dass die Wohnungswirtschaft, der Städtetag und eine Stiftung als Auslober dabei sind. Wir hatten über 100 Teilnehmer. Das ist nicht an das Programm Soziale Stadt gebunden, sondern auch Teilnehmer außerhalb des Programms können mitwirken, weil ja auch andere Mittel in solche Aufgaben fließen. Kriterium muss dabei quasi ein Soll-Ist-Vergleich sein. Das wäre idealiter ein Stadtteil oder ein Viertel oder eine Gruppe. Was ist in der Zwischenzeit bewirkt worden? Das kann in verschiedenen Feldern stattfinden. Hat sich das Wohnumfeld verbessert, wurde es vor dem Abrutschen aufgefangen? Sind Einrichtungen der Jugendhilfe, Kinderhilfe entstanden? Gibt es auch für die Erwachsenen Angebote der Beratung, der Betreuung, der Selbstbehauptung? Beispielsweise ein Projekt, wo eine Frau künstlerisch gearbeitet hat, aber eine schwierige Zeit hinter sich brachte, psychisch krank war, um ihr mit einer Ausstellung wieder Mut zu machen, dass sie in der Gesellschaft, in dieser Gruppe vor Ort einen bestimmten Wert hat. Solche verschiedenen Projektarten finden Eingang in den Wettbewerb.

Das ist natürlich auch ein Element der Öffentlichkeitsarbeit, das spornt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an, sowohl die Träger als auch die Mitwirkenden, ehrenamtlich und hauptamtlich, und die, die vor Ort von der Arbeit profitieren sollen. Denn eine Aufgabe der Sozialen Stadt ist ja zunächst Strukturpolitik. Ein Wohlfahrtsverband ist immer bemüht, dass Strukturpolitik auch als individuelle Hilfe vor Ort spürbar wird. Und am erfolgreichsten ist, wenn sich Nachhaltigkeit feststellen lässt. Denn wenn die Wohlfahrtsverbände und die Träger nicht mehr tagtäglich da sind und die Struktur so stark geworden ist, dass sie nur noch über eine Supervision beobachtet werden muss, dann trägt es; wo Defizite sind, trägt es nicht; da müssen wir wieder eingreifen. Der Wettbewerb ist bisher ein hervorragendes Instrument. Er wird alle zwei Jahre ausgelobt, um auch in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit für diese wichtige Aufgabe zu wecken. Eine Stadt ist eigentlich per Existenz ein soziales Gemeinwesen, nur den Leuten ist es manchmal nicht hinreichend bewusst.

Uwe Rada

Müsste man nicht einen Wettbewerb „Asoziale Stadt“ oder worst-practice-Beispiele benennen, weil was wir hier gehört haben, das sind bemerkenswerte Beispiele vor Ort, wo die Akteure sich bemühen, Trends umzukehren, einen sozialen Zusammenhalt zu formulieren. Das ist aber eigentlich im städtischen Alltag, wie wir ihn kennen, nicht die Regel.

Prof. Dr. Klaus Selle



Da kann ich Ihnen nur Recht geben. Wir haben gerade in einem anderen Zusammenhang empfohlen, man müsste mal worst practices diskutieren. Das wird man nicht in einem solchen Rahmen wie hier machen können, dazu braucht es geschützte Räume, denn über Niederlagen zu berichten, verlangt andere Diskussionsformen. Der Hintergrund Ihrer Frage ist ja der, dass das natürlich nicht die Regel ist, sondern dass hier „von außen“ eingerichtet wird. Und für mich bemerkenswert ist – ich hatte das Vergnügen, ab Ende der 80er-Jahre bei der Entstehung der ersten Länderprogramme in Richtung Soziale Stadt mitzuwirken und den Transfer vom Ausland mitzuorganisieren, also England und Holland –, dass bestimmte Forderungen, die wir auch heute Morgen schon gehört haben, wie Integration der Politikfelder, Arbeit vor Ort, Veränderung der Arbeitsweisen, seither immer wieder wiederholt werden. Das verweist ja im Sinne Ihrer Frage auf ein Noch-Nicht.

Die Beispiele, die hier berichtet werden, sind avancierte Praxis. Und in einem breiten Feld von Praxis müht man sich noch sehr, etwa das Zusammenwirken der verschiedenen Ämter vor Ort überhaupt zu organisieren oder eine Verwaltung dazu zu bekommen, dass sie in der Lage ist, mit diesen Netzen vor Ort, angefangen von der Lokalen Ökonomie über das, was im Kulturbereich und im Sportbereich passiert, überhaupt zusammenzuarbeiten. Man delegiert es dann gerne an die Quartiersmanager und lässt die machen, verändert aber nicht die Arbeitsweise in der Verwaltung.

Das Gleiche gilt natürlich auch für Wohnungsunternehmen. Das, was Herr Pfitzenreuther beschreibt, ist sicher eine Ausnahmepraxis. Viele Wohnungsunternehmen betreiben notgedrungen den Ausverkauf ihrer Bestände, statt sich im Sinne einer sozialen Praxis um diese und um deren Bewohnerinnen und Bewohner zu kümmern. Und das Ganze führt dann zu einer ersten notwendigen Folgerung. Wenn das alles seit 13, 14, 15 Jahren als notwendig anerkannt, aber doch nur sehr mühsam umsetzbar ist, dann braucht eine Politik für Soziale Stadt sehr viel längeren Atem, als jenen, der ihr gemeinhin zugestanden wird.

Dr. Manfred Ragati

Zu Herrn Selle: Der Ansatz ist richtig, die Verwaltungen sind nach meiner Einschätzung zu dieser Aufgabe vor Ort in der Ausführung nicht der richtige Partner. Sie müssen im Hintergrund bleiben. Und da gibt es so viele Akteure vor Ort, Wohlfahrtsverbände, Initiativgruppen, die das viel flexibler leisten können, als eine Behörde das macht. Ich sage das aus eigener Erfahrung, weil ich selbst mal Behördenchef war. Wir haben das delegiert, weil es vor Ort viel flexibler gehandhabt wurde, auch das Vertrauen ist in einer Organisation, die von Freiwilligen getragen wird, ein anderes als in einer Behörde. Das muss man dabei auch beachten.

Klaus Pfitzenreuther

Welche Erfahrungen haben wir mit der Verwaltung gemacht? Als wir anfangen, uns insbesondere um den Kinder- und Jugendbereich zu kümmern, da gab es in einem Stadtquartier aufgrund eines hohen Ausländeranteils sehr viele türkische Kinder. Wir haben uns dazu entschieden, speziell für diese Gruppierung Angebote zu entwickeln, und wollten im Grunde genommen einen so genannten – das ist ein älterer Begriff – Kooperationsring Kind für diese Kinder und Jugendlichen auf die Beine stellen. Da ist man uns von Seiten der Stadt äußerst skeptisch gegenübergetreten und hat gesagt, was macht ihr als Wohnungsunternehmer, das ist unsere originäre Aufgabe. Wir haben uns aber dafür entschieden, den Bereich zu realisieren. Und das läuft inzwischen auch ganz gut.

Wir haben z.B. in diesem Stadtteil auch sehr kritische Kinder, die bis vor etwa zwei Jahren noch dezentral bei externen Familien untergebracht waren. Da haben wir mit einer kirchlichen Stiftung ein Haus eingerichtet und betrieben, wo die Kinder wohnortnah stabilisiert werden, morgens abgeholt werden und abends wieder in die Ursprungsfamilie zurückkommen. Das hat z.B. für die Stadt jetzt den Effekt gehabt, dass sie im Jugendhaushalt erheblich geringere Ausgaben hat. Da hat sich von der ursprünglich kritischen Einstellung jetzt eine positive Einstellung entwickelt.

Und dann natürlich zur Rolle der Wohnungsunternehmen: Ich bin hier Vertreter der ehemals gemeinnützigen Wohnungswirtschaft. Ich beanspruche für unseren Zweig in der Bundesrepublik, dass wir im Grunde genommen auch ideal prädestiniert sind, insbesondere, wenn man die alten Traditionen der Wohnungsgemeinnützigkeit verinnerlicht hat, mit dem Klientel der Sozialen Stadt auch etwas auf die Beine zu stellen. Das sieht man inzwischen auch bei vielen Wohnungsgesellschaften und insbesondere Wohnungsgenossenschaften, wo solche Initiativen sich hinwenden, die Mieter sich kümmern, wo das in den letzten fünf Jahren immens zugenommen hat.

Uwe Rada

Frau Hautum, auf „Flexibilität der Verwaltung“ und „Querschnittsaufgabe Soziale Stadt“ kommen wir gleich noch. Eine Frage an Herrn Elsässer: Wir haben hier etwas über die Akteure gehört. Was sind eigentlich die Subjekte von Sozialer Stadt, zumal in einem Gebiet, in dem ich mir vorstellen kann, dass aufgrund der hohen Fluktuation sehr viele wegziehen. Wer hat überhaupt noch Interesse an Sozialer Stadt?

Ralf Elsässer

Auf die Frage komme ich gleich. Ich wollte gerne noch mal anknüpfen an das, was Professor Selle sagte. Die Entwicklung von Stadt, insbesondere die Entwicklung von problematischen Stadträumen ist eigentlich keine Verwaltungs-, sondern eine Managementaufgabe. Nun ist es aber nicht damit getan, dass man ein paar Manager definiert und die neben die Verwaltung setzt, die dann diese Aufgabe lösen sollen, sondern die Verwaltung muss sich eigentlich zu einem Unternehmen umstrukturieren, das diese Entwicklung managen kann. Das, was ich erlebe, ist, dass die zusätzlichen Fördermittel, die über integrierte Programme kommen, einigermaßen integriert im Rahmen der Verwaltung abgearbeitet werden, dass sie aber als „Addits“ behandelt werden. Die kommen

dazu, die nimmt man mit. Für diese Programme werden auch die dafür vorgesehenen Strukturen aufgebaut. Aber das übrige Verwaltungshandeln bleibt davon noch weitgehend unberührt.

Dabei kommt es darauf an, die Prioritäten, die mit den vorhandenen Ressourcen schon gesetzt sind, zu hinterfragen, zu fragen: ist es denn richtig, dass der und der Stadtteil eine Schule bekommt und in dem Stadtteil eine Schule weggenommen wird, dass dort Straßen gebaut werden und dort nicht. Das läuft alles außerhalb dieser speziellen Förderprogramme. Aber das wird, denke ich, in diesem Gesamtzusammenhang zu selten hinterfragt. Wir können es uns nicht leisten, die Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf nur durch zusätzliche Fördermittel gesund zu entwickeln, sondern wir müssen alle Ressourcen dort einbeziehen, das heißt also, dass der gesamte Verwaltungsapparat an einem Strang ziehen muss – und nicht nur in einem Stadtteil und nicht nur mit einem Förderinstrumentarium.

Gertrud Hautum

Das ist ein wundervoller Übergang. Verwaltung ist, glaube ich, verrufener, als sie wirklich ist. Von außen kann ich das sehr gut verstehen, je größer eine Stadt ist, desto undurchsichtiger ist natürlich das Geflecht der Verwaltung und der Möglichkeiten, die die Verwaltung hat. Von innen heraus gesehen hat München hier eine ganz gute Tradition, dass die verschiedenen Verwaltungszweige relativ gut zusammenarbeiten, da konnte man anknüpfen. Aber auch das Programm hat natürlich einiges bewirkt, zumal es auch parallel zur Verwaltungsreform gelaufen ist. Man hat doch deutliche Strukturen entwickeln können, die das innerhalb der Verwaltung vereinfachen.

In München hat man sich dazu entschlossen, die Projektsteuerung kommunal zu lassen. Hier trifft sich eine kleine Kerntruppe aus den vier Kernreferaten regelmäßig, das ist bei uns das Planungsreferat, wobei dort auch die Wohnungsbauförderung und die städtischen Wohnungsgesellschaften angesiedelt sind. Das sind dann noch das Sozialreferat, das Arbeitsreferat und auch das Referat für Umwelt und Gesundheit, nicht zuletzt wegen der speziellen Probleme bei bestimmten Bevölkerungsgruppen. Jederzeit können natürlich externe Experten oder auch staatliche Dienststellen mit dabei sein. Wer eingeladen wird, hängt vom Thema ab. Hier hat sich ein Verfahren eingespielt, wo wir inhaltlich und finanziell ziemlich fix entscheiden können, was geht, was geht nicht, und welche Fördermöglichkeiten können durch die jeweiligen Referate noch mal angezapft und zusammengeführt werden.

Vor Ort draußen muss es dann natürlich ein entsprechend engagiertes Quartiersmanagement und engagierte Gruppen geben, die sich aus den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie den verschiedenen Netzwerken vor Ort bilden. Bei einer großen Stadt, vielleicht ist das in einer kleinen etwas anders, gab es viele gute Initiativen, die voneinander noch nicht alles wissen oder nichts wissen. Wobei in München der glückliche Fall besteht, dass sich zumindest Sozialstrukturen bereits regional sortiert haben. Da gibt es eine Organisation, die nennt sich interessanterweise „Regsam“, was aber nichts anderes heißt als „Regionale Sozialarbeit München“. Da ist das Zusammenspiel vereinfacht. Ich glaube aber, dass die Leute vor Ort auch überfordert wurden mit diesen ganzen Rechts-

regularien, wann wie welche Fördermöglichkeiten zum Einsatz gebracht werden können.

Ich muss auch zugeben, dass das auch innerhalb der Verwaltung noch nicht ganz ohne Schwierigkeiten abläuft. Man würde sich manchmal vereinfachte Formen und auch andere Schnittstellen wünschen. Ich setze aufgrund unserer Erfahrungen auf ein großes Feld der Kooperation. Unsere Gebiete sind natürlich auch sehr groß. Wir kommen überhaupt nicht aus, ohne dass wir sehr stark auf den verschiedensten Ebenen kooperieren. Da gehört die Verwaltung genauso dazu wie die Wohnungsunternehmen. Die ehemaligen gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sind hier schon aufgrund ihres Mieterbestandes besonders aufgerufen mitzuarbeiten. Und da gehört das Engagement der Leute vor Ort dazu. Das hat das Programm Soziale Stadt schon in einer ganz anderen Weise aufgebrochen, als das vorher war. Schwierig würde es allerdings werden, wenn diese finanzielle Unterstützung abrupt abbrechen und das ganze Engagement damit sozusagen an die Wand laufen würde. Ich glaube, da würden sich die Leute draußen so vor den Kopf gestoßen fühlen, dass sofort alles in sich zusammenbrechen würde. Dazu ist das Programm noch zu jung. Wenn das länger läuft, hätte ich eigentlich schon – vielleicht bin ich da zu optimistisch – die Hoffnung, dass sich Selbsthilfestrukturen ergeben, die dauerhaft für sich selbst bestehen bleiben, weil die Leute merken, dass sie zu einer ganz anderen Realität in ihrem Wohnumfeld und in ihren persönlichen Bezügen kommen, wenn man in solchen Flechtwerken zusammen ist, miteinander redet, das Verständnis füreinander gewinnt und vielleicht sogar mit einem eigenen Budget tatsächlich einiges vor Ort umsetzen kann.

Uwe Rada

Herr Idik, Stichwort „ressortübergreifende Zusammenarbeit“. Es ist ja nicht nur in München beklagt worden, dass die eine Hand im Grunde nicht weiß, was die andere tut. Wenn Sie jetzt ein Projekt vor Ort in Duisburg haben und zum Wirtschaftsdezernenten in der Stadt gehen, sagt der Ihnen, nein, da müssen Sie zum Sozialdezernenten, damit hab ich nichts zu tun?

Ercan Idik

Ich glaube, die Arbeitsaufteilung ist da teilweise auch integriert, die haben ganz viele Ressorts. Da sind unsere Ansprechpartner schon bekannt. Ich muss gestehen, ich weiß nicht, ob das ein Duisburger Spezifikum ist, aber unsere Kooperationen mit den Kollegen aus der Verwaltung sind bislang hervorragend, da kann ich nicht klagen. Meiner Ansicht nach muss man in der Regel auch die Abhängigkeiten von der Politik sehen, sei es kommunal oder sei es lokal oder vor Ort. Deswegen ist es unser Ansatz, die Menschen, seien es Geschäftsleute, seien es Eigentümer, seien es ganz „normale Bewohner“, in den Vordergrund zu stellen und anhand von konkreten Projekten eine solche Dynamik zu entfalten, dass weder Verwaltung noch Politik umhin können, ein solches gutes Projekt zu unterstützen. Das ist aus unserer Sicht die richtige Vorgehensweise.

Wir haben ein Stadtteilmanagement in jedem Stadtteil, den wir betreuen. Wir arbeiten in vier Stadtteilen. Wir haben inzwischen sehr viel Erfahrung auch über die bestehenden

Strukturen in den Stadtteilen und können relativ leicht Kooperationen initiieren – in der Regel projektbezogen. Und da, denke ich, liegt auch so ein bisschen das Geheimnis des Ganzen.

Uwe Rada

Das sind jetzt alles Stichworte zum Thema Programmrealität, Verwaltungsrealität. Wie sieht das denn vor Ort mit der sozialen Realität aus, Herr Menze? Sie haben gesagt, Jugendarbeit ist sehr wichtig, vor allem in einem Problemgebiet wie Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord. Glauben Sie denn, dass Sie mit Ihrer Arbeit – ich setze voraus, dass die sozialen Projekte, die eingereicht werden, auch finanziert werden – erfolgreich sind und dass die Kommune sich mit allen, nicht nur finanziellen, Mitteln, die sie zur Verfügung hat, darum kümmert, bestimmte Trends umzukehren, oder sind Sie doch manchmal im Grunde nur der Ausputzer?

Bodo Menze

Ich glaube schon, dass wir etwas bewirken können, wenn ich z.B. an die Situation in Schalke-Nord denke, Stichwort Glückauf-Konzern, also die alte Heimstätte und Keimzelle des FC Schalke 04. Sie steht unter Denkmalschutz und dient uns heute noch als Spielstätte für die Nachwuchsförderung. Wir teilen sie mit dem Club Teutonia Schalke im Stadtteil Schalke. Die Perspektive wird sein, dass wir über kurz oder lang gänzlich ins Gebiet Werderfeld umziehen werden, dort, wo die Arena steht, dass wir alles dort zentrieren werden. Und die Glückauf-Kampfbahn bleibt hoffentlich als Keimzelle auch des Clubs erhalten. Ich hänge persönlich sehr daran, weil ich dort aufgewachsen bin, weil ich aus dem Küchenfenster praktisch tagtäglich die Glückauf-Kampfbahn gesehen habe. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass die Stätte dort bleibt und dass der Club Teutonia Schalke als ein Beispiel in Gelsenkirchen eine ganz wesentliche Funktion erfüllt, nämlich dass er Jungens von der Straße holt. Wenn wir diese Stadtteilclubs aufgeben und denen die Heimstätte nehmen, das wäre das Schlimmste, was uns und unserem Nachwuchs passieren könnte.

Die Arbeit, die dort verrichtet wird, ist eigentlich Sozialarbeit. Die Jugendtrainer in diesem Club verrichten tatsächlich tagtäglich Sozialarbeit. Sie sind ehrenamtlich tätig, sie werden, wenn überhaupt, mit ein paar Mark bezahlt, aber dieser Club kann nicht zahlen. Da übernehmen Väter die Trainerfunktion. Ob das für die Hohe Schule der Nachwuchsleistungsförderung auf hohem Niveau in Ordnung ist, ist eine andere Frage. Für mich zählt der soziale Aspekt, dass die Kinder betreut und nicht sich selbst überlassen werden, dass man den Kindern Gelegenheit gibt, in Mannschaften Fußball zu spielen. Ich denke, dass es ganz wichtig und gut für die gesamte Sozialisation eines Jungen ist, wenn er in so einer Mannschaft aufwächst. Wenn es die Vereine wie Teutonia Schalke, Westfalia Schalke oder Sportfreunde Haverkamp oder wie diese Clubs alle heißen nicht gäbe, dann hätten wir sehr viel mehr soziale Probleme; davon bin ich überzeugt.

Uwe Rada

Das hört sich alles sehr rosig an, als sei es so, dass man jeder Stadt einen Fußballverein wie Schalke 04 wünschen müsste.

Bodo Menze

Nein, ich spreche ja von den kleinen Clubs, mit denen wir uns arrangieren, wo wir uns, so gut wir können, auch unter die Arme greifen. Ich spreche von den wirklich kleinen Stadtteilclubs, die auf unterster Kreisklassenebene Fußball spielen und sich organisieren. Diese Vereine sind in meinen Augen extrem wichtig für unsere Stadt vor dem Hintergrund, dass hier wichtige sozialpädagogische Arbeit geleistet wird. Wenn diese Vereine nicht existierten, wären die Probleme noch viel größer.

Uwe Rada

Dem würde ich erst einmal grundsätzlich zustimmen. Wir haben nur ein Problem, wir haben ein vom Ansatz integratives Förderprogramm, das aber überwiegend ein Städtebauförderprogramm ist. Wir haben aber gar nicht in erster Linie Städtebauprobleme in den Gebieten der Sozialen Stadt. Die haben wir natürlich auch, aber die haben wir in der ganzen Stadt. Das ist nicht das Spezifische an diesen Gebieten, dass wir städtebauliche Probleme haben. Wir brauchen natürlich Städtebauförderinstrumente. Aber die braucht man an anderer Stelle auch. Was wir hier insbesondere brauchen, sind flexible Mittel, um gerade soziale Projekte zu unterstützen. Und das lässt das Programm, so wie es jetzt gestrickt ist, kaum zu.

Bodo Menze

Ich möchte noch eine kleine Erfahrung, die ich in den letzten Monaten gemacht habe, anbringen. Ganz wichtig erscheint mir nach dieser Beobachtung, dass wir Flächen anbieten, dass wir Bolzplätze anbieten, dass wir Möglichkeiten schaffen, dass die Kinder auch sich selbst organisieren, dass sie spielen können. Wir haben einen wunderbaren Kunstrasenplatz bei uns im Stadion für unsere Trainingszwecke geschaffen. Da wir uns aber als volksnaher Club nicht abschotten, keine Zäune um unser Gelände herum bauen, ist immer alles offen und transparent. Das fängt beim Profitraining an, was jeder gucken kann, das geht weiter bis ganz unten zu den Minikickern. Jeder kann die Trainings beobachten und zusehen, wenn die Kinder dort trainieren. Dies hat jetzt zu dem Effekt geführt, dass neben unseren Trainingszeiten dieser Kunstrasenplatz, weil der einfach so super ist und sich die Kids da so super drauf fühlen, ständig besetzt ist durch Kinder aus Erle, aus Sotum, aus Bergerfeld, aus Buhr, die dorthin kommen und sich frei organisieren. Anfangs gab es Stimmen bei uns im Club, dies müsse verboten werden, weil der Platz belastet wird und nicht mehr in dem Maße für unsere Trainingszwecke zur Verfügung steht. Da muss ich ehrlich sagen, schlagen zwei Herzen in meiner Brust, und eins davon schlägt so stark, dass ich nie irgendwelchen Kindern das Fußballspielen verbieten würde. Mein Anliegen ist es, dass wir die Fußballtalentförderung betreiben und nicht die „Talentförderungs-Verhinderungsstation“ sind.

Dr. Manfred Ragati

Sie haben gefragt, ob das Programm Soziale Stadt hinreichend ist. Ich glaube, es wäre zu eindimensional, wenn man sich jetzt nur auf das Programm Soziale Stadt fokussieren würde. Die Qualität eines Stadtviertels hängt auch von der Einkommenssituation ab, ob Leute da sind, die Geld verdienen, oder ob Leute da sind, die vorwiegend arbeitslos sind, alleinerziehend oder Niedriglöhne beziehen. Es gibt im Bankenbereich das Rating 3A. Und in unserem Bereich Soziales bedeutet 3A Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung, Armut. Diese Aspekte darf man bei der Gestaltung Soziale Stadt nicht außen vor lassen, im Gegenteil, sie müssen einbezogen werden. Und das ist ein A, dem dann irgendwann ein O folgt, das eine Stadt, einen Stadtteil auch auf Dauer trägt. Der Bundeskanzler hat heute früh nur einen Aspekt angesprochen, die Betreuungseinrichtungen. Er hat zumindest erkannt, dass es keinen Sinn hat, Kindergeld peu à peu immer weiter anzuheben, unabhängig davon, ob ein Bedürfnis da ist oder nicht, weil es Leute gibt, die eigentlich gar nicht darauf angewiesen sind und das Geld anlegen. Wenn die Kinder dann 18 sind, kriegen sie gleich ein Kapitalkonto von 120 000 Mark mit in die Ausbildung, während Alleinerziehende schon am 20. des Monats die Pfennige oder jetzt die Cents zählen müssen. Insofern gehört auch eine aktive Armutsbekämpfungspolitik in diesen Bereich hinein. Es müssen der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung verknüpft werden, in denen Feststellungen und Ansätze, wie man Armut bekämpfen kann, hinreichend enthalten sind. Da reicht es nicht aus, das Rheinland-Pfälzer-Modell auf Bundesebene zu übertragen. Man muss programmatisch weitergehen und auch über mehrere Jahre hinweg versuchen, den Niedriglohnsektor zu subventionieren, dass gerade in problematischen Bereichen auch wieder eigenes Einkommen verfügbar ist, was für das Selbstbewusstsein der Menschen von unbeschreiblicher Bedeutung ist. Sonst entstehen Stadtteile entstehen, in denen 40 oder 50 Prozent arbeitslos sind, weil sie Alleinerzieher und/oder Sozialhilfeempfänger sind. Das führt dazu – wie ich gelesen habe über eine ostwestfälische Stadt – dass ein Bürgermeister sagt: „Wir müssen eine Politik machen, in der weniger Sozialhilfeempfänger in unsere Stadt hereinkommen, besser, wenn mehr hinausgehen. Wir wollen keine Stadt der Sozialhilfeempfänger sein.“

Genau das wird so ein worst-practice-Fall für Soziale Stadt. Ich will damit ein Plädoyer ablegen, dass soziale Stadt mehr bedeutet als nur dieses Programm. Da muss die Bundesregierung ihre Hausaufgaben möglichst schnell machen, auch in der Arbeitsmarktpolitik, weil gerade diese Fälle – sie kennen dies aus Ihren Gebieten auch in Lünen und Schalke – dazu führen, dass die Strukturen der Jugendbetreuung usw. im Laufe der Zeit kaputt gehen. Mein Plädoyer: Auch die Arbeitsmarkt- und Einkommenspolitik sind wichtige Elemente zur Gestaltung der sozialen Stadt in Deutschland.

Uwe Rada

Herr Ragati hat eben gesagt, soziale Stadt ist mehr als das Programm Soziale Stadt. Kann man eigentlich auch sagen, so wie es manche Kritiker tun, dass sich hinter dem Programm Soziale Stadt der Staat oder die soziale Stadtentwicklung ein bisschen aus der Verantwortung stiehlt? Ich spreche das Thema „Mietenentwicklung“ an. Soziale Stadt hat mit bezahlbarem Wohnraum zu tun, das hat der Bundesbauminister heute Morgen gesagt. Es gibt aber auch Beispiele, wie Berlin, wo die soziale Stadterneuerung, wo das

Programm „Bauliche Selbsthilfe“, wo selbst die Mietobergrenzen zur Disposition gestellt werden mit dem Hinweis: „Wir haben ja das Quartiersmanagement.“

Prof. Dr. Klaus Selle

Gestatten Sie, dass ich Ihre Frage aufgreife, indem ich noch mal einen Rückbezug zu zwei Dingen voranstelle. Da war Ihre Ausgangsfrage nach den Subjekten der sozialen Stadt. Und wir haben gehört, es gibt vor Ort und mit dem Stadtteil befasst sehr viele. Sie haben schon direkt darauf hingewiesen: die wissen oft nichts voneinander. Die wissen nicht, dass es da beim Sportverein jemand gibt, der sich verantwortlich für die Jugend im Stadtteil fühlt. Und die wissen nicht, dass der Schulleiter nebenan im Rahmen eines Bund-Länder-Modellversuches gerade autonome Schule probt und den Stadtteil hereinholt. Die wissen nichts voneinander, und es gibt keinen, der systematisch Verbindungen herstellt.

Dann haben Sie völlig zu Recht gesagt: das Programm ist seinem Ursprung nach ein Bauprogramm, das kommt aus der Städtebauförderung. Insofern ist es ein strukturelles Problem, was vertikal durch alle Landesministerien bis auf die kommunale Ebene hinuntergeht. Mir tun immer die Kollegen in den Ministerien leid, weil sie Pirouetten drehen müssen, um zu begründen, wieso auf einmal Arbeitsmarktpolitik auch städtebaulich ist. Und die anderen Politiken daneben, Sie haben völlig Recht, die sind sehr wichtig, Arbeitsmarktpolitik, Schulpolitik, Kulturpolitik, die verlaufen autonom weiter. Es ist hier im deutschen Modell denen vor Ort überlassen, das irgendwie zusammenzukriegen – oft mit hohem Verschleiß. In der vorherigen Podiumsrunde wurde von Reibungsverlusten gesprochen. Da stecken erhebliche Reibungsverluste. Und wir haben dann immer in unsere Gutachten reingeschrieben, weil sie positiv sein mussten: hier steckt ein erhebliches Potenzial, das man im Reduzieren dieser Verluste noch wecken muss.

Damit komme ich auf Ihre zweite Frage zurück. Es ist schon fast eine Überforderung, wenn man sagt: ihr müsst das erst mal alles zusammenkriegen und dann bitte auch noch die Stadt als Ganzes sehen. An die einzelnen Akteure gerichtet, finde ich das eine Überforderung. Aber an den programmatischen Anspruch „Soziale Stadt“ gerichtet, finde ich es essentiell, dass man sagt, das ist nicht nur Befriedigungspolitik für einige schon seit langem in der Verarztung begriffene Stadtteile, und der Rest macht weiter seine Veredelungspolitik. Wir sind gerade mit dem Thema „Öffentliche Räume“ beschäftigt, und wir stellen fest, da gibt es eine erhebliche Spaltung in der Stadtpolitik: Veredelung innen, Vernachlässigung draußen. Man könnte fast sagen, Soziale Stadt ernst genommen heißt, man muss eine Sozialverträglichkeitsprüfung quer durch die Stadtpolitik machen. Und dann wird etwa der Verkauf eines Wohnungsunternehmens dick mit Minusstrichen versehen. Solange das nicht passiert, besteht in der Tat die Gefahr, dass man sagt, na ja, die werden irgendwie behandelt, wir haben da unsere Notfalleinheiten, und der Rest macht sein Geschäft.

Gertrud Hautum

Ich möchte dies unterstreichen, Herr Professor Selle, Soziale Stadt als Programmansatz kann eigentlich nur bedeuten, in besonderen Gebieten besonders tätig zu werden, um

ein Gleichgewicht im Stadtganzen so weit wie möglich herzustellen. Ich sehe es nicht als Nachteil, dass dieses Programm bei der Städtebauförderung angesiedelt ist, und möchte – als Stadtplanerin sei mir das verziehen – darauf zu sprechen kommen, dass die gebaute Umwelt, der gepflanzte Baum, der gepflegte Spielplatz, der angelegte Spielplatz, der Kindergarten, die Kinderkrippe ja alles Baumaßnahmen sind. Das ist nicht eine Selbstverherrlichung des Bauens, sondern jedes Bauen ist Ausdruck eines bestimmten Bedürfnisses, das gedeckt werden soll. Und nun hat es noch dazu den Vorteil, dass bei dieser Form der Nutzerbeteiligung sich sehr schöne Beteiligungsprojekte entwickeln lassen, bei denen sich auch die Menschen wieder näherkommen, bei denen die Menschen ihrem Wohnumfeld näherkommen und bei dem sie sehen, wie sie selbst ihr Umfeld verbessern können. Die gebaute Umwelt hat einfach etwas Sinnlich-Greifbares. Deswegen finde ich die Überlagerung in dem Programm sehr schön, dass man sowohl für investive wie für nicht-investive Maßnahmen Geld ausgeben kann.

Das, was wir uns nur oft wünschen würden, wäre, warum nicht insgesamt die Städtebauförderung auf diese neue Form umgeschaltet wird und da noch ein Hauptprogramm läuft, was eigentlich viel besser auch in Form der Sozialen Stadt weiterlaufen könnte. Das kommt natürlich nicht von heute auf morgen, aber vielleicht ist das ein Ausblick in die Zukunft, dass dann die verschiedenen Programme auf Bundes- und Landesebene, die im arbeitsmarktpolitischen, sozialpolitischen Bereich oder im kulturellen Bereich in Gang gesetzt sind, dass sich das besser an die Programmmittel der Sozialen Stadt andocken lässt. Da sind tatsächlich manchmal noch irrsinnige Bauchaufschwünge nötig, großes Stirnrunzeln, wie bringt man etwa zu Wege, einen Zuschuss mit einem Darlehen und einer zeitweisen personellen Unterstützung zusammenzufügen. Das sind Schwierigkeiten, die nicht sein müssten, das könnte man ausräumen, und dann wäre es ein Muster für Stadtplanung überhaupt. Stadtplanung verstehe ich tatsächlich als ein Gemeinschaftswerk einer Sozietät, und die heißt eben Stadt.

Uwe Rada

Aber, Frau Hautum, wäre nicht eine aktive Mietpreispolitik auch und gerade in München soziale Stadtpolitik? Sie ahnen, worauf ich hinaus möchte. Im Grunde ist es in den Siedlungen des sozialen Wohnungsbaus so, dass, wenn jemand auszieht, jemand mit einem Schein vom Wohnungsamt reinkommt. Das ist dann aber im Grunde nur noch Feuerwehrpolitik, wenn man hinterher dann Quartiersmanager in dieses Gebiet schickt, die die Konflikte moderieren sollen.

Gertrud Hautum

Die Situation in München ist in der Tat die, dass wir uns natürlich in erster Linie um angemessenen Wohnraum für Menschen kümmern müssen. Die Wohnung ist genauso wie die Arbeit die Grundvoraussetzung, um als freier Bürger oder freie Bürgerin in einer Stadt agieren zu können. Nun hat die Stadt natürlich Möglichkeiten zu steuern. Aber die Stadt kann natürlich nicht mit ihren beschränkten Mitteln die wohnungswirtschaftliche Struktur insgesamt beeinflussen. Jahrelang war für die Stadt München ohnedies jede Art von Sozialwohnung sehr teuer und ist es auch heute noch, weil wir von vornherein den Grund und Boden verbilligen müssen, um überhaupt ein Förderprogramm absetzen zu

können. Wir haben natürlich eine Vielzahl von Menschen, die genau in diese Förderprogramme reinpassen und untergebracht werden müssen.

In München besteht das besondere Problem darin, dass wir traditionell und jetzt noch aufgrund der Bindungsausläufe unglaublich wenige Sozialwohnungen haben. Jede neu-gebaute Sozialwohnung ist ungleich teurer als eine Bestandswohnung, und die brechen ständig weg, sodass wir in einem Hürdenlauf ständig hinter dem Bedarf her sind. Nur so entsteht auch das besondere Problem, das heute früh Oberbürgermeister Ude angesprochen hat, dass wir sogar in solchen Gebieten zum Teil wieder dringlich Vorgemerkte vom Amt für Wohnungswirtschaft einweisen müssen. Allerdings hat sich der Stadtrat jetzt im Zuge dieses gesamten großen Wohnungsprogramms, „Wohnen in München 3“, auch dazu durchgerungen, trotz dieser Probleme in den sozialen Stadtgebieten – wie auch übrigens in anderen Sanierungsgebieten – zu einem ganz anderen Verteilungsschlüssel zu kommen. Wir kommen da nicht umhin, wohl wissend, dass wir dann beim Amt für Wohnungswesen natürlich noch mehr Wartende haben. Das ist also eine Gratwanderung; es gibt in der Situation keine Ideallösung.

Uwe Rada

Die Frage der Mieten ist ja auch eine Frage an die Wohnungswirtschaft. Herr Pfitzenreuther, wie ist es bei Ihnen in Lünen-Brambauer? Gibt es auch Leute, die sich – nehmen wir mal an, viele Ihrer sozialen Aktivitäten wirken sich auch auf die Miete aus – das dann nicht mehr leisten können und wegziehen? Im Grunde wird das Problem nur verschoben.

Klaus Pfitzenreuther

Das Problem haben wir nicht. Die Angebote, die im Bereich der Sozialaktivität, Nachbarschaft, Kommunikation laufen, sind für die Nutzer kostenfrei. Sie müssen keine Pauschalen zahlen, es geht nur um Verursachungsrecht. Wenn die an bestimmten Veranstaltungen teilnehmen, z.B. Schlachtfest, Weihnachtsfest oder Kinderfeste, die wir mit türkischen Familien zusammen machen, da wird immer eine Kostenumlage erhoben. Es gibt also keine Pauschalen, es ist immer verursachungsgerecht. Wir haben über den Nachbarschaftshilfeverein einen Monatsbeitrag von 1,5 Euro, und da gab es schon Leute, denen das nicht passte, eine Pauschale zu zahlen. Wenn man die Dinge in Empfang nehmen möchte, ist man auch bereit zu zahlen, aber nicht pauschal. Und die Mieten sind – das muss man hier jetzt sagen – bei uns in der Region relativ niedrig. Unsere Durchschnittsmiete, selbst für modernisierte, gut ausgestattete Wohnungen, liegt unter acht Mark. Das ist schon sehr attraktiv für die Leute.

Ich bin ein Verfechter von sozialer Stadt in Nachbarschaften, Kommunikation, Runden Tischen, wo diese zwischenmenschlichen Beziehungen laufen. Ich finde, das muss man in den Mittelpunkt stellen. Dies gilt dann auch für andere Wohnquartiere, wo sehr gut verdienende Leute wohnen. Wir haben jetzt seit zwei Jahren im Duisburger Innenhafen eine phantastische große Wohnanlage, wo es Eigentumswohnungen plus Mietwohnungen in einem sehr hohen Segment gibt. Da ist im Rahmen der Niederlassung aufgespürt worden, dass auch diese Menschen Wert auf nachbarschaftliche Kontakte legen. Da

sind wir als Wohnungsgesellschaft hingegangen und organisieren auch für diese Bereiche Internetcafés, wo Kinder und Jugendliche zusammenkommen. Wir organisieren auch gemeinsame Theaterbesuche. Da merkt man den Bedarf nach Kommunikation, man ist nicht ein Autist und lebt für sich alleine, sondern da ist auch Kommunikation erforderlich.

Uwe Rada

Sie sprechen ein Thema an – wir haben oft über die Akteure gesprochen –, wo viele auch eine Gefahr sehen, dass sich da eine neue Schicht herausbildet und Soziale Stadt dann so eine Art Beschäftigungsprogramm für Leute ist, die immer schon mit Stadterneuerung zu tun hatten. Es gibt neben der Akteursebene noch die Bewohnerebene. Und da bestehe ich ein bisschen auf meiner Frage: wer hat daran Interesse? Herr Ragati, Sie haben ja über die AWO einen Überblick über die Situation in der gesamten Bundesrepublik. Ist denn diese Nachfrage nach nachbarschaftlichem Kontakt, nach solchen Netzwerken, wie Herr Pfitzenreuther sie genannt hat, nur in solchen Regionen und Städten vorhanden, wo es mindestens eine gewisse stabile Entwicklung über die Jahre im Quartier gegeben hat? Wäre so etwas im Leipziger Osten möglich, in einem Gebiet, wo tatsächlich nur noch 40 Prozent der ehemaligen Bevölkerung leben, wo sich die Bevölkerung pro Jahr teilweise bis zu einem Drittel austauscht? Stellt sich da die Frage nach der sozialen Trägerschaft, nach den sozialen Subjekten nicht völlig anders?

Dr. Manfred Ragati

Heute ist schon einmal gesagt worden, dass Soziale Stadt ein Projekt ist, das nicht unter kurzfristigen Aspekten zu sehen ist, sondern als eine Entwicklung, die man sicher über zehn Jahre beobachten muss. Und was Herr Selle sagte, das ist ein wichtiger Aspekt: die Sozialverträglichkeit in einer Stadt, damit man davon abkommt, nur auf die jeweiligen Quartiere zu sehen und die übrige Stadt in Wohlgefälligkeit mit sich in Frieden zu lassen.

Dazu ein Beispiel. Wir haben ein Projekt in einem Stadtteil vor der Stadt – es ist wie im Neuen Testament: die Siechen liegen draußen vor der Stadt. Als das begonnen war, hat sich eine einzige Ratsfrau dort sehen lassen. Das ist bis jetzt nach zwei Jahren ein Erfolg und hat sich herumgesprochen. Am Sonntag war ein „Tag der offenen Tür“, und der Stadtteil vor der Stadt wimmelte nur so von Menschen aus der Stadt. Es hat sich herumgesprochen, dieser Stadtteil gehört eigentlich zu uns, da müssen wir mal hingehen. Jetzt wird die spannende Frage sein, ob eine neue Sozialverträglichkeit in einer Stadt entsteht und ob aus dieser Sozialverträglichkeit und einem zivilgesellschaftlichen Engagement heraus eine neue Nachbarschaft entstehen kann mit diesem „Draußen vor der Stadt“.

Das wird eine spannende Frage für uns in den nächsten zwei Jahren: Sind die Leute, die am Sonntag da waren, auch belastbar genug, dass man sie anspricht: „Ihr könntet eigentlich auch mal einige Stunden oder einen halben Tag am Sonntag, Montag oder Dienstag hier mitwirken, um Kindern oder Erwachsenen beizustehen bei irgendwelchen Aufgaben, die sie nicht selbst erledigen können, die Betreuung wahrzunehmen über die üblichen Öffnungszeiten hinaus.“ Dies ist ja auch ein Thema, dass die Kindertagesstät-

ten um halb fünf oder fünf schließen und für die Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter, die am Abend bis 20 Uhr arbeiten, ist dann „Betreuung Null“ ab einer bestimmten Zeit. Hier braucht es auch das zivilgesellschaftliche Engagement, von dem auch mal der Bundeskanzler gemeinsam mit einem anderen europäischen Staatsmann gesprochen hat, aber das wieder in die Versenkung verschwunden ist. Lässt sich dieses zivile Engagement von Ehrenamtlichen oder Freiwilligen in solche Projekte mit einführen? Solche Projekte laufen durch professionelle Träger wie AWO, Diakonie, Caritas, aber das freiwillige Element wird noch zu wenig in solche Projekte eingebracht.

Uwe Rada

Herr Elsässer, Herr Ragati spricht von Entstehung von Nachbarschaften. Wie sieht das eigentlich aus, wenn Nachbarschaften sich auflösen? Da wird dann ja so eine Art Teufelskreis nach unten in Gang gesetzt. Die Leute ziehen weg. In Leipzig wird im Zusammenhang mit dem Programm Soziale Stadt über Abriss auch von Gründerzeitgebäuden nachgedacht. Das Image eines Quartiers nimmt Schaden. Es ist sehr schwer, negative Images wieder umzukehren. Was tun Sie da in Leipzig? Die Imageverbesserung des Stadtteils ist ein Ziel im Programm Soziale Stadt.

Ralf Elsässer

Wir hatten einen Wettbewerb zur Entwicklung eines Logos für diesen Gesamtraum durchgeführt, haben ihn mit ganz geringen Preisgeldern ausgeschrieben. Das waren insgesamt 3 000 Mark für ein Logo und dann noch einmal 1 000 Mark für einen Slogan. Wir hatten an die hundert Einsendungen von vielen Privatpersonen bis hin zu Agenturen und haben dann in einem mehrstufigen Auswahlverfahren ein Logo für den Stadtteil entwickelt und einen Slogan gefunden: „Im Osten geht die Sonne auf“, der übrigens von 13 Personen unabhängig voneinander vorgeschlagen wurde. Also er drängt sich auf. Wir versuchen, weiter Leitbilder zu entwickeln, um ein Signal zu setzen. Die Frage war ja auch vorhin: was erwarten die Leute eigentlich von der sozialen Stadt, wird sie gebraucht? Ich glaube, die Leute interessiert nicht, wie das Instrument heißt, mit dem man da umgeht. Sie erwarten klare und in sich konsistente Signale.

Es ist wichtig, dass die Verwaltung ihren Teil dazu beiträgt, und dass sie die Vor-Ort-Akteure auffordert, selbst etwas dazu beizutragen. Es ist allerdings ein Problem, wenn wiederum andere Verwaltungsteile, die in solche Programme mit ihren Arbeitsinstrumenten nicht integriert sind, nicht am gleichen Strang ziehen. Wenn man also einerseits mit Fördermitteln einen Parkplatz baut und andererseits im Rahmen der Schulplanung beschließt, das letzte Gymnasium im Umfeld des Programmgebietes zu schließen, dann fragen sich die Leute vor Ort natürlich: in welche Richtung geht es denn jetzt hier? Das erfordert ein einheitliches Management und das Infragestellen von Prioritäten, das heißt ein Umkehren von einer nachfrageorientierten Planung hin zu einer Angebotsplanung. Wenn ich eine Schulnetzplanung danach ausrichte, wo die meisten Kinder gerade hinziehen, dann verstärke ich genau die Wanderungsbewegungen, die zu problematischen Gebieten führen. Also müsste ich gerade umgekehrt Prioritäten setzen. Jugendhilfeplanung in Leipzig versucht das und setzt genau entgegengesetzte Schwerpunkte. Interessanterweise sind es zwei Fachbereiche in dem gleichen Dezernat, die quasi entgegen

gesetzte „Philosophien“ in ihrer Planung haben. Aber das Wichtige ist für den Bürger, dass ein stringentes Signal gesetzt wird, und dann müssen alle an einem Strang ziehen.

Ercan Idik

Ich denke, dass die Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf auch im gesamtstädtischen Kontext eine gewisse Funktion erfüllen. Der Rest der Stadt kann sehr viel darauf abladen. Das ist sicher stadtsoziologisch nicht uninteressant, auch im Zusammenhang mit der Frage nach dem Image eines Stadtteiles. Wir haben im Jahre 1999 im Zusammenhang mit dem Abschluss der Internationalen Bauausstellung mit sehr hohem Aufwand und mit einem etwa 80-prozentigen Anteil der Entwicklungsgesellschaft Duisburg ein großes zweitägiges Stadtteil-Festival durchgeführt. Da waren die Planungen so, dass dann der Anteil der Entwicklungsgesellschaft zurückgefahren werden muss. Letzten Endes haben wir dies auch geschafft, weil die Frage des Images die Leute vor Ort unheimlich bewegt, dass der Anteil für dieses Jahr gerade noch etwa 20 Prozent beträgt, was die gesamten Vorbereitungen anbelangt. Und an Qualität ist das gar nicht so unterschiedlich zu dem, was wir 1999 gemacht haben.

Den Schlüssel machen die Vereine des Stadtteiles aus. Ich schätze mal, dass bereits in der Vorbereitungsphase so an die 20, 30 Vereine zusammenkommen, einen Teil machen die türkischen Geschäftsleute gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe „Stadtteilmarketing“, die dann einen zentralen Platz organisieren, und einen Teil macht die Initiative Ideenwerkstadt Kaiser-Wilhelm-Straße, die ihre Straße in einem wesentlich besseren Image darstellen möchte, als es bislang ist, weil dieses Unbehagen bei den Menschen auch zu spüren ist. Deswegen besteht auch in der Regel der Wille, aktiv zu werden. Aber in der Tat sind die Voraussetzungen dafür da, dass gemanagt wird, dass Kommunikation und idealer Weise anschließend auch Kooperation stattfindet – dann klappt es auch.

Uwe Rada

Aber diese Image-Kampagnen, diese Feste richten sich an die Bewohnerschaft vor Ort? Die haben nicht das Signal, nach außen zu gehen und zu sagen, wir brauchen neue Bewohner, wir brauchen Mittelschichten, die wieder in diese Stadtteile ziehen?

Ercan Idik

Doch, beides. Vor allem in dem Projekt Kaiser-Wilhelm-Straße geht es darum, die vorhandene Mittelschicht – auch Migranten – dort zu halten, auch unter Berücksichtigung dessen, dass sich eine neue Mittelschicht etabliert. Das ist nicht so einfach. Die Migranten wissen sehr wohl, dass sie das erarbeiten müssen, sind auch entsprechend motiviert und in der Lage. Das geht in der Regel durch die Entwicklung von Selbständigkeit, indem man dieses Potenzial des Stadtteiles dazu befähigt. Das erklärte Ziel der Kaiser-Wilhelm-Straße ist es, die bestehenden Mittelschichtangehörigen und das Bildungsbürgertum zu halten und ganz gezielt zu ergänzen, neue Bewohner hinzu zu bekommen – dies anhand einer Profilierung der Straße –, wohl wissend, dass diese Straße Ausstrahlungseffekt auf den gesamten Stadtteil haben wird.

Wir haben für diese Straße ein eigenes Leitbild unabhängig davon, dass es bereits 1997 ein Leitbild für den gesamten Stadtteil gab. Dort steht die Internationalität im Vordergrund – allerdings nicht die Internationalität, von der Frau Roth heute Morgen gesprochen hat, sondern die belastbare oder belastete Art von Internationalität im täglichen Umgang, und darauf kommt es letztlich an. Das Leitbild lautet „Internationale Wilhelmstraße“. Das Profil soll so sein, dass die internationale Qualität den Ausschlag dafür gibt, dass sich der Standort, die Straße, als solcher profilieren kann. Es geht darum, dass dann auch Nachfrage von außerhalb dorthin kommt. Die Voraussetzungen dafür sind ideal. Aber das geht nur anhand konkreter Projekte, dass beispielsweise eine Kunst- und Kulturmeile errichtet wird oder dass Gastronomie angesiedelt wird.

Uwe Rada

Das wirft direkt auch die Frage nach dem Adressaten dieser Politik auf. Herr Selle, es ist schon ein Unterschied, ob man Leute von außerhalb anspricht: Schaut auf dieses Gebiet, da tut sich was, da sind die Schulen auch wieder in Ordnung, Ihr könnt da gerne wieder hinziehen, dieses Gebiet ist besser geworden, sein Image ist besser geworden, oder ob man sagt, wir holen die Leute, so wie man das früher auch immer gesagt hat, dort ab, wo sie sind. Glauben Sie, dass sich diese beiden Politiken nicht manchmal auch ausschließen können?

Prof. Dr. Klaus Selle

Zunächst einmal müssen wir davon ausgehen, dass die Gebiete, von denen wir reden, nicht diese Gebiete sind. Ich meine, Herr Tiefensee hat das heute Morgen gesagt: „Man muss mit der Lupe hingucken.“ Wir haben es mit ganz verschiedenen Gebietskulissen zu tun. Es gibt z.B. Gebiete mit einer hoch immobilen Gruppe, ein ganzer Sockel sozusagen an langfristig dort wohnenden Menschen, und darüber eine Schicht, die sich sehr schnell austauscht. Da gilt dann die Strategie, die wir gerade für die Kaiser-Wilhelm-Straße gehört haben, wo man versucht, vorhandene stabile Gruppen zu halten. Die Gruppen außerhalb dieser Quartiere sollte man nicht versuchen, in die Stadtteile hineinzuwerben. Das ist auch gar nicht Erfolg versprechend angesichts der Gesamtbevölkerungszahlen der Städte, die vorhin Herr Pfeiffer noch einmal in Erinnerung gerufen hat.

Viel entscheidender ist, dass in der Gesamtstadt ein Bewusstsein dafür entsteht, dass Gleichheit von Chancen herzustellen ist, und das heißt: Wenn jemand Ungleiches gleich behandeln will, muss er es ungleich behandeln, das heißt, man muss mehr in den Stadtteilen tun, die besonders belastet sind. Früher hat man dies „kompensatorische Planung“ genannt. Es geht um Gerechtigkeit, die dadurch herzustellen ist, dass in der gesamten Stadt ein Bewusstsein dafür entsteht, dass man in bestimmten Stadtteilen, die man gemeinhin benachteiligt nennt, mehr tun muss, um überhaupt die gleichen Chancen zu schaffen.

Uwe Rada

Vor allem aber auch im Bereich Bildung.

Prof. Dr. Klaus Selle

Gerade im Bereich Bildung, da denke ich vor allem an die Schulen.

Uwe Rada

Da müssten Sie aber dann den besseren Stadtteilen, Frau Hautum, was wegnehmen, um realisieren zu können, was Herr Selle sagt. Da würde sich dann auch die Frage nach der Akzeptanz der Sozialen Stadt bei denen stellen, die nicht von vornherein zu den Zielgruppen dieses Programms gehören.

Gertrud Hautum

Wenn Sie so wollen, gibt man diese besonderen Mittel in die Stadtbezirke hinein, um dort Defizite abzubauen, für die der städtische Haushalt sonst momentan nicht in der Lage wäre. Auch München hat die Probleme, die heute jede Stadt hat. Es gibt zwar in München sehr viele reiche Leute, aber die Stadt selbst ist in dem Sinn nicht unendlich dehnbar, ganz im Gegenteil, ein zweites Haushaltskonsolidierungskonzept steht bevor. Insofern sind wir froh und dankbar, wenn wir Defizite aufholen können. Es ist also ganz bewusst so, dass in diesen Stadtquartieren aufgeholt werden muss gegenüber anderen.

Ich möchte bei der Frage, was macht die Bewohnerschaft eigentlich bei dem Programm, noch einmal einsteigen. Es ist ganz wichtig zu wissen, dass, wenn wir gerade in diesen Stadtbereichen Engagement der Bürgerinnen und Bürger hervorrufen wollen, es denen aus verschiedensten Gründen ganz besonders schwer fällt, sei es, sie sind vielleicht der Sprache nicht so mächtig. Das gilt oft für ausländische Frauen, die noch überwiegend zu Hause leben. In vielen Familien sind die Strukturen noch so, dass Frauen zu Hause bleiben müssen. Es ist manchmal so, dass die Leute so viel arbeiten und auch so perspektivlos vor sich hinleben, dass sie aus diesem Grund gar nicht die Energie haben, sich dann auch noch bürgerschaftlich zu engagieren. Insofern sind wir eigentlich sehr positiv überrascht, wenn sich dann von 20 000 Einwohnern in einem dieser Stadtbereiche zwar nur wenige, aber doch immerhin nennenswert wenige organisieren lassen und sich tatsächlich mit Engagement dafür einsetzen. Es gibt auch Multiplikatoren, damit sich weitere derartige Grüppchen bilden können. Man dürfte eigentlich dieses bürgerschaftliche Engagement in solchen Stadtbereichen nicht einfach nur hinnehmen, in anderen vielleicht schon, aber in solchen müsste das auch ein bisschen honoriert werden. Ich weiß nicht, ob es nur damit geht, dass man es feiert, oder ob es einem einige Mark Wert sein sollte. Ich glaube, Letzteres wäre vielleicht nicht schlecht. Das hielte ich für ganz wichtig.

Gleichwohl glaube ich schon, dass man die Bewohnerschaft auch in solchen Quartieren dazu bringen kann, Selbstbewusstsein in ihrem eigenen Stadtteil zu entwickeln, und dazu gehören ein Logo und derartige Dinge, die das Bewusstsein für den eigenen Stadtteil, für die eigene Stadtteilgeschichte noch einmal präzisieren. Dazu gehört meiner Meinung nach auch, dass sich die restliche Stadt dafür interessiert. In München sind wir da natürlich noch nicht über dem Berg, dies sage ich Ihnen ganz offen. Von den zwei Gebieten ist besonders eines sehr verrufen. Jeder in der Stadt redet vom Hasenberg, als ob es dort das größte Sicherheitsproblem gäbe. Ich muss es im Konjunktiv sagen, das stimmt nämlich tatsächlich nicht. Jeder meint, in dem Hasenberg sagen sich wirklich

die Hasen gute Nacht, aber sonst ist nix. Im Grunde genommen leiden die Bewohner gerade darunter, dass die Leute, die das sagen, meistens gar nicht in Hasenberg wohnen.

Man muss prüfen, wie man das Image tatsächlich nach außen öffnet. Wir wollen dies versuchen, indem wir vermehrt durch Aktivitäten und Stadtteilprojekte Leute wenigstens aus dem benachbarten Stadtviertel reinholen, um das etwas durcheinander zu wirbeln. Ich setze da auch auf ein Studentenwohnheim. Wir haben unmittelbar neben dem Hasenberg eine große Entwicklungsstätte, und da kommen 500 Studenten hin, wenn ich davon ausgehe, dass von 500 Studenten nach der richtigen Politik, möglichst viele Ausländer bei uns studieren zu lassen, dieses Spektrum ungefähr jenes in dem sozialen Stadtgebiet spiegelt. Wir hoffen sehr, durch dieses Quirlige, durch die Aufbruchstimmung dieser jungen Trägerschaft dann auch wieder etwas in dem Stadtteil zu implementieren, sodass sich die Situation verbessert.

Uwe Rada

Das ist ja schon fast ein Stichwort zu einer letzten Runde „Zukunft“, zu der ich Sie gleich bitte, zwei Szenarien zu entwerfen, ein optimistisches und auch ein eher pessimistisches. Aber vielleicht vorher noch ein anderer Themenbereich. Es ist das Stichwort Bildung, Schule gefallen. Neben Mieten, Entwicklung gegen Arbeitslosigkeit ist ja auch gerade das Thema Bildung, Bildungsnotstand zentral – dies betrifft auch in Westdeutschland sehr viele Kinder nicht-deutscher Herkunft. In Berlin sind 30 Prozent aller türkischen Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss.

Wie wäre es bei Ihnen, Herr Menze, in Schalke in Gelsenkirchen, wenn die Bildungssituation sich deutlich verbessern würde, wenn mehr als bisher noch in Schulen investiert werden würde, wenn es zweisprachige Erziehung geben würde auch schon in der Kita, wenn es mehr interkulturelle Projekte gäbe, wenn in der Lehrer- und in der Erzieherausbildung auf alles das zurückgegriffen werden würde, würden dann weniger Leute in die Fußballvereine gehen?

Bodo Menze

Ich hoffe nicht. Nein, ich glaube das nicht, weil Fußball ein absolut populärer Sport bei uns ist. Und die Jungens im Windschatten der Arena, im Windschatten von Schalke im Ruhrgebiet, im Windschatten der großen Clubs, die werden automatisch angezogen.

Uwe Rada

Ob das nicht auch eine Hoffnung wäre für die, die ansonsten wenig Hoffnung haben?

Bodo Menze

Natürlich, der Fußball ist sicherlich auch eine Chance und Hoffnung, aus einer sozialen Misere herauszukommen und einen gewissen Status in der Gesellschaft zu erreichen. Ich glaube, dass deshalb auch im Nachwuchsbereich viele ausländische Jungen diesen

Versuch starten und dass unsere Jungen da doch ein kleines bisschen „satter“ sind und nicht so danach gieren, „nach oben“ rauszukommen. Aber bevor wir auf die Schulsituation zu sprechen kommen – wir sind an und für sich in Nordrhein-Westfalen dabei mit dem Gesamtschulsystem aus meiner Erfahrung ganz gut –, erlauben Sie mir einen kleinen Schlenker zurück auf die laufenden Stadtteilprojekte. Da gibt es bei uns, ich erwähne noch mal Forum 2000 in Gelsenkirchen/Bismarck Schalke-Nord, meiner Ansicht nach sehr gute Ansätze. Man sollte zunächst noch einmal den Ball aufgreifen und darauf pochen, dass diese Programme auf eine lange Zeit ausgerichtet und nicht irgendwann abgebrochen werden.

Ich gehe noch einen Schritt weiter. In Gelsenkirchen gibt es eine hohe Arbeitslosenquote; das Forum 2000 bezieht sich auf die Stadtteile Bismarck und Schalke-Nord. Man müsste meiner Meinung nach dieses Projekt ausweiten, weil Bismarck und Schalke-Nord nicht die einzigen Brennpunkte sind, sondern Schalke, Ueckendorf, alle diese Stadtteile sind davon betroffen. Diese persönliche Meinung wollte ich hier loswerden, weil ich spüre, dass man die Programme vielleicht fallen lassen könnte, dabei müsste man sie eher erweitern. Noch ein Beispiel: In Schalke-Nord, dort, wo sich auf dem Weg nach Schalke die Glückauf-Kampfbahn befindet, gibt es sehr viele Leute, die einfach wegziehen. Es gibt Ladenlokale, die leer stehen. Heute Morgen fiel der Begriff „broken windows“ als schlechtes Beispiel mit problematischen Wirkungen. Ich finde, dass schon ein Ladenlokal, das ein halbes Jahr leer steht und bei dem die Scheibe total verschmutzt ist, diesen Effekt auslöst.

Uwe Rada

Herr Idik, zur Frage nach der Bildung. Sie haben selber davon gesprochen, dass Sie den Mittelstand in Marxloh halten möchten, unter anderem auch den türkischen Mittelstand. Und wir wissen auch vom türkischen Mittelstand, dass er ähnlich wie der deutsche aus bestimmten Gebieten wegzieht wegen der Zukunftschancen der Kinder. Was tun Sie dort?

Ercan Idik

Das ist absolut richtig. Deswegen ist es wichtig, die Komplexität einer Stadt in den Griff zu bekommen. In dem Zusammenhang ist es schade, dass die Kollegen vom Städtebauministerium immer ein wenig „Nationenprobleme“ haben. Es sollte eigentlich umgekehrt sein, dass die Bildungsminister, die Wirtschaftsminister und all die anderen Ressorts sich überlegen, warum sie das – die Musik spielt nämlich in der Stadt – nicht mehr in den Vordergrund stellen. Vor ein paar Wochen ist durch den Vorsitzenden des Atias – das ist ein Verband der türkischen Geschäftsleute in Europa, also schon etwas stärker als das Klientel, mit dem wir auf Stadtteilebene zu tun haben – erstmalig die Frage der Quotierung im Bereich der Bildung in die Diskussion geworfen worden. Das ist meines Wissens bundesweit in der überregionalen Presse erschienen, vor drei Wochen, schätze ich. Auch nach drei Wochen ist das leider von niemanden in irgendeiner Weise aufgegriffen worden. Das Gleiche ist auch in Duisburg passiert. Dort hat der Vorsitzende des Vereins der türkischen Geschäftsleute mehr oder weniger in gleicher Richtung appelliert, dass man eine Quotierung einführen muss auch in den Kindergärten, eine Quotierung, die

dahin geht, dass der Anteil der Migranten eine bestimmte Grenze nicht überschreitet. Man kann darüber streiten, ob das 20, 15, 30 oder wieviel Prozent auch immer sein sollen. Leider Gottes findet das überhaupt keine Reaktion. Die Qualität dieses Vorschlages liegt darin, dass erstmalig Migranten sich in aller Friedlichkeit darüber äußern, wie sie ihre Probleme sehen und wie sie sie dann auch gelöst bekommen würden. Dieser Qualitätssprung ist nach meiner Ansicht in keinsten Weise erkannt worden. Man hat es noch nicht einmal für würdig befunden, diesen Vorschlag in irgendeiner Weise weiter zu diskutieren. In Duisburg ist er mehr oder weniger unter dem Motto „nicht machbar“ abgehakt worden.

Die Frage der Migration hat die Diskussion hier beeinflusst, auch wenn sie nicht explizit das Thema der Veranstaltung ist. Vor allem in Nordrhein-Westfalen und insbesondere im Ruhrgebiet ist die städtische Frage in erster Linie eine Emigrationsfrage. Solange man sich nicht in sehr differenzierter Art und Weise des Themas annimmt, es ernst nimmt und dann auch entsprechende Verhaltenssituationen von Migranten gewährleistet, dann bleiben sehr viele dieser Fragen einfach im luftleeren Raum, und man kommt letzten Endes in der Problemlösung nicht sehr weit. Das ist allerdings jetzt nicht unbedingt eine Frage des Programms.

Uwe Rada

Na, vielleicht ja doch, Herr Selle, dieser Pragmatismus, wie er aus solchen Quoten spricht, ist das nicht auch insofern ein Problem, als man sagt, man nimmt eine bestimmte Benachteiligung eines Quartiers schon an sich für gegeben hin, reagiert darauf nur noch pragmatisch und macht nichts anderes als eine Art Feuerwehrpolitik, Notstandspolitik, ohne an der Grundsituation des Gebietes überhaupt noch etwas ändern zu können, aber eigentlich auch nicht mehr ändern zu wollen?

Prof. Dr. Klaus Selle

Deswegen sprach man ja früher ganz verräterisch von den „Sozialen Brennpunkten“. Es brennt, die Sozialfeuerwehr fährt hin, tatütata, löscht, Problem gelöst. Das war offensichtlich ein ganz falsches Bild, denn so lassen sich diese Quartiere nicht löschen, das ist ein Dauerproblem, was sich strukturell ausweitete. Wenn Sie sich die Zahlen von Herrn Pfeiffer noch mal vergegenwärtigen: 100 Lebende haben heute 64 Kinder, die werden 39 Enkel haben, dann haben wir die Problematik der „broken windows“ demnächst flächendeckend, nicht nur im Osten, nicht nur in Leipzig. Und wir haben gleichzeitig, wenn wir versuchen, Gegenstrategien umzusetzen, Städte kinderfreundlicher und zuwanderungswilliger zu machen, die Probleme, die wir heute in den so genannten benachteiligten Quartieren haben, als Strukturprobleme in den ganzen Städten, von wenigen Münchner Ausnahmen einmal abgesehen. Deswegen sind jetzt diese Stadtteile im besten Sinne Testfelder für eine Stadtpolitik der Zukunft. Und wenn sie nur so verstanden würden, wie Sie das gerade zu Recht kritisieren, wir befrieden da irgendwas und kommen gar nicht an die Ursache ran, dann sähe es schlecht aus für die Zukunft der Stadtpolitik.

Klaus Pfitzenreuther

Wir haben hier über die derzeitigen sozialen Problembereiche gesprochen. Wir haben vor nicht allzu langer Zeit Untersuchungen umfassender Art gemacht, und wir sind dabei, ein Gespür zu bekommen, wo wir demnächst unsere großen Wohnquartierprobleme bekommen werden. Wir haben sehr viele treue Mieter, die sehr lange in ihren Wohnungen wohnen. Die Überalterung ist also ein Thema. Da sind die Wohnquartiere zurzeit unauffällig problematisch. Man merkt jetzt aber durch den Wegzug, ob einer ins Pflegeheim kommt oder verstirbt, da tut sich ein neues Feld auf. Man hat z.B. im Dortmunder Norden die Nordstadt ins besondere Bewusstsein gerückt und hat immense Fortschritte gemacht, was die Stadtpolitik, die Stadtentwicklung anbetrifft. Aber in anderen Stadtquartieren werden sich in den kommenden Jahren auf einmal Probleme auftun. Insofern ist das ein revolvierendes Problem. Das eine hat man gelöst, aber wenn man nachforscht, dann weiß man, in sieben, acht Jahren ist das Wohnquartier gefährdet, vielleicht sogar in seiner Grundsubstanz, weil dann möglicherweise nicht mehr genügend jüngere Familien nachkommen.

Und deswegen auch komme ich jetzt auf Familienpolitik zu sprechen. Es ist wichtig, dass ich dann in solche Wohnquartiere auch jüngere Familien reinbekomme, um der Überalterung entgegenzuwirken. Wenn wir jetzt zu dem Fokus auf der einen Seite auch die Gegenstandsprobleme wälzen – in den nächsten Jahren werden dort andere Probleme entstehen. Da ist es ganz wichtig, dass dort schon die Wohnungswirtschaft selber – wir haben ja ein ganz originäres auch wirtschaftliches Interesse daran, die Wohnungen zu vermieten – sich bemüht, die Wohnungen entsprechend belegt zu bekommen. Deswegen denken wir auch schon fünf oder zehn Jahre weiter. Da gibt es auch behutsame Ansätze von Seiten der Kommunen, uns sehr bereitwillig und wohlwollend zu unterstützen. Wir haben verschiedene Gutachten über die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Statteilen. Ich würde mir wünschen, dass es in Zukunft eine zentrale Person gibt, die dieses Problem auch zentral managt. Sie sprachen vorhin von Quartiersmanagern, da sind viele neue Aufgaben zu definieren.

Uwe Rada

Herr Ragati, was sind Ihre Szenarien, das Optimistische, das Pessimistische?

Dr. Manfred Ragati

Die Arbeit mit Menschen geht bei uns über das Prinzip Hoffnung. Mit Menschen kann man arbeiten, man kann ihnen Hoffnung machen. Wenn ich mir das Programm Soziale Stadt anschau, dann ist das eigentlich ein Reparaturprogramm. Mit dem Titel des Programms, „Soziale Stadt“, wird eigentlich verdeckt, was die Ursachen dafür sind, dass wir jetzt ein Programm Soziale Stadt auflegen. Aber das würde jetzt eine neue Diskussion bedeuten, die Ursachen der Arbeitsmarktpolitik, Schulpolitik, fehlenden Integrationspolitik bei Zuwanderung, die gar nicht stattgefunden hat, diese Themen aufzugreifen. Vielleicht könnte das im Sinne von Ernst Blochs „Prinzip Hoffnung“ dann künftig Programme wie Soziale Stadt überflüssig machen.

Uwe Rada

Aber mit ein bisschen mehr Menschen und nicht nur mit computergenerierter Kulisse. Herr Selle, Ihre Szenarien.

Prof. Dr. Klaus Selle

Im Prinzip habe ich es schon gesagt. Das Szenarium ist eindeutig, wir kriegen Stadtprobleme ganz neuer Art. Eine schrumpfende Stadt ist ein sehr schlechtes Bild, aber das kennzeichnet so ein bisschen das Szenario. Und darauf muss man reagieren. Und die Strategien, die wir jetzt in diesen Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf erproben, sind Prototypen, wenn es gut läuft. Deswegen habe ich ein großes Interesse daran, dass sie gut werden, wo sie es noch nicht sind.

Uwe Rada

Frau Hautum, werden die Studenten es richten, oder drohen in München weitere Viertel wegzukippen?

Gertrud Hautum

Die Studenten richten das natürlich nicht. Aber ich kann Herrn Dr. Ragati völlig beipflichten, solange wir in München ein derartiges Wohnungsproblem haben, und es zeichnet sich nicht ab, dass sich das schnell beheben lässt, müssen Alternativen erdacht und ausgelotet werden; ohne das werden wir keine Soziale Stadt im eigentlichen Sinne einer wirklich ausgewogenen Stadt haben. Als Kommune können wir aber nicht nur nach dem Prinzip Hoffnung leben, dass von außen etwas passiert. Wenn ich die Stadtpolitik bei uns betrachte, so ist sie tatsächlich sehr stark darauf ausgerichtet, mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, einen Ausgleich zu erreichen. Es bietet sich auch gar keine andere Alternative an als die, mit Mitteln der Sozialen Stadt auch komplexe Themenfelder anzugreifen. Es hat sich inzwischen bewährt und eingespielt. Möglicherweise muss es noch sehr viel mehr verfeinert werden, wir müssen ganz neue Beteiligungsformen finden. In einer Welt, in der viele Leute gar nicht mehr wissen, woher bestimmte Dinge kommen und warum das alles so ist, gilt es umso mehr, sich für den eigenen persönlichen Bereich wieder einen Durchblick zu verschaffen. Das kann man am besten in seiner eigenen Umgebung, beim Mitgestalten dieser Projekte. Deswegen geht es, glaube ich, in einer Stadt, die im sozialen Frieden bleiben will, tatsächlich einfach um die Frage: wie kann ich die Leute wieder an dem politischen Miteinander interessieren. Das ist jetzt nicht parteilich gemeint, sondern im stadtpolitischen Zusammenspiel.

Uwe Rada

Herr Idik, welche Aussichten gibt es in Duisburg-Marxloh?

Ercan Idik

Ich bin von Natur aus optimistisch, so auch hier. Denn beispielsweise sagt ein türkischer Unternehmer, eines der Probleme unserer Stadtteile sind die vor den Cafés herumlungenden Jugendlichen. Er macht dann nicht nur diese Feststellung, sondern wird aktiv und kümmert sich konsequent um Ausbildungsplätze für diese Jugendlichen. Das ist eine recht optimistische, aber zum Glück eine reale Begebenheit. Von daher denke ich auch an eine kleine Variation des Titels: „Zukunft durch Vielfalt“.

Uwe Rada

Herr Menze, ich muss Ihnen die Frage stellen: inwieweit ist die Zukunft in Gelsenkirchen davon abhängig, dass Schalke Deutscher Meister wird?

Bodo Menze

Wenn Schalke den Pokal am Samstag holt und dann im nächsten Jahr international gut dabei ist, dann dürfte die nächste Zukunft sicher sein. Danke für die blauweiße Kulisse. Das haben Sie gut gemacht. Nein, ich würde dies jetzt nicht von einer Deutschen Meisterschaft abhängig machen. Aber es ist für meine Begriffe sehr wichtig für den Club, die Stadt, die Arena. Das, was sich drumherum ergibt und etabliert, halte ich persönlich für die Stadt Gelsenkirchen für sehr positiv. Da auch ich ein positiv denkender Mensch bin, sage ich, die Zukunft sieht ganz gut aus.

Uwe Rada

Herr Elsässer, das Prinzip Hoffnung in Leipzig, werden es die Abrisse richten?

Ralf Elsässer

Ich denke, die notwendigen Abrisse sind ein gutes Zeichen für die Bewohnerinnen und Bewohner, dass sich hier etwas zum Guten verändert. Veränderung ist ja nicht immer nur etwas Negatives. Wir haben über die Probleme im Umgang mit Veränderung heute Vormittag einiges gehört, aber wir brauchen auch positive Veränderungen. Wenn ich die Hoffnung nicht hätte, würde es mir keinen Spaß machen, an dieser Sache zu arbeiten. Aber mir macht es Spaß, weil ich diese Hoffnung habe. Trotzdem ist deutlich geworden, dass dies kein eng begrenztes lokales Problem ist, sondern wir es mit einem flächendeckenden Problem zu tun haben, was sich möglicherweise auch noch ausbreitet. Deswegen geht es nicht, praktisch zu realisieren, dass man zusätzliche Mittel irgendwo hernimmt und auf diese Orte verteilt. Wir müssen grundsätzlich umstrukturieren und heilige Kühe schlachten. Ohne dass irgend jemandem etwas weggenommen wird, können wir diese Soziale Stadt nicht gestalten. Zwei Beispiele, die das illustrieren können: In punkto Abriss muss natürlich auch eine Motivation geschaffen werden, dass Eigentümer, die keine Aussicht auf eine wirtschaftliche Verwertung ihrer Grundstücke haben, diese auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Das bedeutet eine Anforderung an das Grundsteuersystem, dass wirtschaftlich nicht genutzte Grundstücke derart besteuert werden, dass sie praktisch entwertet sind, damit sie der Öffentlichkeit zur Ver-

fügung gestellt werden. Wir haben es mit einem Mengenproblem zu tun, das ist sicher ein spezifisch ostdeutscher Vorschlag vor dem Hintergrund der Probleme. Aber wir hörten ja, das wird in anderen Städten auch zunehmen. Der zweite Vorschlag, schon oft gemacht, aber nie ernsthaft umgesetzt, ist einfach eine konsequente Abschaffung der Eigenheimzulage. Wir können doch nicht in den Städten Fördermittel geben und im Umland extra auch noch Steuermittel.

Uwe Rada

Das ist ein wahrhaft gutes Schlusswort. Ich danke Ihnen hier auf dem Podium recht herzlich für die Teilnahme an dieser Diskussion. Ich danke Ihnen für das Zuhören. Jetzt habe ich noch die Ansage zu machen: draußen vor der Arena gibt es jetzt noch eine Performance, unter anderem Breakdance und Graffiti. Ich denke, dass auch diese Formen von Straßenkultur zur sozialen Stadt gehören.

4

Zweiter Tag

Siegfried Scheffler,
MdB SPD, Wahlkreis Treptow-Köpenick 105

Achim Großmann,
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
Verkehr, Bau- und Wohnungswesen 107

Peter Strieder,
Senator für Stadtentwicklung, Berlin 109

Prof. Dr. John Friedmann,
University of British Columbia, Vancouver 115

Siegfried Scheffler,
MdB SPD, Wahlkreis Treptow-Köpenick



Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir befinden uns hier in der mit 7 000 m² größten freitragenden Halle Europas. Sie wurde 1927 als Omnibushauptwerkstatt für die Berliner BVG gebaut. Es war der Architekt Franz Ahrens, der mit dieser Halle bis in die Gegenwart und in die Zukunft für einen Veranstaltungsort gesorgt hat, der im Denkmalschutzprogramm in Berlin seinesgleichen sucht.

Wir konnten gestern in Worten und in Beispielen den erforderlichen Wandel von der klassischen Städtebauförderung hin zu dem Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“ verfolgen. In allen Beiträgen, ob in dem des Bundeskanzlers oder dem des Ministers Kurt Bodewig, aber auch insbesondere in den Redebeiträgen der Oberbürgermeister der Städte Frankfurt am Main, Leipzig, München und des Vorsitzenden der Gewerkschaft Bauen, Agrar, Umwelt wurden neben kritischen Aspekten insbesondere die Chancen des Wandels herausgearbeitet – Chancen für einen gesellschaftlichen Wandel, der auch hier in meinem Heimatkiez in Treptow-Köpenick sichtbar wird.

Unweit der ehemaligen Grenze zwischen Kreuzberg (West-) und Treptow (Ostberlin) wird dieser Wandel sichtbar, nicht nur hier in der Arena, sondern im Areal zwischen Kreuzberg und Spree, nördlich und südlich der Spree, insbesondere auch im ehemaligen Industriegebiet zwischen Ober- und Niederschöneweide. Wenn ich von den Chancen im Wandel spreche, dann trifft dies auch für Berlin zu – es handelt sich um realistische Chancen, die erst mit dem neuen, integrativen Politikansatz im Programm der Sozialen Stadt eröffnet wurden, Chancen auch für diesen Bezirk, für diesen Kiez. In dem ehemals größten zusammenhängenden Industriestandort nördlich und südlich der Spree in Gesamtberlin, in dem nach der Wende rund 36 000 Arbeitsplätze der Deindustrialisierung zum Opfer gefallen sind, konnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Situation, was Wohnungen und das Wohnumfeld angeht – vieles stand schon zu DDR-Zeiten kurz vor dem Abriss –, nahm den Bürgerinnen und Bürgern hier die Hoffnung, dass kurzfristig Verbesserungen eintreten würden. Mit der Wende kam teilweise eine Verschlechterung in den Ortsteilen Ober- und Niederschöneweide: Einwohnerverluste, Arbeitsplatzabbau, Wohnungsleerstand, Bedrohung des Einzelhandels, Verslumung, und in Treptow-Köpenick entstanden erste soziale Brennpunkte. Insofern war kurzfristig ein koordiniertes Zusammenwirken von Bürgergesellschaft, Wirtschaft und Staat nur erfolgreich, wenn es durch entsprechende Programme auch mit Landes- und Bundesmitteln unteretzt werden konnte.

Die Bereitschaft aller Akteure, im konstruktiven Dialog mit Bund und Land und mit Bürgersinn eine positive Entwicklung in Gang zu setzen, brachte in den letzten vier, fünf Jahren doch Erfolg. Das aktive Bemühen, sich einzubringen für eine soziale Stadtteilentwicklung durch Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner, durch Förderung

sich selbst tragender Bürgerorganisationen und nachbarschaftlicher Netze, eingebettet in ein Quartiersmanagement, hat Beteiligung und Mitsprachemaßnahmen für die Betroffenen Realität werden lassen. Die Ortsteile wurden so auf die Gewinnerstraße gebracht. Hervorheben möchte ich an dieser Stelle das Netzwerk „Menschen verändern ihren Kiez“, in dem viele in hervorragender Weise in konstruktivem Dialog für Veränderung gesorgt haben. Inzwischen sind aus dem zarten Sprössling städtebaulicher Stabilisierung und Entwicklung der Ortsteile kräftige Pflanzen einer Identität in städtebaulicher Struktur geworden, einer Struktur mit Verbesserung der Wohn- und Wohnumfeldbedingungen, mit Freiräumen sowie einer sozialen Infrastruktur.

Schwieriger jedoch als die letztgenannten Bereiche gestalten sich die Stärkung der Wirtschaft und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Aber auch hier bin ich überzeugt, dass die mit Hilfe des Bundes und des Landes Berlin beginnenden Umstrukturierungs- und Verlagerungsprozesse zum Erfolg führen werden. In diesem Zusammenhang denke ich insbesondere an die Technische Fachhochschule Berlin; wenn deren Campus nach Ober- und Niederschöneweide kommt, wird diesen Ortsteilen neuer Atem eingehaucht werden.

Ich denke, dass der Beitrag „unseres“ Senators für Stadtentwicklung, Herr Strieder, auch Ihnen erfolgreich nahe bringen wird, dass aus Pflanzen tatsächlich Bäume geworden sind und dass mit dem Engagement den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Bundes-Länder-Programm der Politikansatz der Sozialen Stadt Realität geworden ist.

Aber zunächst möchte ich den Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Herrn Achim Großmann, um sein Eröffnungsstatement für den heutigen zweiten Kongresstag bitten.

Achim Großmann,
Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen



Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt keine Eröffnungsstatements, sondern nur ein paar Begrüßungssätze, denn wir haben etwas Zeitverzug. Und ich glaube, Sie warten alle gespannt auf die Diskussionen, die stärker in das Thema einführen.

Wir hören heute vor den Diskussionsrunden zwei Redner, die ich sehr herzlich begrüße. Das ist zum einen Herr Senator Strieder, den wir aus zwei Gründen eingeladen haben: Er ist der Vertreter der Bundeshauptstadt Berlin, aber er ist auch als Bausenator, wenn ich das so verkürzt sagen darf, der Vertreter der Bauministerkonferenz. Wir haben zusammen mit den Ländern dieses Programm Soziale Stadt direkt nach der Regierungsbildung auf den Weg gebracht. Wir hatten das in der Koalitionsvereinbarung festgelegt. Es gab erste Ansätze in einigen

Bundesländern, in denen sich Netzwerke, erste Pilotprojekte entwickelt hatten, und wir haben daraus ein Bund-Länder-Programm gemacht. Deshalb waren wir der Auffassung, dass sich hier auch die Länder positionieren und eine Chance bekommen sollten, ihre Sicht darzustellen.

Als Zweiter wird Professor Friedmann sprechen. Wir haben ihn gestern schon erlebt in einer aus meiner Sicht zwar sehr grundsätzlichen, aber sehr spannenden Diskussion über die Stadt, über die Probleme der Stadt, über die Zukunft der Stadt. Ich finde, es kann nichts schaden, wenn wir noch einmal ein Stück Außensicht bekommen, das heißt, dass jemand von außen, der nicht unmittelbar in den städtebaulichen Diskussionen unseres Landes verankert ist, uns seine Eindrücke schildert, seine grundsätzlichen Überlegungen zu den Themen Soziale Stadt, Stadtentwicklung, zu den Fragen: Wie sieht das in Zukunft aus? Worauf müssen wir achten? Was sind die Prioritäten, die wir unter Umständen setzen müssen?.

Danach geht es in die grundsätzliche Diskussion mehr vor Ort. Es geht um die Lokale Ökonomie und es geht vor allem auch um die Partizipation, das heißt um die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner. Das sind Herzstücke der sozialen Stadt.

Ich freue mich schon auf diesen Vormittag und darf Herrn Senator Strieder bitten, nun zu uns zu sprechen.

Peter Strieder,

Senator für Stadtentwicklung, Berlin



Meine Damen und Herren, die Stadt wird auch im 21. Jahrhundert die soziale Einheit sein, die für die Entwicklung unserer Gesellschaft bestimmend ist. Wer also den sozialen Frieden für das Land will, darf die Stadt nicht ignorieren, sondern muss Instrumentarien und Methoden entwickeln, die zur Stabilisierung der Städte und ihrer Zusammensetzung beitragen.

Unter dem Begriff Soziale Stadt wird dieser Auftrag an die Kommunen subsumiert, nicht nur bei uns, sondern mittlerweile in großen Teilen des europäischen Raums. Dabei geht es vor allem um die Bewältigung zweier großer Herausforderungen für die größeren Städte. Familien mit Kindern haben den Eindruck, die Stadt werde für sie immer unattraktiver. Sie ziehen ins Umland oder an den Stadtrand, aber die Vorteile von Stadt sollen weiter genutzt werden, Arbeitsplatz und soziale Infrastruktur. Als Wohnort hat sich also die Stadt einer harten Konkurrenz zu erwehren. Den Weg ins Umland schlagen vor allem die ein, die es sich leisten können, jene Schichten also, die die Stadt mit sozial stabilisieren. Und da Migration und soziale Verhältnisse eng miteinander verbunden sind, konzentrieren sich Einwanderung und Armut in bestimmten, sozial deklassierten Stadtteilen.

Diese Erscheinungen, diese Wanderungsbewegungen, auch die weiter auseinander gehende Kluft zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft drohen die moderne Stadt grundsätzlich zu verändern. Wenn wir dieser Entwicklung nicht gegensteuern, besteht die Gefahr, dass insbesondere die Innenstädte veröden und verslumen, während die Vorstädte prosperieren. Das Beispiel der amerikanischen Stadt steht uns vor Augen. Die Kommunen haben hier eine ganz wesentliche Aufgabe. Sie dürfen aber von Bund und Ländern nicht alleingelassen werden, schon aus finanziellen Gründen nicht, denn Stadtflucht bedeutet für die Städte auch den Verlust von Steuereinnahmen. Mit weniger Einnahmen ein Mehr an sozialer Infrastruktur und Integration zu schaffen, ist ein Kunststück, das kaum gelingen wird. Ohne ausreichende Mittel lassen sich die Schulen und Kindergärten, die öffentlichen Parks und die öffentlichen Räume nicht pflegen. Selbst wenn sich die großen Städte nur darauf konzentrieren würden, bliebe vieles ungeschehen. Investieren die Städte hier nicht, kommen wir nicht zu Investitionen in die Aufwertung der städtischen Infrastruktur, werden die Städte noch weiter unattraktiv, die Mittelschichten fliehen, die Steuereinnahmen gehen zurück, und der Kreis schließt sich.

Aus der Sicht der Städte kann dies nur bedeuten: Bund und Länder haben hier eine Verantwortung und dürfen die Städte nicht allein lassen. Die Bundesregierung hat hierauf reagiert, im Übrigen nicht nur mit dem Programm Soziale Stadt, sondern für die ostdeutschen Länder ist auch das Stadtumbauprogramm Ost ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung und Aufwertung der Innenstädte, vor allem aber zur Wiedergewinnung des öffentlichen Raumes. Ich glaube aber, dass wir noch weitere Instrumente brauchen. Wir müssen die Zweckentfremdungsverbotsverordnung flexibler gestalten können in den

Städten. Sie muss sich beziehen können nicht nur auf die Gemeinde als Ganzes, sondern auf einzelne Stadtteile, um so die Umwandlung von Wohnraum in Büroraum zu verhindern. In anderen, monostrukturierten Stadtteilen ist es sogar gut, wenn Wohnraum verändert wird in Gewerberaum. Ich kann hier die Plattenbausiedlungen des Ostens als ein lebendiges Beispiel für Schlafstädte anführen.

Aber auch über den sozialen Wohnungsbau, die Belegungsbindungen und die Fehlbelegungsabgabe müssen wir reden. Die Flexibilisierung in diesen Bereichen ist dringend erforderlich, weil diese starren Instrumentarien dazu führen, dass häufig das Preis-Leistungs-Verhältnis in diesen Wohnungen nicht mehr stimmt und dass, wenn man schon mit der Fehlbelegungsabgabe zusammen genommen eine so hohe Miete zahlen muss, man sich dann für den gleichen Preis am Stadtrand auch etwas Individuelleres, vielleicht auch den Ansprüchen der Familie eher Entsprechendes leisten kann.

Ein weiteres politisches Zeichen, das in Deutschland notwendig ist für die Städte, wäre, so denke ich, wenn es in der Bundesregierung ein eigenes Ressort für die großen Städte gäbe, denn dieses Thema braucht eine eigene Aufmerksamkeit. Und Deutschland wäre nicht das erste Land, das ein solches föderales Ministerium einrichtet, Frankreich und Holland haben diese Ministerien eingerichtet, weil sie wissen, dass ihre großen Städte die Zentren, die Herzen der Nation sind und die Entwicklung der Nation kulturell, sozial, technologisch und ökonomisch von den großen Städten dominiert wird. Natürlich, es bleibt dabei, es geht darum, wie auch die Programme der Bundesregierung zeigen, die Städte finanziell zu unterstützen. Das ist gut angelegtes Geld, wenn dadurch die Stadt wieder wohnlicher wird. Was aber auch in die Diskussion gehört, sind Instrumente, um die Menschen direkt zu veranlassen, in der Stadt zu bleiben. Dazu gehört ein innerstädtischer Wertausgleich, der hilft, vernachlässigte Gebiete aufzuwerten. Schulen zu verbessern, Freiflächen in der Innenstadt auszuweiten, nicht kommerzielle Freizeitangebote zu erhöhen, all das sind notwendige Schritte. Und dazu wird auch gehören, neue Typologien des Wohnens in der europäischen Stadt mit deutlich verbessertem Grünbezug zu realisieren.

Aber auch das ist richtig: die soziale Reparatur von Stadt ist nicht allein ein finanzielles und materielles Problem. Was wir ebenso brauchen, ist das Engagement der Menschen selbst, ist die aktive Zivilgesellschaft. Wir haben in Berlin in einer intensiven Untersuchung herausbekommen, dass wir einige Stadtteile lokalisieren können, in denen bestimmte, besonders gravierende soziale Veränderungen Platz gegriffen haben. Für diese 17 Gebiete haben wir ein so genanntes Quartiersmanagement eingesetzt. Es ist dort nicht professionelle Hilfestellung eingesetzt worden, um stellvertretend für die Menschen in den Kiezen zu arbeiten, sondern Aufgabe der Quartiersmanager ist es, die Menschen selbst zu aktivieren, ihre Zukunft, ihr Schicksal, ihren Kiez in die eigenen Hände zu nehmen. Wir haben all diesen Gebieten jeweils eine Million Mark zur Verfügung gestellt, um die schwierigsten Probleme, die größten Defizite aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger zu beheben. Über die Verwendung dieses Fonds, dieser eine Million Mark pro Quartier, entscheidet nicht die Politik, entscheidet nicht die Verwaltung, sondern entscheiden ausschließlich die Bürgerinnen und Bürger aus diesen Quartieren. 49 Prozent dieser so genannten Jurys kommen aus Institutionen, Schulen, Kirchengemeinden, Sportvereinen und anderen Projekten und Institutionen, die in diesem Gebiet aktiv

sind, während 51 Prozent der Jurys zufällig aus dem Einwohnermelderegister ausgewählt worden sind und in dieser Jury mitarbeiten.

Die Erfahrung dieses Experiments, das wohl einmalig ist, ist Folgendes: Die Menschen haben mit einer großen Leidenschaft und Intensität mit hohem Verantwortungsbewusstsein über die Projekte entschieden. Vorausgegangen ist in der Regel eine Analyse: was fehlt uns in unserem Stadtteil besonders, ist ein *planning for real*-Prozess und danach die Entscheidung, mit welchen Projekten die gravierendsten Probleme angegangen werden können. Die Erfahrung ist, dass sehr viel gründlicher diskutiert und überlegt worden ist, ob der Einsatz dieser Mittel sich wirklich für das vorgeschlagene Projekt lohnt. Die Quartiersjurys haben das Geld, das ihnen im letzten Jahr zur Verfügung gestellt worden ist, überhaupt noch nicht ausgegeben, weil sie sehr viel genauer, sehr viel kostenbewusster prüfen, als Verwaltung und Politik dies tun würden. Sie überlegen ganz genau, welche Chance sie mit dieser einen Million haben. Und ich glaube, es ist vor allem auch gelungen, ihnen Vertrauen zu geben, wenn wir sagen: 1 Million Mark, darüber entscheiden nur Sie, sonst niemand. Sie können es investiv einsetzen, Sie können es konsumtiv einsetzen, welche haushaltsrechtlichen Restriktionen es sonst auch geben mag, die gelten für Sie alle nicht. Das ist unser Problem, das zu lösen.

Wir haben ihnen damit ein Vertrauen gegeben, das sie befähigt hat, sich zu engagieren. Es ist ein Netzwerk in vielen dieser Gebiete aus diesen Quartiersjurys heraus entstanden. Ich sehe gerade im Publikum unter Ihnen eine unserer Managerinnen aus dem Bereich Neukölln. Dort ist es durch eine sehr intensive Arbeit, auch der Managerin, der Schule, aber auch anderer Institutionen gelungen, ein Netzwerk von verschiedenen Organisationen aufzubauen. Nachdem es dieses Quartiersmanagement gab, die Schule sich richtig bemüht hat, entstanden einige Initiativen zur Verbesserung des öffentlichen Raumes. Daraufhin haben Mittelschichtleute gesagt, warum müssen wir immer in die Mitte fahren, um ein kulturelles Erlebnis zu haben. Lasst uns selbst Kulturangebote in diesem Stadtteil organisieren in Galerien, in leer stehenden Räumen, aber auch in Privatwohnungen mit Lesungen und dergleichen mehr. Und das wiederum war eine Initialzündung dafür, dass die privaten Hauseigentümer sich zu einem Verein zusammengeschlossen haben. Sie sagten, wenn jetzt endlich etwas in diesem Quartier entsteht, das auch den Wert unserer Häuser und Wohnungen verbessert, dann wollen wir da auch mitmachen. Wir organisieren jetzt, wie wir unsere Häuser sanieren, wie wir aktiv in die Vermietung gehen, wie wir den Leerstand bei uns aktiv bekämpfen. So ist es durch die Initiative des Quartiersmanagements gelungen, ein Netzwerk von neuen Initiativen aus dem Gebiet heraus selbst zu entwickeln.

Ich glaube, dass die entscheidende Frage, mindestens eine der entscheidenden Fragen bei der sozialen Stadt ist, dass wir wegkommen von dem Helfersyndrom, dass wir wegkommen von der Frage der Stellvertretungspolitik. Es hat keinen Sinn, Menschen, die nicht in dem Kiez wohnen, damit zu beauftragen, den Menschen, die im Kiez wohnen, zu erklären, was ihnen eigentlich fehlt. Wir müssen vielmehr die Menschen selbst dazu bringen – das heißt eben auch zivilgesellschaftliches Engagement –, sich um ihren Stadtteil und ihre Belange zu kümmern. Natürlich ist das in bürgerlichen Gegenden einfacher. Aber so ist es in der Stadt noch nicht, dass es nicht auch dort kräftige Menschen gäbe, die mithelfen könnten, diesen Prozess zu gestalten, wenn wir denn als Politik und als Verwaltung endlich mal loslassen können und den Menschen das Vertrauen entge-

gen bringen, ihre Dinge auch selbst ordnen zu können. Wir helfen ihnen, aber wir ersetzen sie nicht. Anders kann es meines Erachtens nichts werden.

Dazu gehört auch, dass wir uns darüber bewusst sind, dass der Städtebau eine wesentliche Funktion für die Frage der Renaissance der Innenstadt hat. Stadtentwicklung und soziale Stadtentwicklung haben auch etwas mit der Nutzung der Stadt und mit der Benutzbarkeit der Stadt zu tun. Ich will deshalb ein paar auch städtebauliche Thesen vortragen, mit denen wir glauben, diesem Prozess der Verödung der Innenstädte entgegenwirken zu können.

Dazu gehört – erste These – die Qualifizierung des öffentlichen Raumes durch Reurbanisierung. Vor allem in historischen Zentren ist oft eine qualitative Aufwertung des Stadtraums nötig. Die unwirtliche Leere mit Schnellstraßen, Schneisen und Tunneln beschädigt die Stadt, und diese Leere muss reurbanisiert werden. Dabei gilt es, Aufenthaltsnutzungs- und Gestaltqualitäten zu verbessern, damit die Menschen den Stadtraum für sich und die Nutzungen, die sie in diesem Stadtraum gerne haben wollen, zurückerobern können. Dabei brauchen wir Uferpromenaden, Plätze und Stadtparks, Quartierparks und Gartenhöfe, damit die Unwirtlichkeit unserer Städte abnimmt. Was wir nicht brauchen in der Stadt, das sind die Ideen von Landart und bedeutenden künstlerischen Brunnen, sondern wir müssen auch hier diejenigen, die die Nutzerinnen und Nutzer dieser öffentlichen Räume sein sollen, einbeziehen in die Gestaltung dieser öffentlichen Räume. Denn die Menschen wissen in den Quartieren sehr genau, wie sie sich ihr Zuhause vorstellen können.

Die zweite These: wir brauchen neue Typologien für innerstädtisches Wohnen und Arbeiten. Um die Abwanderung aus der Innenstadt aufzuhalten und umzukehren, darf sich die Citybildung eben nicht allein auf die Büro- und Geschäftsstadt fokussieren. Wir brauchen neue Gebäude, die die Verbindung von Wohnen und Arbeiten ermöglichen. Dazu gehört auch und immer noch vor allem der Verzicht auf Abriss, der Vorrang von Sanierung und die Verdichtung durch den Neubau, wobei das auf kleiner Fläche errichtete Stadthaus für die Aufwertung von Stadt von besonderer Bedeutung ist.

Wir brauchen – dritte These – auch in den Städten eine neue Organisationsform der Bodenwirtschaft und der Bauherrenschaft. Für Berlin und für die ostdeutschen Länder jedenfalls muss ich sagen, dass sozialgeförderter Wohnungsbau im großen Umfang, wie er in den vergangenen Jahrzehnten üblich war, nicht mehr möglich sein wird. Deshalb brauchen wir, wenn diese Subventionierung des Staates ausfällt, eine neue innerstädtische Bodenpolitik, eine Bodenpolitik, die das kleinteilige Wohnen und das kleinteilige Eigentum fördert. Dies kann durch die Aktivierung öffentlicher Grundstücke und durch eine kleinteiligere Parzellenstruktur gefördert werden, wobei die kleinteiligere Parzellenstruktur auch zu einer baulich-ästhetisch interessanteren Stadt führt als die monolithischen Blöcke, die wir zu oft in der Mitte unserer Städte haben.

Stadtplanung durch Stadtmanagement ist unsere vierte Forderung. Passiv-bürokratische Stadtentwicklung führt eben nicht mehr zum Erfolg. Die Ausgestaltung öffentlicher Räume, der Neubau und der Rückbau, die Verlegung von Straßen sowie die Grundstücksbildung, Bodenwirtschaft und Finanzierung, all das erfordert sorgfältige Kalkulationen, um die privatwirtschaftliche Machbarkeit zu überprüfen und sicherzustellen. Deswegen ist für die Stadtplanung ein neuer Manageransatz dringend erforderlich.

Fünfte These: Ablösung der autogerechten Stadt durch ein angebotsorientiertes Mobilitätskonzept. Die Überwindung der autogerechten Stadt erfordert die Stärkung und den konsequenten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Wer ins Zentrum der Stadt will, muss ein sehr attraktives Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln vorfinden, das davon abhält, ins Auto zu steigen. Hierbei spielt auch die Preisgestaltung der Verkehrsträger eine wichtige Rolle. Hohe Preise erzeugen die Blechlawine. Der Abbau des motorisierten Verkehrs zugunsten eines neuen Mobilitätskonzeptes ist auch eine Frage der innerstädtischen Lebens- und Aufenthaltsqualität und auch des ökologischen Positionsbezugs. Es nützt nichts, immer nur von Nachhaltigkeit zu reden, wir müssen sie auch leben.

Sechstens: erforderlich ist die Ablösung der Paradigmen des Städtebaus der Moderne. Der moderne Städtebau des 20. Jahrhunderts hatte eigentlich nur ein Ziel, nämlich die Auflösung der Stadt. Die Stadt als historisch gewachsene Kulturform und als Ort des kollektiven Gedächtnisses sollte verleugnet werden. Heute sollte das Paradigma für den Städtebau lauten: Modernität mit Tradition, nicht Bruch mit Geschichte und Tradition.

Soziale Stadt ist, wie ich hoffentlich deutlich gemacht habe, ein komplexes Thema, das nicht allein von den Wohnungspolitikern, nicht allein von den Stadtentwicklern, nicht allein von denen aus dem Jugendamt, der Schulverwaltung oder der Sozialverwaltung erarbeitet werden kann. Soziale Stadt heißt, dass Verwaltung lernen muss, integrativ zu arbeiten, auch im Verhältnis zu den anderen Verwaltungen loslassen zu können, sich nicht über Kompetenzen zu streiten, sondern über Konzepte, Rezepte und Erfolge.

Gerade die Innenstädte der großen Städte brauchen Aufmerksamkeit und Pflege. Das ist unser Auftrag, wenn wir von sozialer Stadt reden. Die Bundesregierung, die Länder und die Städte müssen an einem Strang ziehen. Aber die soziale Stadt ist auch ein nationales und ein europäisches Anliegen. Von der Entwicklung der großen Städte hängt die Entwicklung unserer Gesellschaft ab. Deswegen sollten wir uns nicht scheuen, uns mit den Problemen der großen Städte im nationalen und europäischen Interesse intensiv auseinander zu setzen, möglichst schnell Lösungen zu finden. Die Renaissance der europäischen Stadt ist möglich, wenn wir es wollen.

John Friedmann,
emeritierter Professor an der University of California, Los Angeles, und Ehrenprofessor
an der University of British Columbia, Vancouver



Die verwundete Stadt: Gedanken zur Sozialplanung der Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren, es freut mich sehr, an diesem Kongress über die Soziale Stadt als einziger von außerhalb Deutschlands Kommender teilnehmen zu dürfen. Vielleicht kann ein Blick – wie es heißt – „von außen“ neue Perspektiven zutage fördern. Dies zumindest ist meine Hoffnung.

Mein ursprünglicher Herkunftsort ist die Donaustadt Wien, aus der ich aber schon vor mehr als 60 Jahren in die damals noch sehr weit entfernten und mir rätselhaft erscheinenden Vereinigten Staaten von Amerika auswanderte. Aber dieser Umzug war nur der Anfang einer langen Pilgerfahrt durch die Welt. In diesen sechs Jahr-

zehnten lebte ich unter ganz verschiedenen Umständen auf fünf Kontinenten, in Städten wie Boston, Chicago, Los Angeles, Rio de Janeiro, Santiago, Seoul, London, Melbourne, und gegenwärtig in Vancouver. Mein „Blick von außen“ ist also ein sehr vielseitiger, von diversen Kulturen und sozialen Gebilden geprägter Blick.

Von Beruf bin ich Raumplaner und Entwicklungsforscher, und das Thema, welches ich in den nächsten 30 Minuten ansprechen möchte, stammt aus dieser Praxis und betrifft den doppelten und dialektisch aufgefassten Maßstab der Sozialplanung. Die Parole soll etwa so lauten: „Denke und handle klein ... aber auch groß.“ Erlauben Sie mir bitte, diese etwas allzu dicht kondensierte, enigmatische Anweisung zu erklären.

Obwohl man sich eine ganze Reihe von Dingen unter dem Begriff „Soziale Stadt“ vorstellen kann, bedeutet sie, so meine ich, für uns hier in Berlin hauptsächlich die bedürftige Stadt, oder besser gesagt, die Stadt benachteiligter wenn nicht völlig ausgegrenzter Mitbürgerinnen und Mitbürger – also nicht nur Quartiere –, die eben ihrer Situation wegen im Brennpunkt unserer Bemühungen stehen. Mitbürger – das sind jene, mit denen wir das tägliche Leben teilen, also z.B. auch ausländische Migrantinnen und Migranten. Problematischer ist es, was man sich bei dem Begriff „Bedürftigkeit“ (human needs) denken soll, denn der ist nicht einfach mit Armut im konventionellen Sinne gleichzusetzen.

In den 70er Jahren begann die Internationale Arbeits-Organisation (ILO) in Genf ein großes Forschungsprogramm, in der Hoffnung, es wäre möglich, einen Begriff menschlicher Grundbedürfnisse herauszuarbeiten, der dann mit Priorität in nationalen Entwicklungsplänen eingebaut werden sollte. Aus unterschiedlichen Gründen kam es aber leider nicht dazu, und an Stelle von Grundbedürfnissen trat die Ideologie des Neoliberalismus.

lismus mit ihrem Wachstumswahn und der Illusion des Nachtwächterstaates Modell 2000.

Dennoch klärte die Debatte um menschliche Grundbedürfnisse – basic human needs – so manches, wie z.B. die Einsicht, dass die Befriedigung rein materieller Bedürfnisse, wie ausreichende Nahrung, ein biologisches Minimum an Wasser, dem Klima und der Kultur angepasste Kleidung sowie ein Dach über dem Kopf, obzwar unentbehrlich, noch lange nicht ausreicht, um minimalen menschlichen Ansprüchen – social claims – gerecht zu werden. Welche „Bedürfnisse“ man noch zu diesem materiellen Kern hinzu stellen könnte, wurde nicht nur heftig diskutiert, es war auch schwierig, wenn nicht ganz unmöglich, sie alle unter ein volkswirtschaftliches Dach zu bringen, wie dies der allgemeine Auftrag verlangte. Ich möchte zumindest einige Andeutungen machen, welche nichtmateriellen Bedürfnisse da gemeint waren. Bemerken Sie bitte wohl, dass es hier um basic human needs geht, also nicht um einen Begriff der Armut selbst, sondern eher um einen anthropologischen Begriff, was es bedeuten soll Mensch zu sein. Im Folgenden will ich gar nicht erst versuchen, einzelne Bedürfnisse zu hierarchisieren, wie z.B. persönliche Sicherheit, soziale Anerkennung menschlicher Würde, gegenseitige Verbundenheit, persönliche Handlungsautonomie, produktive Arbeit, gleichen Anspruch auf soziale Rechte, kulturelle Freiheit und Ähnliches mehr. In praktischer Sicht könnten diese teilweise Endziele einer gesamten sozialpolitischen und wirtschaftlichen Entwicklung sein, zum Teil könnten sie aber auch die erforderlichen Rahmenbedingungen einer umfassenden, also nicht nur rein ökonomisch definierten „Entwicklung“ darstellen.

Über diesen Umweg durch die Begriffswelt menschlicher Grundbedürfnisse kommen wir zurück auf die Frage, was Bedürftigkeit eigentlich heißen soll. Meine Antwort darauf ist, ganz schlicht und einfach, dass menschliche Bedürftigkeit immer dort besteht, wo irgend eines der genannten Grundbedürfnisse nicht eingelöst wird. Nun ist es aber auch der Fall, dass mangelnde Erfüllung von bestimmten Grundbedürfnissen oft gebündelt auftritt, so z.B., dass Wohnungsnot oder lange Arbeitslosigkeit zugleich mit dem Verlust sozialer Anerkennung, autonomen Handelns und im Falle von ausländischen Migranten und Migrantinnen oft auch mit dem Verlust von gleichen Rechtsansprüchen und kultureller Freiheit verbunden ist. Bei der Charakterisierung einzelner Personen sowie auch sozialer Gruppen kann natürlich das Zusammentreffen dieser traubenförmig gebündelten (clustered) Bedürfnisse, die dann die Betroffenen negativ stigmatisieren, ganz verschieden sein.

Nun muss man sich aber fragen, ob Bedürftigkeit in diesem erweiterten Sinn auch als sozialer Anspruch gelten kann – a social claim – oder weiter nichts mehr ist als die blinde Hoffnung, dass es einmal anders werden könnte oder zumindest sollte. Noch schlimmer wäre es, wenn man sich zuletzt selbst als Urheber dieser Bedürftigkeit anklagt. Hier ist die Schlüsselfrage, wer eigentlich für eine solche Bedürftigkeit verantwortlich ist: ob der Staat, die Kommune, die organisierte Zivilgesellschaft oder ganz einfach jeder Einzelne für sich allein. Für Anhänger des Neoliberalismus ist die Antwort ganz klar und deutlich: Jedermann ist für seine eigenen Lebensumstände selbst verantwortlich. Sind seine „Grundbedürfnisse“ nicht eingelöst, so hat er nur sich selbst zu beschuldigen. Sozialisten waren einmal anderer Meinung; sie behaupteten, dass menschliche Bedürftigkeit eine rein soziale Frage sei, also eine Frage menschlicher Solidarität, und

dass deren Bekämpfung eine staatliche Aufgabe sei. Manche denken auch heute noch so, obwohl einige von uns schon einmal die kalte Hand der Bürokratie erfahren haben, als unsere verschiedenen Lebenswelten in die Systemwelt des Staates eingeordnet wurden, ohne dass gewisse Grundbedürfnisse, wie z.B. persönliche Autonomie des Handelns oder Bewahrung menschlicher Würde, berücksichtigt wurden oder überhaupt in der Gedankenwelt der staatlichen Behörden auftauchten. So lebte man eben als ein untertäniges Subjekt und war noch für die magere Sicherheit, die einem zugesprochen wurde, dankbar. Die Chinesen nannten so etwas Ähnliches die „eiserne Reisschale.“ Eine selbständige Zivilgesellschaft war für diesen Fall nicht vorgesehen.

Nun ist aber die Frage, ob es zwischen Calvinistischer Selbstgeißelung und eiserner Reisschale noch eine dritte Möglichkeit gibt, die im Stande wäre, die Verantwortlichkeit für soziale Notstände anders zu verteilen. Um diese Frage zu beantworten, möchte ich Sie bitten, mit mir einen zweiten Umweg zu machen, der uns zuerst in das Dickicht der Lebenswelt oder, genauer gesagt, in die vielfältig gestalteten Lebenswelten der Stadt hineinführt.

Systemwelt und Lebenswelt, dieses, laut Habermas, sich anscheinend stets selbstbekämpfende Zwillingsspaar von Begriffen: einerseits die Welt der großen Ordnungen – der Ministerien, der Multinationalen, der Wissenschaft, der Technik, und, ja, auch der Stadtplanung –, das heißt also die Welt der Ratio; auf der andern Seite die bunte Welt des Alltags, die sich in den kleinen Räumen der Stadt abspielt – auf der Straße, in Nachbarschaftskneipen und anderen Lokalen der Geselligkeit, im Kleinhandel, in Wohnbauten, am Kinderspielfeld, in Kirchen, Tempeln, Moscheen und Synagogen. Im Grunde genommen ist die Lebenswelt das Terrain der Zivilgesellschaft, die sich ihr Leben in den Klein- und Kleinräumen der Stadt aufbaut und sich sträubt, von der sich immer weiter ausdehnenden Systemwelt „kolonisiert“ zu werden. Es ist dies die Welt des täglichen Kampfes um die persönliche Selbstbehauptung und der unmittelbaren menschlichen Beziehungen, die es uns erst ermöglichen, die Hindernisse, die uns immer wieder im Leben begegnen, zu bewältigen und unser Dasein so sinnvoll zu gestalten wie es eben geht. Besonders für unsere benachteiligten Mitbürger, wie z.B. ältere, gebrechliche Menschen, allein stehende Mütter mit Kleinkindern, Langzeit-Arbeitslose, Jugendliche ohne berufliche Aussichten, körperlich und geistig Behinderte, nicht deutsch sprechende Migrantinnen und Migranten, Obdachlose, Drogenabhängige und alle anderen sozial ausgeschlossenen Menschen, ist die Lebenswelt der Quartiere fast die einzige Welt, die sie kennen, und wo sie sich noch irgendwie geborgen fühlen. Aber diese ihre Welt ist, wie ihr eigenes Leben, eine tief verwundete, wenn nicht gänzlich zerstörte Welt, die sich nach Heilung sehnt.

Jene, denen sie begegnen, sind aber keine Heilsbringer, sondern Agenten der über ihnen aufgebauten Systemwelt, deren Aufgabe es ist, eine Ordnung eigener Art zu schaffen und damit zu verhindern, dass sich dieses „Chaos“ der Bedürftigkeit auch noch auf die umgebenden, schon brav geordneten und kolonisierten Lebensräume ausdehnt. Da begegnen sie Polizeibeamten, Bauinspektoren, den guten Leuten vom Sozialamt, die überall etwas nachzuspüren haben, den Abgesandten der Stadtentwicklungsorganisationen und Bodenspekulanten, den city planners, den Rattenfängern vom Gesundheitsamt, den Herren des Immigrationsdienstes, den uniformierten Boten der Heilsarmee, die es sowieso nicht fertig bringen die Stadt zu heilen, und jeder einzelne von ihnen ist ange-

strengt bemüht, seine schon programmatisch zugeschnittenen, monoton-funktionellen Aufgaben so effizient wie möglich zu verrichten. Und fast keiner nimmt das Notstandsquartier als eine, allerdings verwundete, aber immerhin noch vitalfähige Lebenswelt von zwischenmenschlichen Beziehungen wahr, und dann wundert man sich, warum sie, die Ordnungsschaffenden, dort nicht mit offenen Armen begrüßt werden, sondern immerzu auf Widerstand stoßen.

Dabei wäre noch zu bemerken, dass die zwei Welten sprachlich kaum im Stande sind, sich gegenseitig zu verständigen. Denn was hört man denn auf der Straße in den Nachbarschaften? Hier ein Getuschel auf Albanisch, dort ein paar Brocken Spanisch oder Türkisch, und überall ein Murmeln von afrikanischen, südasiatischen und chinesischen Dialekten. Und es brauchen gar nicht Ausländer zu sein, denn auch wenn man deutsch spricht, unterhalten sich die Nachbarn eben nicht auf Hochdeutsch über die Planungsvorhaben des Staates, sondern erzählen sich eher Berliner Geschichten von diesem oder jenem konkreten Fall, Geschichten, die viele von uns vielleicht als „nur dummes Geschwätz“ bezeichnen würden, als wollten wir sagen, dass wir's doch nicht so ernst nehmen, denn was weiß schon das Volk von den großen Stadtproblemen, die wir bewältigen müssen. Wir hingegen, die wir den mächtigen Organisationen der Systemwelt angehören, haben unsere eigene Art uns auszudrücken. Wir können Statistiken jeglicher Art zitieren und gehen mit Begriffen um wie Lebenswelt und postmodernity (ein dazwischen geschobenes englisches oder französisches Wort proklamiert ja einen gewissen Bildungsstand), ohne völlig in Verwirrung zu geraten. In solchen Fällen lässt sich ein „kommunikatives Handeln,“ das man möglicherweise zwischen Lebens- und Systemwelt einschalten könnte, schon rein sprachlich gesehen, schwer vorstellen. Da müssten erst Brücken gebaut werden.

Ich möchte Ihnen ein kleines Beispiel geben von dem, was ich hier meine. Der Standort ist Hongkong Island. Als ich vor wenigen Jahren an einem Sonntag dort war, um die Fähre nach Kowloon zu nehmen, bot sich mir ein erstaunlicher Anblick. Wohin immer ich schaute, in allen Passagen, auf den Straßen, Gehsteigen und öffentlichen Plätzen in der engeren Umgebung von Hongkong Central sah ich eine Menge junger Philippininnen, die sich dort versammelt hatten. Sie waren in kleine Gruppen aufgeteilt, saßen auf Decken, die sie schön ausgebreitet hatten, und taten nichts anderes, als sich Geschichten aus ihrem Leben zu erzählen, Briefe zu schreiben, hausgemachte Spezialgerichte miteinander zu teilen, ein bisschen Musik aus der Heimat zu spielen und zu tratschen und zu tratschen. Die Philippininnen – die meisten waren in privaten Haushalten als Dienstboten beschäftigt – kamen zu diesem wöchentlichen Rendezvous mit ihren Gefährtinnen aus allen Stadtteilen Hongkongs, es waren ihrer vielleicht an die Zehntausend, und die Regierung erlaubte dieses Zusammenkommen einer sonst territorial zerstreuten Lebenswelt – einer lebendigen sozialen Stadt mit ihrem eigenen Rhythmus innerhalb der Metropole – und sperrte an jedem Sonntagnachmittag Hongkong Central für den Lokalverkehr.

Der erfolgreiche Kampf der Philippininnen mit den damals in Hongkong regierenden Autoritäten um ihr „Recht zur Stadt“, in der berühmten Redewendung Henri Lefebvres, war schwer errungen gewesen. Man könnte nun sagen, dass das eben ein einzelner Fall war, und dass nichts daraus zu lernen sei. Dennoch meine ich, dass diese kleine Ge-

schichte uns recht viel zu lehren hat. Lassen Sie mich bitte die hauptsächlichen Ideen kurz zusammenfassen.

Der Kampf der Philippininnen um ihr „Recht zur Stadt“ in Hongkong war nicht allein nur das, sondern auch ein Kampf um ihre eigene Selbstbehauptung als ausländische Frauen in einer fremden Stadtregion, wo sie gewisse Mitbürgerrechte beanspruchten. Darüber hinaus war es ihr Kampf um das (nicht-materielle) Recht kultureller Freiheit und gegenseitiger Verbundenheit und damit zu ihrer eigentlichen Menschlichkeit. Wichtig für uns ist es zu bemerken, dass sie diesen Kampf – und es war ein tatsächlich jahrelanger Kampf – auf eigene Initiative unternahmen und damit ihrer Handlungsautonomie direkten Ausdruck gaben. In der Tat war ihr mutiges Unternehmen ein Versuch, ihre territorial völlig zerstreute Lebenswelt – etwa ihr transnationales Familienleben – irgendwie ganz zu machen, also zu heilen. Sie konnten den Schmerz der Einsamkeit und des Heimwehs durch ein solidarisches Handeln überwinden, indem sie verlangten, die kleinen öffentlichen Räume von Hongkong Central, einem winzigen Bruchteil der autonomen Region, wöchentlich ein paar Stunden für sich zu beanspruchen.

Wie jede andere Großstadt hat Hongkong natürlich Hunderte von solchen Lebenswelten. Manche von ihnen sind auf Kleinquartiere konzentriert, andere, wie die der Philippininnen, sind über ein kleineres oder größeres Territorium verstreut. Obzwar einige dieser Lebenswelten keine besonderen Probleme aufzeigen, sind andere im tiefsten Sinn verwundete Welten. Und so möchte ich nochmals zu meiner vorherigen Frage Stellung nehmen, wer denn eigentlich die Verantwortung für das Einlösen sozialer Grundrechte der lokalen Mitbürgerschaft tragen soll. Ich meinte, dass es vielleicht einen dritten Weg in der Aufteilung sozialer Verantwortlichkeit für die verwundete Stadt zwischen extrem individualistischen einerseits und kollektivistischen Ideologien andererseits gebe. Vier mögliche Akteure – Staat, Kommune, Zivilgesellschaft und der einzelne Mensch – müssen hier genannt werden. Ohne eine bestimmte Situation im Auge zu haben, ist es allerdings schwierig, eine nähere Antwort zu geben, denn Antworten müssen ja immer von konkreten Zusammenhängen bestimmt werden. Dennoch glaube ich, dass wir eine generelle Formel andeuten können, und zwar die, dass die soziale Verantwortung für Grundbedürfnisse auf alle vier Akteure fallen muss, obzwar nicht auf alle im gleichen Maße.

Einzelstehende können wenig, eigentlich gar nichts tun, um sich selbst zu heilen. Diese Art des Hyperindividualismus spricht dem Sozialen kurzweg alle Wirklichkeit ab, sodass zuletzt, wie es uns Thomas Hobbes lehrte, nichts anderes übrig bleibt als nackte Machtverhältnisse. Wie ich es am Beispiel der Philippininnen in Hongkong gezeigt habe, verlangt jede Heilungsaktion der Stadt ein mehr oder weniger aktives Mitwirken der Systemwelt des Staates. Ohne vorhergehende Selbstmobilisation der philippinischen Migrantinnen wäre es allerdings der Hongkonger Regierung nie eingefallen, etwas zu tun, um den mitbürgerlichen Ansprüchen ausländischer Arbeiterinnen gerecht zu werden, und noch weniger wäre sie auf die Idee gekommen, Hongkong Central als Treffpunkt für Abertausende von philippinischen Diensthelfern wöchentlich zu reservieren. In diesem Fall allerdings waren Staat und Kommune auf einen einzigen Nenner gebracht, ebenso wie der begriffliche Unterschied zwischen organisierter Zivilgesellschaft und persönlicher Handlung durch die kollektive Aktion der jungen Frauen aufgehoben wurde. Anderenorts aber könnten die vier genannten Akteure gesondert auftreten.

Viel hängt von der Kapazität der betroffenen Mitbürgerschaft zur Selbstorganisation ab, die mitunter gefördert werden muss, und zwar hauptsächlich durch die nicht-staatlichen Organisationen der so genannten Zivilgesellschaft. Und die Kommune müsste natürlich auch irgendwie daran beteiligt werden, sei es durch finanzielle und materielle Hilfsmittel sowie durch die offizielle Anerkennung der wichtigen Rolle, die lokale Bürgerorganisationen in der Stadtentwicklung spielen können. Zuletzt ist es natürlich der zentrale Staat, der dem ganzen Prozess eine gewisse Legitimität zusprechen muss durch die Bereitstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen, die alles andere erst ermöglichen.

Vor allem gilt es die vielfältigen Lebenswelten der Stadt zu erkennen und zu respektieren sowie – und das dürfen wir nicht vergessen – auch die materiellen und die nicht-materiellen Grundbedürfnisse, die zugleich Rechtsansprüche unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger sind, ernst zu nehmen. Lebenswelt und Systemwelt stehen sich nicht unbedingt feindlich gegenüber. Unter vielem anderen ist die Stadt auch ein dichtes Netz zwischenmenschlicher Beziehungen. Solange dieses Wort richtig verstanden wird und das Prinzip des Dialogs und des kommunikativen Handelns eingesetzt wird, dürfte es möglich sein, selbst tief verwundete Städte wieder heil zu machen.

5

Stärken und Potenziale der Stadtteile: Lokale Ökonomie

Podiumsdiskussion

Moderation:

Prof. Urs Kohlbrenner

Institut für Stadt- und Regionalplanung, TUBerlin

Auf dem Podium:

Dieter Begaß,

Fachbereich Wirtschaftsförderung/Europäische Angelegenheiten der Stadt Aachen

Dr. Rolf-Peter Löhr,

Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

Gabriela Pohle,

Stadtteilmanagement, Kommunale Arbeitsförderung Kassel gGmbH, Kassel-Nordstadt

Sahinder Öztürk,

Geschäftsmann, Berlin-Kreuzberg

Diana Stuhr,

bsw – Bildungswerk der sächsischen Wirtschaft, Leipzig



Stärken und Potenziale der Stadtteile: Lokale Ökonomie

Podiumsdiskussion

Prof. Urs Kohlbrenner

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zu unserer Podiumsdiskussion mit dem Thema „Stärken und Potenziale der Stadtteile: Lokale Ökonomie“. Die Podiumsteilnehmer arbeiten genau an der Nahtstelle zwischen dem System und den Menschen, die versuchen, ihre eigene Lebenswelt zu organisieren. Ich denke, dass das eine ganz schwierige Aufgabe ist und für die meisten oder für alle von uns auch eine ganz neue Herausforderung. Als erstes jedoch werden sich die Einzelnen kurz vorstellen.

Diana Stuhr

Mein Name ist Diana Stuhr, ich komme aus Leipzig und bin verantwortlich für die Beschäftigungsentwicklung im Rahmen des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt und bin angestellt beim Bildungswerk der sächsischen Wirtschaft e.V.

Sahinder Öztürk

Mein Name ist Sahinder Öztürk, ich komme aus Berlin-Kreuzberg, Kottbusser Tor, und bin Geschäftsmann.

Dr. Rolf-Peter Löhr

Mein Name ist Rolf-Peter Löhr, ich bin stellvertretender Leiter des Deutschen Instituts für Urbanistik und beteiligt an der Begleitung des Programms Soziale Stadt durch das Institut.

Gabriela Pohle

Guten Tag, mein Name ist Gabriela Pohle, ich komme aus Kassel, Standort Soziale Stadt, und bin dort die Stadtteilmanagerin.

Dieter Begaß

Mein Name ist Dieter Begaß, ich bin Mitarbeiter der Aachener Wirtschaftsförderung und teile mir mit einer Kollegin die Projektleitung für das Thema Stadtteilerneuerung.

Prof. Urs Kohlbrenner

Urs Kohlbrenner, seit 30 Jahren mit einem privaten Büro im Bereich Stadterneuerung tätig. Und seit einigen Jahren vertrete ich am Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin das Fachgebiet Stadterneuerung. Ich bin als Ersatzmann für Herrn Staatssekretär Strauch eingesprungen, der aufgrund der nicht enden wollenden Berliner Haushaltsberatungen leider heute nicht teilnehmen kann.



Was wollen wir tun? Wir haben knapp anderthalb Stunden zur Verfügung für ein Thema, das in der Vergangenheit von zwei Seiten her wenig Beachtung gefunden hat. Weder hat die Wirtschaftsförderung sich des Themas der kleinen ansässigen Betriebe vor Ort und der dortigen Entwicklungsmöglichkeiten in der Vergangenheit intensiv angenommen, noch hat im Rahmen der Städtebauförderung, der Sanierung das Thema Arbeit eine zentrale Rolle gespielt. Die Überlegungen haben sich dort im Wesentlichen auf Infrastruktur, vielleicht noch auf Verkehr und Einzelhandel konzentriert.

Ich möchte gerne all denen, die in dem Feld tätig sind, Mut machen. Wir möchten gerne ein bisschen über die fachlichen Anforderungen, die zu erwarten sind, die nötig sind, reden. Und wir möchten vielleicht den einen oder anderen Punkt benennen, bei dem es strukturelle Defizite gibt, die heute schon erkennbar sind. Wir haben uns dazu einige kleine Gesprächsrunden ausgedacht. Aber zur Einstimmung zeigen wir Ihnen zunächst einen kleinen Film aus Kassel, in dem in fünf Minuten gezeigt wird, was es dort bereits an praktischen Erfahrungen gibt. Film ab.

Ich denke, der Film hat schon deutlich gemacht, mit welcher Bandbreite an Aufgaben fachlicher Art, aber auch kultureller, sozialer Art man es zu tun hat, wenn man sich auf das Thema einlässt. Frau Pohle, Sie sind nun die ersten Schritte in den letzten Monaten in Kassel gegangen. War das eigentlich von vornherein klar, dass das Thema Arbeit eine zentrale Rolle im Rahmen des Quartiersmanagements spielen würde?

Gabriele Pohle



Ich selber habe diesen Schwerpunkt unseres Projektes, des Deutschland-Projektes, gesetzt – am Anfang war mehr die Beschäftigungsförderung. Das Projekt ist ja auch im Dezernat für Arbeitsförderung, Frauen, Soziales und Gesundheit entstanden. Dort ist unser Projekt entwickelt worden. Und das Gebiet oder der Schwerpunkt Lokalökonomie war damals noch nicht sichtbar. Als ich das Management übernommen habe, waren Lokalökonomie oder lokale Wirtschaftsförderung durchaus schon Thema. Als Modellstandort Kassel sind wir durch die Programmbegleitung-vor-Ort begleitet und unterstützt worden, vor allen Dingen mit dem Schwerpunkt Lokalökonomie. Und ich denke, das war für uns am Standort Kassel maßgeblich für die Fortschritte, die wir jetzt gemacht haben in diese Richtung. Im Rahmen der Erhebungsphase dieser Programmbegleitung haben zwei

Stadtteilgespräche mit Unternehmen in der Nordstadt stattgefunden. Das war sozusagen der erste gezielte Kontakt mit Unternehmen im Rahmen des Nordstadt-Projektes. Es konnten auch die ersten Kontakte geknüpft werden mit der Wirtschaftsförderung, mit der Industrie- und Handelskammer, mit der Sparkasse vor Ort, so dass einfach zum ersten Mal auch diese Pole zusammentrafen: die lokale Ökonomie, die es ja auch in der Nordstadt gibt, und andere Institutionen aus der Wirtschaftsförderung. Und durch diese ersten

Kontakte und durch diese Sensibilisierung für dieses Thema konnten dann auch die nächsten Schritte getan werden. Und die nächsten Schritte ergaben sich aus den Bedürfnissen, die diese Unternehmer geschildert haben, und aus den Problemen, die sie in dieser kleinteiligen Struktur in der Nordstadt haben.

Aufgrund dieser Analyse, die gemeinsam mit den Unternehmen stattgefunden hat, aufgrund dieser Gespräche sind 60 Unternehmen und Institutionen zu beiden Gesprächen erschienen, das heißt, es hat auch eine Resonanz gegeben, fand dann als Folgeveranstaltung eine Konferenz zum Thema „Lokale Ökonomie – Lokale Wirtschaftsförderung in der Nordstadt“ statt. Und wieder kamen über 100 Beteiligte und haben diese Chance genutzt, sich auszutauschen und in Kontakt zu treten, wieder Wirtschaftsförderung und Unternehmen, die bisher diesen Zugang zu der Wirtschaftsförderung nicht hatten, weil einfach die ganz normale Wirtschaftsförderung, wie sie arbeitet, wie die Institutionen arbeiten, so nicht in Kontakt kommt mit den Migrantenbetrieben, vor allen Dingen in der Nordstadt. Und auf dieser Themenkonferenz gab es Beispiele von anderen Standorten, was es schon gibt an Projekten und an Einrichtung, an Beratung. Es kam heraus, da waren sich alle einig, Wirtschaftsförderung wie auch die Unternehmen, dass die Beratung vor Ort angeboten werden muss, einfach um den Zugang zu finden zu den Migranten, die einfach einen anderen Zugang haben und die man anders „greifen“ und erwischen muss. Und das war in dieser Vorlaufphase das Ergebnis, dass alle an einem Tisch sitzen und sich alle einig sind und auch schon ein Konzept erarbeitet haben, wie so eine Beratung vor Ort mit den Unternehmen in der Nordstadt aussehen kann. Es gibt also eine Bereitschaft, es gibt eine Einsicht auch von Seiten der Migrantenökonomie in der Nordstadt.

Prof. Urs Kohlbrenner

Sie sagen, es gibt eine Bereitschaft und es gibt eine Einsicht. Gibt es auch eine Notwendigkeit?

Gabriela Pohle

Die Notwendigkeit gibt es. Wir haben zwar schon eine breite Palette an Angeboten von Wirtschaftsbetrieben, also gerade auch Gastronomiebetrieben, Handwerksbetrieben, immer mehr Dienstleistungsbetrieben. Aber oft sind gerade die Migrantenunternehmen ganz kleine Unternehmen und nicht sehr innovativ und wissen nicht so genau, wie kann man hier sein Geschäft erweitern, wie kann ich Ausbildungsplätze schaffen, was brauche ich dafür. Da ist einfach ein eigener Beratungsbedarf vorhanden. Und leider gehen dadurch auch Betriebe wieder zugrunde, weil sie einfach nicht genau wissen, wie sie mit den Bedingungen in dieser Stadt, auch in Kassel, in Deutschland, umgehen sollen und auch den Kontakt zu den Stellen nicht haben, wo bekomme ich Beratung, wo hilft man mir, wo kann ich Förderung bekommen, kann ich überhaupt Förderung kriegen. Und da ist ein Bedarf. Und das sehen wir leider auch daran, dass immer wieder Geschäfte schließen und nicht lange Zeit durchhalten.

Prof. Urs Kohlbrenner

Wir haben jetzt gehört, es gibt einen Bedarf und es braucht Beratung. Frau Stuhr, wenn man beraten will, dann muss man ja auch über einige Grundlagen verfügen, damit man überhaupt beraten kann. Sie arbeiten in Leipzig. Ist es selbstverständlich, dass die notwendigen Unterlagen, um diese Beratung durchzuführen, vorhanden sind, oder hat sich, wie Frau Pohle gesagt hat, die Wirtschaftsförderung in der Regel ja nur mit größeren Unternehmen beschäftigt und verfügt möglicherweise gar nicht über die Kenntnisse, die man braucht, um kleine, mittlere Unternehmen vor Ort beraten zu können? Was haben Sie da für Erfahrungen gemacht?

Diana Stuhr



Unsere Erfahrungen speziell aus Leipzig sind, das hab ich auch von Kollegen schon erfahren, dass oftmals die lokale Struktur der Wirtschaft gar nicht so richtig erkannt wurde. Das heißt, wir haben in Leipzig angefangen, eine richtige Analyse zu machen, was für Unternehmen wir vor Ort haben, welche Sozialstruktur die haben, welche Wirtschaftsstruktur sie haben, wie das überhaupt mit Kenntnissen im Bereich Marketing, Dienstleistung aussieht, welche Zielgruppenvorstellungen die Unternehmen haben. Und wir haben erkannt, dass dadurch relativ unterschiedliche Vorstellungen über Realität, Praxis und wie es sein sollte herrschen. Wichtig ist aufgrund dieser Untersuchung, dass man die Bedarfe der Unternehmen analysiert, dass man die Unternehmen fragt, wie sie sich ihre Zukunft in den Stadtteilen vorstellen, und dass von der Stadtverwaltung, vom

Amt für Wirtschaftsförderung auch nicht einfach Entscheidungen über die Köpfe der Unternehmen hinweg getroffen werden. Also wichtig, denke ich, ist, dass die Unternehmen eine Hilfe zur Selbsthilfe bekommen, dass sie selber entscheiden können.

Ziel des Projektes Soziale Stadt ist ja auch das Entstehen von Arbeitsplätzen. Und Arbeitsplätze können Unternehmen nicht aufgezwungen werden. Arbeitsplätze entstehen nur, wenn die Wirtschaft funktioniert, wenn die Unternehmen stark genug sind und wenn sie über die betriebswirtschaftliche Voraussetzung verfügen, was in den vielen kleinen Unternehmen nicht der Fall ist. Wir haben eine Unternehmensstruktur im Leipziger Osten, die überwiegend aus kleinen Einzelhändlern und Dienstleistungsunternehmen besteht. Und viele dieser Unternehmen kämpfen täglich ums Überleben. Und für diese Unternehmen muss einfach ein aktives Beratungsangebot realisiert werden.

Prof. Urs Kohlbrenner

Erzählen Ihnen denn die Unternehmer ihre Sorgen, oder wie schafft man es, dass man die Informationen, die man braucht, vor Ort auch tatsächlich bekommt?

Diana Stuhr

Das schafft man mit sehr viel Zeit, sehr viel Geduld. Das schafft man durch permanente Kontakte mit den Unternehmen. Ich war selber überrascht, wir haben jetzt eine Befragung von 100 Unternehmen abgeschlossen mit einem jeweils einstündigen persönlichen Interview, wie offen die Unternehmen einem nach zwei Jahren gegenüber treten, dass man Dinge erfährt, die sie am Anfang nicht preisgegeben haben. Aber es gibt immer noch Unternehmen, wo dieses Vertrauen noch nicht so realisiert ist. Das ist ein schwerer Schritt, dass die Unternehmen wirklich Dinge von sich preisgeben und selber eingestehen, dass sie noch Schwächen haben, dass sie betriebswirtschaftlich wirklich Probleme haben, dass sie Probleme haben mit der Lohnabrechnung und dass sie halt niemanden einstellen. Ich denke, das ist ein weiter Weg, bis es selbstverständlich wird, da ist jemand vor Ort, dem kann ich meine Probleme erzählen, der hilft mir weiter.

Prof. Urs Kohlbrenner

Also ist das Vertrauen bilden vor Ort, das Zeit haben, sich auf die spezifischen Fragestellungen einlassen, wenn ich das richtig verstehe, eine sehr zeitaufwändige und nicht unbedingt eine von kurzfristigen Erfolgen gekrönte Notwendigkeit, wenn man etwas bewegen möchte. Ich möchte Herrn Begaß fragen: Nun hat man das Vertrauen, nun hat man die Information, in welche Richtung berät man dann? Wir gehen jetzt ganz schrittweise, ganz simpel hier auf dem Podium vor, aber in Wirklichkeit ist es sicher komplizierter. Aber Sie haben ja auch den Sonderfall, dass bei Ihnen das Quartiersmanagement bei der Wirtschaftsförderung angesiedelt ist. Deshalb haben wir gedacht, eigentlich müssen Sie dann auch der kompetente Mann sein, der sagt, in welche Richtung man die Unternehmen berät.

Dieter Begaß

Ob ich da so kompetent bin, weiß ich natürlich nicht. Wir haben auch ein kleines Arbeitsteam, bestehend aus der Kollegin des Planungsamtes, der Wirtschaftsförderung und dann eben zwei Quartiermanager in den Stadtteilbüros. Und ich glaube, ganz wesentlich ist, was heute Morgen auch schon gesagt wurde, dass man in die Bestands- und in die Bedarfsanalyse einsteigen muss. Das wird in vielen Fällen schon mal gar nicht gemacht, in anderen aber dann doch. Ich glaube, dass es dieses Prinzip gibt: Auf Ursachen folgen Gegenmaßnahmen. Wenn man das mal auf die Realität anwendet, dann stellt man ja fest, dass die Folgen doch relativ schnell von den Betroffenen vor Ort genannt werden. Und es hat vielfach damit zu tun, dass man als Mensch gerne und auch schnell in der Lage ist, zu meckern, sich über kritische, negative Dinge zu äußern. Die Ermittlung der Ursachen kann man entweder mit eigenen Datenmaterialien durchführen oder man beauftragt einen Gutachter.

Schwierig und spannend wird es aus meiner Sicht und aus meinen Erfahrungen bei den Gegenmaßnahmen. Die müssen erst mal entwickelt werden. Und wenn die so entwickelt werden sollen, dass nicht wir als Stadtverwaltung, als Wirtschaftsförderung sie vorgeben, sondern dass die Leute vor Ort sie auch wirklich mitleben und tatsächlich umsetzen, dann stellen wir in vielen Fällen fest, dass diejenigen, die vorher gemeckert haben, nicht mehr da sind, um gemeinsam mitzuarbeiten. Das ist die spannende Frage: Wie gewinne ich die, wenn ich den Vertrauensprozess schon mal eröffnet habe, dafür dann auch wirklich aktiv mitzuarbeiten?

Was tun wir in Aachen? Wir haben natürlich auch immer im Hinterkopf, dass auf Ursachen Gegenmaßnahmen folgen, haben uns aber selber in Anbetracht der Vielzahl von Einzelproblemen, von Einzelprojekten, die durchgeführt werden, selber ein Stück weit an die Hand genommen und gesagt, dass wir Schwerpunkte bilden müssen, Schwerpunkte, um uns selber auf Linie zu bringen. Wir können nicht alles und jedes und wir wollen auch gar nicht alles und jedes selber machen.

Ein Schwerpunkt, den wir herausgebildet haben, ist, bestehende Strukturen zu stärken. Zu diesen bestehenden Strukturen gehört in unserem Stadtteil definitiv der Einzelhandel, der sich aber in einem kontinuierlichen Destabilisierungsprozess befindet. Hier müssen Maßnahmen ergriffen werden. Wir sind dies gemeinsam mit der Aachener Hochschule angegangen und haben auch hinsichtlich der Einzelhändler, die wir zu Beginn zusammenbringen konnten, dafür Sorge getragen, dass die sich eingebracht haben, dass die gesagt haben, wo der Schuh drückt, was sie für Maßnahmen und Ideen entwickeln wollen, um dagegen anzugehen. Wir sind jetzt mittlerweile bei einem Schritt, dass die Einzelhändler, die vorher Individuen waren, jeder hat für sich gedacht, sich schon vernetzt haben, sich zusammengetan haben.

Wir verstehen uns nicht als diejenigen, die diesen gesamten Prozess durchführen und leiten, sondern wir verstehen uns als diejenigen, die Hilfe zur Selbsthilfe geben. Wir steuern ein Stück weit schon, aber bieten im Wesentlichen finanzielle Möglichkeiten, damit die Einzelhändler Maßnahmen selber entwickeln und auch umsetzen können. Das sind Maßnahmen, wie, das werden Sie alle kennen, eine gemeinsame Marketingveranstaltung, das sind Maßnahmen, wo wir als Stadt dann auch wieder gefragt sind, z.B. bei der Verschönerung und Attraktivierung der Einkaufsstraßen, bei der Vernetzung der räumlichen Strukturen. Aber wir sind mittlerweile auch so weit, dass sich verschiedene Einzelhändler und auch Hauseigentümer zusammengetan haben. Das Interessante dabei ist, dass das nicht nur Deutsche, sondern auch türkische Geschäftsleute sind. Die haben einen Immobilienfonds gegründet, haben dort ihre Geldmittel zusammengetan und sind momentan dabei, einzelne Gebäude, einzelne Immobilien in diesem Stadtteil aufzukaufen, um sie zu sanieren, um aber auch dafür Sorge zu tragen, dass größere Ladeneinheiten geschaffen werden können, um dort dann auch wieder neue Unternehmen, neue Geschäfte ansiedeln zu können. Ein ganz spannender Prozess, der natürlich jetzt immer noch ein Stück weit in den Kinderschuhen steckt, aber der aus meiner Sicht sehr stark von den Händlern vor Ort selber durchgeführt wird.

Prof. Urs Kohlbrenner

Schönen Dank, Herr Begaß. Ich glaube, bei Ihnen ist es auch jetzt noch mal deutlich geworden, dass es sich bei lokaler Ökonomie nicht um irgendwelche Müslibetriebe handelt oder um eine Alternativszene, sondern um Betriebe, die Potenziale haben im Kreislauf der Wirtschaft und der Wertschöpfung. Herr Läpple hat ja in seiner Studie in Hamburg gezeigt, dass gerade in den Betrieben, die Produktion, Dienstleistungen für Quartiere, für Stadtquartiere anbieten, ein enormes Wachstumspotenzial liegt. Das ist etwas, was man immer gerne vergisst, wenn man sich wesentlich auf das Thema der neuen Technologien und der exportorientierten Wirtschaftsaspekte konzentriert.

Herr Öztürk, Sie sind ein Betroffener. In einem Gebiet, wo es Quartiersmanagement gibt, haben Sie Ihr eigenes Unternehmen. Wie erleben Sie denn diese Aktivitäten, die ja, wenn man so will, mindestens in Teilen von oben oder von außen kommen? Ist das für Sie eine Unterstützung, ein Problem? Was würden Sie aus Ihren Erfahrungen hier gerne einbringen wollen?

Sahinder Öztürk



Wir haben vor ca. drei Jahren, als das Quartiersmanagement angesiedelt wurde, in unserem Quartier einige Probleme gehabt. Es gibt dort viele kleine Betriebe. Und es ist eine Vertrauenssache gewesen, weil die meisten Leute sich gar nicht getraut haben, ihre Sorgen und ihre Entwicklung den Ämtern oder den zuständigen Stellen weiterzugeben. Als der Quartiermanager bei uns ankam, wurde nach einiger Zeit eine Vertrauensbasis aufgebaut. Und auf dieser Basis haben wir Geschäftsleute im Quartier uns zusammengetan und eine Interessengemeinschaft gegründet, weil wir der Meinung waren, wenn wir zusammenhalten, füreinander leben, dann können wir bessere Projekte entwickeln, um das Quartiersmanagement bzw. die wirtschaftliche Lage zu verbessern. Verbessern heißt, wir müssten eigentlich Kundschaft von außerhalb des Bezirkes anlocken,

damit wir dann wirtschaftlich besserstehen. Und mit diesem Ziel haben wir dann einige Projekte entwickelt und die Unterstützung des Quartiersmanagements bekommen. Es sind auch große Betriebe bei uns angesiedelt, Banken, Bibliotheken, Museen, die wir dann nutzen können, um eine bessere wirtschaftliche Situation zu schaffen.

Wir haben die ganze Entwicklung hautnah erlebt. Aber ich denke, es könnte vieles mehr gemacht werden in den Ämtern oder den jeweiligen Behörden, wo alles theoretisch geplant und für die Umsetzung vorbereitet wird. Ich aber bin der Meinung, man sollte das anders angehen, sich an Geschäftsleute, an Anwohner, an das Quartier wenden und gemeinsam ein Konzept entwickeln und die Ideen und Vorstellungen der Bewohner und Geschäftsleute dort einbinden. Ich denke, es könnte wirtschaftlich und auch sozial besser ankommen, wenn man gemeinsam ein Konzept entwickelt, statt auf den Tisch zu hauen und zu sagen, das muss so und so aussehen. Wir erleben das, wie gesagt, tagtäglich hautnah. Und wir haben auch einige Probleme in unserem Quartier, die wir lösen müssen. Es sind auch Geschäftsleute, die dann immer wieder mal Ideen haben, aber

nicht in der Lage sind, sie individuell zu realisieren. Bei dieser Realisierung von Ideen bzw. von Konzepten, da brauchen wir dann natürlich Hilfe von zuständigen Behörden und der Politik. Wir wollen, dass die Leute mit uns dann im Quartier kooperieren.

Natürlich veranstalten wir auch Straßenfeste. Wir haben im Quartier letztes Jahr eine Existenzgründergalerie für junge Leute gegründet, die sich eine Existenz – hauptsächlich in der Dienstleistungsbranche – aufbauen und Unterstützung bekommen wollen. Das ist ein Gemeinschaftsbüro, da wird unternehmerische Beratung angeboten und auch zu Fördermitteln beraten, vor allem für Migranten und Migrantinnen. Es gibt ja Kommunikationsschwierigkeiten bei den Migranten, die sich dann weniger trauen, sich an der Öffentlichkeit zu wenden, um sich über Selbstständigkeit zu informieren. Dabei unterstützen wir die dann voll. Wir haben in diese Richtung ein Konzept entwickelt, vor allem an Migranten heranzutreten, die sich selbstständig machen wollen, aber sich mit den Gesetzen und der Bürokratie in Deutschland bzw. in Berlin nicht so gut auskennen. Ebenso angesprochen sind Geschäftsleute, die ihren Betrieb vergrößern wollen, die aber wenig Erfahrung mit der Bürokratie und der Branche haben.

Prof. Urs Kohlbrenner

Das, finde ich, klingt aus einem ganz bestimmten Grund ganz faszinierend. Und dazu wollte ich noch eine kleine Anmerkung machen. In Veranstaltungen mit der Industrie- und Handelskammer, die ich zum Teil mitbetreut habe und wo es um die Darstellung der Interessen der Unternehmen geht, haben wir regelmäßig eine relative Pleite erlebt, weil nämlich Unternehmer in der Regel über ihre Unternehmen und ihre Ziele gar nicht gerne öffentlich reden. Zweitens reden sie schon gar nicht über Themen, die sie nur am Rand tangieren, weil sie da möglicherweise die fachliche Kompetenz, die sie immer an den Tag legen, nicht haben. Das heißt, es kommt kaum ein Dialog auf der Ebene zustande. Und da scheint mir doch auf Quartiersebene eine ganz andere Offenheit und eine Bereitschaft zu sein, offensichtlich, weil man sehr viel mehr aufeinander angewiesen ist. Ich wage fast die These, vielleicht sind Quartiere so was wie große Unternehmen mit vielen kleinen Geschäften und selbstständig handelnden Akteuren.

Sahinder Öztürk

Ja, so sehe ich die Sache auch. Und ich denke, es sollte noch einiges mehr getan werden, vor allem in unserem Quartier, es ist wirtschaftlich wirklich nicht in der besten Lage, und es gibt viele Geschäfte, kleine Geschäfte, alle Branchen sind vertreten. Wir wollen ja das Beste daraus machen. Dieses Vertrauen spielt eine große Rolle, dass die Leute über ihre Betriebe bzw. deren Daten, über ihre Schwächen reden wollen. Wir sind über diesen Punkt hinaus: Bei uns ist diese Vertrauensbasis schon vorhanden und wir können schon offen miteinander reden, wo unsere Schwächen liegen. Was Sie eben gerade erwähnt haben mit der IHK, solche Veranstaltungen werden bei uns im Quartier kaum gemacht bzw. die Geschäftsleute bei uns kaum eingeladen. Und das ist eine große Schwäche. Wir wollen einfach mitreden.

Prof. Urs Kohlbrenner

Schönen Dank. Damit ist unsere erste Analyserunde beendet. Wir wollen nun ein kleines Zwischenfazit ziehen und bitten den Wissenschaftler auf dem Podium, aus den verschiedenen Statements ein Ergebnis abzuleiten und dies rückzukoppeln mit den Erfahrungen, die Sie in anderen Gebieten ja bereits gesammelt haben. Herr Löhr.

Dr. Rolf-Peter Löhr



Bei den Beiträgen auf dem Podium ist mir aufgefallen, dass das Thema „Städtebau“ oder „Städtebauförderung“ gar keine Rolle gespielt hat. Es geht darum, das ist auch der Anlass des Programms Soziale Stadt, eine soziale und ökonomische Entwicklung in den Programmgebieten anzustoßen. Diese Anstoßfunktion erfüllt das Programm, doch der Bereich lokale Ökonomie ist dabei einer derjenigen, wo das aus mehreren Gründen, die heute hier auch sehr deutlich geworden sind, sehr schwierig ist: Zum Teil wird gesagt, lokale Ökonomie ist etwas Kleines, das uninteressant ist, das nur in einem kleinen Zirkel stattfindet und wo es sozusagen lokale Tauschringe gibt und so etwas. Das bringt ja nichts. Wir haben aber gestern schon von Herrn Wiesehügel gehört, dass es gar nicht nur um die ganz großen Probleme geht. Daher möchte ich deutlich machen, dass es auch um die großen Probleme geht. Denn man kann allein auf der Quartiersebene die Ursachen und Folgen des wirtschaftlichen Strukturwandels, der Arbeitslosigkeit nicht lösen. Aber gleichzeitig muss man diese Fragen auch auf der Quartiersebene angehen, weil es eine Reihe von Problemen gibt, die man nur auf der Quartiersebene lösen kann und die man dort lösen muss. Man kann also sagen, es ist ein Mehrebenenansatz erforderlich: Es muss die große Politik auf der Ebene der Stadt, des Landes und der Bundesrepublik aktiv sein, aber eben auch auf der Ebene des Quartiers. Dazu gibt es keine Alternative, hier muss parallel gehandelt werden. Das Nächste ist, dass lokale Ökonomie ein Handlungsfeld ist, das für die Städtebauer neu und schwierig ist. Wir haben zu Beginn des Programms eine Umfrage in allen Programmgebieten durchgeführt, in der nach Problemen und Potenzialen gefragt worden ist und nach Lösungsansätzen und Zielen. In fast allen Gebieten wurde geantwortet, dass ein großes Problem die lokale Ökonomie ist. Dabei werden von den Betrieben her, von den Bewohnerinnen und Bewohnern durchaus auch Potenziale gesehen. Aber die möglichen Ansatzpunkte sind unklar. Das wurde dadurch deutlich, dass bei den Zielen und bei den Maßnahmen nur ganz wenige benannt wurden, die sich auf die Entwicklung einer lokalen Ökonomie bezogen. Das heißt, hier wird gesehen, dass ein Handlungsbedarf feststeht, aber man weiß nicht, was genau getan werden kann und muss. Aber das Nachdenken darüber ist etwas, das das Programm angestoßen hat. Alle Beteiligten müssen lernen, dass hier nicht die Städtebauförderung alleine agieren kann, sondern dass es dazu der Hilfe der Wirtschaftsförderung bedarf, wie dies etwa in Aachen, aber auch in Kassel der Fall ist. Diese Zusammenarbeit ist ganz notwendig, aber auch sehr schwierig.

Eine weitere Schwierigkeit ist, und auch hierzu gibt es einen Anstoß durch das Programm Soziale Stadt, dass es nicht sinnvoll ist, etwas über die Köpfe der Menschen hinweg zu unternehmen, sondern dass nur mit ihnen zusammen ein Erfolg erreicht werden

kann. Das hat Herr Öztürk gerade sehr deutlich gemacht und es trat auch in den Analysen aus Leipzig und Kassel sehr deutlich hervor: Wir müssen überhaupt erst einmal wissen, was an Potenzial wirklich genau da ist, um auf die Bedarfe und auf die Möglichkeiten eingehen zu können. Dann muss mit den Potenzialträgern, das heißt den Unternehmen, den Beschäftigten, den Arbeitsuchenden im Gebiet zusammen nachfrageorientiert eine Hilfe zur Selbsthilfe entwickelt und nicht eine fertige Lösung von oben oktroyiert werden. Das alles kostet Zeit, das kostet auch neues Wissen, das in den Stadtverwaltungen oder bei Kooperationspartnern aus der Wirtschaft wie in Leipzig aufgebaut werden muss, Kooperationswissen, aber auch das nötige Wissen für eine fachliche Beratung der Unternehmen oder Unternehmensgründerinnen und -gründer. Die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Wirtschaft, wo dieses Wissen vorhanden ist und vermittelt werden kann, also eine breite Vernetzung in Bereiche hinein, die nicht typisch städtebaulich im klassischen Sinne sind, ist hier notwendig.

Wenn man den Anspruch, den das Programm hat, eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, das heißt eine Entwicklung, die nicht auf öffentliche Subventionierung auf Dauer angelegt ist, dann geht dies nur durch eine vielfältige und die örtliche Wirtschaft einbeziehende Aktivität. Das erfordert Zeit und Umdenken, das kostet auch Geld; aber dafür ist das Geld aus dem Programm Soziale Stadt ja da. Wir hoffen alle, dass dieses Programm, wie es beabsichtigt ist, noch lange fortgeführt wird, denn solche Kooperationsstrukturen und das Vertrauen darin müssen neu aufgebaut werden. Wie unsere erste Umfrage zeigt, ist hier in vielen Städten noch sehr viel zu tun. Ich hoffe sehr, dass wir auch mit dieser Tagung hierbei einen Schritt weiterkommen. Bei unserer zweiten Umfrage, die jetzt in der zweiten Jahreshälfte laufen wird, werden wir sehen, ob sich hier und wo sich hier etwas getan hat.

Prof. Urs Kohlbrenner

Zunächst mal schönen Dank. Damit hätten wir die erste Runde mit einer Analyse und einer Zusammenfassung des Sachstandes beendet. Und zur Einstimmung auf unsere zweite Runde, in der wir dann über Probleme und Anforderungen an die Zukunft noch mal konkret einsteigen wollen, den zweiten Film, diesmal das Beispiel „Leipziger Osten“. Film ab.

Frau Stuhr, vielleicht noch ein kleiner Kommentar zu dem Film? Aber vor allem natürlich an Sie die Frage, wo sehen Sie Defizite, die abgebaut werden müssen, wenn man die Arbeit, die Sie begonnen haben, qualifizierter fortführen will?

Diana Stuhr

Die Defizite sind im Leipziger Osten zurzeit vor allem in der Wirtschaftsstruktur erkennbar, weil wir das Problem haben, dass wir Unternehmen haben, die Hilfe brauchen zum unternehmerischen Handeln, zum unternehmerischen Agieren. Wir haben z.B. ein Projekt entwickelt und es gerade zum Abschluss gebracht, das heißt „Qualifizierung und Arbeit statt Sozialhilfe“ für Sozialhilfeempfänger nach dem Chemnitzer Modell, wo wir vor einem Jahr über geförderte Arbeitsplätze Sozialhilfeempfänger auf dem ersten Arbeitsmarkt in die Unternehmen integriert haben. Das heißt, wir hatten bei diesem Pro-

jekt nicht nur das Problem, dass bei den Teilnehmern des Projektes, den Sozialhilfeempfängern, die Schlüsselqualifikationen gefehlt haben, dass die Leute wieder lernen mussten, pünktlich auf Arbeit zu kommen, dass man seinen Arbeitgeber nicht bestiehlt und andere Verhaltensverweisen. Wir haben aber auch gelernt, dass die Unternehmen an sich betreut werden mussten, dass die Unternehmen Defizite im Personalmanagement hatten, dass wir den Unternehmen erklären mussten, wie funktioniert eine Lohnabrechnung, wie gehe ich mit dieser zusätzlichen Arbeitskraft um, wie löse ich auch zwischenmenschliche Konflikte.

Ich denke, dadurch sind ganz neue Handlungsfelder entstanden – und zwar auch unabhängig davon, dass lokale Beschäftigung sich in vielen Bereichen nur auf die Arbeitnehmerseite konzentriert. In vielen Städten sieht es so aus, dass lokale Beschäftigungsentwicklung in klassischen Qualifizierungsmaßnahmen endet, wo Teilnehmer geschult werden, und zwar in Berufen, die nicht den Anforderungen der Wirtschaft gerecht werden. Das heißt, es werden Pflegekräfte ausgebildet, Hauswirtschaftler, Sachbearbeiter, aber das Personal, das die Wirtschaft an sich gefördert haben möchte, diese Qualifikationen, die fehlen teilweise. Wir haben jetzt die Unternehmen gefragt, was möchtet ihr, was verlangt ihr von euren Arbeitnehmern? Wir versuchen, im Rahmen der Sozialen Stadt auf die Bedürfnisse der Unternehmen einzugehen. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Punkt, dass man mit den Unternehmen redet, dass man sie fragt, was braucht ihr überhaupt, und dass man nicht über die Köpfe der Unternehmer hinweg versucht, ihnen Menschen aufzuzwingen, wenn man sagt, wir haben diese Leute, ihr müsst sie jetzt einstellen.

Es ist eine Gratwanderung, weil wir auf der einen Seite eine verdammt hohe Arbeitslosigkeit haben. Es sind Sozialhilfeempfänger, es sind Leute mit sehr niedrigem Bildungsniveau, auf der anderen Seite haben wir Unternehmen mit sehr hohen Ansprüchen. Und jetzt ist die Kunst der lokalen Beschäftigungsentwicklung, diese beiden Gruppen, die sehr weit voneinander entfernt sind in ihren Vorstellungen, in ihren Denkweisen, zusammenzubekommen. Ich denke, das ist auch eine wichtige Aufgabe für die Zukunft, dieses Problem zu lösen.

Gabriela Pohle

Da kann ich direkt anschließen. Wir haben zurzeit die Möglichkeit, auch europäische Fördergelder in Anspruch zu nehmen, weil Kassel jetzt auch Standort der Gemeinschaftsinitiative Urban 2 ist. In dem Rahmen haben wir ein neues Projekt des Kulturzentrums bei uns im Stadtteil, und zwar ein Projekt zur Förderung der Ausbildungsplatz- und Arbeitsplatzpotenziale in der Nordstadt. Das Projekt hat bereits begonnen und die ersten Schritte einer Sozialarbeiterin waren ebenfalls, in Kontakt zu kommen mit den Unternehmen, mit den Betrieben. Sie selber sagt, sie macht Streetwork und baut erst mal Vertrauen auf, um die Bedürfnisse herauszufinden und dann zu sehen, wie müssen die Menschen sein, die dann auf diese möglichen freien Plätze – wenn zum Beispiel eine KassiererIn fehlt oder eine Bürokräft fehlt, das findet sie raus in diesen feinfühligem Gesprächen – passen.

Und das Wunderbare an diesem Projekt ist, dass es bei einem Träger liegt, der einfach schon viele andere Maßnahmen, Projekte, Qualifizierungen anbietet, unter anderem

Berufsorientierung für Migrantinnen oder ein Projekt „Migrantin in Arbeit“, oder Jugendberatungsqualifizierung, und einfach diese Projekte miteinander verbinden kann. Zum einen ist der Kontakt da zu den Bürgern über dieses Kulturzentrum, aber auch über die anderen Bereiche, die es abdeckt. Diese Sozialarbeiterin hat zum Beispiel auch schon die ersten Vermittlungen hergestellt, direkt vor Ort. Es gibt einen neuen Unternehmer, einen größeren, etwas professionelleren Unternehmer in der Nordstadt, auch ein Migrant, der ein bisschen anders arbeitet als die ganz Kleinteiligen im Quartier und bei ihm war klar, es fehlen zwei Kassiererinnen. Und er sagt, ich gehe nicht zum Arbeitsamt, mit denen kann ich nicht, da weiß ich gar nicht, was geben die mir, wie kann ich mit denen reden. Diese Sozialarbeiterin wusste aber schon von dem Projekt „Frauen, Immigranten und Arbeit“, dass da ein Potenzial an Frauen ist, die wirklich gut drauf passen würden. Und nach Rücksprache mit diesem Projekt war es überhaupt keine Schwierigkeit, dort sofort zwei qualifizierte Frauen unterzubringen, die dahin passten und zu denen er auch Vertrauen hatte, ohne das Arbeitsamt einzuschalten. Das ist natürlich eine wunderbare Chance für uns im Projekt, das zu verknüpfen.

Dieter Begäß

Ich kann auch da wieder direkt anschließen. Ich glaube, wir werden alle die Zielrichtung vertreten, dass man ganz konkret an den Bedarfen der Unternehmen, aber sicherlich ganz konkret an den Bedarfen und den Stärken der Zielgruppen, der Personen, die in Arbeit gebracht werden sollen, ansetzen muss. Ich denke aber, dass es da auch ein paar strukturelle Probleme gibt, die auch immer wieder genannt werden, aber die letzten Endes auch nicht gelöst werden. Alle wissen, dass die Städtebauförderung erwartet, dass wir ein integriertes Konzept vorlegen, dass wir auch in der Umsetzung unterschiedliche Maßnahmen miteinander verknüpfen, um so mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen. Dabei stellen wir natürlich Folgendes fest: In erster Linie liegt es nahe, hier Maßnahmen durchzuführen, die Qualifizierungen zum Bauhelfer generieren, die also in dem Themenfeld angesiedelt sind, wo letzten Endes dann auch die Städtebaufördermittel hineinfließen. Wenn das geschieht, ist zum Zweiten erforderlich, dass für diese Maßnahmen arbeitsmarktpolitische Fördermittel eingeworben werden.

Wir haben das natürlich auch gemacht. Das liegt auch insofern nahe, als die Stellen, die in diesem Bereich „Bauhelferqualifizierung“ geschaffen werden können, niederschwellig sind und damit relativ deutlich bei der Zielgruppe ansetzen können. Wir stellen aber fest, dass zwar die Städtebauförderung das begrüßt, die Arbeitsmarktförderung uns hingegen dann vorwirft, dass wir in den Feldern tätig sind, in denen kaum Vermittlungschancen bestehen, weil die Baukonjunktur am Boden liegt. Und das ist natürlich ein strukturelles Problem, bei dem wir uns hier ein Stück weit auch zur Wehr setzen müssen. Was können wir da an Alternativmaßnahmen auf den Weg bringen? Wir haben versucht, mit den dann beschränkten Mitteln, die wir als Kommune bei Sicherungskonzept, Haushaltssperre und dergleichen mehr haben, verschiedene kleinere Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Wir haben zur Zeit ein Projekt, in dem Jugendliche, Sozialhilfeempfänger oder Personen, die bis zu 25 Jahre alt sind, wenn sie zum ersten Mal zum Sozialamt kommen, unmittelbar eine Arbeitsstelle angeboten bekommen, eine Arbeitsstelle im ersten oder im zweiten Arbeitsmarkt, so dass sie gar nicht erst in die Sozialhilfe hineingeraten. Diese Stellen, die wir hier zur Verfügung stellen können, das mittlerweile

insgesamt im Schnitt immer 90 Stück, sind so aufgebaut, dass sie sehr verschiedene Themenbereiche abdecken. Da kann der Jugendliche, der sich gemeldet hat, im baulichen Bereich tätig werden, im Büro tätig werden, er kann den Gabelstaplerführerschein machen, er kann hier direkt einen Ausbildungsplatz antreten. Es sind sehr unterschiedliche Stellen. Man kann mit diesem Konstrukt sehr deutlich bei den persönlichen Fähigkeiten und Interessenlagen der Jugendlichen ansetzen. Wir haben aber im Vorhinein natürlich auch mit den Unternehmen, die diese Stellen bereitstellen, insofern Abstimmungen durchgeführt, dass sie genau wissen, was auf sie zukommt, dass auch hier der Bedarf erfasst worden ist.

Das ist ein Vorgehen, das wir derzeit erproben, was auch relativ gut funktioniert. Es funktioniert aber auch nur deswegen gut, weil wir hier mit arbeitsmarktpolitischen Trägern und mit Unternehmen zusammenarbeiten, die die Bereitschaft haben, hier tätig zu werden. Und das bedeutet auch ein Umdenken, auch wieder ein strukturelles Problem, ein Umdenken dahingehend, dass die arbeitsmarktpolitischen Träger nicht mehr die Komplettmaßnahme für 20 oder 30 Personen anbieten können, die alle angebotsorientiert das Gleiche machen, letzten Endes aber vielleicht gar nicht vermittelbar sind. Die Träger müssen hier auch dahingehend umdenken, dass sie einzelne Personen in verschiedene Maßnahmen mit hineinnehmen, dass sie auch modulartig tätig werden und nicht mehr Komplettmaßnahmen über ein oder anderthalb Jahre hinweg betreiben. Auch dieses strukturelle Problem stellt sich bei der Stadtteilerneuerung, wird hier deutlich, und wir schlagen uns natürlich auch dann im eigentlichen Prozess der Stadtteilerneuerung mit diesen größeren strukturellen Problemen herum. Ich muss ganz ehrlich sagen, bei diesen beiden jetzt von mir aufgezeigten strukturellen Problemen würde ich mir manchmal wünschen, dass auch von außen oder auch von oben mehr Unterstützung erfolgen würde.

Sahinder Öztürk

Ich kann das nur willkommen heißen, was ich hier alles höre, was durchgeführt wird an Projekten in anderen Städten und anderen Bezirken. Ich würde mich natürlich sehr freuen, wenn solche Projekte auch bei uns im Quartier durchgeführt werden könnten, für die jugendlichen Arbeitslosen, die wir im Quartier haben, ungefähr 800 Jugendliche. Zum Glück haben wir keine Banden und keine Cliquen von Jugendlichen, sie sind sehr friedlich. Wir haben einen multikulturellen Kiez, da wohnen überwiegend Migranten, die kommen aus allen Städten und Ländern. Und wir kommen sehr gut klar miteinander. Was wir brauchen, das sind Fachkräfte, qualifizierte Fachkräfte aus allen Branchen. Unter einem Dach sind wir 70 Gewerbeeinheiten, man kann sich vorstellen, wie viele Branchen sich unter diesem einen Dach befinden. Wir haben doch so viele Gewerbeeinheiten und Geschäftsleute im Quartier. Wir haben Personalmangel, sei es bei Kassiererinnen oder Kellnerinnen oder sonst was, wir haben in allen Branchen einen Mangel an Personal, das qualifiziert ist. Und Jugendliche, die sich dafür interessieren, brauchen heutzutage ein bisschen mehr Fürsorge. Man muss schon offen zu dem Jugendlichen hingehen und sagen, komm' mit, mach' mit, füreinander, miteinander. Dann machen die auch mit. Ich denke, so kann man einzelne Stadtteile dann auch stärker unter dem Aspekt Soziales und Wirtschaft beleben, beides muss man da zusammen in einen Topf tun, und unter diesen beiden Aspekten sollte man das Ganze dann durchführen. Und

„beleben“ heißt ja nicht nur Grünanlagen und Spielplätze für Kinder usw., das wäre dann „nur“ sozial, man sollte den wirtschaftlichen Teil mitberücksichtigen.

Dr. Rolf-Peter Löhr

Wir haben gestern gehört, was kritisiert wird an dem Programm: „Der Staat zieht sich zurück und überlässt die Arbeit den Quartiermanagern“. Ich denke, was heute deutlich wird, ist, dass das so pauschal nicht stimmt. Zunächst haben wir gelernt, dass es nicht alleine auf Geld ankommt, sondern auf eine ganz andere Art des Umgangs mit den Menschen und mit den Betrieben in den Quartieren. Das heißt, der alte Sozialstaat, der im Wesentlichen nur Geld verteilt hat, wird ersetzt durch einen aktivierenden Staat, der sich den Menschen und den Unternehmen, auch kleinen und kleinsten zuwendet. Und diese Zuwendung, das heißt das Hören auf ihre Probleme und das Sehen ihrer Potenziale, ist das, was den Menschen oder den Betrieben gerade in den benachteiligten Quartieren bisher fehlt. Die vielfach durchgeführten Themenkonferenzen zur lokalen Ökonomie sind oftmals der erste Zugang zur Wirtschaftsförderung, wie das Beispiel Kassel zeigt.

Dies aber bedeutet, dass die Aufgaben des Staates überhaupt nicht weniger, nur ziemlich anders werden, als sie es in der Vergangenheit waren. Und es bedeutet auch, gemessen an alten Vorstellungen, eine Abgabe von Macht für Professionelle, für Sozialarbeiter, für Stadtplaner, eine Abgabe von Macht an die Bevölkerung, an die Unternehmen, und nicht im Sinne von Wegschieben, sondern von dafür sorgen, betreuen, unterstützen, Hilfe zur Selbsthilfe leisten, um so das Potenzial, das in den Gebieten da ist, zu aktivieren. Dieser andere Denkansatz, der ist es, der durch dieses Programm angestoßen wird, und der ist noch überhaupt gar überall angekommen. Den gibt es partiell und gibt's bei vielen Einzelnen, aber doch keineswegs als gesamte Politik. Wenn Herr Begaß sagt, er braucht die Unterstützung von oben, um Wirtschaftsförderung in diesem Sinne wirkungsvoll betreiben zu können, dann werden leider noch bestehende Defizite deutlich. Auch die örtliche Politik muss umlernen, muss dazu kommen, solche Arten von Verwaltung, von Verwaltungskooperation, von Bürgerbeteiligung, Bürgermitwirkung und Bürgerentscheidung wirklich zu unterstützen und nicht als einen Machtverlust anzusehen, sondern als eine Möglichkeit, wieder Bürgernähe und damit eine steigende Bedeutung zu gewinnen, indem man sich in all diese Partizipationsprozesse produktiv einbringt.

Prof. Urs Kohlbrenner

Meine Damen und Herren, wir haben versucht, das Spektrum einmal darzustellen. Und ich hoffe, dass bei Ihnen viele Anregungen herübergekommen sind. Mir ist ein Punkt, den ich einfach noch ergänzen möchte, eingefallen. Ich glaube, es war unstrittig, dass das Einlassen auf den Ort und das Entwickeln von Konzepten aus dem Ort heraus zentrales Thema ist. Wir haben heute sehr viel darüber gesprochen, dass der Ort im Wesentlichen durch die Menschen geprägt wird, nur die Menschen, für die man vielleicht Arbeitsplätze erfinden muss, und vielleicht auch die Menschen, für die man Produkte erfinden muss, die sie dann vor Ort auch gebrauchen können. Eines der Produkte, die die Menschen vor Ort brauchen, ist ihre städtische Umwelt. Und insofern, denke ich, gibt es

durchaus einen sehr wichtigen stadträumlichen, städtebaulichen Bezug zu dem, was lokale Ökonomie ist. Und im Moment scheint es mir ein bisschen so zu sein, als wenn es Mode werde, dass man den städtebaulichen Bezug gerne ein bisschen beiseite stellt. Ich wollte das an der Stelle nur noch mal erwähnen. Wir sollten den neuen Zugang entwickeln, das, glaube ich, ist ganz wichtig, aber den Aspekt des Raumbezuges dabei nicht vergessen.

Ich finde einen zweiten Punkt ganz wichtig. Man sollte nicht so tun, als wenn diese Arbeit und was mit ihr entsteht, konfliktfrei ablaufen würde. Das ist an dem Beispiel von Herrn Begaß sehr deutlich geworden. Irgendwann wird es sich gegen gewerkschaftliche Interessen, gegen etablierte Förderinstrumente und Institutionen richten, wenn es die Kraft entfalten soll, die es entfalten könnte. Insofern wird es so sein wie immer bei der Stadterneuerung: Ein Paradigmenwechsel ist auch mit Streit und Konflikt verbunden. Ich hoffe, dass wir Formen finden, wie wir diese Konflikte, die uns erwarten, für uns alle gemeinsam nutzbar machen. Gehen wir an die Arbeit. Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Zum Ausklang und zur Überleitung zeigen wir jetzt noch den fünfminütigen Film über das Modellgebiet Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg.

6

Stärken und Potenziale der Stadtteile: Aktive Bewohnerschaft

Podiumsdiskussion

Moderation:

Prof. Dr. Rudolf Schäfer,
Technische Universität Berlin

Auf dem Podium:

Sabine Tengeler,
Stadtteilladen Lurup, Hamburg-Altona

Peter Metzler,
Rektor der Astrid-Lindgren-Schule, Schwerin

Dr. Heidede Becker,
Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin

Lale Arslanbenzer,
Bürgerforum Lohberg e.V., Dinslaken

Stefan Rommelfanger,
Stadtplanungsamt Gelsenkirchen



Stärken und Potenziale der Stadtteile: Aktive Bewohnerschaft

Podiumsdiskussion

Prof. Dr. Rudolf Schäfer



Wir setzen mit diesem zweiten Podium unter dem Titel „Aktive Bürgerschaft“ nahtlos die Debatte fort, die vorher zum Komplex „Lokale Ökonomie“ geführt wurde. Wir befassen uns mit der Bewohnerschaft insgesamt, die eine aktive Bewohnerschaft in den Quartieren der Sozialen Stadt sein soll. Herr Staatssekretär Großmann hat heute früh gesagt, dies sei das Herzstück der Sozialen Stadt. Und Herr Strieder hat ebenso wie Herr Friedmann, jeder in seiner Sprache, einige der schwierigen Punkte und Probleme angesprochen. Herr Strieder hat – sehr schneidig – formuliert, dass wir vom Helfersyndrom weg zu einer aktiven Bürgerschaft kommen müssen. Wir werden gleich sehen, inwieweit das bisher gelungen ist und was für Probleme sich dabei auftun. Herr Friedmann hat in seinem theoretischen Beitrag die beiden

miteinander konfrontierten „Welten“ skizziert, die Systemwelt und die Lebenswelt, und hat am Ende gezeigt, dass es auch in dem Bemühen um Soziale Stadt nicht um ein Entweder-Oder gehen kann. Wir wollen zunächst eine kleine Vorstellungsrunde machen – so wie eben auch, durch die Teilnehmer auf dem Podium selbst. Dann werden wir zwei Runden machen, eine erste (auch wiederum begleitet von Filmen), in der wir zunächst einmal nach dem Stand fragen: Welche Probleme haben sich bisher ergeben, und wie kann man das, was erreicht worden ist, bewerten? In einer zweiten Runde richten wir den Blick nach vorn: Was sind die zentralen Aufgaben der nächsten Jahre, was muss getan werden, um eine zeitliche Nachhaltigkeit in die Aktivierung der Bürgerschaft hinein zu bekommen? Wir beginnen mit der Vorstellung.

Sabine Tengeler

Guten Tag, ich heiße Sabine Tengeler. Ich bin in Hamburg-Lurup aufgewachsen und lebe seit zehn Jahren wieder dort mit meinen Kindern. Ich habe festgestellt, dass einem, wenn man mit Kindern dort lebt, eigentlich ziemlich viel fehlt. Ich beschäftige mich, seitdem ich wieder dort wohne, damit, die Einrichtungen und Angebote zu schaffen, die ich und meine Nachbarn brauchen. In diesem Zusammenhang habe ich den Stadtteilbeirat des Luruper Forums mit organisiert, arbeite bei der Stadtteilzeitung mit und arbeite mit Leuten, die Projekte machen wollen und die Unterstützung brauchen, um sich selbst zu organisieren.

Peter Metzler

Mein Name ist Peter Metzler, ich bin mittlerweile 49, habe Germanistik und Kunst für das Lehramt studiert und bin seit 1990 Schulleiter der verbundenen Haupt- und Realschule mit Grundschule Astrid Lindgren zu Schwerin. Wir haben derzeit rund 750 Kinder im Hause, die aus dem Wohngebiet Neu Zippendorf stammen. Aus diesem Grunde engagiere ich mich in dem Projekt Soziale Stadt, weil Schule dort eine Kernstellung einnehmen sollte.

Dr. Heidede Becker

Mein Name ist Heidede Becker, ich gehöre wie Herr Löhr vom vorigen Podium zur Arbeitsgruppe Soziale Stadt im Deutschen Institut für Urbanistik, die in der ersten Phase des Programms Soziale Stadt dieses Programm begleitet.

Lale Arslanbenzer

Mein Name ist Lale Arslanbenzer, ich komme aus Dinslaken-Lohberg und bin dort Stadtteilmanagerin. Ich bin in der Türkei groß geworden und gehöre zu der viel zitierten zweiten Generation. Ich lebe seit 21 Jahren in Deutschland und kann für mich sagen, dass ich mich in beiden Kulturen mittlerweile selbständig und selbstbewusst bewegen und handeln kann.

Stefan Rommelfanger

Mein Name ist Stefan Rommelfanger, ich bin Mitarbeiter des Planungsreferats in der Stadt Gelsenkirchen. Seit einem Jahr sitze ich jetzt wieder im Rathaus; vorher habe ich fünf Jahre lang als Stadtteilmanager im Stadtteilbüro Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord gearbeitet und dort die Programmumsetzung mit aufgebaut.

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Vielen Dank. Zur Einstimmung sehen wir jetzt den Kurzfilm über das Modellgebiet Hamburg-Lurup.

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Frau Tengeler, ich denke, wir haben einen ersten Eindruck durch den Film bekommen. Wie sieht es nun mit der Aktivierung der Bürgerschaft bei Ihnen aus?

Sabine Tengeler

Lurup ist ein Stadtteil mit großen Unterschieden, wir sagen immer, es gibt das andere Lurup. Es gibt Bereiche der sozialen Stadtteilentwicklung, große Wohngebiete der SAGA, in denen die Armut sich beißt. Und rundherum gibt es kleine Einfamilienhäuser, Reihenhäuschen. Das finde ich spannend – ein Beispiel: Wir haben eine Zukunftswerk-

statt veranstaltet für Frauen. Die haben Bürgerinnen aus dem Stadtteil selbst organisiert und sich aus dem Verfügungsfonds das Geld dafür geholt. Da haben Frauen aus dem Flüsseviertel, aus dieser SAGA-Siedlung, sich zusammengesetzt mit Frauen aus Einzelhäusern und festgestellt: die haben in diesem Stadtteil genau das gleiche Problem. Wenn man mit seinen Kindern einfach mal irgendwohin will oder spontan was unternehmen möchte, gibt es keinen Ort, an dem man seine Kinder abgeben kann, wo man weiß, dass sie sich wohl fühlen. Das hat mich wahnsinnig beeindruckt damals: Da sagt eine meiner Nachbarinnen aus dem Flüsseviertel, das hätte sie wirklich nicht für möglich gehalten, dass die Frauen, die sie gar nicht kennt, die da hinter diesen hübschen Zäunen wohnen, genauso einsam, genauso schlecht dran sind, wenn sie mal nur weggehen wollen wie andere.



Was das Schwierige ist: wir veranstalten eine Zukunftswerkstatt, und dann machen wir als Bürger selber auch wieder Fehler. Es ist wahnsinnig schwierig, Formen zu finden, bei denen die Frau aus dem Flüsseviertel auch dabei bleibt. Aber wir finden Formen, die Projektentwicklung so zu organisieren, dass die dabei bleiben können und dabei bleiben mögen. Das ist in diesem Programm aber bis jetzt nicht vorgesehen. Es gibt entweder Projektideen aus dem Stadtentwicklungsprogramm, wo Planer festgestellt haben: das wird wirklich gebraucht, hier muss ein Spielplatz gebaut werden; dann organisieren Bürger Bürgerbeteiligung, die Kinder machen mit und die Mütter machen mit, und alle planen wunderbar ihren Spielplatz. Informationen dazu hängen im Treppenhaus, und die älteren Nachbarn sind jedes Mal eingeladen, kommen aber nicht, weil das gar nicht ihr Problem ist. Wenn man sie fragt, was sie draußen vor der Tür möchten, dann sagen die ganz ehrlich, sie wollen bitte Ruhe; und stellt um Gottes willen keine Bank dahin, weil dann dort nur wieder die Jugendlichen herumsitzen.

Es war für uns ein Lernprozess, eine Hütte zu bauen und zu erleben, was dann passiert. Die Hütte, die da gebaut worden ist, hat in der Nachbarschaft Stress ausgelöst, weil in ihr nicht nur die Mütter mit ihren Kindern sitzen, sondern abends die Jugendlichen aufs Dach klettern und den Nachbarn in die Wohnung schauen. Die finden das natürlich total spannend, was man mit so einer Hütte anfangen kann. Wir haben jetzt gesagt: okay, wir müssen uns auch mit diesen Jugendlichen auseinandersetzen. Offensichtlich sind wir alle mit dem engen Raum überfordert. Es gibt zwar grüne, aber trotzdem zu wenige Flächen, um sich zu treffen, ohne dass man jemanden stört. Wir müssen das irgendwie hinkriegen, dass Jugendliche und Ältere wieder ins Gespräch kommen. Wir haben den Nachbarn versprochen, wir bauen eine Hütte, und dann machen wir ein Fest, dann redet Ihr mal miteinander, und dann wird das besser. Hinterher sagen die Nachbarn, wo seid ihr, wenn nachts um drei Krawall ist, und wo ist die SAGA, wer kümmert sich? Sollen wir immer die Polizei rufen? Die kommt auch nicht mehr.

Jetzt haben wir die Chance, im Stadtteil einen Jugendtreff zu kriegen. Wir haben dazu gesagt, das kann nicht sein, dass da ein ganz normaler Träger, der überhaupt keine Erfahrung in Gemeinwesenarbeit und in Stadtentwicklung hat, mit einem armen, einsa-

men Sozialarbeiter dahin kommt und unser Jugendproblem lösen soll. Dann haben wir als Bürger angeboten, zusammen zu überlegen, wo es mit wem ein Problem gibt. Da sagte der Träger ganz erschrocken: nein, das ist unsere Angelegenheit, da gehen wir nur mit Fachleuten ran. Und dafür – ich erzähle einfach mal die Geschichte zu Ende – trifft man sich im Stadtteilbeirat wieder. Da können wir dem Träger aus dem Stadtentwicklungskonzept vorlesen, dass wir hier für uns eine Einrichtung anders entwickeln wollen. Wir Bürger fühlen uns auf der richtigen Seite, wir haben hier Rückenwind. Auf diese Weise versuchen wir dann wieder, ins Gespräch zu kommen. Mir ist sehr deutlich geworden, dass es sehr starke, sehr selbstbewusste Bürger braucht, die wirklich sagen, eine Einrichtung ist nicht gut, nur weil man sie jetzt hat, sondern sie ist für die Bürger da. Die gehört uns, das sind unsere kostbaren Ressourcen, und wir möchten mitreden, wer da eingestellt wird und wie die arbeiten. Auf der anderen Seite merke ich, dass ich selber langsam Profi werde, und dass es Zeit kostet, die Menschen, um die es eigentlich in diesem Quartier geht, zu erreichen. Man muss sich Zeit nehmen, mit ihnen auf dem Spielplatz sitzen, mit ihnen reden oder ihnen Räume anbieten, wo sie sich selbst organisieren können. Dafür ist sehr wenig Zeit, und es bestehen immer noch extrem wenige Möglichkeiten. Da brauchen wir Hilfe von anderen Einrichtungen, Stadtteilen, die das mittragen, sonst können wir uns als Bürger totlaufen.

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Könnten Sie vielleicht noch mal ein paar Zahlen zu den Projekten nennen oder zu den Arten von Projekten und der Frequenz bei dem Forum. In dem Film war auch zu sehen, dass dies ein großes Quartier ist. Wie viele Bürger erreichen Sie denn, und wie schätzen Sie das insgesamt ein?

Sabine Tengeler

Wir haben das Luruper Forum als Bürger selbst organisiert, was uns sehr selbstbewusst macht. Wir haben gesagt, jeder, der in diesem Stadtteil mithelfen will – egal ob er da wohnt oder nicht, auch wenn er aus der Verwaltung kommt –, kann in dieser Einrichtung mitarbeiten, jeder ist stimmberechtigt, wenn er schon zweimal da war. Im Forum kommen in der Regel mindestens 30, oft 40 bis 50 Leute jeden Monat zusammen und diskutieren öffentlich mit der Verwaltung und mit Politikern. Die kann man gleich fragen: wie seht Ihr das, macht Ihr dazu was? Es gibt einen gewissen Kreis von Bürgern und Mieterinitiativen, die regelmäßig kommen. Und es gibt Bürger, die nur dann kommen, wenn sie sich Geld vom Verfügungsfonds abholen wollen. Das sind die, die man normalerweise nicht erreicht, und wo wir auch gar nicht böse sind, wenn sie beim nächsten Mal nicht wiederkommen; aber die machen eine wunderbare Erfahrung, wenn es gut läuft: dass sie ernst genommen werden, dass sie ihr Geld kriegen.

Und jeder „normale“ Bürger, der wirklich aus dem Quartier kommt, wird auch gefeiert. Beispielsweise diese jungen Leute auf dem Fußballplatz, eine selbstorganisierte Fußballmannschaft, der Zockerclub, die wollten mit einem total bescheidenen Antrag vom Verfügungsfonds 600 Mark haben, um in die Freizeitliga eintreten zu können. Die sind von diesem Stadtteilbeirat euphorisch gefeiert worden: „Toll, dass Ihr zu uns gefunden habt, und braucht Ihr nicht noch mehr?“ Die kommen jetzt immer wieder, wenn sie

etwas wollen. Und wir erfahren, wie sie Jugendliche, türkische Jungerwachsene jetzt dabei unterstützen, gut auf den Fußballplätzen miteinander umzugehen.

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Dies lassen wir erst einmal als Beschreibung stehen und gehen in eine ganz andere Größenordnung von Stadt, nach Dinslaken. Frau Arslanbenzer, wie sind Ihre Erfahrungen und Vorgehensweisen?

Lale Arslanbenzer



Vielleicht erst einmal ein paar Sätze über Dinslaken-Lohberg, weil es darüber keinen Film geben wird. Dinslaken-Lohberg ist ein Bergbaustadtteil, Anfang dieses Jahrhunderts gebaut, schon immer ein Arbeiterstadtteil gewesen. Heute ist das Besondere in Dinslaken-Lohberg, dass das gleichzeitig Arbeiter- und Migrantenstadtteil ist, die Bevölkerungsanteile sind ungefähr jeweils 50 Prozent. Die Probleme in diesem Stadtteil unterscheiden sich nicht sehr von denen in anderen Städten, deshalb werde ich dazu wenig sagen. Aber das Besondere in Lohberg ist, dass man wirklich sagen kann, dass das hier einmal andersrum war: Es gab nicht ein Programm, für das die Bürger aktiviert werden mussten. Es gab eine aktive Bürgerschaft, die das Programm in den Stadtteil geholt hat. Wie ist das passiert? Es sind einzelne Probleme im Jugendbereich, Bildung, Ökonomie von einzelnen Akteuren aus dem Stadtteil erkannt worden. Und diese Akteure haben sich vor ungefähr zwei Jahren zusammengesetzt und gesagt, wir müssen für unseren Stadtteil etwas tun – Kirchen, Ausländerbeirat, Migrantenselbstorganisation.

Bei diesem ersten Treffen sind 70 Einzelpersonen, zum Teil Vertreter von Vereinen, zusammengekommen, die, wie wir jetzt als Angestellte merken, die Probleme des Stadtteils fachlich sehr versiert zusammengefasst haben. Dazu haben sie den damaligen Bürgermeister eingeladen und gesagt, so, wir sind aktiv als Verwaltung, setzen Sie sich bitte für unsere Belange ein. Parallel aber dazu haben Jugendliche auf dem Marktplatz an einem Silvesterabend rebelliert, haben Mülltonnen in Brand gesteckt und mit Pistolen in die Luft geschossen. Die aktive Stadtteilgruppe hat deshalb gesagt, wir müssen für unsere Jugendlichen etwas machen, wir können sie nicht immer belehren oder von negativen Ergebnissen erzählen. Von da an hat sie jedes Jahr ein großes Silvesterfest für die Jugendlichen mit den Jugendlichen organisiert – noch vor dem Programm Soziale Stadt. Dann ist dieses Programm zustande gekommen, und darin hat der Stadtteil noch größere Chancen für den Stadtteil gesehen und hat gesagt, wir müssen eng mit der Verwaltung zusammenarbeiten, wir können und wollen die Umsetzung des Programms nicht ganz der Verwaltung überlassen. Dies ist auch umgekehrt von Seiten der Verwaltung unterstützt worden, sodass sich ein Verein der Vereine in dem Stadtteil gebildet hat, Forum Lohberg e.V., welcher auch unser Arbeitgeber ist. Das Forum hat sich aus den Vereinen

im Stadtteil, also aus der Migrantenselbstorganisation und aus dem Deutschen Verein, gegründet, mit 33 Gründungsmitgliedern, sodass der ganze Stadtteil von Anfang an einbezogen war.

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Da haben Sie eigentlich keine Probleme mit Aktivierung.

Lale Arslanbenzer

Natürlich haben wir Probleme, aber was Aktivierung betrifft, hat dieser Verein ganz bewusst gesagt, was er will. Wir haben einen Stadtteil mit 50 Prozent Migrantanteil, also wollen wir auch zwei Stellen haben und eine mit einer Migrantin oder einem Migrant besetzen. Das haben sie in meiner Person auch getan. Wir arbeiten zu zweit, eine deutsche Kollegin und ich, und alle Themen, die angegangen werden, sind vor unserer Einstellung von dem Stadtteil bestimmt worden. Wir wurden eingestellt im November 2000, das Programm oder die Handlungsfelder, die Inhalte waren so gut wie fertig. Wir mussten uns nicht hinsetzen und überlegen, was dieser Stadtteil braucht, und uns anschließend Gedanken darüber machen, wie wir die Bürger einbeziehen, sondern die Bürger hatten ihre Themen schon festgelegt. Es gibt in diesem Stadtteil enormen Druck, weil der Verein, das Forum Lohberg e.V., auch in seinen Mitgliedern und in seinem Vorstand den Stadtteil vertritt. Der Vorstand besteht aus neun Personen, darunter Migranten, deutsche Vertreter aus Politik und Verein. Sie sind ein ziemlich starkes Verbindungsglied zwischen der Stadtverwaltung, also zwischen dem offiziellen System, zwischen uns als Stadtteilbüro und zwischen Bürgern, sodass die Rückkopplung in dieser Dreierkonstellation immer wieder gegeben ist. Dieser Verein ist selbst im Stadtteil so tief verankert, dass die Themen nicht mehr erfunden werden müssen. Sie wollen die Zeit, die drei bis vier Jahre Förderzeit, so ausnutzen, dass der Stadtteil nachher mit einem großen Gewinn rausgeht.

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Wir sehen also sehr unterschiedliche Situationen. Um das Bild weiter zu vervollständigen, sehen wir nun den nächsten Film über Schwerin.

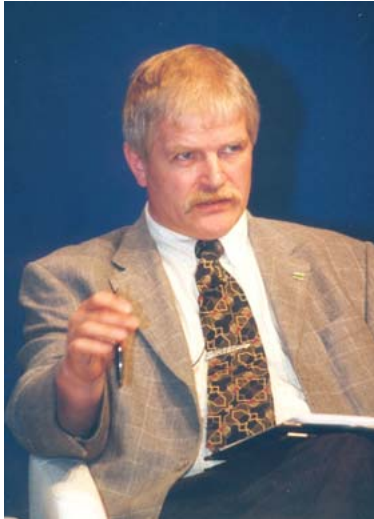
Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Herr Metzler, wir haben in dem Film Ihre Schule und Ihr Schulprojekt gesehen. Bei Ihnen haben wir als Schlüsselprojekt eine solche etablierte Institution wie die Schule sozusagen als Baustein der Quartiersentwicklung der Sozialen Stadt. Wie kam es dazu, und welche Rolle sehen Sie darin unter dem Aspekt Aktivierung der Bewohnerschaft?

Peter Metzler

Als wir vorhin zusammensaßen, habe ich ein bisschen mit Neid auf die beiden Damen geschaut, auf das, was da quasi fast von alleine läuft. Ich weiß, wie viel Engagement

dahinter steckt. Das ist in Schwerin nicht ganz so. Neu Zippendorf ist 1976 bis 1980 gebaut worden in der damaligen städtebaulichen Phase der kompletten Entmischung, also als reine Wohnstadt. Dort wurde gewohnt, dort wurde nicht gelebt. Und wir haben dieses Problem auch stellenweise heute noch, allerdings mit ein paar Ansätzen, die in negativer Form kenntlich machen, dass es schwierig werden wird, dort das Konzept Soziale Stadt in der Art umzusetzen, wie es uns vorschwebt. Wir müssen das auf dem Teamweg entwickeln, um den Lebensweg gestalten zu können.



Die Leute in Neu Zippendorf, etwa 8 000 Einwohner, sind zu großen Anteilen ohne Arbeit, also beschäftigungslos. Wir haben einen überproportionalen Stand an Alleinerziehenden und eine ständig wachsende Zahl von Migranten. Aus dieser Situation ergibt sich schon mal ein Problem. Und es ist ziemlich schwierig, die Bewohner zu aktivieren, an der Wohnumfeldgestaltung, an dem, was in Neu Zippendorf geschehen soll, mitzuwirken. Es gibt wohl welche, die das machen, meist ältere Leute; die jüngeren zu aktivieren ist ziemlich schwierig. Da haben wir gesagt, Schule muss was tun, haben der generellen gesellschaftlichen Forderung, Schule soll irgendwann mal wirksam werden, einfach vorgegriffen, haben also die Schule als Kristallisationspunkt von Interessen

gesehen. Wir haben weiter gesagt, in der Schule haben Eltern von gleichaltrigen Kindern wenigstens gleiche Interessen, und diese Interessen müssten gebündelt werden. Dann haben wir in der Schule Verschiedenes installiert, haben besonders das Projekt, dass die Schule sich zum Stadtteilzentrum entwickeln sollte, anlaufen lassen.

Dies war in der vorhandenen baulichen Substanz schlecht möglich. Die Schule ist 22 Jahre alt, ein Bau der ersten Stunde auf der grünen Wiese. Und genauso sieht sie auch aus, sowohl von außen als auch von innen. So war es denn notwendig, die Schule zu modernisieren, um Räumlichkeiten der Begegnung zwischen den Generationen zu schaffen. Gleichzeitig haben wir erkannt, dass Schule ein Kulturzentrum sein sollte. Das, was an Kultur in Neu Zippendorf läuft, ist recht bescheiden. Wir haben einen Jugendclub als Treffpunkt für einige der Jugendlichen. Wir haben das Haus der Begegnung, wo verschiedene Vereine sich zusammenfinden, aber wir haben für die breite Masse der Jugendlichen relativ wenig. Deshalb haben wir versucht, Schule als Kultureinrichtung zu etablieren. Daraus sind drei Großprojekte geworden. Zum einen haben wir ein niederdeutsches Theater an der Schule etabliert, das von Kindern gestaltet wird. Die sind mittlerweile Preisträger in Norddeutschland, reisen durch die Gegend, können Eltern, Großeltern, aber auch Bekannte und Verwandte mit ihrem Programm begeistern.

Wir haben einen Musical-Kurs installiert, haben also ein schuleigenes Musical geschaffen. Und als das nicht ausreichte, als wir die Akteure nicht zusammen hatten, haben wir aus einer weiteren Schule, einer Gesamtschule aus dem benachbarten Wohngebiet im Großen Dreesch und mittlerweile auch einige Schüler aus dem freien Umfeld, die zu keiner Schule mehr gehören, gebündelt; dabei besonders Schüler, die Probleme haben. Schulabsentismus spielt eine große Rolle in Schwerin. In Schwerin gibt es in der gesamten Stadt etwa 350 Schulabsentisten, die nicht mehr zur Schule gehen, obwohl sie das

müssten. Solche Kinder haben wir gezielt gesucht. Wir haben versucht, Migranten in dieses Konzept und Projekt zu kriegen und haben dann ein Musical auf die Beine gestellt, das zwei Stunden dauert. Es ist selbst komponiert, selbst gestaltet, selbst kostümiert, um die Schüler an dieses Projekt zu binden und über die Schüler auch die Eltern, die wir für die Gestaltung von Dekorationen, die Gestaltung von Kostümen und die Gestaltung von dem sonstigen Know-how in das Boot holen.

Das Dritte ist ein sicherlich außergewöhnliches Projekt, das Lehrertheater. Wir sind die einzige deutsche Schule, die sich ein eigenes Theater hält. „Lehrer spielen für Schüler“ hieß das Konzept, das heißt, wir spielen einmal im Jahr ein Stück der leichten Muse, also keinen Faust, den wollen wir dort nicht oder kriegen wir wohl auch nicht hin. Das kommt noch – wobei ich ein genialer Faust-Lehrer bin... Wir versuchen über diese Projekte Eltern und Leute aus dem Wohngebiet in die Schule zu locken. Kultur lockt. Die kommen auch. Es ist wichtig, dass das kostenfrei ist. Wir haben danach Gelegenheit, mit den Eltern und den Leuten zu reden und kriegen so die Möglichkeit zur Kommunikation, die ziemlich schwierig ist, denn die Interessenkonflikte sind mittlerweile doch recht groß. Wir müssen versuchen, an Dinge anzuschließen, die wir mal hatten. Das ist für mich das Dramatische. Es hat in Neu Zippendorf damals, als es noch ein Wohngebiet war, die Wohngemeinschaften gegeben, die einen Partykeller zusammen hatten, die zusammen gelebt und dann gefeiert haben und dieses zusammen organisiert haben, die ihre Vorgärten gemacht haben. All dies ist weggebrochen, und es ist nur mühsam wieder zu installieren. Das ist schon traurig. Aber wir müssen weiter versuchen, die Bewohner ins Boot zu holen. Da ist Schule nach meinem Dafürhalten ein wesentlicher Ort, an dem man Begegnungen gestaltet. Es wird sicherlich ein langer Prozess sein, und wir müssen aufpassen, dass uns der Atem dabei nicht ausgeht – das ist manchmal das Schwierige daran.

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Das ist ja ein faszinierendes Projekt. Ich will noch eine Nachfrage loswerden: Wie motivieren Sie die Kollegenschaft? Oder wie werden Sie unterstützt? Das ist ja immer auch eine Frage, wie Ressourcen beansprucht werden, jetzt nicht finanzielle, sondern "Humanressourcen".

Peter Metzler

Die Frage habe ich befürchtet. Darauf möchte ich gar nicht so gerne antworten, weil es ziemlich schwierig ist. Wir sind ein Kollegium von 43 Lehrerinnen und Lehrern, viel mehr Lehrerinnen als Lehrer. Meine Damen unterscheiden immer zwischen Männern und männlichen Kolleginnen, ich lasse mal die Unterscheidung weg, davon haben wir fünf. Und es ist immer sehr schwierig, die zu motivieren. Das, was allgemein im Volke die Runde macht, diese „Faule-Säcke-Diskussion“, kann ich nicht nachvollziehen. Wir sind eine Ganztagschule, wir sind bis 17 Uhr präsent, ohne dass wir vom Staat dafür irgendwelche Zuwendungen bekommen. Für die Ganztagschule gibt es 15 Lehrerstunden, wenn sie voll ausgebaut ist. Mit diesen 15 Lehrerstunden ist das nicht leistbar, damit kann man überhaupt nichts anfangen, wir müssen es also über das notwendige Engagement der Lehrer machen. Es war den Lehrern schnell zu vermitteln. Und dies muss

immer wieder neu geschehen, weil wir mittlerweile auch als Kollegium überaltern. Wir haben ein Durchschnittsalter von 49 Jahren. Damit haben wir zunehmend Burn-out-Syndrome bei Lehrern; deshalb müssen wir immer wieder neu motivieren. Aber ich habe den Lehrern gesagt: Wenn Du Dich Deinen Schülern in Deiner Freizeit präsentierst und in der Freizeit für sie da bist, beratend, fördernd, unterstützend, dann hast Du sie im Unterricht viel, viel einfacher. Das Konzept ist bis jetzt aufgegangen, das sehen die Lehrer genauso.

Und es geht weiter: Wir haben jetzt ein neues Projekt als Ergebnis von PISA aufgelegt, das heißt FEN, Ferienangebot Nachhilfe. In den Ferien geben meine Lehrer also auch noch Nachhilfe für die Schüler. Das alles strahlt auf den Unterricht aus. Da wir zunehmend größere Klassen bekommen, müssen wir sehen, wo wir bleiben, um den Problemen, die allgemein deutlich werden – Schule kann nicht allgemein besser sein als die sie umgebende Gesellschaft – Herr zu werden. Unsere Projekte funktionieren jedenfalls ganz gut.

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Wir gehen über zum letzten Beispiel.

Stefan Rommelfanger



In Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord sind die Ausgangsbedingungen ähnlich wie in Dinslaken. Das ist ein industrieller Arbeiterstadtteil, und der konkrete Auslöser für die Aufnahme in das Programm war die Schließung des Bergwerks, das über 100 Jahre im Mittelpunkt des Ortsteils lag. Nicht nur das: es war auch der ökonomische und soziale Lebensmittelpunkt der Menschen, und diese Mitte ist weggebrochen. In dieser Situation wurde 1995 von der Verwaltung der Stadt in Übereinstimmung mit dem Landesministerium ein Stadtteilprogramm im Landesprogramm initiiert. Es setzte sich aus zwei Leitprojekten zusammen. Das eine Leitprojekt war natürlich die Reaktivierung dieses Zechengeländes, 25 Hektar groß, der Stadtteil hat rund 20 000 Einwohner. Das zweite Leitprojekt im Zusammenhang mit der Internationalen Bauausstellung Emscher Park war der Neubau einer evangelischen Gesamtschule, einer großen Schule, die sich von vornherein als Stadtteilschule begriffen hat und das Konzept umsetzen wollte, ökologischer Lernort zu sein, multikonfessionellen Unterricht zu machen und sich auch als Stadtteilbegegnungszentrum zu begreifen. Der Bau der Schule wurde mit der Beteiligung der Schüler verknüpft. Die Schüler, das sehen wir vielleicht gleich noch im Film, haben am Bau und an der Planung ihrer Klassenhäuser mitgewirkt. Sie haben zusammen mit den Architekten Modelle gebaut, und sie werden auch die ganze Zeit in dieser Schule bleiben.

Neben diesen beiden Leitprojekten gab es ein Bündel verschiedener sozialintegrativer Maßnahmen und von Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfelds. Ganz wesent-

lich war, dass wir als Verwaltung zunächst einmal eine Anlaufstelle im Stadtteil gegründet haben, das Stadtteilbüro. Ich denke, es ist ganz wichtig, noch mal zu sagen, dass es durchaus möglich ist, dass die Verwaltung auch vor Ort geht und dort auf eine große Akzeptanz bei den Bewohnern stößt. Dies liegt meiner Ansicht nach natürlich daran, dass auf der einen Seite so ein Stadtteilbüro mit entsprechenden Mitarbeitern ausgestattet ist. Ein Mitarbeiter war zufällig, aber auch Gott sei Dank, Bewohner dieses Stadtteils. Das Stadtteilbüro liefert ein ganz anderes Erscheinungsbild als ein Rathaus. Und natürlich gehen die Leute vom Stadtteilbüro auch in den Stadtteil hinaus, gehen auf die Bewohner zu und nutzen alle möglichen Veranstaltungen im Stadtteil, um sich bekannt zu machen. Diese Arbeit dort wird überhaupt nicht mehr als Verwaltungseinrichtung wahrgenommen. Ich finde dies einen wichtigen Aspekt. Zumal man auch noch einen Schritt weiter gehen und als Perspektive für die Stadtteilentwicklung formulieren kann, dass die Verwaltung zukünftig ressortübergreifend und mit einem stärkeren Gebietsbezug arbeiten sollte, um die Probleme in diesen Stadtteilen in den Griff zu bekommen.

Wir haben das Stadtteilprogramm erst ohne große Bürgerbeteiligung erarbeitet. Deshalb ging es für dieses Stadtteilbüro beim ersten Schritt darum, nach Bedürfnissen, Problemen und Wünschen der Bewohner zu fragen. Das haben wir zunächst einmal über den Umweg der örtlichen Initiativen, Schulen und Kindergärten getan. Es gibt eine Menge von professionellen Leuten und Einrichtungen. Räume werden auch gebraucht als Begegnungs- und Kommunikationsorte, die man dann einfach für die Stadtteilarbeit nutzen muss. Wir haben einen Arbeitskreis gegründet, an dem einige Bewohner und auch Politiker teilnahmen. Auch eine wichtige Aussage: Diese Stadtteile haben sehr oft schwache Politiker. Es ist wichtig, diese Politiker mit ins Boot zu bekommen, sie von dieser Philosophie zu überzeugen und sie zum Fürsprecher und Lautsprecher für den Stadtteil zu machen.

Wir haben dann aus den Wünschen der Bewohner, den Wünschen der Akteure auch einige kurzfristige Maßnahmen abgeleitet: beispielsweise kleine bauliche Maßnahmen. Eine Straße wurde gesperrt, um Kinder vor dem Autoverkehr zu schützen; Müll wurde eingesammelt, ein Spielplatz umgestaltet. In Bezug auf die Beteiligung und Aktivierung ist es, finde ich, sehr wichtig, dass diese Maßnahmen und Vorschläge sehr schnell umgesetzt werden, dass zwischen der Beteiligungsphase und der Realisierung nicht ein Jahr oder zwei Jahre ins Land gehen. Letzteres führt zu Frustrationen und dazu, dass sich die Leute zurückziehen. Das heißt, die Verwaltung muss eigentlich alle Bedingungen schon vorher erfüllen. Sie müssen bei größeren Projekten unter Umständen bereits die Beschlüsse einholen und auch schon das Geld besorgen, sodass zwischen Planung und Umsetzung ein möglichst geringer Zeitraum entsteht.

Wir haben am Anfang gedacht, es gebe gar keine Initiativen im Stadtteil, haben uns darin aber gründlich geirrt. Wir haben nämlich im Ruhrgebiet noch eine sehr vielfältige Vereinskultur, auch in diesem Stadtteil. Wir haben gemerkt, dass in den Sport- und Freizeitvereinen sehr engagierte, ehrenamtlich tätige Leute sind, die unter Umständen auch motiviert und aktiviert werden können für die gemeinsame Sache der Stadtteilerneuerung. Mein Kollege hat dann mit ganz wenigen im Verein angefangen, Feste organisiert, Stadtteilstefen, die mittlerweile zu einer Institution und zu Dauereinrichtungen geworden sind.

Da beteiligen sich sehr viele, mittlerweile über 40 Vereine, und an diesen Veranstaltungen nehmen 4 000, 5 000 Menschen teil. Das gesamte Catering und Kulturprogramm wird von den Vereinen selbst übernommen und gestaltet. Ich finde, das ist eine gute Methode und Möglichkeit, um viele Menschen zu aktivieren und für das Thema Stadterneuerung zu gewinnen.

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Ich meine, mit dem Stichwort Vereine sowohl am Beispiel Dinslaken als auch jetzt Gelsenkirchen ist ein wichtiger Aspekt angesprochen worden, weil manche Partizipationsdebatten die vorhandenen Formationen häufig vernachlässigen. Sie sehen ja, dass hier ganz wichtige Anknüpfungspunkte sind. Herr Metzler hat bedauert, dass aus früheren Zeiten verfügbare Formationen nicht mehr da sind; man muss es jetzt erst wieder aufbauen. Ich fand auch den knappen Hinweis auf die Stadtteilpolitik im Sinne eben der verfassten Politik wichtig, also der gewählten Vertreterinnen und Vertreter, weil natürlich das gesamte „Geschäft“ nur insgesamt komplex betrieben werden kann und sich das natürlich auch gegenseitig verstärkt.

Bevor wir zum dritten Film über Gelsenkirchen kommen, bitte ich Frau Becker, etwas aus der Warte des begleitenden und beobachtenden Instituts Difu zu sagen, eine Einschätzung zu geben, wie spiegeln die hier vertretenen Beispiele das Gesamtbild wider und wo stecken aus dem bisherigen Stand die zentralen Knackpunkte und Probleme.

Dr. Heidede Becker



Ich finde, es ist sehr deutlich geworden, wie unterschiedlich die Situationen in den Gebieten sind. Das reicht von einer bereits aktiven Bewohnerschaft, die das Programm ins Gebiet selbst hereinholt, bis zu Einzelinitiativen, im Rahmen derer man weiter aufbauen und viele ins Boot holen möchte. Nach unseren Erfahrungen ist deutlich geworden, dass die aktive Bewohnerschaft und die zu aktivierende Bewohnerschaft von den Städten und ihren Verwaltungen als eine ganz wesentliche Ressource begriffen werden. Es ist weiter deutlich geworden, dass in vielen Gebieten, vor allem den 16 Modellgebieten, schon einiges los ist. Es gibt Initiativen, Vereine und andere Aktionsgruppen, und die wissen, das wurde gestern auch von Klaus Selle betont, nichts voneinander. Deshalb geht es relativ frühzeitig darum, das Kennenlernen und das miteinander Arbeiten der bereits Aktiven zu

organisieren. Da besteht noch ein großes Defizit, das haben wir bei unseren Programmbegleitungen vor Ort ganz deutlich erlebt. Es ist auch gar kein Wunder – dazu möchte ich kurz ein bisschen Programmtechnisches einspielen –, dass man sich gegenseitig noch nicht kennt. Es sind teilweise nämlich sehr große Gebiete. Diese 249 Gebiete der Sozialen Stadt, die jetzt ausgewiesen sind, sind zehnmal so groß wie die früheren Sanierungsgebiete, die Sanierungsgebiete der 70er- und 80er-Jahre. Dies ist im Grunde ein Hinweis darauf, dass der Programmansatz Soziale Stadt – richtig verstanden – Veränderungen

nach sich zieht, dass nämlich ganz viel einbezogen sein muss, z.B. vor dem Hintergrund der Lokalen Ökonomie. Sind die Gebiete zu klein zugeschnitten, fallen möglicherweise Potenziale und Ressourcen, die einbezogen sein müssen, heraus.

Die beiden Schlüsselemente der Umsetzung des Programms, „Beteiligung“ und „Aktivierung“, wobei ich den Schwerpunkt auf „Aktivierung“ legen möchte, stehen und fallen in ihrer Umsetzung zum einen damit, wie weit Ermutigung zum Tragen kommt. Ermutigung ist auch ganz stark an das Image des Gebietes gebunden. Wenn die Images der Gebiete schlecht bleiben oder auch schlecht geredet werden, also wenn permanent nur von „Problemgebieten“ die Rede ist, dann ist es schwierig, das Engagement derer, die sich beteiligen wollen, aufrechtzuerhalten.

Ein zweiter Bereich, Stefan Rommelfanger hat davon gesprochen: es muss auch schnell etwas sichtbar werden in den Gebieten. Dies zeigt sich überall. Es müssen kleine Verbesserungen erlebt werden, so genannte Schlüsselprojekte. Manche sprechen in diesem Zusammenhang auch von den Leuchtturmprojekten. Dieses Engagement in der Sache muss unterstützt werden. Das würde ich gern noch hinsichtlich der Nachhaltigkeitsfrage etwas weiter ausführen. Wenn Engagement keinen Ort findet, wenn man nicht die Möbel hat, um sich darauf zu setzen, wenn man eine Stadtteilzeitung machen will und man hat keinen PC und keine Digitalkamera: es gibt da viele Stolpersteine, wo es, wenn es keinen Verfügungsfonds für das Gebiet gibt, schwer ist, diese Arbeitsmittel zu beschaffen. Wir haben im Rahmen der Programmbegleitung die Möglichkeit, kleine Geldbeträge als „Technische Hilfen“ in die Modellgebiete hinein zu geben; was da bislang beantragt wurde, zeigt die großen Schwierigkeiten für Initiativen vor Ort, über solche Materialien und Arbeitsmittel zu verfügen.

Stichwort Schulen – das ist mir auch noch wichtig. Es zeigt sich in vielen Gebieten, dass manche Schulen bereits nicht mehr nur auf Wissensvermittlung setzen, sondern dass sie bereits agieren, vielleicht auch reagieren auf das, was vor Ort wirklich nötig ist. Schulen verstehen sich teilweise wirklich schon als Stadtteilschulen, als Treffpunkte nicht nur für die Jugendlichen und die Kinder, sondern auch für die Erwachsenen, für die Eltern. „Mama lernt Deutsch“ in der Schule der Kinder, dies sind solche typischen Sprachvermittlungsansätze der Schulen, die in vielen Fällen dazu übergegangen sind, auch soziale Kompetenzen zu vermitteln und nicht nur den reinen Lehrstoff. Die Lehrerschaft braucht da vermutlich mehr Unterstützung, und vielleicht bietet auch nur die Ganztagsbetreuung mehr entsprechende Möglichkeiten.

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Dann kommen wir jetzt zum dritten Kurzfilm über das Modellgebiet Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Wir wollen in die zweite Runde mit der Frage gehen: Was ist in der mittleren Perspektive der nächsten vier bis fünf Jahre aus Sicht der Akteure hier die Hauptaufgabe, wo sind die Hauptprobleme und was muss getan werden, um diese Verbesserungen, das erreichte Maß an Aktivität und Aktivierung zu verstetigen und zu stabilisieren? Geht es da um die personelle Entwicklung, geht es um Geld? Und da bitte ich Frau Arslanbenzer ums Wort. Ich habe den Eindruck, Dinslaken ist zwar nicht unkompliziert, aber Sie haben eigentlich die günstigste Situation angetroffen. Welche Probleme bestehen denn aus Ihrer Sicht in der Perspektive?

Lale Arslanbenzer

Die große Herausforderung für Dinslaken-Lohberg steht erst noch bevor. Anders als in Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord ist der Bergbau noch am Arbeiten, baut aber auch sehr stark ab; vermutlich wird er in den nächsten fünf bis zehn Jahren schließen. Das steht noch nicht fest, aber die Tendenzen gehen in diese Richtung. Dieser Bergbau ist der größte Arbeitgeber in der Stadt und für Lohberg sowieso. Deshalb würde ich das gerne zweiteilen, zum einen die Entwicklung, die Bürgerinnen und Bürger nach unserer Ansicht nicht direkt beeinflussen können, zum anderen die Chancen des Stadtteils, also die Kräfte, die Ressourcen, die der Stadtteil hat und auch nutzen kann. Zu Entwicklungen wie Arbeitsplatzrückgang und Schwierigkeiten in der Bildung muss ich einen Satz sagen. Obwohl die neuere Migrationsgeschichte mittlerweile in Deutschland ihr 40- bis 50-jähriges Jubiläum feiert, sind Probleme in vielen Bereichen so, als ob all das Neuland wäre. Beispielsweise sind 60 bis 70 Prozent aller Kinder mit Migrationshintergrund in Dinslaken in der Sonderschule oder in der Hauptschule. Über 35 Prozent aller Kinder aus diesen Familien haben keinen Schulabschluss. Das können auch aktive Bürger im Ortsteil nicht verhindern oder aus eigener Initiative verbessern, da müssen andere Ansätze her. Da stehen wir, trotz der 40- bis 50-jährigen Geschichte vor einem Problem, als ob das ganz neu wäre.

Zum anderen aber birgt dieser Stadtteil eine ganze Menge Potenziale, die genutzt werden, wenn wir bestimmte Voraussetzungen schaffen könnten. Eine Voraussetzung ist eine Akzeptanz gegenüber Migrantenselbstorganisationen, diese Akzeptanz gibt es bisher noch nicht. In dem Stadtteil sind eine Menge Migrantenselbstorganisationen mit islamisch-kulturellem Hintergrund; sie werden nach wie vor von der deutschen Mehrheitsgesellschaft skeptisch beobachtet, mit Recht oder Unrecht, sodass die Einbeziehung von deren Ressourcen natürlich zunächst Schwierigkeiten macht.

Außerdem gibt es eine ziemlich genaue Vorstellung in Dinslaken-Lohberg davon, was eine gesunde Gesellschaft, was ein gesunder Stadtteil ist. Nämlich Migration oder Integration bedeutet, ein deutsches Kind, ein türkisches Kind, ein deutsches Kind, ein türkisches Kind. Wehe, es ist ein türkisches Kind mehr in der Klasse, dann ist die Gefahr ziemlich groß. Ich bin der Meinung, dass das so nicht sein muss, sondern man muss die Tatsachen erst einmal akzeptieren. In den Schulen gibt es zu 60, 70, 80 Prozent Kinder mit Migrationshintergrund. Sie haben nun mal mit sechs und sieben Jahren nur geringe Deutschkenntnisse. Da muss man sich fragen, warum. Bevor wir diese Don Quijote-Arbeit leisten – wie kriegen wir eine gesunde Mischung zusammen oder wie kriegen wir

eine gesunde Gesellschaft oder einen gesunden Stadtteil –, wäre der erste Punkt, was die Mehrheitsgesellschaft betrifft, dass wir ein Stadtteil sind, der so ist, wie er ist, dass wir diese Entwicklung akzeptieren, und erst dann sehen, wie können wir was verhindern. Die Frage müsste lauten: Wie können wir das vorhandene Potenzial ausnutzen?

Zur Migrantenselbstorganisation. Es ist selbstverständlich, dass die Kirchen ihre Ressourcen einbringen, das ist auch gut so. Es ist aber noch nicht selbstverständlich, dass auch Moschee-Vereine ihre Ressourcen einbringen, weil sofort die Frage kommt, was ist das für eine Moschee, woher kommen sie, welchen Hintergrund haben sie, werden sie auch vom Verfassungsschutz beobachtet, mit wem arbeite ich zusammen, mit wem arbeite ich nicht zusammen. Da setzt Lohberg wirklich ein und sagt, es gibt einen Konsens im Stadtteil, nämlich eine Zielrichtung: Auch wenn das nicht genau im Programm festgelegt ist, arbeiten alle Vereine ohne Differenz hier zusammen, und alle Stadtteile setzen ohne politische oder religiöse Hintergründe ihre Ressourcen, ihre Kräfte, ihr Know-how für den Stadtteil ein. Da sehen wir zumindest, was Zivilgesellschaft leisten kann, und es kann diese Gesellschaft auch nicht alles leisten, das sehen wir in Dinslaken-Lohberg schon.

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Herr Rommelfanger, Sie haben für Gelsenkirchen ein ziemlich austariertes System, Quartiersmanagement, Verknüpfung mit Stadtverwaltung usw., dargestellt, das schon seit Jahren arbeitet. Da stellt sich ja vielleicht auch die Frage: Lässt sich das alles weiter halten, wenn bestimmte Förderkontingente nicht mehr laufen? Wie agieren Sie, haben Sie da schon irgendwelche Überlegungen, Lösungsansätze und anderes parat?

Stefan Rommelfanger

Ja, in der Tat ist das so, dass unser Programm im Jahr 2004 – so haben wir das mit dem Land vereinbart – aus der Sonderförderung heraus kommt, dann sind wir zehn Jahre im Landesprogramm gewesen und insgesamt etwa vier Jahre im Programm Soziale Stadt. Wir denken, dass dann die städtebauliche Erneuerung weitgehend abgeschlossen ist. Natürlich gibt es noch weiterhin Dinge, die man noch mal erneuern kann. Aber wir sehen es so, dass nach wie vor in den Problemquartieren soziale Probleme zurückbleiben, um die man sich weiterhin sehr intensiv kümmern muss. Da ist ein Ansatz eben dieser stärkere Gebietsbezug und die Vernetzung auch der städtischen Dienste mit den sozialen Diensten, das halten wir für wichtig.

Eine weitere Perspektive sehe ich persönlich in den Einrichtungen des Stadtteils, die über die Stadtteilarbeit ein anderes Profil bekommen haben. Die Gesamtschule ist vielleicht das herausragende Beispiel einer Stadtteilschule, die auch Begegnungsstätte ist. Aber wir haben das an verschiedenen anderen Stellen auch gemacht. Das Jugendamt der Stadt hat die Kindergärten geöffnet. Das ist ein ziemlich einzigartiges Projekt, bei dem über die normale Öffnungszeit hinaus auch die Räume an ganz normale Bewohner aus dem Umfeld zur Verfügung gestellt wurden; dort liefen dann plötzlich Seniorenskat-clubs. Es wurden Gesundheitskurse gemacht, kleine Nachbarschaftsfeste, sodass diese Einrichtungen nach dem Stadtteilprogramm ein anderes Profil haben und auch einen

Teil der Identitätsbildung und der Schaffung eines Zusammenhalts übernehmen. Für die Stadtverwaltung stellt sich natürlich die Frage, was mit dem Stadtteilmanagement passiert. Da gibt es jetzt eine Diskussion darüber, dass es eigentlich weiterhin eine Begleitung geben muss, eine Art Nachsorge. Der Jugendkulturbildungsdezernent und der Stadtbaurat haben sich überlegt, nach Auslaufen der Sonderförderung aus städtischen Mitteln dieses Stadtteilmanagement aus Eigenmitteln auf niedrigerem personellem und finanziellem Niveau weiterzuführen. Das wird angedockt an eine Anlaufstelle der Arbeiterwohlfahrt im Quartier, sodass dann weiterhin jemand da ist, der die Aktivitäten bündelt, anschiebt, der in die Verwaltung wirkt.

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Ich würde gern noch mal die Frage, die ich auch Herrn Metzler gestellt hatte, in Sachen Ressourcen, Mobilisierung durch die Schule, Kita an Sie richten. Das ist ja ein Baustein für die generelle Öffnung der sozialen Infrastruktureinrichtungen, um neue Formen der Vernetzung und der Dienstleistung im Stadtteil zu haben. Dies wird nicht ohne Mehraufwand abgehen. Deshalb an Sie die Frage: Wie ist das abgedeckt, soll das perspektivisch auch mit anderen Einrichtungen gemacht werden? Und wie wird der Mehraufwand politisch vermittelt?

Stefan Rommelfanger

Natürlich gibt es diesen Aufwand, aber er ist relativ gering. Es sind kleine Beträge, keine Dauerstellen, keine vollen Stellen, die über Jahre finanziert werden. Das sind mal Honorare, mal Materialkosten. Wir haben einen Gerätepool angeschafft.

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Ich meinte nicht das Quartiersmanagement.

Stefan Rommelfanger

Nein, ich rede jetzt nicht vom Quartiersmanagement, sondern von den Kindertagesstätten. Es gibt einen politischen Konsens, dass diese Projekte für die Stadtteile wichtig sind. Das ist auch schon auf andere Stadtteile in der Stadt übertragen worden. Es ist ein gewisser Mehraufwand, aber sehr viel trägt sich auch selbst, weil die Bewohner vieles selber in die Hand nehmen, Angebote konzipieren und Räume verwalten.

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Ich denke, das ist ein wichtiger Punkt. In dem Bericht des Difu, der Ihnen vorliegt, ist die Frage der politischen Unterstützung als ein zwar nicht durchgängiger, aber doch erkennbarer Knackpunkt identifiziert worden. Dies muss in der Perspektive verstärkt werden, so wie es bei Ihnen offenbar schon auf bestem Wege ist.

Ich blicke noch mal in Richtung Hamburg: Gibt es Probleme und wie geht es weiter?

Sabine Tengeler

Wenn ich diesen Beitrag über Aktivierung und Motivierung höre, dann freue ich mich, einer sehr aufgeschlossenen Verwaltung gegenüber zu sitzen. Aber es läuft mir trotzdem kalt den Rücken runter, dass Bürger immer noch wahrgenommen werden als Leute, die man jetzt in Krisenzeiten, wo Staat und Verwaltung es nicht mehr alleine richten – ich provoziere jetzt mal ein bisschen –, aktivieren soll, ohne dass man die grundsätzlichen Rahmenbedingungen verändert. Bürger sind aktiv, sie versuchen, unter total schwierigen Umständen in solchen Stadtteilen halbwegs vernünftig zu leben, dafür muss man ziemlich aktiv sein.

Wir haben die Situation, dass eine soziale Wohnungsbaugesellschaft in Hamburg sagt: Das muss sich auch rechnen. Sie guckt aber gar nicht, ob sich Soziales rechnet, sondern konfrontiert jeden, der etwas will, mit der Frage: Kriegen wir das bezahlt? Und was mir so weh tut, ist diese Haltung. Statt zu sagen, da sind zwar Defizite, aber wir wollen die Potenziale erschließen. Es braucht eine andere Haltung. Wir sind zehn Jahre dafür ausgebildet worden, als Individuen zu helfen. Wir sind gefragt als Konsumenten, als Mieter, die pünktlich die Miete bezahlen. Und auf einmal heißt es jetzt: kümmert Euch um den Stadtteil! Jetzt macht mal, und hier sind wir, und wir haben sogar schon ein Stadtentwicklungskonzept, und nun lasst uns das Beste daraus machen! Ich kann ganz normale Bewohner verstehen, die dann ein bisschen misstrauisch sind und sagen: jetzt auf einmal soll ich, warum denn? Das wird für mich nicht besser.

Was mir ganz wichtig ist, wenn ich mir Zukunft vorstelle: Wir haben gestern von Reibungsverlusten gesprochen. Ein Profi im Stadtteilladen hat zum Beispiel ein frustrierendes Erlebnis, weil ein tolles Projekt geplant wird und dann doch etwas schief läuft und alles ein Jahr länger dauert. Für eine Nachbarschaft, für Bürger, die zu Hause ihre Kinder alleine gelassen haben, um abends in die Versammlung gehen zu können und ehrenamtlich Arbeit reinzustecken, ist das dann sehr frustrierend. Ich bin froh um jede Verwaltung, die versucht, den Zeitablauf mit Gesetzen und Verordnungen zu verkürzen. Ich weiß, wie schwer es ist, Sachen zeitnah zu verwirklichen, wenn Bürger sich engagieren. ES bedarf auch realistischer Rahmenbedingungen. Dabei sehe ich zweierlei als unheimlich wichtig an: dass Politik und Verwaltung bei sich selber eine andere Haltung unterstützen und sich wirklich die Erkenntnis durchsetzt, dass die Aufgaben niemand alleine bewältigen kann, sondern alle Potenziale gebraucht werden. Jeder Bürger, auch wenn er erst mal stört, ist ein Potenzial, wenn er kommt und etwas will.

Das Zweite, was ich gelernt habe, ist: wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Wir haben in Lurup einen Projekthilfeplan, das Jobmobil, was auch im Film zu sehen war, das ist mit der neuen Regierung „gekippt“. Wäre die alte Regierung dran geblieben, wäre es wahrscheinlich auch nicht besser gekommen. Die Arbeitsförderung kippt zurzeit weg. Dies war zwar eine Notlösung, wir haben es ja nicht freiwillig über den zweiten Arbeitsmarkt gemacht; es war aber die einzige Möglichkeit, jungen Leuten im Stadtteil Arbeit und Perspektive zu verschaffen. Wir haben gerade 100 000 Mark in neue Räume investiert, und jetzt heißt es: die Anleiterstellen werden gekürzt, und wir sollen für ein oder zwei Drittel des Gehalts bitteschön neue finden. Die nächsten Sozialhilfeempfänger, die da arbeiten, müssen erst einmal drei Monate weiter Sozialhilfe beziehen, und sie werden vielleicht auch zwangszugewiesen. So sehen die Bedingungen aus. Da sag ich mir doch als Bürgerin, die sich im Stadtteilbeirat mit Politikern und mit einem

Quartiersentwickler wirklich vernünftige Gedanken gemacht hat: was passiert hier eigentlich?

Das letzte Beispiel: Wir haben als Bürgerinnen uns Gedanken darüber gemacht, was Mütter im Stadtteil an Begegnungsräumen brauchen, was Kinder im Stadtteil brauchen und was unsere Kindertagesstätten dazu beitragen können. Wir sind zu diesen hingegangen und haben gesagt: Zwei Jahre noch soziale Stadtteilentwicklung: das Quartiersentwicklungskonzept ist ein tolles Ziel, wenn wir Einrichtungen bedarfsgerecht weiterentwickeln. Habt Ihr Euch denn das überlegt? Ihr seht doch die Mütter jeden Tag, die heulend bei Euch sitzen, wenn die Kinder krank sind und sie trotzdem zur Arbeit müssen. Was habt Ihr dazu für Ideen, wie man das vielleicht positiv entwickeln kann? Und dann haben die uns angeguckt und gesagt: nächstes Jahr fällt eine weitere Kita weg, ehrlich gesagt, wir können die Kinder kaum noch verwahren, wir können unsere Aufgaben gar nicht mehr erfüllen. Das war ein einziges Gejammer, was ich einerseits auch verstehen kann, weil ganz viele Ressourcen gekürzt wurden. Auf der anderen Seite waren wir natürlich total enttäuscht und haben gesagt, wie sollen wir mit solchen Leuten einen kreativen Gedanken entwickeln?

Was mir dabei klar geworden ist: wenn man eine Ressource zu vergeben hat, etwas Positives, dann kann man Leute durchaus motivieren, auch über ihre Arbeit hinaus etwas zu tun. Aber wenn im Grunde über allem das Damoklesschwert der Kürzung schwebt, wird jede Einrichtung mit einem guten Draht zur Behörde und zur richtigen Partei doch nicht mit uns reden, sondern dahin gehen, wo entschieden wird: Ihr bleibt bestehen, Ihr kriegt Unterstützung, und die anderen kommen weg. Politik und Verwaltung können ziemlich viel dazu beitragen, solchen Gebieten Zusagen zu machen: Ihr bekommt die Million, das sind Eure Ressourcen; das ist das, was wir diesem Stadtteil geben können, das kürzen wir Euch nicht. Es gibt vielleicht auch noch für besondere Projekte etwas zusätzlich „obendrauf“, und jetzt lasst uns wirklich einen Prozess anfangen! Das fängt dann richtig an, wenn geklärt ist, was man mit diesen Ressourcen unter diesen Bedingungen machen kann.

Das wäre für mich auch das, was weiter geht. Selbst wenn die Extramillionen des Programms nicht mehr da sind, wurde idealerweise die Zeit als Lernprozess genutzt und nach dem Grundsatz gehandelt: das Geld, das zu verteilen ist, wird auf eine faire Art und Weise verteilt. Es darf eben nicht heißen: Ihr dürft über die Kürzungen entscheiden. Damit macht man wirklich jedes Engagement und jede Motivation der Bewohnerinnen und Bewohner kaputt.

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Herr Metzler, wovon träumen Sie?

Peter Metzler

Ich träume von mehreren Sachen. Gestern hat Herr Pfeiffer einige Träume laut werden lassen, die ich stellenweise auch teile. Ich halte auch eine ganze Menge davon, Schulen z.B. zu budgetieren, ihnen Haushalte an die Hand zu geben, die deutlich machen, dass

Politik und Verwaltung nicht immer dort spart, wo es am leichtesten ist, nämlich am Kind – das geschieht ja generell.

Ich träume davon, dass es uns gelingt, die Resignation, die wir in Neu Zippendorf stellenweise spüren, in Mut umzuwandeln. Ich träume davon, dass wir versuchen, ein paar Motoren anzuwerfen in diesem Stadtteil, die trotz gestiegener Spritpreise dann unermüdlich weiterlaufen, die den anderen Kraft geben und die sich nicht klein kriegen lassen von den vielen verwaltungstechnischen Bürokratien, die stets und ständig mit jeder neuen Stadtregierung Rahmenbedingungen ändern. Wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen, nach denen man sich ausrichten kann. Wir möchten Rahmenbedingungen, die uns unsere Möglichkeiten zeigen. Ich träume nicht davon, immer wieder den Schrei nach Geld zu hören, das ist ein heftiger Schrei. Ich denke, wir müssen uns irgendwann mal von dieser angeblichen Notwendigkeit lösen, dass ohne Geld gar nichts geht. Es geht eine ganze Menge auch ohne diesen schnöden Mammon, wenn man die Möglichkeiten bündelt, die da sind, und ein Netzwerk knüpft.

Als ich eben hörte, welche Prozentzahlen von Migranten in Hauptschulen und Sonderschulen sind, habe ich mich doch gewundert. Wir haben bei uns durchgesetzt, dass Schüler, die mit nichtdeutschen Sprachkenntnissen in die Schule kommen, ein halbes Jahr oder gar anderthalb Jahre intensiv Deutsch lernen, nur Deutsch lernen und nichts anderes machen. Sie sind in Klassen integriert. Der Lohn der Arbeit ist da. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern eine sehr schwierige Realabschlussprüfung, ich bin Germanist und nehme die Prüfung im Fach Deutsch ab. Wir haben in den letzten fünf Jahren insgesamt 16 Mal die Note 1 vergeben, 16 Mal nur für Aussiedler, kein einziger Deutscher ist dabei. Das ist doch immerhin ein Zeichen, dass es funktioniert.

Ich träume davon, dass wir die vorhandenen Barrieren ganz einfach aufbrechen, dass wir stellenweise die „Bretter vor den Köpfen“ wegmachen, die zum Teil in Verwaltung und Politik vorhanden sind. Wenn dieser Traum in Erfüllung geht, dann wäre ich schon ganz glücklich. Aber ob ich das noch erlebe, weiß ich nicht; ich bin 49.

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Frau Becker hatte ja das Stichwort „Ermutigung“ in den Raum geworfen, das geben wir jetzt an Sie weiter. Damit bitte ich auch gleich Frau Becker, noch einmal aus ihrer Sicht ein Statement zu diesen Fragen, Hauptaufgaben, Perspektiven, zur zeitlichen Nachhaltigkeit und Stabilisierung von erreichten Aktivierungsprozessen beizusteuern.

Dr. Heidede Becker

Ich möchte mit etwas beginnen, das vorhin schon kurz angesprochen worden ist, nämlich mit dem, was die „Schreibtischmenschen“ etwas spröde mit „Rückendeckung durch Verwaltung und Politik“ bezeichnen. Hier liegt nach unserer Erfahrung ein ganz wesentlicher Punkt. Aber wie sieht das praktisch aus? Wir haben gerade sehr anschaulich geschildert bekommen, wo die „Pferdefüße“ sind. Was Herr Löhr vorhin mit der „Abgabe von Macht“ angesprochen hat, muss noch ergänzt werden um die Bereitschaft zum Lernen, um die Bereitschaft, auch anders zu kommunizieren und zu handeln, als man es bisher gewohnt ist. Das heißt, nicht in den alten Routinen stecken zu bleiben, sondern

sich tatsächlich auf die neuen Situationen einzulassen, was teilweise durchaus schmerzhaft sein kann.

„Kommunikation“ scheint mir ein Schlüsselbegriff zu sein, denn die Sprachschwierigkeiten und Verständigungsschwierigkeiten spielen sich ja nicht nur – teilweise ganz massiv – zwischen den beiden „Welten“ ab, die Herr Friedmann vorhin dargestellt hat, der „Systemwelt“ und der „Lebenswelt“, sondern sie spielen sich auch in den professionellen Welten ab. Was wir so erleben an Verständigungsschwierigkeiten allein zwischen Jugendhilfe und Planung, das ist schon bemerkenswert. Auch da ist die Bereitschaft gefordert, sich stärker aufeinander einzulassen, um wirklich übergreifend arbeiten und sich verständlich machen zu können.

Mir fällt auch immer wieder auf, dass von den Anteilen der Haushalte mit Migrationshintergrund geredet wird. Das ist dann eine Zahl von 40 Prozent oder 60 Prozent in einzelnen Schulen, aber das heißt überhaupt nicht, dass das eine einheitliche Gruppe ist. Wir haben von Schulen gehört, in denen der Anteil der ausländischen Kinder sich aus 70 Ethnien zusammensetzt. Ich finde ganz wichtig, auch dies stärker zu beachten.

Nach unseren Erfahrungen in der bisherigen Begleitung des Programms müssen die Bemühungen um Aktivierung in den Gebieten verstärkt werden. Zwar sehe ich auch immer den Widerspruch, jemanden zu aktivieren, der in Wirklichkeit aktiv ist – Frau Tengel sprach davon –, möglicherweise in einem anderen Verständnis; trotzdem aber geht es darum, gerade jene, die noch sprachlos sind, die sich zurückgezogen haben, zu erreichen und ihnen gegenüber die Bemühungen zu verstärken – ganz gezielt durch besondere Zuwendung, besondere Ansprache innerhalb ihrer Lebenswelt. Das Gleiche gilt für kulturell übergreifende Aktivitäten. Auch hier gibt es noch einen großen Nachholbedarf.

Stichwort „Begleitung des Prozesses“ und vor allem auch „Nachsorge“, Herr Rommelfanger sprach davon. Ich denke, was in Gelsenkirchen überlegt wird, ist besonders wichtig: nämlich auf anderem Niveau eine Art infrastrukturelles Rückgrat für die Gebiete langfristig – neben verlässlichen Rahmenbedingungen – zur Verfügung zu stellen. Auch Herr Nida-Rümelin erwähnte gestern, bezogen auf seine Münchner Stadtteil-Kulturbüros, dass es notwendig ist, Ansprechpartner und Orte bereit zu halten, durch die das Engagement der Bewohnerschaft eine Anlaufstelle hat. Er hat das bezogen auf Geschäftsführung und Ähnliches. Es geht ganz stark darum, von Anfang an diese Art von Rückgrat aufzubauen, sowohl hinsichtlich der personellen Infrastruktur, als auch die Materialien, Hilfsmittel und Arbeitsmittel betreffend. Wenn eine solche Unterstützung nicht verstärkt wird, können wir dem Anspruch nicht gerecht werden, der verbunden ist mit dem, was Klaus Selle gestern gesagt hat: dass diese Gebiete des Programms Soziale Stadt die Testfälle für die Zukunft der Stadt sind. Auch der Bundeskanzler hat vom „Testgelände“ gesprochen. Es ist überaus wichtig, dass ein großes Engagement und eine große Unterstützung von allen in diese Quartiere hineingetragen werden.

Prof. Dr. Rudolf Schäfer

Obwohl wir hier sicher noch weiter diskutieren könnten, müssen wir jetzt die Runde beenden. Frau Becker hat im Grunde schon ein Fazit gezogen. Ich möchte nur noch

einige Punkte ergänzen. Wichtig sollte für uns alle die schlichte Botschaft sein, dass wir es hier mit Gebieten zu tun haben, die durchschnittlich um das Zehnfache größer sind als klassische Sanierungsgebiete. Es sind eigentlich kleine Städte. Ich sage das, um noch einmal die Schwierigkeit der Aufgabe, deren Komplexität gerade unter dem Kernthema „Aktivierung“, zu beleuchten.

Zweitens will ich noch einmal an die Thesen von Professor Friedmann ankoppeln. Es ist deutlich geworden, dass wir ein breites Spektrum in der Mischung der vier Elemente haben, die sich aus den Lebens- und Systemwelten dann jeweils koordinieren sollen. Wir brauchen diese Mischung. Wir können nicht die eine Seite gegen die andere ausspielen, das wäre fatal. Herr Metzler hat das sehr eindeutig am Beispiel Schwerin berichtet. Ohne die Systemwelt mit ihrer Stützung würde es in anderen Bereichen gar nicht laufen können.

Beim dritten Punkt knüpfe ich an das an, was Frau Becker eben sagte. Vor 30 Jahren etwa war das damalige Städtebauförderungsgesetz für die Gemeinden, die es anzuwenden hatten, auch so etwas wie ein Testlauf, der sich *à la longue* erwiesen hat als ein Lernexperiment für die gesamte Stadtverwaltung auf einem anderen Niveau mit anderen Stoßrichtungen. Nach dem, was gerade in der letzten Runde hier diskutiert wurde, den Anforderung an Politik und Verwaltung insgesamt, die von den Projekten ausgehen, muss man sagen, dass hier in der Tat ein Prozess angestoßen wird, der hoffentlich sehr bald von diesen Gebieten ausgehend in weitere Bereiche der Stadt übertragen wird. Im Grunde werden hier die Anforderungen an moderne und zukunftsweisende Verwaltung und Politik auf der kommunalen Ebene formuliert.

7. ■

Schlusswort

Achim Großmann,
Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen



Achim Großmann

Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen



Meine sehr geehrten Damen und Herren, kurz vor dem Ende der Veranstaltung habe ich die Aufgabe, Ihnen ein paar Wegweisende Äußerungen „mitzugeben“ – ich will zumindest den Versuch machen, das in wenigen Worten zu tun und bin mir der Tatsache, wohl bewusst, dass ich es nicht schaffen kann, die zwei Tage des Kongresses zusammenzufassen. Dies wäre auch nicht gut, es gab jeweils nach den Runden Zusammenfassungen. Und wir sagen ja auch, wir sind in einem „lernenden“ Programm – von daher kann es sich bei meinem Versuch auch nur um ein Schlaglicht handeln.

Was können wir den Menschen erzählen, wenn wir zurückkommen, wenn die fragen, was war denn da los in Berlin, was habt ihr denn da mitgebracht? Ich will es, wie gesagt, in acht Antworten zu kleiden versuchen.

Erstens: Der Kongress hat – so denke ich – gezeigt, dass wir in unserem Einsatz für die Zukunft der Städte nicht alleine sind. Es gibt viele engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Auf diesem Kongress waren weit über 1 000 Personen aus sehr unterschiedlichen Bereichen. Es waren Männer und Frauen, Vertreterinnen und Vertreter des Bundes, der Länder, der Kommunen, auch Akteure von den Trägern der Wohlfahrtspflege, Sozialarbeit, Mitglieder von Initiativen, Bewohnergruppen. Ich kann das vielfältige Spektrum gar nicht aufzählen. Dieser Kongress war damit ein breit angelegter Erfahrungsaustausch unter Menschen aus Politik, Praxis, Wissenschaft. Hier waren Experten, die für die Stadt auf überregionaler Ebene arbeiten, ebenso wie die Akteure aus den einzelnen Stadtteilen, Fachleute aus Deutschland, und wir hatten auch internationale Gäste. Es verbindet uns alle viel Gemeinsames, die Sorge um die Zukunft der Städte, das Bemühen, die Herausforderungen zu erkennen und darauf eine Antwort zu finden und schließlich auch die Bereitschaft, sich für zukunftsfähige Städte einzusetzen und aktiv an der Bewältigung von Schwierigkeiten und Problemen mitzuarbeiten. In dem Sinne hat der Kongress auch Mut gemacht. Das ist, meine ich, eine wichtige und gute Botschaft, die wir mit nach Hause nehmen können.

Die zweite Antwort: Die Probleme in den Städten und Stadtteilen werden nicht unter den Teppich gekehrt oder verschönt. Man erkennt sie und man stellt sich ihnen. Auf diesem Kongress kamen die Schwierigkeiten und die Herausforderungen klar zur Sprache, denen sich die Städte gegenüber sehen und die sie auf mittlere Sicht lösen müssen. Es wurden insbesondere die Auswirkungen des wirtschaftlichen Strukturwandels, der gesellschaftlichen Veränderungen sowie der demographischen Entwicklung und natürlich auch der Wanderungsbewegungen analysiert und diskutiert. Auf der anderen Seite, und das ist mir ganz wichtig, wurden auch die Chancen aufgezeigt, die mit den Veränderungen verbunden sind, denn die Städte sind nicht nur Brennpunkte der Veränderungen und Umbrüche, sie sind und bleiben zugleich Motor für Modernisierung und Fort-

schritt, für die Bewältigung und Lösung von Problemen. Die Städte sind also Teil des Problems und sind gleichzeitig die Lösung des Problems.

Als dritte Antwort schlage ich vor: das Programm Soziale Stadt ist bereits in vielen Städten und Stadtteilen aller Bundesländer in Gang gekommen. In das Programm, wir haben die Zahl ja öfters gehört, konnten bereits 249 Stadtteile in 184 Gemeinden aufgenommen werden, und im nächsten Jahr werden mit der nächsten Tranche neue Stadtteile aufgenommen. Dazu hat auch die Aufstockung der Bundesfinanzhilfen seit dem letzten Jahr beigetragen. Wenn wir gerade zu dem Thema Träume gehört haben, was Herr Metzler ein bisschen resignativ oder zurückhaltend formuliert hat, dann kann ich sagen: die Soziale Stadt haben wir unter drei, vier Leuten in die Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben, ohne zu wissen, wie das denn auf den Weg zu bringen ist. Wenn wir heute nach vier Jahren feststellen können, dass wir rund 250 Stadtteile in diesem Programm haben und dass wir weit mehr als 1,5 Milliarden DM für dieses Programm generiert haben, dann, glaube ich, ist das auch schon ein kleines Stück Traum, den wir 1998 im September/Okttober geträumt haben und der jetzt ein Stück Wirklichkeit geworden ist.

Wir können heute sagen: das Programm Soziale Stadt hat sich etabliert, wir haben eine erste Etappe der Programmumsetzung erreicht, und es ist dafür gesorgt, dass das Vorankommen des Programms sorgfältig durch das Deutsche Institut für Urbanistik in Berlin, das Difu, beobachtet und ausgewertet wird. Auch das ist notwendig, denn wir wissen auch aus anderen europäischen Ländern, dass dort Stadtumbauprogramme, Stadtentwicklungsprogramme aufgelegt worden sind, die auch Fehlentwicklungen aufgezeigt haben – davor ist man nie sicher, und man muss es im Auge behalten.

Eine mögliche vierte Antwort könnte lauten: die ersten Ergebnisse des Programms können sich sehen lassen und machen Mut. Bei aller Zurückhaltung, die wegen der kurzen Laufzeit des Programms geboten ist, lassen die Erfahrungen mit den ersten drei Jahren der Programmumsetzung eine positive Bilanz zu. Vieles ist in den Stadtteilen vor Ort in kommunaler und staatlicher Verwaltung sowie in der Politik in Bewegung geraten. Bei der Programmumsetzung wurden bereits wichtige kurzfristige Ziele erreicht. Das gilt beispielsweise für die Aktivierung von Bürgerinnen und Bürgern, die Einleitung des Aufbaus effizienter lokaler Strukturen und für die Zusammenarbeit zwischen den Bundesressourcen. In den beteiligten Kommunen sind neu geschaffene Organisations- und Managementstrukturen für integrierte Stadtentwicklung entstanden, angefangen von ressortübergreifenden Arbeitsgruppen auf Verwaltungsebene bis hin zu Stadtteilbüros in den Quartieren. Noch findet diese Zusammenarbeit, das weiß ich aus vielen Besuchen auch vor Ort, nicht überall und noch findet sie nicht überall gleich gut statt. Aber wir sind auf einem guten Weg und haben auch hier die Möglichkeit gehabt, über gute Entwicklungen und auch über Defizite informiert zu werden.

Eine fünfte Botschaft: das Programm Soziale Stadt findet breite Unterstützung im politischen Raum. Das Programm wird von den Politikern aller Parteien mitgetragen. Es genießt hohe Akzeptanz und breite Unterstützung auf den staatlichen Ebenen, bei den kommunalen und wohnungswirtschaftlichen Spitzenverbänden sowie bei den Wohlfahrtsverbänden und den sonstigen sozialen Institutionen und Einrichtungen. Hinsichtlich der Politik gilt das sowohl für die Bundesebene als auch für die Länder und Kommunen. Im Bereich des Bundes wurde dies zuletzt bei der Beratung des Bundeshaushalts für das Jahr 2002 sichtbar. Alle Fraktionen des Deutschen Bundestages sprachen sich für

die Fortführung der Bundesfinanzhilfen auf dem erhöhten Niveau von 77 Millionen Euro aus. Dass der Bundeskanzler gestern auf dem Kongress gesprochen hat, unterstreicht den Stellenwert dieses Programms für die Bundesregierung. Sie können davon ausgehen, dass das Programm Soziale Stadt auf diesem hohen Niveau auch fortgeführt wird. Es gibt immer – da wird auch im Vorwahlkampf ein bisschen „gezündelt!“ – die Befürchtung, das Programm Soziale Stadt könne nur auf einige wenige Jahre angelegt sein; für diese Befürchtung gibt es keinen Grund. Zum einen sind die Aufgaben, die wir mit diesem Programm lösen wollen, nicht kurzfristig zu lösen, zum anderen hat die Politik das Programm von Anfang an als langfristiges Programm konzipiert. Für den Bund ergibt sich das insbesondere daraus, dass die mittelfristige Finanzplanung für ihren gesamten Zeitraum, also für alle fünf Jahre, vorsieht, dass die Bundesregierung Finanzhilfe für das Programm Soziale Stadt bereitstellt. Bis jetzt ist die mittelfristige Finanzplanung immer fortgeschrieben worden. Das heißt, im nächsten Jahr werden wir dafür sorgen, dass die nächste mittelfristige Finanzplanung dies beinhaltet, sodass wir immer diesen Fünfjahreszeitraum an Sicherheit vor uns „herschreiben“ werden. Wir wollen ein langfristiges Programm.

Eine sechste Botschaft, die mir wichtig ist: das Instrumentarium für den Umgang mit den Problemen der Stadt wurde in den letzten Jahren an die neuen Ausgaben angepasst. Es ist eine Reform der Städte- und Wohnungspolitik in Gang gekommen. Der Kongress hat deutlich gemacht, dass der Bund und die Länder in den letzten Jahren die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Städte verbessert haben. Es wurde nicht nur 1999 das Programm Soziale Stadt bundesweit auf den Weg gebracht und in den letzten beiden Jahren mit zusätzlichen Mitteln aufgestockt. Hinzu kommen andere Bausteine zur Verbesserung des Instrumentariums. Als Beispiele seien genannt die Erhöhung des Wohngeldes – darüber ist gesprochen worden –, die Reform der sozialen Wohnungsförderung, eine Mietrechtsreform, das Modernisierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau, das Programm der energetischen Sanierung von Gebäuden, die Anhebung der Städtebauförderung auf das Doppelte ihres früheren Niveaus, das neue Programm Stadtumbau Ost für die neuen Länder und ein Pilotprojekt Stadtumbau West, in das wir fünf, sechs Pilotstädte aufnehmen werden. Wir wollen dort, wo sich – durch strukturelle Leerstände und strukturelle Probleme bedingt – die Städte im Westen in eine Sackgasse zu bewegen drohen, versuchen, mit diesem Pilotprojekt erste Erfahrungen zu sammeln, wie das verhindert werden kann.

Gleichzeitig haben wir versucht, die Instrumente der Wohnungspolitik neu zu justieren. Früher gab es einen Instrumentenkasten, in dem wir Instrumente hatten, die nur für die Wohnungspolitik da waren, und andere, die sich nur um den Städtebau kümmerten. Wir haben festgestellt, wenn wir ein integriertes Programm Soziale Stadt machen, dann müssen wir auch versuchen, den Instrumentenkasten, den wir 1998 vorgefunden haben, umzusortieren. Deshalb war es uns ganz wichtig, die Programme oder auch die Gesetze, die wir geändert haben, integrativ zu ändern. Wir haben z.B. beim Stadtumbau Ost einen Zusatz zur Eigenheimzulage gefunden, der eben nicht als Gießkanne wirkt, sondern nur in bestimmten Stadtteilen und in bestimmten Gebäudealtersklassen greift. Bei der Investitionszulage beim Stadtumbauprogramm Ost sind wir weggegangen von der Gießkannenförderung und geben eine deutlich höhere Förderung für Sanierung und Instandsetzung des Mietwohnungsbaus, der in einer bestimmten Stadtkulisse, sprich

Innenstadt oder Sanierungsgebiet, und eben auch in einer bestimmten Gebäudekulisse eingesetzt wird.

Wir haben es mit der Reform des sozialen Wohnungsbaus in eine soziale Wohnraumförderung geschafft, dass wir Gelder für den sozialen Wohnungsbau erstmals nicht mehr nur für den Neubau ausgeben. Wir lenken sie vielmehr auch in den Bestand und schaffen gleichzeitig die Voraussetzung und die Bedingung, dass diese Förderung in städtebauliche Programme integriert wird. Mit dem Stadtumbau Ost haben wir darauf gedrängt, dass wir nur dorthin Geld geben, wo es integrierte Stadtentwicklungsprogramme gibt. Das heißt, wir haben uns überall Mühe gemacht, integrierte Programme zu schaffen und auch die Instrumente, die Einzelinstrumente, die wir hatten, miteinander zu verzahnen. Auch das, denke ich, sollte an dieser Stelle noch einmal deutlich herausgehoben werden.

Die siebte Botschaft könnte heißen: wir sind bei dem neuen Programmansatz der Bündelung und der integrierten Förderung auf dem richtigen Wege. Das Programm Soziale Stadt – und jetzt komme ich speziell auf dieses Programm – hat der Städtebauförderung eine neue politische Dimension gegeben. Es zielt auf Kooperation und auf die Bündelung verschiedener Förderungen ab. Es will so verschiedene Politikfelder wie die Wohnungs-, die Wirtschafts-, die Arbeits- und Sozialpolitik zusammenführen, um eine integrierte Stadtentwicklungspolitik zu erreichen. Integrierte Programme sind zukunftsweisend, effizienter und stärken die Partizipation. Wir müssen weitere Anstrengungen unternehmen, um bei der Bündelung, der Förderung und bei der Integration der verschiedenen Politikbereiche voranzukommen.

Das Programm Soziale Stadt ist dabei, über ein Programm zur Stadterneuerung deutlich hinaus zu wachsen und zu einem Programm für Politikerneuerung zu werden. Denn der Ansatz der Vernetzung und Kooperation sowie die Überwindung des Ressortdenkens sind ein genereller Anstoß für Politik und Verwaltung. Effektivere, effizientere und bürgernähere Strukturen müssen auch in anderen Politikbereichen geschaffen werden. Darüber hinaus kann auch der gebietsbezogene Ansatz des Programms Soziale Stadt, also der Ansatz, politische Initiativen und die Förderung nicht flächendeckend anzulegen, sondern auf bestimmte Regionen und Gebiete zu konzentrieren, Vorbild für andere Politikbereiche sein.

Die Jugendpolitik hat diesen Ansatz bereits ein Stückweit übernommen. Er sollte auch auf andere Bereiche übertragen werden, ich denke z.B. an die Arbeitsmarktförderung, an die Wirtschaftsförderung und natürlich auch an die Wohnungspolitik. Denn mit dem eben schon beschriebenen Gesetz zur sozialen Wohnraumförderung haben wir den Ländern die Möglichkeit gegeben, auch regional präzise Wohnungsbauförderung anzuregen und gleichzeitig durch begleitende Ländergesetzgebung für stabilere soziale Nachbarschaften zu sorgen.

Meine achte und letzte Antwort: die Arbeit für die Zukunft der Städte ist eine der packendsten und lohnendsten Aufgaben. Es macht Spaß, daran mitzuarbeiten. Dieser Kongress hat auch deutlich gemacht, in welchem generellen Zusammenhang unsere tägliche Arbeit steht. Es geht um die Zukunft der Städte, um die Bewältigung des wirtschaftlichen und sozialen Wandels, um die Unterstützung der Menschen in Zeiten des Umbruchs, der uns alle verunsichert.

Bundespräsident Johannes Rau hat den Auftrag der Architekten und aller anderen, die an der Zukunft der Stadt bauen, vor kurzem wie folgt beschrieben. Es gehe um menschliche Städte, um Städte, die etwas anderes sind als in Beton gesetzte Flächennutzungspläne, Städte, in denen man Kind sein kann und Kinder haben möchte, Städte, in denen Junge und Alte, Gesunde und Kranke, Gesellige und Einsame miteinander leben und die Chance bekommen, dass ihr Leben gelingt. Wie eng und mit wie vielfältigen Menschen wir dabei zusammenarbeiten, machte auch gestern Abend noch die Veranstaltung deutlich, zu der nicht alle, aber einige geblieben sind.

Es gibt wohl nur wenige Aufgabenbereiche, in denen man so unmittelbar mit den Veränderungen unserer Zeit, mit den Menschen und ihren Problemen zu tun hat. Es gibt auch nur wenige Aufgabenbereiche, bei denen man den Menschen so unmittelbar helfen und sie so wirkungsvoll unterstützen kann. Und es gibt nur wenige Aufgaben, bei denen so viel Engagement gefordert ist, aber sich Engagement auch in so hohem Maße lohnt und, wie wir heute gesehen haben, auch so viel Engagement gezeigt wird. Deshalb ist und bleibt die Arbeit für die Zukunft der Städte und für die Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf eine wichtige und interessante Tätigkeit, welche uns alle fordert. Sie ist hart und befriedigend zugleich, sie ist anschaulich und konkret, sie geht auf die Menschen zu und ist damit im wahrsten Sinne sozial. Wir sollten deshalb froh sein, dass wir an dieser Aufgabe arbeiten dürfen. Das ist eine Erkenntnis, die in der täglichen Arbeit manchmal zu kurz kommt. Lassen Sie uns deshalb alle von diesem Kongress auch ein Stück Motivation ziehen aus dem Erfahrungsaustausch, um dann mit neuem Mut und Schwung an unsere Arbeit zurückzukehren.

Zum Schluss – und das gehört sich nicht nur so, das mache ich mit gutem Herzen – möchte ich all denen danken, die zum Gelingen dieses Kongresses beigetragen haben. Mein Dank gilt allen Mitwirkenden, den Referentinnen und Referenten ebenso wie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Ich danke für die offenen Diskussionen und die wertvollen Impulse, ich danke auch denen, die im Hintergrund für diesen Kongress gearbeitet haben, denn um so etwas vorzubereiten, müssen sich viele Hände bewegen, müssen viele Köpfe zusammengesteckt werden. Mein besonderer Dank gilt dem Deutschen Institut für Urbanistik für die tatkräftige Vorbereitung dieser Veranstaltung. Ihnen allen wünsche ich, dass Sie ein ähnlich positives Fazit von diesem Kongress ziehen können wie ich selbst. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt

bisher erschienen:

- Band 1 Vorbereitungspapiere zum Bund-Länder-Programm
 „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“,
 Juni 1999
- Band 2 Auftaktveranstaltung zum Bund-Länder-Programm
 „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“
 Beiträge der Referenten, Juli 1999
- Band 3 Programmgrundlagen, Februar 2000
- Band 4 Dokumentation der Starterkonferenz, Mai 2000
- Band 5 Impulskongress Quartiermanagement – Dokumentation, Januar 2001
- Band 6 Wirtschaften im Quartier – Fachgespräch, August 2002
- Band 7 Impulskongress Integratives Handeln für die soziale Stadtteilentwicklung –
 Dokumentation, September 2002

Herausgeber:

Deutsches Institut für Urbanistik 

Straße des 17. Juni 112 • 10623 Berlin